



## MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

**Der neue "Eiserner Vorhang" und dessen Darstellung in den ungarischen Medien**

verfasst von / submitted by

**Gergely Róbert Torma, BA**

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

**Master of Arts (MA)**

Wien 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt / UA 066 589

degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt / Masterstudium Internationale Entwicklung

degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Betreut von / Supervisor: Ao. Univ.-Prof. i.R. Dr. Margarete Grandner



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	5
1.1	Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage .....	5
1.2	Grundannahmen und Theorien .....	6
1.3	Einführung in die Thematik .....	7
1.4	IE-Relevanz .....	9
1.5	Vorgehensweise .....	11
1.6	Die ungarischen Medien und Politik .....	14
<b>2</b>	<b>Inhaltsanalyse</b> .....	18
2.1	Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring .....	18
2.2	Festlegung des Materials und der Analyseeinheit .....	21
2.3	Bildung des Kategoriensystems .....	24
2.4	Anwendung des Kategoriensystems .....	27
2.4.1	Argumente für eine Grenzsperr	28
2.4.2	Argumente gegen eine Grenzsperr	31
2.4.3	Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen .....	36
2.4.4	Kritik an der Opposition .....	39
2.4.5	Kritik an der Regierung, Fidesz oder Orbán .....	40
2.4.6	Mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem .....	42
<b>3</b>	<b>Materialanalyse</b> .....	44
3.1	Magyar Hírlap .....	44
3.2	Magyar Idők .....	49
3.3	Magyar Nemzet .....	54
3.4	Népszabadság .....	60
3.5	Népszava .....	67
<b>4</b>	<b>Erkenntnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse und Interpretation der Ergebnisse</b> .....	76

4.1	Politik der Fidesz .....	78
4.2	Politik der Opposition .....	84
4.3	Die ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen .....	95
4.4	Mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem .....	99
<b>5</b>	<b>Conclusio</b> .....	<b>101</b>
<b>6</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>105</b>
<b>7</b>	<b>Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen</b> .....	<b>111</b>
<b>8</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>112</b>
8.1	Anhang A) – Auflistung aller Zeitungsartikel .....	112
8.2	Anhang B) – Übersetzung aller Zeitungsartikel .....	158
<b>9</b>	<b>Abstract</b> .....	<b>206</b>

# 1) Einleitung

Migration ist und war schon seit Langem eines der wichtigsten Themen innerhalb der europäischen Politik. Im Sommer 2015 war die Migrationswelle eindeutig die wichtigste Thematik in ganz Europa. Genauso war es auch in Ungarn, wo die Regierung beschlossen hatte, sehr harte Maßnahmen gegen dieser "Flut" von MigrantInnen zu setzen. In dieser Arbeit verstehe ich unter die Bezeichnungen 'MigrantIn', 'Flüchtling' und 'Einwanderer', Personen aller Geschlechter. Die ungarische Wörter „migráns“ (=Migrant), „menekült“ (=Flüchtling) oder „bevándorló“ (=Einwanderer) beziehen sich auch auf Personen aller Geschlechter, deswegen in den späteren Übersetzungen von ungarischen Texten werden diese Bezeichnungen auch immer so verwendet.

Am 17. Juni 2015 wurde die Entscheidung der Regierung veröffentlicht, dass ein 175 Kilometer langer Grenzzaun zwischen Serbien und Ungarn hochgezogen wird, um die MigrantInnen zu stoppen. Selbstverständlich wurde diese kontroverse Entscheidung in den ungarischen, wie auch in den europäischen Medien ganz unterschiedlich beschrieben und dargestellt. In dieser Arbeit werde ich die unterschiedlichen Darstellungen, Kritikpunkten und Positionen untersuchen, die in den ungarischen Medien vorgekommen sind. Die wichtigsten Themen meiner Forschung sind die unterschiedlichen Positionen, die von den ungarischen Medien unmittelbar nach dem Beginn des Baus des Grenzzauns zwischen Serbien und Ungarn eingenommen wurden. Die ungarische Regierung entschied sich am 17. Juni 2015 für den Bau eines Grenzzauns zwischen den beiden oben angeführten Staaten, um dadurch die Anzahl der in Ungarn ankommenden MigrantInnen/ Flüchtlinge einschränken zu können, zumindest laut einigen Medienorganen. (siehe zahlreiche Artikel aus den Zeitungen Magyar Hírlap, Magyar Idők oder Magyar Nemzet) Hingegen, kann man in anderem Medien lesen, dass der Bau des Grenzzauns nur dazu dient, von anderen wichtigen Themen abzulenken. (siehe die Artikel, Népszabadság<sup>2</sup> oder Magyar Idők<sup>4</sup>) Die unterschiedlichen Medienorganisationen berichteten also unterschiedlich von diesen Ereignissen, was es wichtig und äußerst interessant macht, diese Thematik genauer zu bearbeiten. Selbstverständlich spielte diese Nachricht zu jener Zeit eine Hauptrolle in den ungarischen Medien. Deswegen erschienen auch zahlreiche Artikel in vielen Zeitungen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, und aus diesem Grunde war es auch leicht, genügend Artikel für die Analyse zu sammeln.

## 1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage

Das Erkenntnisinteresse meiner Arbeit liegt in der Untersuchung von unterschiedlichen Darstellungen von Reaktionen auf den Bau des Grenzzauns durch verschiedene ungarische Online-Zeitschriften. Die unterschiedlichen Herangehensweisen von regierungsunterstützenden und regierungskritischen Medien stehen im Vordergrund. Ich werde die Zeitschriften anhand ihrer Aussagen in diese zwei Lager einstufen. Aus dem Verhalten der unterschiedlichen Zeitschriften, ob diese die Entscheidung der Regierung kritisierten oder verteidigten, wird ersichtlich, auf welcher Seite die jeweiligen Zeitungen politisch einzuordnen sind. Dadurch möchte ich aufzeichnen, welche Differenzen in der ungarischen Berichterstattung herrschten, welche auch die Vielschichtigkeit und die Gegensätze innerhalb der ganzen ungarischen Medienlandschaft ersichtlich machen können.

Aus dem soeben dargestellten Erkenntnisinteresse ergibt sich meine grundlegende **Forschungsfrage**, welche so lautet: Welche Positionen wurden von verschiedenen ungarischen Tageszeitungen, unmittelbar nach dem Bau des Grenzzauns zwischen Serbien und Ungarn, eingenommen?

## **1.2 Grundannahmen und Theorien**

Meine Grundannahme für diese Forschung war, dass man ungarischen Zeitschriften relativ klar politisch einordnen kann, in ein regierungsunterstützendes oder in ein regierungskritisches Lager, und diese Medien klar voneinander trennen kann. Um das überprüfen zu können, habe ich fünf unterschiedliche Zeitungen für die Analyse ausgewählt. Das Auswahlverfahren und die Zeitschriften selbst werden später in der Arbeit noch genau beschrieben.

Eine weitere Annahme war, dass innerhalb der ungarischen Medienlandschaft eine starke Spaltung zwischen diesen zwei Gruppen existiert. Seit dem "neuen" ungarischen Mediengesetz, welches im Jahre 2011 in Kraft getreten ist, wurden zahlreiche Nachrichten und Publikationen in Ungarn und auch international veröffentlicht die sich damit beschäftigen, wie die freie, von der Regierung unabhängige Berichterstattung langsam verschwindet. Dazu kann man das Verschwinden der Zeitungen Népszabadság, im Oktober 2016, oder Magyar Nemzet, im April 2018, nennen.

Meine Annahme zu dieser Forschung war auch, dass es bei der Debatte um den Bau des Grenzzauns zwischen Serbien und Ungarn ganz unterschiedliche Meinungen seitens der regierungsunterstützenden und regierungskritischen Medien gab. Ich nahm an, dass das Heranziehen mehrerer unterschiedlicher Online-Ausgaben zur Untersuchung, verschiedene

Darstellungen der Reaktionen auf den Bau des Grenzzauns ergeben wird und dass diese Reaktionen/ Meinungen eindeutig in zwei unterschiedlichen Lagern – entweder als regierungsunterstützend oder als regierungskritisch – zugeordnet werden können. In dieser Arbeit möchte ich meine Annahmen bestätigen oder widerlegen.

### **1.3 Einführung in die Thematik**

Der in dieser Arbeit behandelte ungarischer Grenzzaun ist eine Grenzbarriere, welche die ungarische Regierung als Reaktion auf die verstärkten Migrationszüge im Jahr 2015 an der serbischen Grenze errichten ließ. Der Zaun ist ca. 175 Kilometer lang und erstreckt sich über die volle Länge der Grenze zwischen den zwei Ländern. Nach seiner Fertigstellung im Oktober 2015 wurde die illegale Einwanderung an diesem Grenzabschnitt, laut Angaben der ungarischen Polizei, praktisch zum Erliegen gebracht. (Polizei 2017a: s.p.)

Es wurde schon im Jahre 2013 im Rahmen der gemeinsamen Grenzkontroll-Agentur Frontex die Aktion Neptune durchgeführt, um auch Ungarn an seiner Grenzen Unterstützung zu bieten, wegen der erhöhte Zahl von MigrantInnen. (Frontex 2013) Aber die unerwartet hohe Anzahl von MigrantInnen/ Flüchtlingen schuf 2015 eine bisher nicht gesehene Situation an der EU-Außengrenze und die Durchlässigkeit dieser Grenze bedeutete für Ungarn und dann später auch europaweit ein wichtiges Problem. Während Anfang der 2010er Jahre noch der westliche Mittelmeerraum im Fokus der EU stand, verlagerten sich die 'Migrationsströme' und damit auch die Aufmerksamkeit, auch aufgrund der Ereignisse des Arabischen Frühlings und des Bürgerkriegs in Syrien, wodurch Millionen von Menschen auf der Flucht waren, zunehmend nach Griechenland und auf die sogenannte 'Balkanroute'. Griechenland war unter anderem wegen der dauerhaften Wirtschaftskrise nicht fähig mit diesem Problem umzugehen. Deswegen kamen immer mehr MigrantInnen unkontrolliert über die 'Balkanroute' in der EU und damit auch in Ungarn an.

„Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) vom 22. Dezember 2015 flohen im Jahr 2015 über eine Million Menschen nach Europa. Rund die Hälfte stammt aus dem Bürgerkriegsland Syrien, 20 Prozent aus Afghanistan und weitere sieben Prozent aus dem Irak. Die europäischen Mittelmeer-Anrainerstaaten Griechenland und Italien sowie die Transitländer Ungarn, Kroatien und Slowenien sahen sich vor allem im zweiten Halbjahr mit einer besonders hohen Anzahl an Neuankömmlingen konfrontiert.“ (Caro/ Schramm 2016: 9) Dies stimmt überein mit den Zahlen die Frank Spengler und Bence Bauer in ihren Beitrag über die ungarische Situation schreiben: „Nach Angaben der ungarischen Polizei übertraten vom Januar bis Mitte Oktober 2015 landesweit mehr als

373.000 Personen illegal die Grenze. Die Flüchtlinge kamen aus Serbien und Kroatien über die Grenze, im Spätsommer täglich bis zu 8.000-10.000 Personen. Die Gesamtzahl war bis Mitte Oktober bereits fast zehnmals so hoch wie (sic!) im Vorjahr.“ (Spengler/Bauer 2015b: s.p.) Die steigende Tendenz von Asylanträgen in Ungarn kann man seit 2012 beobachten. In diesem Jahr wurden noch ziemlich wenige Anträge in Ungarn gestellt, dafür im Jahr 2013 gehörte Ungarn schon sowohl bei der absoluten Zahl von Asylwerbern als auch anteilmäßig zum europäischen Spitzenfeld. Im Jahr 2014 stiegen die Einwanderungszahlen auf knapp 43.000, im ersten Halbjahr 2015 überschritt die Zahl 70.000 Anträge, wobei die Mehrheit der Antragsteller das Land bereits wieder verlassen hatte, noch bevor der Erstantrag fertig bearbeitet werden konnte. (Polizei 2017a: s.p.)

Ein sehr wichtiger Aspekt, welchen man in Zusammenhang mit Ungarn und Migration erwähnen muss, ist, dass obwohl das Thema Migration vor allem im Jahr 2015 für mehrere Monate die Berichterstattung in den Medien in Ungarn dominierte, es aber in erster Linie unter dem Gesichtspunkt "illegale Einwanderung" wahrgenommen wurde. Der Aspekt der Integration von Flüchtlingen spielt in der öffentlichen Wahrnehmung keine große Rolle, da Ungarn in erster Linie ein Transit- und kein Zielland für die Migranten ist. Von den im Jahre 2014 gestellten 42.777 Asylanträgen (laut Eurostat 42.775) wurden gerade 483 (laut Eurostat 510) positiv erledigt. 21.455 Anträge wurden von Personen aus dem Kosovo gestellt. (Spengler/Bauer 2015a: s.p.) und (Eurostat 53/2015: 4f.) Im Jahr 2015 wurden um einiges mehr Anträge in Ungarn gestellt, laut Eurostat 174.435, aber davon wurden auch nur 545 positiv beurteilt. (Eurostat 44/2016: 4 und 75/2016: 3)

Die EU-Außengrenze mit massiven Zaunanlagen zu sichern war keine neue Idee. Wie das vor allem von den ungarischen regierungsunterstützenden Medien sehr gerne erläutert wird, wurde an der Grenze der nordafrikanischen Enklaven Spaniens, Ceuta und Melilla, auch Grenzzäune eingerichtet. Auch an der griechisch-türkischen Grenze (seit 2012) und an der bulgarisch-türkischen Grenze (seit 2014) stehen solche Bauwerke. Die Grenze zwischen den Ländern Ungarn und Serbien ist ca. 175 km lang, und der Zaun erstreckt sich über die volle Länge. Für das Projekt war anfangs 6,5 Milliarden Forint (ca. 20,8 Millionen Euro) budgetiert, aber dieser Betrag ist mit der Zeit viel höher geworden. (Népszava 2016: s.p.) Der ungarische Forint ist die Währung in Ungarn. In den Jahren 2015 und 2016 lag der Wechselkurs von Euro-Forint bei ca. 310-314 Forint für einen Euro. Im April 2022 lag der Kurs bei ca. 378 Forint für einen Euro. So die Summen die beschrieben wurden hängen stark davon ab mit welchem Wechselkurs man rechnet. Ich habe für die Veranschaulichung der Beträge, dem Kurs von 312 Forint für einen Euro genommen.

## 1.4 IE-Relevanz

Dieses Kapitel zeigt die Relevanz der Thematik dieser Arbeit für die Internationale Entwicklung.

Migration und Entwicklung ist in letzter Zeit, jedoch vor allem seit der Migrationskrise im Sommer 2015, welcher auch als "der lange Sommer der Migrationen" bezeichnet wird, ein ganz wichtiges Thema geworden. Aber auch schon früher wurde diese Thematik untersucht und diskutiert. „Seit etwa der Jahrtausendwende ist die Verknüpfung von Migration und Entwicklung zu einem zentralen ubiquitären diskursiven Bestandteil der globalen Debatten zum Nord-Südverhältnis avanciert.“ (Kraler/Noack 2014: 23) Aber die Thematik selbst ist nicht neu. Wie Kraler und Noack in ihrem Beitrag schreiben, wurde der Zusammenhang von Migration und Entwicklung schon im kolonialen Konnex heftig diskutiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Thema immer wieder aufgegriffen, und ab den 1980er Jahren erlangte es zunehmend verstärkte Aufmerksamkeit. „Die Diskussion hat aber im neuen Jahrtausend eine neue Qualität erreicht – sie hat auf globaler Ebene deutlich mehr Gewicht erlangt, ist Gegenstand institutionalisierter Dialogprozesse auf globaler und regionaler Ebene [...]“ (ebd.) Explizit bezüglich der EU schreiben Kraler und Noack folgendes: „In den Mitgliedsstaaten der EU begannen einige 'Pioniere' bereits in den 1990er Jahren, Aktivitäten im Bereich Migration und Entwicklung zu setzen, wie beispielsweise Schweden, England oder Frankreich, während einige Jahre später bereits fast alle der EU15 (d. h. die Mitgliedsstaaten der EU ohne die seit 2004 beigetretenen Staaten) in diesem Bereich engagiert waren.“ (ebd.: 37)

Dieses Engagement zeigte sich in mehreren (Forschungs-) Projekten, Aktivitäten und Kooperationen. Dazu gehört unter anderem die Ausarbeitung eines "Gesamtansatz[es] zur Migrationsfrage" im Jahre 2005. Diese Mitteilung der Kommission wurde im Jahre 2011 als "Gesamtansatz zu Migration und Mobilität" überarbeitet und stellte damit den Rahmen der Kooperation und des Dialoges mit Drittstaaten bezüglich Migration dar. „Dieser neue Fokus wurde stark beeinflusst von der internationalen Aufmerksamkeit des Themas, den Aktivitäten einzelner EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Migration und Entwicklung, sowie von den dramatischen Ereignissen in Ceuta und Melilla, die die Grenzen einer repressiven Migrationspolitik besonders drastisch verdeutlichen.“ (ebd.)

Man sieht auch anhand dieses Beispiels, dass die Aufmerksamkeit der Medien und der Politik meistens nach solchen dramatischen Ereignissen auf wichtige Migrationsfragen gerichtet wird. Ähnlich war es auch im Jahre 2015, als sich die sogenannte Balkanroute erst dann in das

Blickfeld der europäischen Aufmerksamkeit rückte, als darüber schon mehr Flüchtlinge nach Europa kamen als über das Mittelmeer. (Spengler/ Bauer 2015b: s.p.) Die Reaktion der ungarischen Regierung darauf, durch das Aufstellen von Grenzbefestigungsanlagen unkontrollierte, illegale Grenzübertritte zu verhindern und die Flüchtlingswelle auf die offiziellen Grenzübergänge zu lenken, wurde von führenden Politikern anderer EU-Länder massiv kritisiert. (ebd.)

Diese Kritik könnte unter anderem daraus entstanden sein, dass Ungarn mit einigen anderen EU-Ländern bei Migrationsthemen einen anderen Weg verfolgt hat. „Ebenso ist deutlich sichtbar, dass die Länder, die der EU in 2004 beigetreten sind und unter Druck standen, die Schengen-Standards zu implementieren, auch in ihrer internationalen Kooperation stärker auf sicherheitspolitische Fragen setzen, während die EU-15 versuchen, eine breite Palette an Migrationsthemen zu bearbeiten und dabei auch Migration und Entwicklung zu berücksichtigen.“ (Kraler/Noack 2014: 39)

Aber generell für die ganze EU kann man behaupten, dass: „Migration aus Drittstaaten eher als potenzielle Gefahr und nicht als Chance für die Entwicklung der betroffenen Herkunfts- und Zielländer betrachtet wurde und der Fokus auf der Aushandlung von Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten und von Kooperation im Bereich Grenzkontrollen lag.“ (ebd.: 38) Aber solche Partnerschaften haben auch einige Schwachstellen aufgewiesen: „Entwicklungspolitische Aspekte kommen zu kurz, die Partnerschaften sind einseitig auf die Reduzierung irregulärer Wanderung ausgerichtet und zu wenig auf die Förderung geregelter Migration und Mobilität.“ (ebd.)

Im Journal für Entwicklungspolitik wird so über Migrationsmanagement geschrieben, dass: „'Migrationsmanagement' ein politisches Konzept ist, das auf die Aufrechterhaltung globaler Machtverhältnisse durch die Steuerung von Migrationsbewegungen abzielt. Seit Mitte der 1990er Jahre wird dieses einflussreiche Konzept von zahlreichen migrationspolitischen AkteurInnen vertreten. Gescheiterte nationale Abschottungspolitiken und Migrationskontrolle sollen – so wird es von zahlreichen migrationspolitischen AkteurInnen seit Mitte der 1990er Jahre gefordert – durch die Akzeptanz von Migration als normalen und optimierbaren Prozess ersetzt werden.“ (JEP 2017: 4) Aber wie man das auch anhand Ungarns Beispiel sieht, greifen die EU-Mitgliedsstaaten in der Krisensituation von 2015 vielmehr auf Migrationskontrolle und Antworten auf die Krise auf regionaler Ebene zurück. „Während dieses "langen Sommers der Migrationen" (Kasperek/Speer 2015) geriet der Schengen-Raum sowie das gesamte Projekt der EU in eine schwere Krise, was sich nicht zuletzt in der Wiedereinführung von Kontrollen an den deutschen, österreichischen, niederländischen und dänischen Grenzen

zeigte. Zudem wurde das Dublin-System de facto außer Kraft gesetzt. Die Kämpfe der Migration gewannen dabei täglich an Dynamik. Es gelang, durch die Märsche und das Ringen um Bewegungsfreiheit die Widersprüche des europäischen Grenzregimes zum Vorschein zu bringen und selbstbestimmte Mobilität durchzusetzen.“ (Ataç et al. 2015: 1) Dazu kommt noch, dass einige Regierungen wie die ungarische, Militär und Polizei an ihren Grenzen mobilisierten und Mauern und Zäune gegen MigrantInnen hochzogen. (ebd.: 2) An all diesen Krisenerscheinungen kann man sehen: „das bisherige europäische Grenzregime ist gescheitert.“ (ebd.: 3)

Weil die EU keine einheitliche Migrationsstrategie ausgearbeitet hatte, die bei so einer Zahl von MigrantInnen kollektiv von den Mitgliedsstaaten umsetzbar gewesen wäre, wurden in unterschiedlichen EU-Ländern unterschiedliche Vorgehensweisen für die Bewältigung der Krise entwickelt. „Transnationale Migration ist zu einem wichtigen Thema internationaler Beziehungen geworden und politische Antworten auf grenzüberschreitende Wanderungsprozesse werden zunehmend auf regionaler Ebene gesucht.“ (Kron 2014: 49) So hat sich auch die ungarische Regierung für eine eigene Lösung entschieden, welche in diesem Fall der Bau eines Grenzzauns bedeutete, was im In- und Ausland heftig diskutiert wurde.

## **1.5 Vorgehensweise**

Im folgenden Unterkapitel werde ich meine genaue Vorgehensweise näher beschreiben. Selbstverständlich hatte ich Vorkenntnisse über die vorhandenen Zeitungen in Ungarn, deswegen habe ich die zur Analyse herangezogenen Zeitungen nicht zufallsmäßig ausgewählt. Ich bemühte mich vielmehr, sowohl Zeitungen, die als regierungsunterstützend bekannt sind, als auch Zeitungen, die als regierungskritisch gelten, für die Analyse auszuwählen.

Die für die Untersuchung verwendeten Artikel habe ich aus den Online-Archiven der jeweiligen Zeitungen ausgewählt. Um die für diese Arbeit relevanten Artikel zu finden, habe ich in den Archiven das Suchwort 'Grenzsperre' (auf Ungarisch= határzár) verwendet. Weil ich in dieser Arbeit die unverzüglichen medialen Reaktionen untersuchen möchte, habe ich mich weiters bei der Suche nach den Artikeln zeitlich auf drei Tage beschränkt. Dies sind der 17., 18. und 19. Juni 2015. Am 17. Juni wurde die Entscheidung der Regierung veröffentlicht, dass ein Grenzzaun an der Grenze zwischen Ungarn und Serbien hochgezogen wird. Wie schon angemerkt, möchte ich die unverzüglichen medialen Reaktionen untersuchen, deswegen erschien dieser Zeitraum für meine Arbeit als adäquat.

Selbstverständlich war zu dieser Zeit das Thema Grenzsperre die wichtigste Thematik in den ungarischen Medien. Deswegen gab es auch sehr viele Artikel, die sich mit dieser

Angelegenheit beschäftigten. Aus diesem Grunde konnte ich nicht alle Artikel analysieren und musste einige Artikel auswählen, die ich später untersuchen konnte.

Schon bei dem ersten Durchlesen der Artikel stellte sich heraus, dass es bei allen Zeitungen viele Artikel gibt, wo nur die reinen Fakten über die geplante Grenzsperrung aufgezählt werden, ohne irgendeine Stellung dafür oder dagegen einzunehmen. Mein Ziel war es aber, vielmehr solche Artikel für die Analyse auszuwählen, bei denen Argumente für und/ oder gegen die Grenzsperrung vorkommen. Nur durch die Mitteilung der reinen Fakten wäre es sehr schwierig beziehungsweise unmöglich zu sagen, wie die jeweilige Zeitung einzuordnen wäre (regierungsunterstützend oder regierungskritisch).

Zur Untersuchung verwendete ich die Online-Ausgaben mehrerer ungarischer Zeitschriften, welche sich voneinander in diversen Bereichen unterscheiden. Der grundlegendste Unterschied sollte dabei die verschiedene politische Gesinnung sein.

Aus den ausgewählten Tageszeitungen habe ich dann die einzelnen Artikel ausgewählt, die für die Analyse herangezogen wurden. Im Zuge des Forschungsprozesses habe ich 25 Artikel aus fünf unterschiedlichen Zeitungen mit Online-Ausgaben und Online-Archiven ausgewählt. Das heißt: alle Artikel, die zur Analyse herangezogen wurden, sind in den jeweiligen Tageszeitungen erschienen, wie auch Online, in den Archiven der jeweiligen Zeitungen zugänglich. Meine Annahme war, dass das Heranziehen mehrerer unterschiedlicher Online-Ausgaben zur Untersuchung verschiedene Darstellungen von den Reaktionen auf den Bau des Grenzzauns ergeben wird.

Die Ergebnisse der Analyse der einzelnen Artikel werde ich verallgemeinernd zur Darstellung der Zeitungen verwenden. So werde ich durch die Analyse der Artikel zur Beschreibung der Zeitungen gelangen.

Im Rahmen dieser Forschung möchte ich die Medienanalyse anwenden. Der Sinn der Arbeit liegt weiterführend in den Einsichten und Ergebnissen, die durch die Medienanalyse erlangt werden, um Kommunikationsprozesse und Wissenstransfer in Bezug auf die medialen Reaktionen auf den Bau des Grenzzauns besser zu verstehen. Um mein Erkenntnisinteresse zu befriedigen, habe ich die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring als die Methode zur Analyse angewandt.

Die durch die Medien vermittelten Bilder üben eine meinungsbildende Wirkung auf die Öffentlichkeit aus. Die meinungsbildende Wirkung sowie die RezipientInnen werden in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht detailliert untersucht, da eine solche Bearbeitung eine eigenständige Arbeit umfassen würde. Deshalb können auch keine Rückschlüsse auf die

LeserInnenschaft gemacht werden, auch wenn „[d]ie Analyse von Massenmedien oft Aussagen über deren Wirkungen beim Publikum, also der Zielgruppe an[strebt].“ (Mayring 2010: 57)

Obwohl die Arbeit auf Deutsch verfasst wird, werden für die Analyse Online-Zeitungsartikel in ungarischer Sprache herangezogen. Alle Artikel habe ich selber übersetzt und sind im Anhang der Arbeit in Originalsprache und auch übersetzt auffindbar.

Übersetzen ist ein schwieriger Prozess. Mein Übersetzungskriterium in erster Linie war, dass ich die Texte soweit es geht wortwörtlich übersetze und falls das nicht möglich wäre, dann sinngemäß oder möglichst so, dass die ursprüngliche Bedeutung des Texts nicht verlorengeht, aber gleichzeitig auch auf Deutsch Sinn ergibt. Selbstverständlich war das leider nicht immer möglich, weil viele ungarische Ausdrücke und Phrasen existieren, die man nicht auf Deutsch übersetzen kann.

Die Medienanalyse beschränkt sich auf einen zeitlichen Rahmen von drei Tagen. Diese Zahl ergibt sich aus dem Zeitraum zwischen den 17. und 19. Juni 2015, als der Bau des Grenzzauns am meisten diskutiert wurde.

Die ausgewählten Online-Zeitungen unterscheiden sich voneinander teilweise sehr stark. Der wichtigste Unterschied der Zeitschriften besteht vor allem in ihrer regierungskritischen Haltung oder in der kompletten Abwesenheit von Kritik an der Regierung. Es handelt sich bei den ausgewählten Zeitungsartikeln um Online-Ausgaben, die von ungarischen Zeitungen auf ihren Homepages veröffentlicht wurden. Die Zeitungsartikel, welche zur Analyse herangezogen wurden, stammen aus Online-Archiven der jeweiligen Zeitungen und sind kostenfrei in ungarischer Sprache zugänglich. Dadurch fallen für die LeserInnenschaft keinerlei Kosten an und die Artikel sind somit einem großen Publikum national zugänglich. Die Zeitungen selbst werden noch in den weiteren Kapiteln genauer beschrieben.

Ich habe mich für Zeitungen mit Print- und Onlineausgaben entschieden, damit ich die generelle Debatte Printmedien vs. Online Medien vermeiden kann. Mit Hilfe von Online Medien kann man heutzutage mehr Menschen erreichen, aber da es noch immer viele Zeitungsliebhaber gibt und sich auch Zeitschriften noch immer gut verkaufen, wird es das Internet aller Voraussicht nach nicht schaffen, die Printmedien zu verdrängen. „So besagt es auch das Riepl'sche Gesetz: Kein neues Medium verdrängt ein altes. Und so wird wohl auch weiterhin auf Papier publiziert werden, wenn sich die Funktion bzw. die Leserschaft auch verändern wird.“ (Jäger 2018: s.p.)

## 1.6 Die ungarischen Medien und Politik

Wie vorher schon kurz angeschnitten beschäftigt sich meine Analyse und damit meine Masterarbeit mit den Ereignissen, die sich zwischen dem 17. und dem 19. Juni 2015 abgespielt haben. Wie im vorigen Kapitel beschrieben, war das entscheidende Ereignis der Beschluss der ungarischen Regierung, eine Grenzsperrung zwischen Ungarn und Serbien zu verordnen. Meine Arbeit beschäftigt sich damit, wie dieser Beschluss in den ungarischen Medien dargestellt wurde. Aber um die dadurch hervorgerufenen Reaktionen besser verstehen zu können, muss man einen Blick in die Vergangenheit werfen.

Selbstverständlich würde eine solche Entscheidung einer Regierung, einen fast 200 Kilometer langen Zaun an der Staatsgrenze hochzuziehen, in fast allen Ländern der Welt (aber in Europa ganz sicher) für Empörung, Kritik und scharfe Diskussionen sorgen. In Ungarn kommt zu dieser Debatte noch dazu, dass das Land für ca. 40 Jahre im Schatten eines Grenzzauns leben musste, nämlich des Eisernen Vorhangs. „Am 27. Juni 1989 schnitten die beiden Politiker [Alois Mock und Gyula Horn] gemeinsam unter großer Medienöffentlichkeit einen Abschnitt des Stacheldrahtzauns nahe dem Grenzübergang Klingenbach/Sopron durch.“ (ORF.at 2019: s.p.) Diese symbolträchtigen Bilder bedeuteten nicht nur den Fall des Eisernen Vorhangs, sondern auch das Ende einer Ära der Trennung in Europa. Fast genau 26 Jahre später wurde angekündigt, dass Ungarn wieder einen Grenzzaun hochziehen wird, aber diesmal nicht an seiner West- sondern an der Südgrenze. Wenn dieser neue 'Eiserne Vorhang' kritisiert wird, wird sehr oft auf diese Vergangenheit hingewiesen und so als Argument gegen den Bau des Zaunes gebracht.

Für die ungarische Politik und Medienlandschaft waren die Parlamentswahlen im Jahr 2010 ausschlaggebend. Bei der Parlamentswahl vom April 2010 errang die Partei Fidesz einen überragenden Sieg. Damit erhielt die Partei zum ersten Mal 2/3 der Mandate im Parlament und die Möglichkeit, Verfassungsänderungen vorzunehmen. „In atemberaubender Geschwindigkeit begann er [Viktor Orbán], das 2004 der EU beigetretene Land und dessen Staatsapparat umzubauen. Nach einem Jahr hatte Orbán alle Schlüsselpositionen im Land mit ihm oder seiner Partei nahe stehenden Personen besetzt - von der Obersten Staatsanwaltschaft bis hin zum staatlichen Rechnungshof. Die Opposition konnte dagegen kaum etwas ausrichten.“ (Ladwig-Tils 2011: 4) Für die unabhängigen ungarischen Medien kam der endgültige Knackpunkt mit dem neuen ungarischen Mediengesetz im Jahr 2011. Es wurde zunächst am 21.12.2010 mit 2/3 Mehrheit verabschiedet und trat am 01.01.2011 in Kraft. Die wichtigsten Elemente des neuen Mediengesetzes sind unter anderem, dass eine

Kontrollbehörde (Nemzeti Média- és Hírközlési Hatóság (NMHH) - Staatliche Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung) eingerichtet wird, welche direkt dem Parlament untersteht und ihre fünf Mitglieder auf neun Jahre vom Parlament gewählt werden, also deutlich länger im Amt bleiben als die vierjährigen Regierungsperioden. (Ladwig-Tils 2011: 4) „Die NMHH überwacht staatliche und private TV- und Radiosender, Zeitungen, Internetseiten usw. Sie kann bei Verstößen gegen das Mediengesetz Sanktionen verhängen.“ (ebd.: 4f.) Ein weiteres wichtiges Ereignis ist, dass die bisherige öffentlich-rechtliche Presselandschaft des Landes zusammengeführt wird. „Vom Ungarischen Fernsehen (MTV), dem Auslandssender Duna TV und dem Ungarischen Radio (MR) bleiben praktisch nur mehr die Namen übrig. Die gesamte Programmgestaltung wandert – zusammen mit Immobilien, Produktionsstätten, Archiven und Mitarbeitern – zur neuen staatlichen Zentralredaktion MTVA. Diese gibt Nachrichten und alle anderen Programme in Auftrag.“ (ebd.: 5)

Selbstverständlich kritisieren oppositionelle Gruppen in Ungarn und Politik und Presse in vielen EU-Staaten diese Entwicklungen stark. Dadurch wurden einige kleinere Änderungen an dem Gesetz bewirkt, aber nach Einschätzung der Organisation "Reporter ohne Grenzen" (ROG) bleibt der Charakter des Mediengesetzes trotzdem erhalten. Als weitere Kritikpunkte bleiben laut ROG, dass der Quellenschutz nicht gewährleistet wird und die ungarische Regierungspartei weiterhin direkt auf private Medien einwirken kann. (Ladwig-Tils 2011: 9f.) „Am 10. Januar 2011 erschien die Tageszeitung Népszabadság auf ihrer Titelseite mit nur einem Satz in den 23 Amtssprachen der EU: "In Ungarn wurde die Pressefreiheit abgeschafft."“ (Kleppmann 2011: 1) Durch dieses Mediengesetz wurde die Medienlandschaft in Ungarn gespalten. „Die mehrheitlich dem linken oder linksliberalen Spektrum zugehörigen Blätter sehen das Ende der freien Meinung, die der Regierung nahe stehenden Zeitungen und Sender können keine Einschränkungen feststellen.“ (ebd.) Ab diesem Zeitpunkt wurde der Einfluss der Regierung in der ungarischen Berichterstattung immer stärker.

Die 2/3 Mehrheit im Parlament hat Fidesz auch dafür verwendet, ein neues Grundgesetz für Ungarn einzuführen, welches unter anderem auch den Verlauf der Parlamentswahlen veränderte. Das neue Grundgesetz wurde im In- und Ausland stark kritisiert, aber es ist trotzdem, fast unverändert, bis heute in Kraft geblieben. Bei der Parlamentswahl vom April 2014 erhielt Fidesz erneut eine 2/3 Mehrheit im Parlament, aber diesmal nur ganz knapp. Fidesz erhielt 66,8% der Mandate. Nach der Wahl wurde öfter gesagt, dass Fidesz nur dank des neuen Wahlsystems die 2/3 Mehrheit erreicht hat, weil sie nur 44,87% aller Stimmen bekommen hat. Bei der Parlamentswahl vom April 2018 hat Fidesz mit genau dem gleichen Ergebnis wieder die 2/3 Mehrheit im Parlament errungen.

Heutzutage sind Massenmedien wichtige Quellen für die Menschen, die sich über Politik oder politische Ereignisse informieren wollen. So tragen auch Online-Zeitungen, die hier als Teilsparte von Massenmedien betrachtet werden, zu Qualität und Umfang der politischen Debatte bei. (vgl. Brand 2012: 40f.) Unter anderem auch deswegen war und ist es für Fidesz ein so wichtiges Anliegen, die Medien zu 'kontrollieren' und damit die politische Einstellung der Menschen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Unter dem Begriff Massenmedien werden, nach Brand, nicht nur die klassischen Medien subsumiert, die der Massenkommunikation dienen (Zeitungen, Fernsehen, Film, Hörfunk usw.), sondern auch Medien, die Massen- und individuelle Kommunikation (Internet, Online-Kommunikation) ermöglichen. „Dies bedeutet, dass die sog. »Neuen Medien« insofern einbezogen werden, als auch sie potenziell Kommunikation in größeren Gruppen bewirken, ja oftmals erst neue Konstellationen gerade zwischengesellschaftlicher Medienkommunikation schaffen.“ (Brand 2012: 31f.) Es wäre auch ganz interessant herauszufinden, wie die Kommunikation der Regierung in den sog. 'Neuen Medien' ausschaut, aber dies wäre ein Thema für eine andere wissenschaftliche Arbeit.

Obwohl die Anzahl der eingereichten Asylanträge in Ungarn seit 2012 stark angestiegen ist, hat das Thema bis Jänner 2015 relativ wenig Interesse geweckt. Dies änderte sich nach der Äußerung des Ministerpräsidenten nach dem Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris (7. Jänner 2015). Dabei sagte Viktor Orbán, dass Wirtschaftsmigration etwas Schlechtes sei und man sie nicht so betrachten dürfe, als hätte sie irgendeinen Nutzen, weil diese nur Unglück und Gefahr für die europäischen Menschen bringe. Deswegen müsse Migration gestoppt werden, dies sei der ungarische Standpunkt. Wir wollen keine bedeutende Minderheit unter uns sehen, die andere kulturelle Eigenschaften und einen anderen kulturellen Hintergrund aufzeigt als wir. (Bernáth/ Messing 2015: 9f.) Diese Äußerung Orbáns hat schon die spätere Richtung der Strategie der ungarischen Regierung angegeben, die auf Angst und Fremdenhass basiert und in der Ungarn ein ausländisches Ereignis wie eine unmittelbare heimische Gefahr interpretiert. Ein paar Tage später hat einer der führenden Politiker der Fidesz (Lajos Kósa) angekündigt, dass Migration mehr besorgniserregend sein könnte als Terrorismus. (ebd.: 15f.) In den folgenden Monaten erschienen in den (regierungsnahen) Medien immer mehr die Experten, die früher gar nicht in diesen Themen aktiv gewesen waren, aber die sicherheitspolitische Interpretation der Regierung unterstützen. Dagegen erschien die Meinung keiner einzigen Organisation oder keines Experten, die sich seit Jahrzehnten aktiv mit diesen Fragen beschäftigen und über dieses Themengebiet publizieren hatten. (ebd.: 12) In der Studie von Gábor Bernáth und Vera Messing, die die ersten Monate

von 2015 untersucht, wird aufgezeigt, dass in diesem Zeitraum die Kommunikation der ungarischen Regierung um die Flüchtlingsthematik so überwältigend war, dass andere/oppositionelle Meinungen in den Medien kaum "gehört" werden konnten. Das war das Ergebnis der Regierungskampagne, welche die Meinung der Regierungspartei als die einzige in Ungarn existierende Meinung vorzustellen strebte. (Bernáth/ Messing 2015: 7)

Zusammenfassend kann man sagen, dass es in den ungarischen Medien, wegen dieser überwältigenden Kommunikation der Regierung, ziemlich wenig Möglichkeiten für alternative Interpretationen gab. Gegenüber dem Standpunkt der Regierung, welcher in allen Medien vordringlich erschien, konnten andere Meinungen nur dann gefunden werden, wenn man gezielt danach gesucht hatte. (ebd.: 14) Teil dieser Kommunikation war die viel kritisierte Plakatkampagne der Regierung und die nationale Konsultation über Einwanderung und Terrorismus, in der mit Hilfe suggestiver Fragen die Einwilligung der Menschen zu den Plänen der Regierung in Einwanderungsfragen hervorgehört wurde.

(Welt.de 2015: s.p.) (ORF.at 2015: s.p.) (Bordermonitoring 2015: s.p.) (Pester Lloyd 2015: s.p.)

## 2) Inhaltsanalyse

### 2.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Wie vorher schon kurz angeschnitten wurde, werde ich bei dieser Forschung eine Medienanalyse durchführen. Hans-Dieter Kübler betrachtet Medienanalyse „primär als Sammelbegriff für alle wissenschaftlichen Untersuchungen von Medien [...], sofern sie theoriegeleitet, möglichst verallgemeinerbar, nachprüfbar sind und sich dem wissenschaftlichen Diskurs stellen“. (Kübler 2001: 43 nach: Hickethier 2010: 338) Die Analyse kann jedoch, laut Hickethier weiter spezifiziert werden: „Medienanalyse betreibt die Erforschung der Einzelprodukte als Basis für jede Theoriebildung, die Theorie wiederum liefert die Basis für eine erkenntnisorientierte Analyse. Medienanalyse untersucht die Genese einer Medienproduktion als Beispiel für eine historisch verstandene Erkenntnis und interessiert sich für die Einbindung des einzelnen Produkts in einen historischen Kontext.“ (Hickethier 2010: 337)

Um zu meinem Erkenntnisinteresse zu kommen, werde ich die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring als die Methode zur Analyse der Texte anwenden. Die folgende Beschreibung erklärt diese Methode der qualitativen Inhaltsanalyse näher.

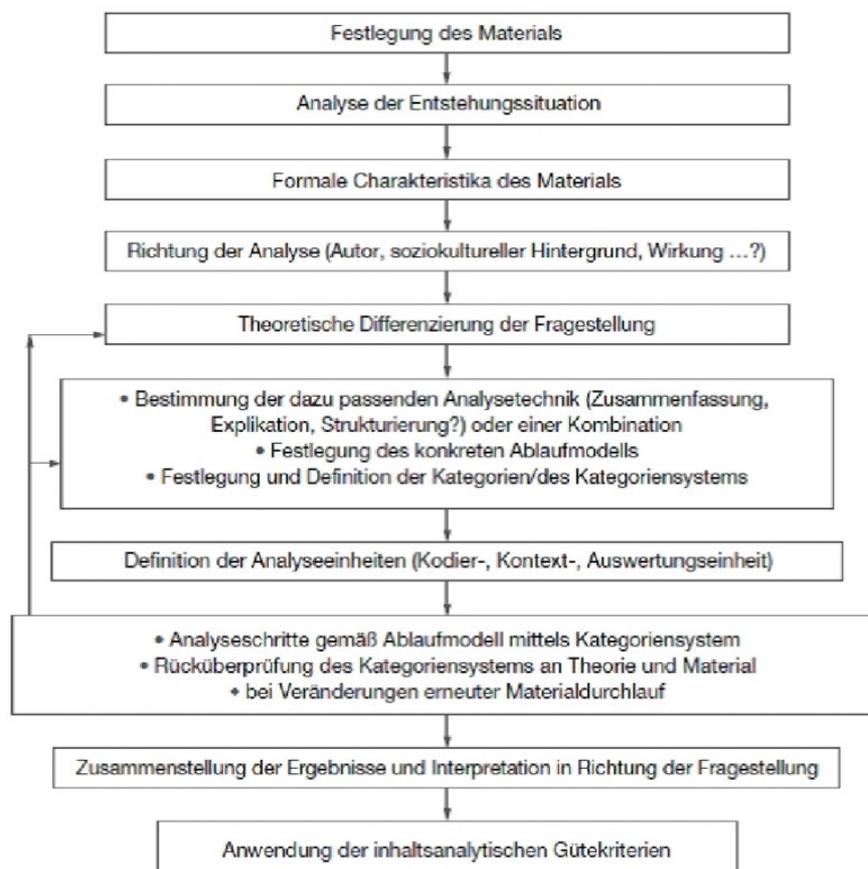
„Ziel der Inhaltsanalyse ist, darin besteht Übereinstimmung, die Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt.“ (Mayring 2010: 11) Eine Definition des Begriffs hat jedoch mit mehreren Schwierigkeiten zu kämpfen, weil zahlreiche Definitionsvorschläge und unterschiedlichste Ausprägungen der Analyseformen existieren. Zum Beispiel: „Eine zweite Schwierigkeit der Definition von Inhaltsanalyse besteht darin, dass sehr viele der vorliegenden Definitionen die Interessen oder das jeweilige Arbeitsgebiet des Autors widerspiegeln und dadurch zu speziell sind.“ (ebd.) Aber nicht nur die Definitionsvorschläge, sondern auch die Anwendungs- und Einsatzbereiche der Inhaltsanalyse sind zahlreich. Mayring erwähnt dabei unter anderem die Psychotherapie oder die amerikanische Propagandaforschung im Zweiten Weltkrieg. (vgl. ebd.) Zusammenfassend erläutert Mayring, dass Inhaltsanalyse Kommunikation beziehungsweise fixierte Kommunikation analysieren will. Dabei sollte Inhaltsanalyse systematisch, regel- und theoriegeleitet vorgehen. Und es sollte das Ziel verfolgt werden, Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation ziehen zu können. (vgl. ebd.: 13) Im Fall der vorliegenden Untersuchung ist es ebenfalls das Ziel, Rückschlüsse auf die Kommunikation zum Bau des Grenzzauns in den Online-Zeitungen ziehen zu können.

„Ein besonderer Vorteil inhaltsanalytischen Vorgehens im Vergleich zu anderen Textanalyseansätzen ist ihre kommunikationswissenschaftliche Verankerung. Das Material wird immer in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden. Der Interpret muss angeben, auf welchen Teil im Kommunikationsprozess er seine Schlussfolgerungen aus der Materialanalyse beziehen will. Diese inhaltsanalytische Besonderheit sollte für qualitative Inhaltsanalyse in jedem Falle bewahrt werden, gerade weil viele quantitative Inhaltsanalysen diesen Punkt vernachlässigt haben. Der Text wird so immer innerhalb seines Kontextes interpretiert, das Material wird auch auf seine Entstehung und Wirkung hin untersucht.“ (Mayring 2010: 48)

Wie das Mayring beschreibt, wird in dieser Arbeit auch ein systematisches und regelgeleitetes Vorgehen verfolgt. „Die Systematik sollte so beschrieben sein, dass ein zweiter Auswerter die Analyse ähnlich durchführen kann.“ [...] „Das Kategoriensystem ist ein zentraler Punkt in quantitativer Inhaltsanalyse. Aber auch in der qualitativen Inhaltsanalyse soll versucht werden, die Ziele der Analyse in Kategorien zu konkretisieren. Das Kategoriensystem stellt das zentrale Instrument der Analyse dar.“ (Mayring 2010: 49) Laut Mayring müssen vor der Analyse selbst zwei wichtige Elemente geklärt werden. Die Richtung der Analyse muss festgestellt werden und die Fragestellung muss theoriegeleitet differenziert werden. (ebd.: 56ff.) Nach Mayring gibt es unterschiedliche Richtungen einer Inhaltsanalyse. „Man kann den im Text behandelten Gegenstand beschreiben, man kann etwas über den Textverfasser oder die Wirkungen des Textes bei der Zielgruppe herausfinden. Dies muss vorab bestimmt werden. Sehr hilfreich dafür ist es, den Text als Teil einer Kommunikationskette zu begreifen, ihn in ein inhaltsanalytisches Kommunikationsmodell einzuordnen.“ (ebd.: 56) Laut Mayring muss dieses Vorgehen, aber noch in einigen Punkten erweitert werden, um die verschiedene Richtungen einer Inhaltsanalyse unterscheiden zu können:

- „Es soll etwas über den Gegenstand ausgesagt werden, vor allem bei Dokumentenanalysen.
- Inhaltsanalysen in der Psychotherapie wollen meist etwas über den emotionalen Zustand des Kommunikators erfahren.
- In der Literaturwissenschaft soll meist nur der Text für sich analysiert werden, wobei der soziokulturelle Hintergrund als Kontext gilt.
- Die amerikanische Propagandaforschung während des Zweiten Weltkrieges wollte durch Inhaltsanalysen die Intentionen des Kommunikators erfahren.

• Die Analyse von Massenmedien strebt oft Aussagen über deren Wirkungen beim Publikum, also der Zielgruppe an.“ (Mayring 2010: 56f.) Die Inhaltsanalyse in dieser Arbeit hat den Gegenstand an sich, also die Darstellung der medialen Reaktionen im Mittelpunkt. Die qualitative Inhaltsanalyse zeichnet sich laut Mayring durch zwei Merkmale aus: die Regelgeleitetheit und die Theoriegeleitetheit der Interpretation. „Dies drückt sich zunächst dadurch aus, dass die Analyse einer präzisen theoretisch begründeten inhaltlichen Fragestellung folgt.“ (ebd.: 57) Laut Mayring ist die qualitative Inhaltsanalyse gegenüber anderen Interpretationsverfahren genau deswegen überlegen, weil diese Analyse in einzelne, vorher festgelegte Interpretationsschritte zerlegt werden kann. „Dadurch wird sie für andere nachvollziehbar und intersubjektiv überprüfbar, dadurch wird sie übertragbar auf andere Gegenstände, für andere benutzbar, wird sie zur wissenschaftlichen Methode.“ (ebd.: 59) Drei festgelegte Analyseeinheiten helfen, die Präzision der Inhaltsanalyse zu erhöhen: Die Kodiereinheit beschreibt, welcher der kleinste zu analysierende Textteil sein darf. Die Kontexteinheit determiniert den größten zu analysierenden Textbestandteil. Die Auswertungseinheit bestimmt die Reihenfolge, in der die Textteile ausgewertet werden. (vgl. ebd.) Laut Mayring ist neben diesen Analyseeinheiten die Erstellung des Kategoriensystems fundamental. (vgl. ebd.) Daraus ergibt sich folgendes allgemeines Ablaufmodell:



(Mayring 2010: 60)

Mayring differenziert drei Grundformen des Interpretierens: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung. Laut ihm ist das Ziel der Zusammenfassung „das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist.“ (Mayring 2010: 65) Ziel der Explikation „ist es, zu einzelnen fraglichen Textteilen (Begriffen, Sätzen, ...) zusätzliches Material heranzutragen, das das Verständnis erweitert, das die Textstelle erläutert, erklärt, ausdeutet.“ (ebd.) Ziel der Strukturierung „ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen.“ (ebd.) Für die Analyse der Online-Zeitungen in dieser Arbeit bevorzuge ich von diesen unterschiedlichen Grundformen des Interpretierens, die Zusammenfassung, weil diese sich meiner Meinung nach am besten dafür eignet, den Text so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte der Artikel erhalten bleiben. Im weiteren Verlauf der Analyse erfolgt eine erste und eine zweite Reduktion des Materials, danach wird durch Zusammenfassungen, Kürzungen und Paraphrasierungen das geplante Ergebnis der qualitativen Inhaltsanalyse erreicht.

## **2.2 Festlegung des Materials und der Analyseeinheit**

Bevor ich die angewendete Methode erkläre, werde ich in diesem Unterkapitel das eigentliche Material der Forschung beschreiben. Für meine Forschung habe ich fünf ungarische Tageszeitschriften mit Online-Archiven ausgewählt, die auch, laut meiner Hypothese, politisch klar entweder als regierungsunterstützend oder als regierungskritisch eingestuft werden können. Ich habe insgesamt 25 Artikel ausgewählt, übersetzt und für die Forschung herangezogen. Zu Beginn des Forschungsprozesses war noch nicht ganz klar ob diese Anzahl von Artikeln sich als zu wenig, zu viel oder als für die Forschung passend herausstellen wird. Aber am Ende hat sich die Anzahl der Artikel als angemessen herausgestellt, weil mit deren Hilfe die Meinungen der beiden einander gegenüberstehenden Fraktionen gut beschrieben werden konnte. Folgende Zeitschriften habe ich für diese Arbeit untersucht: Magyar Nemzet [„Ungarische Nation“], Népszabadság [„Volksfreiheit“], Népszava [„Volksstimme“], Magyar Hírlap [„Ungarisches Journal“] und Magyar Idők [„Ungarische Zeiten“]. Laut meiner Annahme, die auf meinen bisherigen persönlichen Erfahrungen basiert, kann man die Zeitschriften Népszava und Népszabadság eindeutig zu den regierungskritischen Medien zählen. Hingegen kann man die Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők als

regierungsunterstützend einstufen. Die Zeitung Magyar Nemzet war viel schwieriger einzuschätzen, weil die Zeitschrift Anfang des Jahres 2015 verkauft wurde und dadurch eine ganz neue Meinungsrichtung eingenommen hatte. Deswegen habe ich vor der Analyse diese Zeitung auch als regierungsunterstützend angesehen.

Weil ich aus den Zeitschriften gleich mehrere Artikel ausgewählt habe, werde ich mich in dieser Arbeit auf die einzelnen Artikel folgendermaßen berufen. Um Verwirrungen bei der Beschreibung der Artikel zu vermeiden, werde ich die einzelnen Artikel nummerieren. Dies schaut dann folgenderweise aus: Nehmen wir die Zeitung Népszava als Beispiel, so werden die aus dieser Zeitung, ausgewählte Artikel Népszava1, Népszava2, Népszava3 etc. genannt werden. Dementsprechend werden diese Artikel auch im Anhang gekennzeichnet.

Im folgenden Abschnitt werde ich die verwendeten Zeitschriften selbst näher beschreiben:

**Népszava** ist eine im Jahr 1877 in Budapest gegründete sozialdemokratische ungarische Tageszeitung. Schon zu Beginn und dann durchgängig bis 1948 war sie die offizielle Zeitung der Sozialdemokratische Partei Ungarns (MSZDP). Während der kommunistischen Zeiten in Ungarn (zwischen 1948 und 1989) war sie die offizielle Zeitung der ungarischen Gewerkschaften. Im Jahr 1989 wurde sie privatisiert, seitdem hat sie sich die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) angenähert. Deshalb erscheint sie seit 2005 mit dem Untertitel "sozialdemokratische Tageszeitung". Heutzutage ist sie marktführend unter den politischen Tageszeitungen in Ungarn und gilt damit als eines der wichtigsten noch existierenden, traditionellen Medien der Opposition. (XXI. század Média s.a.: s.p.) / (ATTAC Magyarország 2005: s.p.) / (Wordpress 2014/ Népszava: s.p.)

**Népszabadság** war bis zu ihrem Ende am 8. Oktober 2016 einer der auflagenstärkste überregionalen Tageszeitungen Ungarns. Sie war 1956 gegründet worden und galt bis 1989 als die Zeitung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP). Seitdem bis zu ihrer Einstellung war sie unabhängig in der Berichterstattung. Die Zeitung war überparteilich, aber man konnte sie ehestens als linksliberal einstufen. Im Jahr 2014 wurde die Zeitung verkauft und schon damals wurde befürchten, dass hinter dem Deal die Fidesz-Partei stecke. (Leonhard 2014) Dann, am 8. Oktober 2016, wurde das Erscheinen der damals mit einer täglichen Auflage von knapp 40.000 Exemplaren größten Tageszeitung Ungarns überraschend schnell eingestellt. Es wurde ein neuer Generaldirektor ernannt, alle Mitarbeiter der Redaktion wurden entlassen. Als Begründung wurde den Journalisten erklärt, der Eigentümer wolle die

ständigen Verluste nicht mehr hinnehmen, aber die Redaktion glaubte nicht an die angeführten ökonomischen Motive. Seitdem kann man in dem Online-Archiv der Zeitung ältere Artikel finden, aber neue Beiträge werden nicht mehr veröffentlicht. (Leonhard 2016: s.p.) / (Zeit.de 2016: s.p.) / (Wordpress 2014/ Népszabadság: s.p.)

**Magyar Hírlap** ist eine verhältnismäßig kleine konservative Tageszeitung in Ungarn. Sie wurde im Jahr 1968 gegründet und diente als Regierungsblatt des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn bis 1989. Danach wurde sie privatisiert und in den 1990er Jahren zu einer linksliberalen Zeitung entwickelt. Im Jahr 2004 wurde ihr Betrieb eingestellt, aber sie wurde von der Redaktion gekauft und für ein Jahr auf eigene Kosten betrieben. Im Jahr 2005 wurde sie von dem ungarischen Geschäftsmann Gábor Széles gekauft. Ab dieser Zeitpunkt findet eine ideologische Veränderung der Zeitung statt, sie vertritt immer mehr eine rechtskonservative Position. Sie ist auch immer näher an die Fidesz gerückt und heutzutage gilt sie als eine Regierungszeitung. (Wordpress 2014/ Magyar Hírlap: s.p.)

**Magyar Idők** (zwischen 1991 und 2015 als Napi Gazdaság) war eine im Jahr 2015 gegründete Tageszeitung der Regierungspartei Fidesz. Sie ist rechtskonservativ positioniert und gilt als einer der wichtigsten regierungsparteilichen Zeitschriften in Ungarn. Sie wurde im Jahr 2019 in Magyar Nemzet umbenannt, bringt aber weiterhin die Werten und parteiliche Einstellung von Magyar Idők zum Ausdruck. Abgesehen vom Namen hat sie nichts mit der früheren Zeitung Magyar Nemzet zu tun. (Wordpress 2015/ Magyar Idők: s.p.)

**Magyar Nemzet** war eine im Jahr 1938 gegründete konservative ungarische Tageszeitung. Während der kommunistischen Zeiten war sie die Tageszeitschrift des liberalen Bürgertums, aber selbstverständlich wurde sie von der Sozialistischen Arbeiterpartei stark zensiert und durfte keine systemkritischen Meinungen veröffentlichen. Nach dieser Periode wurde die Zeitung privatisiert, sie wurde zu einer gemäßigten, rechten und unabhängigen Zeitschrift. Ab der Jahrtausendwende näherte sie sich der Fidesz an, wurde, aber keine reine Parteizeitung, operierte in der Berichterstattung quasi unabhängig. Anfang 2015 markierte eine Wende in der Berichterstattung für die Zeitung. Zurzeit gehörte sie dem Medienunternehmer Lajos Simicska, der als einer der wichtigsten Unterstützer Viktor Orbáns galt. Aber dies änderte sich Anfang 2015 nach der Eskalation eines Konflikts zwischen Viktor Orbán und Lajos Simicska. (Süddeutsche Zeitung 2015) Ab diesem Zeitpunkt operierte Magyar Nemzet als eine bürgerlich-konservative Zeitschrift, bei der auch regierungskritische Position eingenommen wurden. Die Zeitung Magyar Nemzet wurde am 11.04.2018, angeblich aus finanziellen

Gründen, endgültig eingestellt. „Zwei Tage nach dem Wahlsieg des Rechtspopulisten Viktor Orbán wird Ungarns Medienlandschaft ärmer. "Magyar Nemzet", die wichtigste Oppositionszeitung, kündigte am Dienstag ihre Einstellung an.“ (Mayer 2018: s.p.) Ein Jahr später wurde die Name Magyar Nemzet von der Zeitung Magyar Idők angenommen, welche seitdem unter diesem Namen betrieben wird. (Wordpress 2014/ Magyar Nemzet: s.p.)

## **2.3 Bildung des Kategoriensystems**

Bei der Durchführung der Inhaltsanalyse sind folgende Kategorien entstanden, deren Reihenfolge nach keinen bestimmten Regeln festgelegt wurde, sondern sich im Prozess der Kategorienbildung ergab:

### **1. Argumente für eine Grenzsperr**

Diese Kategorie umfasst alle Aussagen, die die Grenzsperr und damit den Bau des Grenzzauns positiv betrachten, diese unterstützen oder für eine gute Idee halten beziehungsweise als ein gutes Mittel zur Lösung des Migrationsproblems. Also zum Beispiel: das Argument, dass die Grenzsperr auch gegen Verbrecher wie Schmuggler oder Drogenhändler ein effektives Mittel ist oder dass eine solche Maßnahme in Europa oder auf der Welt gar nicht einzigartig ist, da es dafür viele unterschiedliche, internationale Beispiele gibt.

### **2. Argumente gegen eine Grenzsperr**

Diese Kategorie bezieht sich auf die Aussagen, die gegen die Grenzsperr und den Bau des Grenzzauns ausgerichtet sind. Unter diesen Punkt fallen unter anderem Aussagen, die behaupten, dass der Zaun keine Lösung für das Asylproblem bedeutet oder dass Ungarn nicht alleine das Problem der Migration lösen, sondern mit der EU zusammen eine gemeinsame Lösung finden sollte.

### **3. Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen**

Unter dieser Kategorie wurden alle Aussagen zusammengefasst, die nicht eindeutig für oder gegen die Grenzsperr sprechen. Darunter fallen zum Beispiel die Intentionen der Regierung, sichere Drittländer zu definieren oder zwischen Flüchtlingen und illegalen Einwanderern zu unterscheiden, sowie auch die Verkündung und die genaue Beschreibung der Grenzsperr. Ein weiterer ganz interessanter Punkt dieser Kategorie ist die Meinung von Jobbik, der Partei, die als einzige rechtsgerichtete Oppositionspartei im Parlament zwischen ihrer ursprünglichen

Ideologie und eine regierungskritische Haltung schwankt.

#### **4. Kritik an der Opposition**

Diese Kategorie enthält alle Punkte, die als Kritik an der Opposition zusammengefasst werden können. Alle Aussagen, die die Opposition, einzelne Parteien oder PolitikerInnen der Oppositionsparteien selbst und/ oder ihre Meinungen, Aussagen oder ihr Verhalten kritisieren, wurden dieser Kategorie zugeteilt. Dabei wurden nicht ausschließlich die Themen Migration und Grenzsperrung angeschnitten. Diese Kritik kommt überwiegend von PolitikerInnen der Regierungspartei.

#### **5. Kritik an der Regierung**

Alle Bereiche der Kritik an der Regierung selbst oder an den Regierungsbeschlüssen fallen in diese Kategorie. Zu dieser Kategorie zählen auch die vorgekommenen Kritikpunkte an der Regierungspartei Fidesz und an dem ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán.

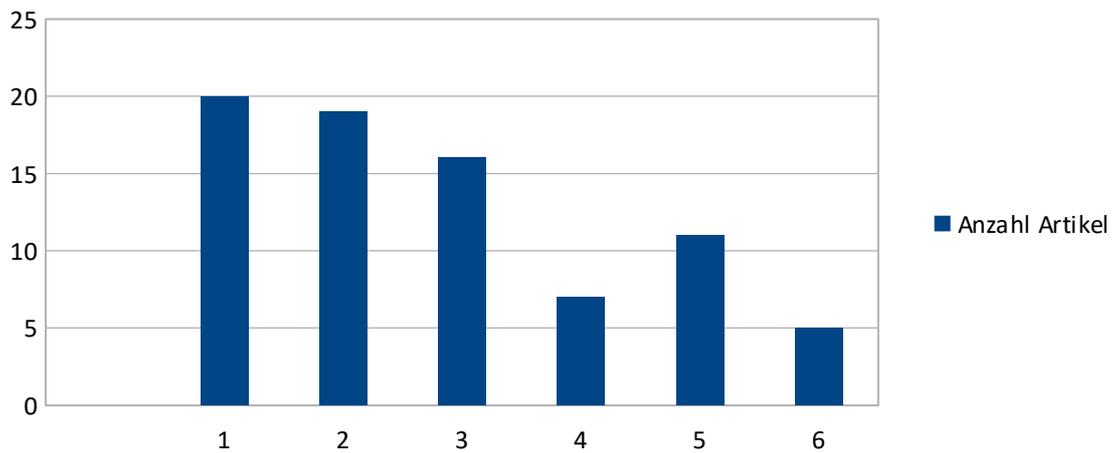
#### **6. Mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem**

Alle Aussagen, die eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem bieten, wurden hier berücksichtigt. Hier sind Ideen von der Regierung als auch von der Opposition zu finden.

Im nächsten Abschnitt werde ich die Anzahl der Artikel und die Verteilung der Kategorien anschaulicher machen:

Anhand nachstehender Grafik (Abbildung 1) kann die Kategorienverteilung in der Gesamtzahl der Artikel gesehen werden. Kategorie 1, die Argumente für eine Grenzsperrung, wird am häufigsten erwähnt, alles in allem kommt diese Kategorie in 20 der insgesamt 25 Artikel vor. Gefolgt von der Kategorie 2, die Argumente gegen eine Grenzsperrung, und Kategorie 3, die ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen umfasst, die jeweils in 19 bzw. 16 Artikeln vorkommen. Kategorie 5, Kritik an der Regierung, taucht in 11 Artikeln auf. In der hier vorliegenden Artikelauswahl wird am wenigsten über Kategorie 4, Kritik an der Opposition (7 Artikel beinhalten diese Kategorie), und über Kategorie 6, mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem (5 Artikel) berichtet.

In dieser Analyse wurde nicht das zahlenmäßige Vorkommen einer Kategorie in einem Artikel erfasst, sondern ob eine Kategorie in einem Artikel vorhanden war oder nicht.



*Abbildung 1: Anzahl der Artikel in denen die jeweilige Kategorie vorkommt*

Die unten angeführte Tabelle (Tabelle 1) veranschaulicht das zahlenmäßige Vorkommen der Kategorien in den Artikeln. Davon kann man ablesen, in welcher Zeitung welche Kategorie wie oft vorkommt. Man sieht, dass Argumente für die Grenzsperrre verhältnismäßig überwiegend in den Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idók auftauchen. Obwohl quantitativ in der Zeitung Magyar Nemzet mehr Argumente für die Grenzsperrre vorkommen, muss man festhalten, dass auch eine beachtliche Zahl an Argumenten gegen die Grenzsperrre angeführt werden. Mit diesem merkwürdigen Phänomen werde ich mich in den späteren Kapiteln noch genauer beschäftigen. In der Zeitung Népszabadság werden eindeutig die meisten Argumente gegen die Grenzsperrre, zahlen- wie auch verhältnismäßig, aufgelistet. Bei der Zeitung Népszava kann man auch ein interessantes Phänomen bemerken. Bei dieser Zeitung kommen nur ein bisschen mehr Argumente gegen die Grenzsperrre vor als dafür, aber sehr wichtig ist es dabei zu beachten, dass ungefähr genauso oft auch Kritik an der Regierung angeführt wird. Was genau diese Fakten bedeuten, wird in den späteren Kapiteln genauer beschrieben.

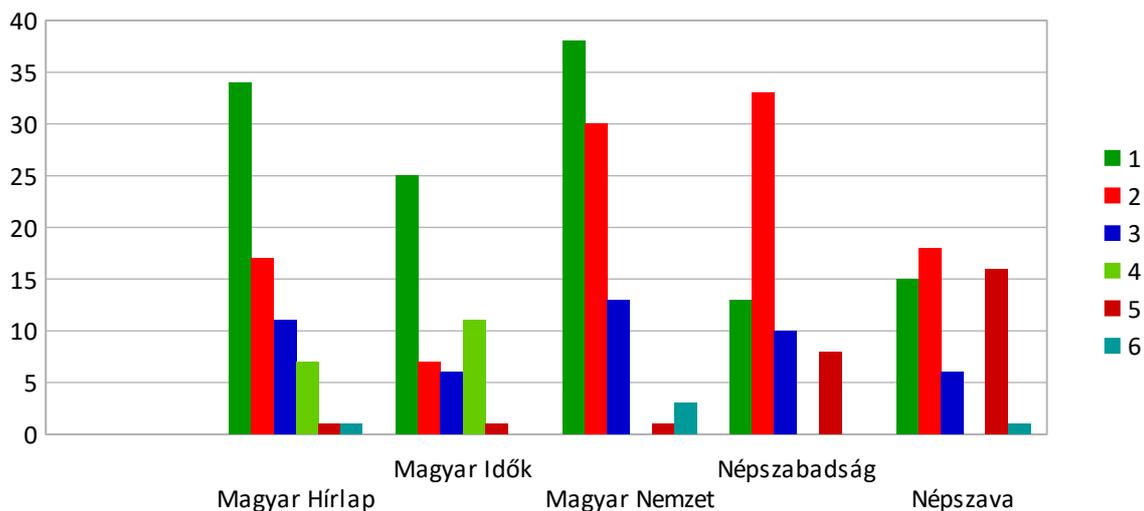


Tabelle 1: Zahlenmäßiges Vorkommen der Kategorien in den Artikeln

In der untenstehenden Tabelle (Tabelle 2) ist die Anzahl der zur Analyse ausgewählten Artikel pro Kategorie nach Tagen geordnet zu sehen, wobei ein Artikel mehrere Kategorien enthalten kann. Die Gesamtzahl der Artikel pro Tag steht zur besseren Übersicht in der Spalte ganz rechts. So wurde zum Beispiel am 18.06.2015 sowohl die Kategorie 1 als auch Kategorie 2 insgesamt in neun Artikeln, bei einer Gesamtmenge von 12 Artikeln, erwähnt.

	Kategorie						Artikel Gesamt
	1	2	3	4	5	6	
<b>17.06.2015</b>	8	8	6	1	4	2	10
<b>18.06.2015</b>	9	9	8	4	6	2	12
<b>19.06.2015</b>	3	2	2	2	1	1	3

Tabelle 2: Anzahl der Artikel pro Kategorie pro Tag

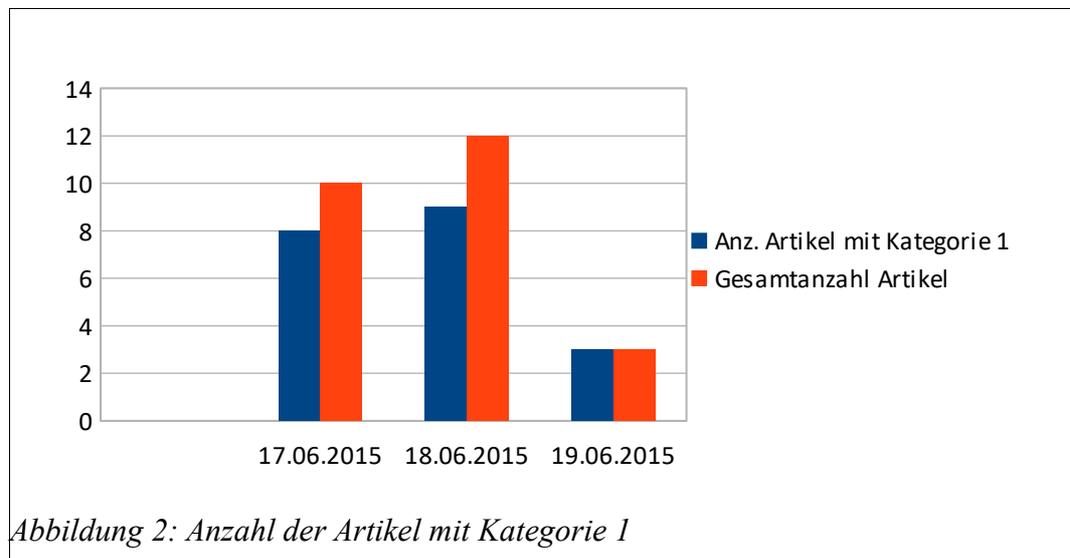
Alle Zeitungsartikel können im Anhang eingesehen werden.

## 2.4 Anwendung des Kategoriensystems

In diesem Unterkapitel werden die einzelnen Kategorien und die darin inbegriffenen Aussagen dargestellt. Das heißt, zuerst wird die Häufigkeit des Auftretens einer Kategorie pro Tag veranschaulicht. In den dazugehörigen Diagrammen wird die Gesamtanzahl der Artikel

angezeigt und die Anzahl der Artikel, in denen die jeweilige Kategorie auftritt. Anschließend werden die jeweiligen Kategorien selbst vorgestellt und die Inhalte näher beschrieben.

### 2.4.1 Argumente für eine Grenzsperr



In dieser Kategorie sind die Aussagen enthalten, die eine mögliche Grenzsperr positiv beurteilen und/ oder die Entscheidung der Regierung in der Frage der Grenzsperr unterstützen. Wie man an der Abbildung erkennen kann, kommt diese Kategorie am häufigsten von allen vor. Insgesamt gibt es nur fünf Artikel, in denen Aussagen dieser Kategorie gar nicht auftreten.

Die erste wichtige Aussage der Kategorie, die bei mehreren Zeitungen vorkommt ist, dass der Zaun gar nicht einzigartig sei, weil ähnliche Maßnahmen auch schon in vielen anderen, unter anderem auch in europäischen Ländern getroffen wurden. Dafür werden meistens die Grenzzäune an der griechisch-türkischen und an der bulgarisch-türkischen Grenze als Beispiele genannt, sowie die zwei spanischen Exklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, erwähnt: „[...] ist die Entscheidung der Regierung nicht einzigartig. In diesem Zusammenhang wies er [Péter Szijjártó, Außen- und Handelsminister] darauf hin, dass sowohl an der griechisch-türkischen als auch an der bulgarisch-türkischen Grenze Zäune errichtet worden sind und dass sich auch spanische Städte in Nordafrika so vor dem Einwanderungsdruck schützen.“ (Népszava2) Aber auch der Grenzzaun zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wird als Beispiel für solche Schutzmaßnahmen genannt: „Ungarn ist nicht der erste und einzige Staat in Europa, der sich an seinen Grenzen mit Zäunen verteidigt.“ [...] Natürlich sind Sicherheitszäune zum Schutz vor Einwanderern nicht nur in Europa zu finden.

An der mehr als 3.100 Kilometer langen Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko befindet sich ein Sicherheitszaun bestehend aus einer 4 bis 5 Meter hohen Stahlmauer auf etwa 1.050 Kilometern.“ (Magyar Idők1)

Ein Argument, das nicht so oft, aber doch einige Male vorkommt, ist, dass weder Ungarn noch Europa die Flüchtlinge braucht und dass der eigene Staat vor dem Einwanderungsdruck geschützt werden muss. Das sieht man an der Aussage von Antal Rogán: „In Ungarn ist die Einwanderung keine Lösung für irgendetwas, in Europa auch nicht, wir können nichts mit einer so großen Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen anfangen – sagte er.“ (Magyar Hírlap1) Es wird auch beschrieben wie die Situation im Ausland entwickelt: „In Österreich wurde vor einem Tag (der Artikel erschien am 17.06.2015) angekündigt, dass keine Asylanträge mehr gestellt werden können, vor paar Stunden hat der bayrische Finanzminister gesagt: "Europa braucht die Flüchtlinge nicht", in der Früh wurde im Fernsehen berichtet, dass wegen der Flüchtlinge auf griechischen Inseln kein Urlaub mehr gemacht werden kann – erinnert György Nógrádi.“ (Magyar Nemzet1) Die Meinung, dass der Zaun für den Schutz des Landes gebaut wird, kommt auch vor: „[...] ist es in dieser Situation offensichtlich, dass die Regierung Schritte unternimmt, um Ungarn, das ungarische Volk, vor dem Einwanderungsdruck zu schützen, deswegen haben sie [die ungarische Regierung] beschlossen, die Errichtung des Sicherheitszauns vorzubereiten.“ (Magyar Nemzet5)

Eine andere wichtige Aussage, die sehr oft in den Artikeln vorkommt ist, dass der Grenzzaun eine gute, notwendige oder die einzige Lösung sei, um das Problem der Migration lösen zu können. Wie das von der ehemalige Pressesprecher der Jobbik gesagt wird: „Nach der Sitzung sprach Ádám Mirkóczki von Jobbik darüber, dass er aufgrund der erhaltenen Informationen den geplanten Zaun an der serbisch-ungarischen Grenze für gerechtfertigt und notwendig halte.“ (Magyar Hírlap4) Nicht so überraschend, dass Politiker der Fidesz auch für den Bau des Zauns sind: „Laut neuesten Daten kommen in Ungarn mehr illegale Einwanderer an als in Italien, obwohl die Weltpresse bei Letzerem laut sei – sagte der Pressesprecher der Fidesz, und betonte, dass, um diesen Prozess stoppen zu können, der Bau von Zäunen die einzig mögliche Lösung sei.“ (Magyar Idők5) „Der Vorsitzende der Bezirksversammlung von Bács-Kiskun [László Rideg von Fidesz] bezeichnete den zu errichtenden Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze als eine gute Methode, um zukünftige Einwanderer zu stoppen.“ (Magyar Hírlap2)

Eine weitere wichtige und oft vorkommende Aussage, die ich zu den Argumenten für eine

Grenzsperre zähle, ist die Erläuterung der ansteigenden Zahl der (illegalen) Einwanderer: „Heute gibt es in Europa kein Land mehr, in dem die Zahl der Einwanderer in den letzten Jahren keine Rekorde gebrochen hat. Die Einwanderungswelle ist seit Jahren eines der größten Probleme in Europa.“ (Magyar Idők<sup>3</sup>) Die Aussage von dem Außen- und Handelsminister unterstützt auch diese Prämisse: „Péter Szijjártó sagte, dass es auf dem EU-Treffen der Innenminister am Dienstag klar geworden ist: von den Mitgliedstaaten ist Ungarn am stärksten von der Einwanderung betroffen.“ (Népszava<sup>2</sup>)

Ein weiteres Argument, das aber auch nicht so häufig auftaucht, ist, dass die Grenzsperre auch gegen Verbrecher (wie Schmuggler, Schlepper oder Drogenhändler) gut funktioniert. Péter Tarjányi, Experte für Sicherheitspolitik sagte: „[...] der Bau des Zauns wird kurzfristig die Schlepper von der ungarisch-serbischen Grenze abhalten.“ (Népszabadság<sup>2</sup>) So wie auch Bence Tuzson davon überzeugt war, dass der Zaun solche Verbrecher fernhalten wird. „In Reaktion auf weitere Fragen betonte der Pressesprecher, dass die Route der Einwanderer von Schleppern und Verbrecherbanden organisiert wird, wegen der physischen Grenzsperre werden sie jedoch nicht mehr die ungarisch-serbische Grenze wählen.“ (Magyar Idők<sup>5</sup>)

Eine der seltener vorkommenden Aussagen ist, dass der Zaun innerhalb kurzer Zeit hochgezogen werden kann. Wie György Nógrádi, Experte für Sicherheitspolitik, das sagte: Die Regierung hat gut entschieden, Zaun kann binnen Stunden hochgezogen werden.“ (Magyar Nemzet<sup>1</sup>) So wie es auch in oppositionellen Artikel beschrieben wird, dass die Regierung diese Ansichten teilte: „Unsere Zeitung ist bekannt, dass mit der vorbereiteten Umverteilung von Kräften und Technik die neuralgischsten Bereiche innerhalb von Stunden als nahezu hermetisch versiegelbar angesehen werden. Innerhalb eines Tages kann der gesamte betroffene Grenzabschnitt unter der direkten Kontrolle des Innenministeriums stehen.“ (Népszava<sup>2</sup>)

Ein anderes Argument, das mehrmals auftritt ist, dass der Grenzschutz in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt, aber bei sämtlichen Maßnahmen internationales Recht respektiert werden muss. Wie das Natasha Bertaud und Péter Szijjártó betonen: „Natasha Bertaud, die Pressesprecherin der Europäischen Kommission: Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, welche Maßnahmen sie dafür für notwendig halten, aber das Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte der Ankommenden, muss respektiert werden.“ (Magyar Hírlap<sup>4</sup>) „Der Außen- und Handelsminister betonte, dass Ungarn durch die Errichtung des Zauns keine internationalen

rechtlichen Verpflichtungen oder internationalen Verträge verletzen werde.“ (Magyar Nemzet<sup>3</sup>)

Eine Aussage, die öfter vorkommt, ist, dass die EU in der Frage der Migration handlungsunfähig sei und deswegen Ungarn selbst handeln muss. Ungarn kann nicht auf eine gemeinsame europäische Lösung warten: Wie das Péter Szijjártó formulierte: „Die [EU-] Mitglieder suchen nach einer Antwort auf diese Herausforderung, aber es wird einige Zeit dauern, bis ein gemeinsamer Weg gefunden ist. Ungarn hingegen kann es sich nicht leisten, länger zu warten.“ (Magyar Nemzet<sup>3</sup>) Auch in anderen Zeitungen kommen EU-kritische Stimmen vor: „Die Europäische Union hätte sich schon seit langem mit der Stärkung der Außengrenzen befassen müssen.“ (Magyar Idők<sup>3</sup>)

Das letzte Argument, welches ich zu den die Grenzsperr unterstützenden Aussagen zähle, welches aber kaum genannt wird, umfasst die Besorgnisse der Bevölkerung wegen des 'Zustroms' von Einwanderern. Dabei werden meistens die Erfahrungen von der Bevölkerung von grenznahen Dörfern beschrieben. „Einige der illegalen Einwanderer, die über die ungarisch-serbische grüne Grenze kommen, richten Sachschaden an den Bauern an der Grenze an – Betroffene äußerten sich darüber im aktuellen Programm des Senders M1 am Donnerstag, in dem mehrere Landwirte und Dorfbauern darüber berichteten, wohin die illegale Grenzgänger gehen, richten überall Schäden an.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) „[...] es gab keine Gewalttaten, aber das kann man hauptsächlich der lokale Bevölkerung danken: nachts sind 12 Personen aus der Bürgerwehr im Dienst. Es war trotzdem störend, dass die Flüchtlinge massenweise in Arztpraxen, Bad, Bibliothek hineingegangen sind, um sich aufzuwärmen, und nur mit Hilfe der Polizei weggeschickt werden konnten. Auch die älteren Menschen auf den Bauernhöfen hatten Angst, es gab kleinere Diebstähle, und die Saat wurde niedergetreten, als täglich Hunderte durch die Felder gegangen sind.“ (Népszabadság<sup>2</sup>)

#### **2.4.2 Argumente gegen eine Grenzsperr**

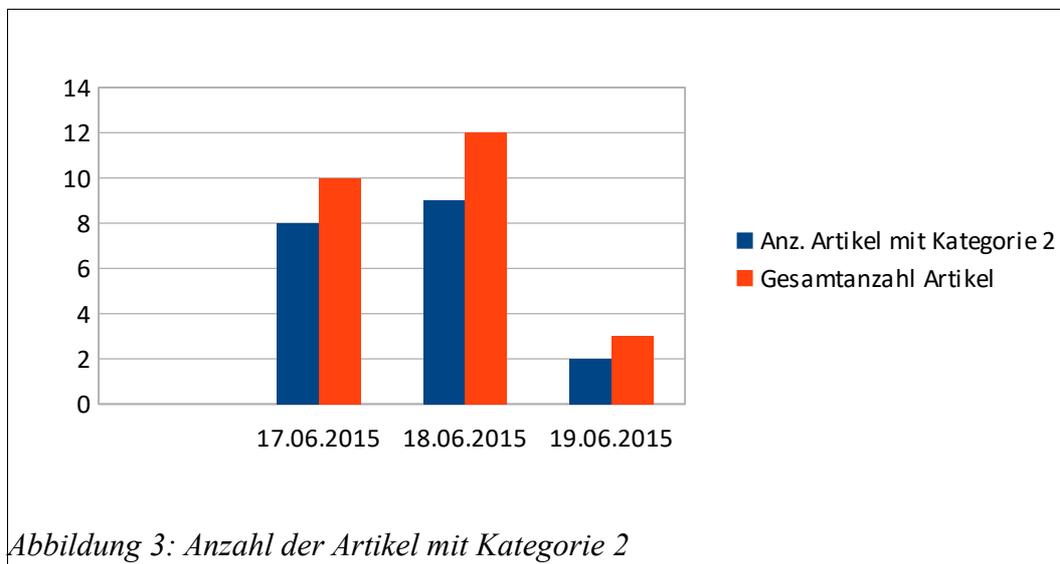


Abbildung 3: Anzahl der Artikel mit Kategorie 2

Bei dieser Kategorie handelt es sich um die Argumente und Aussagen, die gegen eine Grenzsperrung gerichtet sind.

Wie anhand des Diagramms ersichtlich wird, kommt diese Kategorie zahlenmäßig in vielen Artikeln vor. Ganz genau werden in 18 von den insgesamt 25 Artikeln Aussagen erwähnt, die ich zur dieser Kategorie gerechnet habe.

Das erste Argument dieser Kategorie kommt nicht so oft vor und fasst die Aussagen zusammen, die beschreiben, dass der Zaun keine Lösung für das Asylproblem sei oder das Asylverfahren selbst und die Probleme, die dabei auftreten.

Zsuzsanna Végh beschrieb das Verfahren und die dabei auftretende Probleme folgendermaßen: „Die Expertin fügte hinzu, dass, wenn jemand als illegaler Einwanderer ankommt, dann wird er von der Polizei an die Asylbehörden übergeben. Dort wird das Asylverfahren gestartet und der Ort bestimmt, wo man für die Dauer des Verfahrens der Behörde zur Verfügung stehen muss. Dieser Standort ist eine offene Empfangsinstitution, 90 Prozent aller illegalen Einwanderer kommen in solche Empfangszentren. Dort dürfen die Betroffenen – nachdem sie Asyl beantragt haben – sich frei bewegen, dürfen die Empfangsinstitution täglich verlassen, nur die Hausordnung muss eingehalten werden. Laut Zsuzsanna Végh nutzen die Flüchtlinge diesen Zeitraum, um ihre Reise weiter in Richtung anderer Länder fortzusetzen, obwohl sie während des Asylverfahrens nicht frei in den Staaten der Union reisen dürfen, das dürfen nur anerkannte Flüchtlinge.“ (Magyar Hírlap1) Szilárd Németh, der stellvertretende Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsausschusses des Parlaments, meinte: „[...] dies nicht die endgültige Lösung des Asylproblems sei, aber die Regierung hat eine wichtige und notwendige Entscheidung getroffen.“ (Magyar Hírlap2)

Die nächste Aussage umfasst alle Anmerkungen, bei denen die Begriffe Eiserner Vorhang/

Zaun des Hasses oder Zaun der Unmenschlichkeit auftauchen. Zahlenmäßig kommen diese Aussagen in regierungskritischen Artikeln ziemlich oft vor, aber auch in regierungsunterstützenden Artikeln werden sie paarmal erwähnt. Im Artikel Magyar Nemzet<sup>2</sup> wird der neue Grenzzaun als Eiserner Vorhang bezeichnet: „Auch wenn nicht in einer Nacht, wie im Jahr 1961, die Berliner Mauer, aber innerhalb kurzer Zeit kann auch der Eiserner Vorhang zwischen Ungarn und Serbien hochgezogen werden.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>) Im Artikel Népszabadság<sup>2</sup> kommen die Ausdrücke Zaun des Hasses und neuer Eiserner Vorhang vor: „Mit 22 Milliarden [Forint] zieht die Orbán-Regierung den Zaun des Hasses hoch“ [...] „Niemand hat gedacht, dass im 21. Jahrhundert ein neuer Eiserner Vorhang in Mitteleuropa gebaut wird und dass gerade der Ministerpräsident von Ungarn an der Spitze der Antimigranten-Politik steht.“ (Népszabadság<sup>2</sup>) Im Artikel Népszabadság<sup>5</sup> wird von Zaun der Unmenschlichkeit geschrieben: „In der internationalen Presse wird die für die ungarisch-serbische Grenze geplante, vier Meter hohe und 175 Kilometer lange physische Grenzsperrung auch als der Zaun der Unmenschlichkeit bezeichnet, welche "zur brutalen Politik Viktor Orbáns passt". Laut mehreren ausländischen Zeitungen weckt die Idee der Orbán-Regierung Erinnerungen an den Kalten Krieg, und löst das Problem nicht.“ (Népszabadság<sup>5</sup>)

Die Aussagen, die unter der Bezeichnung 'Kritik an dem Bau des Zauns' fallen, umfassen die Argumente, die zahlenmäßig am häufigsten vorkommen bei Betrachtung aller Kategorien und Argumente. Dabei werden Äußerungen von oppositionellen PolitikerInnen beschrieben: „LMP-Abgeordnete Bernadett Szél und Zsolt Molnár, der sozialistische Vorsitzende des Gremiums, verurteilten den Bau des Zauns.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Oder die Meinung von oppositionellen Parteien: „MSZP, LMP und Együtt wollen keinen Zaun.“ (Magyar Nemzet<sup>4</sup>) In anderen Artikeln wird der Grenzzaun direkt kritisiert, wie in den Artikeln Népszava<sup>4</sup> und Népszava<sup>5</sup>: „Und wir haben auch gesehen, dass bisher nie, nirgendwo, niemand mit Hilfe von Drähten oder Zäunen geschützt wurde. [...] Der Stacheldraht ist alles, aber nicht europäisch.“ (Népszava<sup>4</sup>)

„Und der Stacheldraht ist ein völlig ungeeignetes Mittel, denn in Europa muss man die Zäune nicht hochziehen, sondern abreißen – fügen sie hinzu.“ (Népszava<sup>5</sup>)

Ein weiteres Argument innerhalb dieser Kategorie, welches aber eher seltener auftaucht, ist, dass Ungarns Plan unüberlegt oder die Verwirklichung von diesem Plan ungeschickt und unbarmherzig ist. Die erstere ist eine oft zitierte Aussage von Nils Muižnieks welche in mehreren Artikeln ähnlich beschrieben wird: „Ungarns Plan, den Weg von Migranten mit einem Zaun zu blockieren, ist unüberlegt – so reagierte der Menschenrechtskommissar des

Europarates, Nils Muižnieks, auf die Ankündigung vom Mittwoch in einer kurzen Nachricht, die am Donnerstag in einem Microblog veröffentlicht wurde.“ (Magyar Nemzet<sup>5</sup>) Die andere Aussage taucht in dem Artikel Magyar Nemzet<sup>2</sup> auf: „Obwohl die Regierung mit der nötigen Schnelligkeit und Sensibilität im Fall der Migration auf der Bühne der Großpolitik aufgetreten ist, umso ungeschickter und unbarmherziger ist die Verwirklichung.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>)

Die Aussage, dass der Zaun nicht alleine die Lösung bedeutet, kommt mehrmals in regierungsunterstützenden wie auch in regierungskritischen Artikel vor. Im Artikel Népszabadság<sup>2</sup> werden gleich zwei solche Aussagen beschrieben: „Péter Tarjányi, Experte für Sicherheitspolitik, meinte, wie auch viele andere ehemalige Grenzpolizisten, dass der Stacheldrahtzaun alleine zu wenig ist für das Aufhalten der Flüchtlingswelle. [...] Toroczkai fügte hinzu: der Zaun alleine bedeutet noch keine Lösung, [...]“ (Népszabadság<sup>2</sup>) Und auch in anderen Artikel wird diese Aussage beschrieben: „[...] 99 Prozent der illegalen Grenzgänger über die serbische Grenze ankommen, sie glauben jedoch nicht, dass der Zaun, der einhundertfünfundsiebzig Kilometer lang und vier Meter hoch sein soll, alleine die Lösung für das Einwanderungsproblem bedeutet.“ (Magyar Hírlap<sup>4</sup>)

Eine weitere Aussage, die öfter auftritt, ist, dass die EU eine gemeinsame Lösung finden muss, weil das Problem der Einwanderung die Mitgliedstaaten alleine nicht lösen können oder sollen. Im Artikel Magyar Idők<sup>2</sup> wird die Meinung der Partei Együtt beschrieben: „Die Együtt meint: kein europäisches Land, einschließlich Ungarn, kann allein den erwarteten Zustrom von Flüchtlingen bewältigen, die Union muss eine gemeinsame Lösung finden.“ (Magyar Idők<sup>2</sup>) Die Einstellung der sozialistischen Partei ist in dieser Frage ganz ähnlich: „Die Regierung muss die Sicherheit des ungarischen Volkes in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten gewährleisten – so setzen sie fort.“ (Népszava<sup>5</sup>)

Das Argument, dass ein moralischer Widerspruch zwischen den Bau des Grenzzauns und die christliche Solidarität besteht, taucht auch mehrmals in den Artikeln auf. Dies wird von Ferenc Gyurcsány folgendermaßen beschrieben: „Der Umgang mit ihnen [ankommenden Flüchtlingen] ist eine interne Angelegenheit jedes EU-Mitgliedstaats, es könnte sogar ein Zaun gegen sie gebaut werden, wie es an der bulgarisch-türkischen Grenze der Fall war. Aber laut Gyurcsány wirft dies moralisch mehrere Probleme auf. Einerseits gab es in diesem Teil der Welt, in Mitteleuropa, bereits solche Mauern, den Eisernen Vorhang selbst und die Berliner Mauer. Andererseits behandelt die Regierung sie nicht als Wirtschaftsflüchtlinge, sondern als Kriminelle, was der Vorsitzende der DK [Demokratikus Koalíció - Demokratische

Koalition] ebenfalls für inakzeptabel hält.“ (Népszava<sup>2</sup>) Im Artikel Magyar Nemzet<sup>2</sup> wird auch dieser Widerspruch dargestellt: „Wenn der die südliche Grenze abschließende Zaun wirklich hochgezogen wird, kann sich die Regierung auf eine Sache nur mehr schwer berufen: auf christliche Solidarität.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>)

Eine Aussage, die nur ziemlich selten vorkommt, ist, dass die Grenzsperre Flüchtlinge dazu ermutigt, eine viel gefährlichere Route zu wählen. Dafür gibt es schon weltweit Beispiele, wie das im Artikel Magyar Nemzet<sup>6</sup> gezeigt wird: „An der US-Grenze starben in 30 Jahren 5.000 Menschen bei der Überschreitung der Grenze, zwischen 2004 und 2008 registrierte die Grenzpolizei allein in dem Abschnitt in Arizona 1.086 Todesfälle. Es gibt auch ein europäisches Beispiel dafür: Estrella Galán, Generalsekretärin der spanischen Asylorganisation, sagte, die dortige Grenzsperre ermutige Flüchtlinge, die viel gefährlichere Mittelmeerroute zu wählen.“ (Magyar Nemzet<sup>6</sup>) Darüber gibt es nur Schätzungen, ob die Grenzsperre an der ungarischen Grenze auch eine solche Wirkung haben wird: „Voraussichtlich wird nach der Fertigstellung der Grenzsperre der Schleuser-Verkehr in Richtung Kroatien, eventuell auch in Richtung Rumänien wachsen. Die Schleuser werden einen neuen, gefährlicheren, längeren, und deswegen für die mitgeschleppte Menschen auch teureren Weg suchen.“ (Népszabadság<sup>2</sup>)

Das Argument, dass wegen des Zauns illegale Lager gebildet werden und dadurch die Ghettoisierung in der Region beginnt, taucht nur in einem Artikel einmal auf. Diese Besonderheit wird im Artikel Magyar Nemzet<sup>6</sup> folgendermaßen erläutert: „Ein weiterer Effekt des Zauns könnte neben der Umleitung die Bildung illegaler Lager sein. In der Nähe der spanischen Stadt Melilla in Afrika leben Massen von Menschen unter freiem Himmel in den Bergen. Von hier aus probieren sie gruppenweise durchzudringen in der Hoffnung, dass mehr von ihnen durchkommen, wenn sie es in größerer Anzahl versuchen. Solche illegalen Lager sind im nördlichen Teil Serbiens seit langem zu finden, und die Zahl der auf den Straßen lebenden Einwanderer hat seit der Verstärkung der ungarischen Grenze im Winter dramatisch zugenommen. Nicht nur in Subotica, sondern auch in Magyarkanizsa leben Menschen in großer Zahl auf den Straßen. Mit anderen Worten, die Ghettoisierung in der Region hat bereits begonnen – die Frage ist, wohin sich das Phänomen entwickelt.“ (Magyar Nemzet<sup>6</sup>)

Die Aussagen, die den hohen Preis des Zauns thematisieren, kommen öfters vor. Im Artikel Magyar Hírlap<sup>2</sup> wird die Regierung stark von der Oppositionspartei Párbeszéd

Magyarországért kritisiert: „Nach der Meinung der Partei Párbeszéd Magyarországért [PM – Dialog für Ungarn] will die Regierung an der ungarisch-serbischen Grenze so einen Zaun für 22 Milliarden Forint bauen, der nur dazu dient, Hass zu schüren. Richárd Barabás, der Pressesprecher der Partei, formulierte so auf seiner Pressekonferenz am Donnerstag, auf dem Kossuth-Platz, das Kabinett wolle nur knapp 1,6 Milliarden für die Lohnentwicklung der im sozialen Bereich Beschäftigten und nur knapp sechs Milliarden für Ärzte bereitstellen.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Auch anderswo wird die Grenzsperrung stark kritisiert: „Es wird sehr teuer sein und die Grenzsperrung ist möglicherweise nichts wert. Ein Zaun oder eine Mauer, der oder die an der serbischen Grenze errichtet werden soll, kann gefährlich, kostspielig und nutzlos sein – dies zeigen internationale Beispiele, so der Experte. [...] Aber aus dem bulgarischen Beispiel folgt, dass die ungarische Grenzsperrung mindestens um die 30 Milliarden HUF kosten wird.“ (Magyar Nemzet<sup>6</sup>) In anderen Beiträgen wird nur erwähnt wie viel Geld für den Bau der Grenzsperrung vorgesehen ist: „Nach unserem Wissen plant die Regierung mit einem 22 Milliarden [Forint] Budget für die ganze Einrichtung.“ (Népszabadság<sup>2</sup>)

### 2.4.3 Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen

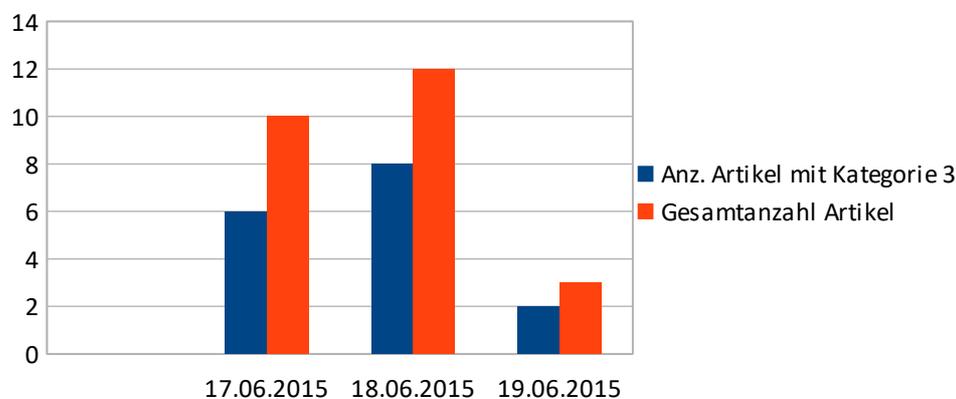


Abbildung 4: Anzahl der Artikel mit Kategorie 3

Bei dieser Kategorie werden die Aussagen und Argumente zugeordnet, die nicht eindeutig in den früheren zwei Kategorien, also Argumente für und gegen eine Grenzsperrung zuordenbar sind. Wie man an der Tabelle erkennt, ist die Anzahl der Artikel, bei denen diese Kategorie vorkommt, weniger als bei den vorigen zwei Kategorien, aber es sind noch immer 16 Artikeln von den insgesamt 25, in denen Aussagen dieser Kategorie auftauchen.

Die erste Aussage dieser Kategorie ist die Definition der sicheren Länder, aus denen keine Asylsuchenden mehr aufgenommen werden müssen. Diese wird ganz ähnlich in unterschiedlichen Artikeln beschrieben: „Die dem Parlament vorgelegte Vorlage würde den Begriff der sicheren Drittstaaten definieren. Die aus Griechenland, Mazedonien und Serbien kommenden Einwanderer könnten auch in diesen Länder Asyl beantragen. Zugleich würde dies bedeuten, dass aus diesen sicheren Drittstaaten keine Asylsuchenden aufgenommen werden, da sie automatisch als Wirtschaftsflüchtlinge betrachtet werden können und sofort von den ungarischen Behörden zurückgeschickt werden könnten – erklärte er.“ (Magyar Hírlap1)

„Das Parlament hat am Mittwoch Vormittag mit der Verhandlung der Änderung des Asylgesetzes begonnen, die es der Regierung ermöglichen soll, eine Liste von Ländern gesetzlich zu definieren, die als sicher gelten. Ziel ist es, zu erreichen, dass diejenigen, die von diesen Ländern kommen, kein politisches Asyl beantragen könnten.“ (Népszabadság1)

Die nächste Aussage dieser Kategorie ist die Gedanke, dass zwischen Flüchtlingen und illegalen Einwanderern unterschieden werden muss. Diese Gedanke kommt ziemlich oft in den Artikeln vor, im Artikel Magyar Idők2 und Magyar Nemzet5 wird sie sogar in die einzelnen Artikel öfters behandelt: „Ernő Simon, Pressesprecher des ungarischen UNHCR-Büros, sagte im ATV: es muss zwischen Einwanderer und Flüchtling unterschieden werden. Ihm zufolge sollte denjenigen geholfen werden, die wirklich dem Tode entkommen, während Einwanderer, obwohl sie in Armut leben und aus wirtschaftlichen Gründen aufbrechen, nicht in unmittelbarer Lebensgefahr sind. [...] Ihre Partei [Jobbik] hilft allen Menschen, die vor echten Verfolgung fliehen, aber dies gilt nicht für diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen fliehen.“ (Magyar Idők2)

„Er [Péter Szijjártó] machte darauf aufmerksam, dass der Zaun an der grünen Grenze errichtet wird, um illegale Grenzübertritte einzudämmen, was bedeutet, dass es weiterhin möglich ist, legal über die Grenzübergänge ins Land zu kommen.“ [...] „Es ist jedoch eine andere Frage, wenn es um politische Flüchtlinge geht, da Ungarn sie immer begrüßt hat und denjenigen immer Zuflucht gewährt hat, die von Diktaturen vertrieben wurden – erklärte Péter Szijjártó.“ (Magyar Nemzet5)

Eine weitere Aussage der Kategorie beschreibt die Meinung, dass eine physische Schließung der Grenzen nicht notwendig erscheint. Diese Aussage kommt nicht so oft vor und es handelt sich dabei um eine Aussage von Lajos Kósa, die in mehreren Artikeln dargestellt wird: „Die

Regierung beabsichtigt, dass "unsere Gesetze im eigenen Land durchgesetzt werden"; die physische Schließung der Grenzen "scheint nicht notwendig, aber im äußersten Fall kann auch dies getan werden" – sagte Lajos Kósa.“ (Magyar Hírlap1)

„Der stellvertretende Vorsitzende der FIDESZ sagte noch gestern in der Früh, dass die physische Schließung der Grenzen wegen der Flüchtlinge nicht notwendig erscheint. Aber er war vorsichtig, da er hinzufügte, dass "im äußersten Fall" auch der Stacheldrahtzaun hochgezogen werden kann.“ (Népszava4)

„In wenigen Stunden hat sich die Lage an der ungarisch-serbischen Grenze erheblich verschlechtert, wenn wir die Aussagen von Politikern der Regierungspartei als entscheidend betrachten. Lajos Kósa, Stellvertretender Vorsitzender von Fidesz, sagte noch am Mittwochmorgen auf TV2: der Bau einer physischen Grenzsperrung erscheint nicht notwendig, da die Polizei illegale Einwanderer auch ohne diese aufhalten kann, diese Lösung ist also nur im äußersten Fall vorstellbar. Der äußerste Fall kam jedoch innerhalb weniger Stunden.“ (Népszabadság1)

Die nächste Aussage dieser Kategorie beschreibt die Kommunikation der ungarischen Regierung mit Serbien zum Thema Grenzsperrung:

„Am 1. Juli werden die ungarische und die serbische Regierung ein Gipfeltreffen abhalten, auf dem die serbische Seite ausführlich über die ungarischen Maßnahmen informiert wird – sagte Péter Szijjártó.“ (Magyar Nemzet3)

„Péter Szijjártó sagte, er habe am Mittwoch telefonisch mit dem serbischen Außenminister gesprochen und werde ihn am kommenden Mittwoch angesichts der Vorlage des Innenministers erneut über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.“ (Magyar Hírlap2)

Zur nächsten Aussage gehören alle Erläuterungen, die über die Veröffentlichung des Beschlusses der ungarischen Regierung berichten, dass ein Grenzzaun gebaut wird, die genaue Beschreibung und die nächsten Schritte in der Errichtung. Diese Aussagen kommen ziemlich oft vor und schauen in allen Zeitungen ziemlich gleich aus: „Nach dem im Magyar Közlöny veröffentlichten Beschluss muss Wirtschaftsminister Mihály Varga bis zum 1. August die notwendigen Ressourcen für die Errichtung des provisorischen Zauns bereitstellen. In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an.“ (Magyar Hírlap4)

Zur letzten Aussage dieser Kategorie gehört die Beschreibung der 'eigenen' Meinung von Jobbik, welche auch einige Male in den Artikeln auftaucht. Im Artikel Magyar Hírlap<sup>4</sup> wird das so beschrieben: „Jobbik ist der Ansicht, dass gleichzeitig mit dem Bau des Zauns die für illegale Einwanderer offenstehenden, alternativen Wege wie Wasser- und öffentliche Straßen, besser geschützt werden müssen als derzeit, wozu der unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt werden sollte. Die Oppositionspartei fordert Ausgangssperre für alle Flüchtlingsunterkünfte und langfristig deren Umsiedlung außerhalb besiedelter Gebiete.“ (Magyar Hírlap<sup>4</sup>) In Ungarn gab es zwischen 1946 und 2007 ein unabhängiger Grenzschutz. Das heißt, dass die Grenzschutz-Aufgaben nicht von der Polizei erledigt wurden, sondern dafür eine eigene, von der Polizei unabhängige Behörde gab. Die PolitikerInnen von Jobbik wollten diese unabhängige Grenzschutzbehörde wiederherstellen. Die Einstellung der Partei wird im Artikel Magyar Nemzet<sup>4</sup> folgendermaßen dargestellt: „Jobbik begrüßt die von der Regierung angekündigte Grenzsperr, aber laut der Partei werden, "obwohl dieser Schritt die illegale Einwanderung kurzfristig verlangsamen wird, Migranten mit Hilfe von Menschenhändlerbanden mittel- und langfristig neue Routen und andere Grenzabschnitte nutzen und dadurch in unserem Heimatstaat eindringen." Dániel Z. Kárpát und Ádám Mirkóczki betonten in der Mitteilung der parlamentarischen Fraktion der Partei: "es ist auch keine Lösung für die durch aus Westeuropa nach Ungarn abgeschobenen Massen verursachten Probleme, ihr Schicksal ist weiter ungewiss." Daher sollten laut Z. Kárpát die Flüchtlingslager abgesperrt, der unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt und die gesetzliche Garantie für die Einrichtung der Zurückweisung geschaffen werden.“ (Magyar Nemzet<sup>4</sup>)

#### 2.4.4 Kritik an der Opposition

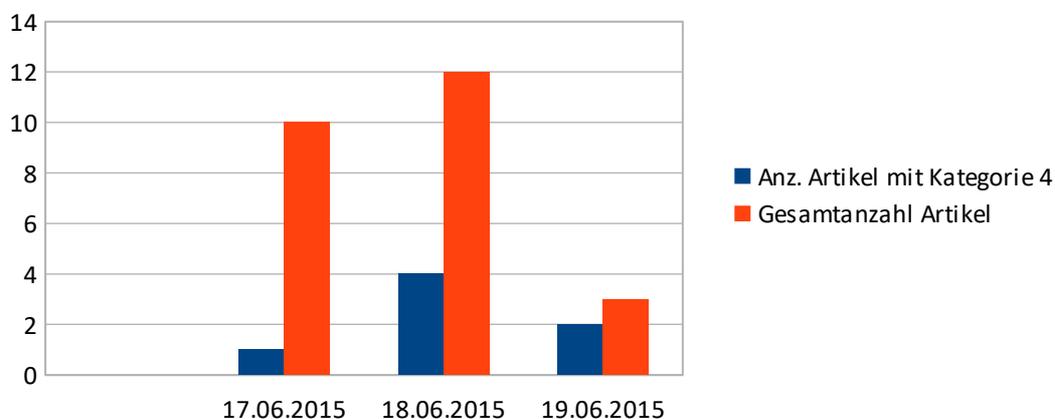


Abbildung 5: Anzahl der Artikel mit Kategorie 4

Die Aussagen dieser Kategorie umfassen die Kritikpunkte, die der Opposition und ihren Behauptungen vorgeworfen werden. Wie man an der Abbildung sehen kann, kommen die Aussagen dieser Kategorie nicht so oft vor, wie das bei den vorigen Kategorien der Fall war. Nur in sieben von den insgesamt 25 Artikeln tauchen solche Aussagen auf.

Im Artikel Magyar Hírlap<sup>2</sup> wird die Kritik von Bence Tuzson erläutert: „Laut Fidesz sehen die Sozialisten das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer. So formulierte es Bence Tuzson, der Pressesprecher der Regierungspartei am Donnerstag, bei der im Parlament abgehaltenen Pressekonferenz, in Reaktion darauf, dass tagsüber mehrere PolitikerInnen der MSZP temporär die Fidesz Parteizentrale in Budapest mit Zäunen verriegelt haben.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Diese Aktion der Ungarischen Sozialistischen Partei hatte einerseits das Ziel solchermaßen gegen die geplante Grenzsperrung zu protestieren andererseits wollten die OppositionspolitikerInnen damit ausrichten, dass PolitikerInnen die Hasskampagne führen, 'hinter Gittern' gehören. Damit meinten sie die PolitikerInnen der Regierungspartei und deren politische Verbündeten. So kann diese Tat auch als eine symbolische Handlung interpretiert werden, aber man muss anmerken, dass dadurch die Fidesz Parteizentrale für einige Stunden wirklich nicht zugänglich war.

Im Artikel Magyar Idők<sup>2</sup> wird die Opposition von Antal Rogán und Lajos Kósa beurteilt: „Die Opposition greift die Regierung an [...] Schließlich forderte Antal Rogán die liberalen und sozialistischen Abgeordneten auf, nicht aus ideologischen Gründen zu urteilen und "nicht an der Seite der Einwanderer zu stehen". [...] Lajos Kósa, der Hauptredner des Fidesz, machte darauf aufmerksam, dass die Zahl der in Ungarn ankommenden illegalen Einwanderer bis Ende des Jahres sogar bei 120.000 liegen könnte. Der Politiker betonte, die Linken behaupten vergeblich, dass dies nicht behandelt werden sollte, tatsächlich muss dringend etwas getan werden.“ (Magyar Idők<sup>2</sup>) Ähnliche Kritik kommt auch im Artikel Magyar Idők<sup>4</sup> vor: „Während die europäische Bevölkerung wegen der illegalen Einwanderer gärt, versuchen die ungarische Linken weiterhin, das Problem zu vertuschen und die Regierung, mit hasserregender Fremdenfeindlichkeit als auch mit Propaganda, die zur Vertuschung anderen innenpolitischen Angelegenheiten dient, zu beschuldigen.“ (Magyar Idők<sup>4</sup>)

#### **2.4.5 Kritik an der Regierung**

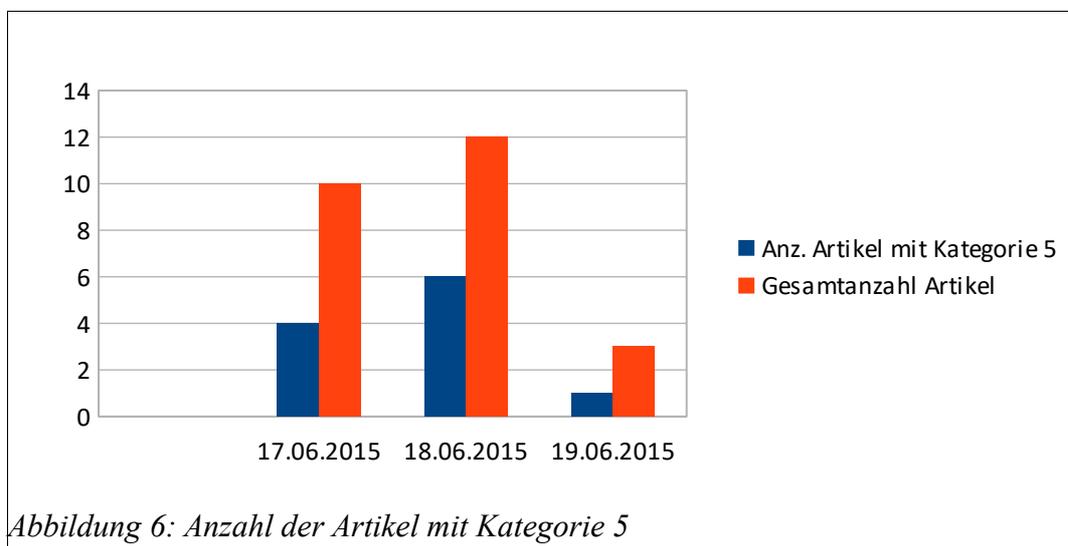


Abbildung 6: Anzahl der Artikel mit Kategorie 5

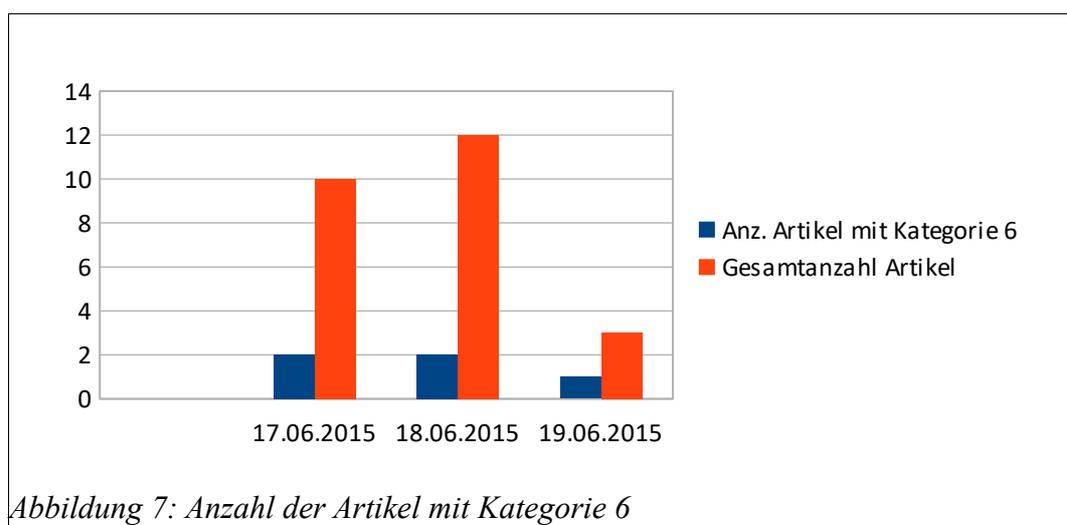
Dieser Kategorie umfasst die Kritikpunkte, die an der Regierung, an der Regierungspartei Fidesz oder an dem ungarischen Ministerpräsidenten Orbán Viktor formuliert werden. Die Aussagen dieser Kategorie kommen in elf der 25 Artikeln vor. Dabei kommen die unterschiedlichsten Einwände vor. Von der Oppositionspartei MSZP kommen unter anderem folgende Kritikpunkte: „Csaba Horváth, der Fraktionsvorsitzende der MSZP in der Hauptstadt, formulierte kürzlich folgenden Gedanken: "Bei der »Einwanderungskampagne« der Fidesz-Regierung geht es nur um Hass, Anstiftung, reine Boshaftigkeit und die Ablenkung der Aufmerksamkeit von ihren Korruptionfällen."“ (Magyar Idők<sup>4</sup>) „Laut MSZP hatte die Regierung ein halbes Jahr Zeit, um Schritte zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu unternehmen, stattdessen verschwendete sie das Geld der Menschen für ihre Pseudo-Konsultationen und fremdenfeindliche Plakate – reagierte die Oppositionspartei [...]“ (Népszava<sup>5</sup>) Der sozialistische Politiker László Botka formulierte auch scharfe Kritik an der Regierungspartei: „Laut Botka ist das eine typische politische Methode der Fidesz: sie erschaffen ein Feindbild und beginnen dagegen zu kämpfen, damit sie die Aufmerksamkeit davon ablenken, dass sie regelmäßig und systematisch das Land berauben.“ (Népszabadság<sup>2</sup>) Auch andere Oppositionsparteien kritisieren die Regierung: „Laut der Demokratischen Koalition ist die Orbán-Regierung "auf dem Höhepunkt der Fremdenfeindlichkeit" angelangt, sie will die südlichen Grenzen schließen und einen Eisernen Vorhang um das Land ziehen – sagte der Pressesprecher der Partei auf seiner Pressekonferenz in Budapest am Mittwoch.“ (Népszava<sup>1</sup>)

„Nach Ansicht der Ungarischen Liberalen Partei (MLP) ist der für die Grenze geplante vier Meter hohe Zaun unmenschlich und sinnlos. Sie sagen, dass die von der Orbán-Regierung am Mittwoch angekündigte Grenzsperrung es unmöglich macht, eine verantwortungsvolle und humane Lösung für das Problem der Einwanderer zu finden.“ (Népszava<sup>2</sup>)

Im Artikel Magyar Nemzet<sup>2</sup> wird kritisiert, dass die Regierung bewusst mit der Ängste der Menschen spielt: „So viel ist sicher, eine eiskalte Entscheidung ist gefallen: die Propagandamaschine der Regierung gab eine innenpolitische Antwort auf die den ganzen Kontinent betreffende, globale Frage, um dabei bewusst die begründeten Ängste eines Teils der Gesellschaft zu verstärken.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>)

Im Artikel Népszabadság<sup>5</sup> kommen weitere Kritikpunkte vor: „Kortunov [Andrei Kortunov Politikwissenschaftler] sieht den Schritt der ungarischen Regierung als populistische Maßnahme an: "Diese Maßnahme ist für die einfachen Leute verständlich. Wenn sie fragen, was das Land unternimmt, um das Problem zu lösen, dann bitte, kann man im Fernseher zeigen, wie die Mauer gebaut wird. Das heißt, die Regierung sagt den Menschen, dass sie nicht untätig ist. Aber am Ende ist es natürlich ein Eingeständnis der Trägheit, ein Eingeständnis, dass sie mit anderen Methoden dieses Problem nicht lösen kann."“ (Népszabadság<sup>5</sup>)

#### 2.4.6 Mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem



Unter dieser Kategorie werden alle möglichen alternativen Lösungen für das Einwanderungsproblem zusammengefasst, die in den Artikeln vorgekommen sind. Zahlenmäßig ist diese Kategorie die kleinste von allen. Die zu dieser Kategorie gehörenden Aussagen werden nur in fünf der insgesamt 25 Artikeln erwähnt. Die sozialistische Partei hat einige alternative Ideen aufgezählt: „Anstatt Panik und Hass zu schüren, brauche die Polizei mehr Geld, mehr Personal und modernere Werkzeuge sowie strengere Maßnahmen gegen Menschenhändler, um das Problem anzugehen – betonen sie [MSZP – Ungarische Sozialistische Partei]. Gleichzeitig fordern sie Innenminister Sándor

Pintér auf, bei der Regierungssitzung in der kommenden Woche die Stärkung der Staatsorgane vorzuschlagen, die sich mit Asylwerbern befassen, statt sich mit dem Zaun zu beschäftigen.“ (Népszava<sup>5</sup>) Hingegen sieht die Fidesz keine alternative Lösung welche die ungarische Regierung ausarbeiten sollte: „Péter Szijjártó sagte in der TV2-Sendung Mokka auch, dass laut der ungarischen Regierung die Frage außerhalb der EU behandelt werden sollte.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Damit meinte der Außen- und Handelsminister, dass die Frage geographisch außerhalb der EU gelöst werden sollte. Und nicht, dass das Einwanderungsproblem die EU nichts angeht oder dass es unter Missachtung internationalen Rechts gelöst werden sollte. Er sprach über Handelsbegünstigungen, finanzielle Hilfe und Entwicklungsprogramme der EU, wodurch die Menschen in den Ländern, aus denen eine große Anzahl von Einwanderern kommt, keinen Grund haben massenweise nach Europa auszuwandern. Selbstverständlich würde es lange Jahre dauern durch diese Lösungsansätze ein Ergebnis zu erreichen. Aber näher wird diese Aussage leider nicht beschrieben, was auch damit zusammenhängen kann, dass es nur eine Wunschvorstellung der Fidesz beschreibt, damit sie nicht selbst mit dem Problem der Einwanderungswelle beschäftigen und dieses Problem lösen müssen, sondern damit die Lösung der Situation an der EU abgegeben werden kann.

### 3) Materialanalyse

Im Zuge der Analyse der Berichterstattung stellten sich sechs signifikante Kategorien heraus. Diese sind: 1) Argumente für eine Grenzsperr, 2) Argumente gegen eine Grenzsperr, 3) Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, 4) Kritik an der Opposition, 5) Kritik an der Regierung und 6) Mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem. In dem vorigen Kapitel wurden diese Kategorien genauer untersucht. In diesem Kapitel werden die Zeitungen und die einzelnen Artikel beschrieben.

Meine Grundannahme war, dass man die Zeitungen relativ klar in zwei Lager einteilen kann. Entweder in eine regierungsunterstützende oder in eine regierungskritische Gruppe. In diesem Kapitel werde ich die einzelnen Zeitungen und deren Artikel näher untersuchen, um herauszufinden, ob diese Theorie anhand der Artikel bestätigt oder widerlegt werden kann.

#### 3.1 Magyar Hírlap

Zuerst werde ich die Zeitung Magyar Hírlap anschauen. In den vier untersuchten Artikeln dieser Zeitung kommen 34 Mal Argumente für eine Grenzsperr vor. Aber 17 Mal werden auch Argumente gegen die Grenzsperr aufgelistet. Elf Mal werden die ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen beschrieben, sieben Mal taucht Kritik an der Opposition auf und einmal Kritik an der Regierung. Und einmal kommt auch eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem vor. Wenn man also nur die Zahlen anschaut, kann man sagen, dass fast doppelt so viele Argumente für die Grenzsperr genannt werden als Aussagen, die dagegen sind. Anhand dieser Zahlen könnte man schließen, dass es sich um eine regierungsunterstützende Zeitung handelt, auch wenn einige Argumente aufgezählt werden, die gegen die Grenzsperr sind.

Aber um wirklich zu einer Lösung kommen zu können, sollen zuerst die einzelnen Argumente und ihr Kontext im Text selbst überprüft werden.

Im Einzelnen schaut es folgendermaßen aus:

In dem Artikel **Magyar Hírlap1** kommen neun Mal Argumente für die Grenzsperr vor, ein einziges Mal eine Aussage dagegen, drei Mal werden ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen genannt und einmal taucht auch eine Aussage auf, die die Opposition kritisiert. Es kommen weder Argumente gegen die Regierung, noch mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem auf.

In diesem Artikel gehören alle Aussagen, die zur Kategorie 'Argumente für die Grenzsperr' hinzugerechnet wurden, wirklich zu dieser Kategorie. Auch nachdem der genaue Kontext analysiert wurde, kann man sie nicht anderswo zuordnen.

Das einzige Argument gegen die Grenzsperr ist die Beschreibung des Asylverfahrens, wodurch ersichtlich wird, dass auch ein Grenzzaun das Problem der illegalen Einwanderung nicht lösen kann. „Die Expertin fügte hinzu, wenn jemand als illegaler Einwanderer ankommt, dann wird er/sie von der Polizei an die Asylbehörden übergeben. Dort wird das Asylverfahren gestartet und der Ort bestimmt, wo man für die Dauer des Verfahrens der Behörde zur Verfügung stehen muss. Dieser Standort ist eine offene Empfangsinstitution, 90 Prozent aller illegalen Einwanderer kommen in solche Empfangszentren. Dort dürfen die Betroffenen – nachdem sie Asyl beantragt haben – sich frei bewegen, dürfen die Empfangsinstitution täglich verlassen, nur die Hausordnung muss eingehalten werden. Laut Zsuzsanna Végh nützen die Flüchtlinge diesen Zeitraum, um ihre Reise weiter in Richtung anderer Länder fortzusetzen, obwohl sie während des Asylverfahrens nicht frei in den Staaten der Union reisen dürfen, das dürfen nur anerkannte Flüchtlinge.“ Bei diesem Absatz, in dem das Asylverfahren beschrieben wird, gibt es ein Bild. Darauf ist es zu sehen wie vermutlich eine Flüchtlingsfamilie mit einem kleinen Kind einen Bach überquert. Zum Bild gibt es keine Beschreibung oder Hinweise. Möglicherweise wollte die VerfasserIn (der/ die aber im Artikel nicht genannt wird) damit veranschaulichen, dass sich tatsächlich Flüchtlinge über die grüne Grenze nach Ungarn kommen.

Es kommen folgende Aussagen vor, die zu der Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen gehören: die Definition des Begriff der sicheren Drittstaaten: „Zugleich würde dies bedeuten, dass aus diesen sicheren Drittstaaten keine Asylsuchenden aufgenommen werden, da sie automatisch als Wirtschaftsflüchtlinge betrachtet werden können und sofort von den ungarischen Behörden zurückgeschickt werden könnten – erklärte er [Antal Rogán].“ Die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und illegale Einwanderer: „Er [Lajos Kósa] fügte hinzu, dass politische Flüchtlinge, die weniger als ein Prozent aller angekommenen Flüchtlinge ausmachen, zugelassen werden müssen, hingegen müssen alle illegalen Einwanderer in die jeweiligen sicheren Drittstaaten abgeschoben werden. Wer tatsächlich ein Flüchtling ist, muss dortbleiben, wo sein/ ihr Leben nicht mehr in Gefahr ist – teilte er mit.“ Und die Vorstellung, dass die physische Schließung der Grenzen nicht notwendig erscheint, aber auch das getan werden kann: „Die Regierung beabsichtigt, dass "unsere Gesetze im eigenen Land durchgesetzt werden"; die physische Schließung der Grenzen "scheint nicht notwendig, aber im äußersten Fall kann auch dies getan werden" – sagte Lajos Kósa.“ Alle drei Aussagen wurden von Politiker der Regierungspartei gemacht. Die ersten zwei

könnten als Ergänzungsmaßnahmen zum Bau des Grenzzauns zusammengefasst werden, da es das Ziel beider Maßnahmen ist, dass weniger Personen, die an der ungarischen Grenze ankommen, auch aufgenommen werden müssen. Die dritte Aussage kann man vielmehr als eine 'Schutzaussage' für die Fidesz selbst sehen, weil damit sie im Voraus die Menschen darauf vorbereiten, dass ein Zaun gebaut wird, und sie mildern damit ihre Verantwortung, wenn sie sagen, dass der Grenzzaun nur im äußersten Fall gebaut wird. Obwohl diese Aussagen keine Argumente für die Grenzsperrung sind, kann man alle als regierungsunterstützend bezeichnen.

Der einzige vorkommende Kritikpunkt an der Opposition, ist eine Aussage von Antal Rogán: „[...] wäre es gut, wenn die Sozialisten und die liberalen Parteien sich von ihrer ideologisch motivierten Pro-Einwanderungs-Politik verabschieden würden, denn sie ergibt gar keinen Sinn.“ Es ist wieder eine Aussage eines Politikers der Regierungspartei.

Nachdem alle Aussagen untersucht wurden, kann man mit voller Gewissheit sagen, dass Magyar Hírlap<sup>1</sup> ein Artikel ist, in dem die Regierung und ihre Entscheidungen im Thema Migration unterstützt werden.

In dem Artikel **Magyar Hírlap<sup>2</sup>** kommen elf Mal Argumente für die Grenzsperrung vor, aber fünf Mal werden auch Argumente dagegen genannt. Vier Mal werden ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen genannt, zwei Mal kommen Kritikpunkte an der Opposition vor und jeweils einmal wird ein Kritikpunkt an der Regierung und eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem beschrieben.

Auch in diesem Artikel gehören alle Aussagen, die zur Kategorie 'Argumente für die Grenzsperrung' hinzugerechnet wurden, wirklich zu dieser Kategorie. Auch nachdem der Kontext dieser Aussagen erforscht wurde, kann man sie nicht zu einer anderen Kategorie dazuzählen.

Die Argumente gegen die Grenzsperrung sind folgende: die Grenzsperrung ist nicht die endgültige Lösung des Asylproblems; sozialistische PolitikerInnen verurteilen den Bau des Zauns; Ungarns Plan ist unüberlegt, sagt der Menschenrechtskommissar des Europarates Nils Muižnieks; der Zaun wird sehr teuer sein und die Regierung gibt dafür viel mehr Geld aus als für andere wichtige Anliegen; der Zaun wird als 'Eiserner Vorhang' erwähnt.

Anschließende Aussagen gehören zum Punkt ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen: mit der Grenzsperrung wird nur die illegale Migration eingedämmt, man darf weiterhin legal über die Grenzübergänge nach Ungarn kommen; wie die Kommunikation mit Serbien über die geplante Grenzsperrung aussieht; die genaue Beschreibung des veröffentlichten Beschlusses; und dass Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge verschieden

behandelt werden müssen.

Bei der Kritik an der Regierung werden die Aussagen von Ágnes Kunhalmi (die Vorsitzende der MSZP in Budapest) geschildert. Sie sagte, „Fidesz sei im Vergleich zu früher erbärmlich, denn während Viktor Orbán vor 26 Jahren durch den Abriss des Eisernen Vorhangs für die Freiheit kämpfte, würde er jetzt die "vor dem Tod Fliehenden" mit einem Zaun wegschließen. Fidesz verabschiedete sich endgültig von seiner eigenen Vergangenheit und "erdrosselte gleichzeitig seine Zukunft" – formulierte sie.“ Weiter sagte sie noch, dass die Einwanderung ein Scheinproblem ist, das der Fidesz geschaffen hat, weil das eigentliche Problem die Auswanderung der Ungarn ist und, dass die Ungarn die Mauer nicht bauen wollen, das sei nur die dumme, eingeschränkte und unendlich eigennützige Politik von Fidesz.

Die mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem, welche im Artikel genannt wird, ist, dass die Frage außerhalb der EU behandelt werden sollte. „Als Beispiel erwähnte er, dass bei Verhandlungen der EU – über Handelsbegünstigungen, finanzielle Hilfe, Entwicklungsprogramme – mit den Ländern, aus denen eine große Anzahl von Einwanderern kommt, klargestellt werden muss, dass das Geld so ausgegeben wird, dass niemand gezwungen ist, aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen das Land zu verlassen.“

Nachdem alle Aussagen untersucht wurden, kann man behaupten, dass Magyar Hírlap<sup>2</sup> ein Artikel ist, in dem die Regierung und ihre Entscheidungen beim Thema Migration überwiegend unterstützt werden. Aber dabei werden auch Aussagen und Aspekte der Opposition aufgezählt, zusammen mit Kritiken an der Regierung und an dem Bau des Zauns selbst. In diesem Artikel werden auch die Meinungen von Oppositionsparteien beschrieben, wie von MSZP, LMP, DK oder PM. Aber auch wenn dadurch ein differenziertes Bild herauskristallisiert, überwiegen (in Anzahl und Sinn) in diesem Artikel trotzdem noch die regierungsunterstützenden Aussagen.

In dem Artikel **Magyar Hírlap<sup>3</sup>** kommen zwei Mal Argumente für die Grenzsperr vor. Weiters wird einmal ein Argument genannt, welches zur Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen gehört und einmal wird auch Kritik an der Opposition geübt. In diesem Artikel kommen keine Argumente gegen die Grenzsperr, Kritik an der Regierung oder mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem vor.

Wenn ein Vorzeigebeispiel für einen regierungsunterstützenden Artikel existiert, dann ist genau der Artikel Magyar Hírlap<sup>3</sup> so einer. Es gibt in diesem Artikel keine Kritik an der Regierung oder keine Argumente gegen den Grenzzaun. Es werden nur folgende Punkte genannt: Ungarn macht nur das, was andere Länder auch tun, solange dieser Druck wegen der Migration nicht verschwindet, kann die Regierung nur Zwangsmaßnahmen treffen, die

Opposition vermischt illegale Einwanderer und in der EU erwerbstätige Ungarn (wird leider nicht weiter beschrieben was genau damit gemeint ist) und die Forderung, dass man zwischen Wirtschaftsmigranten und politischen Flüchtlingen unterscheiden muss. In diesem Fall gibt es keinen Zweifel daran, dass es sich bei Magyar Hírlap<sup>3</sup> um einen regierungsunterstützten Artikel handelt.

In dem Artikel **Magyar Hírlap<sup>4</sup>** kommen zwölf Mal Argumente für die Grenzsperrung vor, aber es werden auch elf Mal Argumente dagegen vorgebracht. Drei Mal werden ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen genannt, genauso oft wie Kritik an der Opposition. In diesem Artikel gehören alle zwölf Aussagen, die zur Kategorie 'Argumente für die Grenzsperrung' hinzugerechnet wurden, wirklich zu dieser Kategorie. Auch nachdem der genaue Kontext analysiert wurde, kann man sie nicht anderswo hinzuzählen.

Ganz am Anfang des Artikels gibt es ein Bild worauf eine größere Gruppe von Flüchtlingen zu sehen ist. Sie sitzen am Boden und im Hintergrund sieht man ein Polizeiauto, es handelt sich also vermutlich hier um eine Gruppe, die die Grenze illegal überschritten hat, deswegen von der Polizei aufgehalten wurde und gerade darauf wartet, in einer Empfangsinstitution gebracht zu werden. Laut der Beschreibung des Bildes handelt es sich um afghanische Flüchtlinge in der Nähe von Ásotthalom, und das Foto wurde von Reuters Fotografin Bernadett Szabó gemacht. Die Absicht des Autors war vermutlich, mit diesem Bild zu zeigen, dass derzeit auch größere Gruppen von Menschen illegal die Grenze überqueren, um damit die Wichtigkeit eines Grenzzauns zu betonen, der angeblich solche Handlungen verhindern würde. Im Text um das Bild herum geht es darum, dass ein solcher Zaun errichtet werden könnte, der sowohl den Vorschriften der Europäischen Union als auch den NATO-Standards entspricht.

Gegen die Grenzsperrung kommen unter anderem folgende Argumente vor: der geplante Grenzzaun bedeutet keine Lösung für das Flüchtlingsproblem, die Oppositionsparteien sind mit dem Schritt nicht einverstanden, diese Maßnahme gefällt ihnen nicht, einige ausländische Meinungen bezeichnen den Plan der Regierung als überraschend und schockierend oder halten ihn für einen Schritt in die falsche Richtung. „Gleichzeitig – fügte er [Zsolt Molnár] hinzu – ist seine Partei [MSZP] mit dem Schritt nicht einverstanden, weil er "nicht für Europa passt". So wie das LMP, die auch gegen die Errichtung der Grenzsperrung sind, weil diese nicht menschlich sei. Bernadett Szél sagt, dass die Grenzsperrung überhaupt keine Lösung für das Flüchtlingsproblem bedeutet.“

Folgende Aussagen gehören zur Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen: die Definition von sicheren Ländern, die Beschreibung des

Regierungsbeschlusses und die Meinung von Jobbik, dass sie gleichzeitig mit dem Bau des Zauns weitere, noch strengere Maßnahmen fordern. „Jobbik ist der Ansicht, dass gleichzeitig mit dem Bau des Zauns die für illegale Einwanderer offenstehenden, alternativen Wege wie Wasser- und öffentliche Straßen, besser geschützt werden müssen als derzeit, wozu der unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt werden sollte. Die Oppositionspartei fordert Ausgangssperre für alle Flüchtlingsunterkünfte und langfristig deren Umsiedlung außerhalb besiedelter Gebiete.“

Es wurden auch einige Kritikpunkte an der Opposition genannt: dass Politiker von Együtt die Beschädigung von Plakaten der Regierung forderten, dass PolitikerInnen von MSZP die Fidesz Parteizentrale temporär mit Zäune verriegelt haben oder die Aussage, dass die Sozialisten das wahre Problem weiterhin nicht sehen und noch immer an der Seite der Einwanderer stehen. „Als Reaktion auf der Aktion von MSZP äußerte sich Bence Tuzson, der Pressesprecher der Regierungspartei: die Sozialisten sehen das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer.“

Zusammenfassend kann man sagen, dass, obwohl in dem Artikel Magyar Hírlap<sup>4</sup> viele Kritikpunkte der Opposition an der Regierung oder an dem Bau des Zauns aufgezählt werden, trotzdem überwiegen die Argumenten und Aussagen, die die Regierung und den Plan der Grenzsperr unterstützen oder positiv auffassen. Dieser Artikel kann also ebenfalls als regierungsunterstützend eingestuft werden.

Wenn man alle vier Artikel von Magyar Hírlap anschaut, wird es ersichtlich, dass zwei davon ganz eindeutig als regierungsunterstützend beschrieben werden können. Bei den anderen zwei sind hingegen auch viele Meinungen der Opposition vorgekommen, deswegen war die Einstufung bei diesen nicht so eindeutig. Aber abschließend kann man sagen, dass auch diese zwei Artikel eher als regierungsunterstützend zugeordnet werden können. Anhand dieser vier Artikel kann man zur Schlussfolgerung kommen, dass die Zeitung Magyar Hírlap als regierungsunterstützend eingestuft werden kann.

### **3.2 Magyar Idők**

Als nächstes wird die Zeitung Magyar Idők analysiert. Von dieser Zeitung wurden fünf Artikel zur Analyse herangezogen. Dabei stellte sich heraus, dass 25 Mal Argumente für, dagegen nur sieben Mal Argumente gegen die Grenzsperr vorkommen. Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen kommen sechs Mal vor, Kritik an der Opposition wurde elf Mal genannt, und einmal taucht auch ein Argument auf, das die Regierung kritisiert. Wenn man die

Zahlen anschaut, kann man eindeutig sagen, dass es sich hierbei um eine regierungsunterstützende Zeitung handelt, weil die Argumente, die den Bau des Grenzzauns unterstützen, eindeutig in der Mehrheit sind. Aber zuerst schauen wir die einzelnen Artikel an, ob sich dadurch dieses einseitige Bild ändert.

Im Einzelnen schaut es folgendermaßen aus:

In dem Artikel **Magyar Idők1** kommen ausschließlich Argumente für die Grenzsperr vor, sieben Mal insgesamt. Weder Argumente dagegen oder ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen oder Kritik an der Regierung oder Opposition, noch mögliche alternative Lösungen kommen vor. Dieser Artikel beschäftigt sich nur mit dem Argument, dass es sehr viele andere Länder innerhalb und auch außerhalb Europas gibt, die mit Zäunen ihre Grenzen beschützen. Mit diesem Argument rechtfertigen viele Politiker der Regierungspartei, dass Ungarn diese Maßnahme zur Lösung des Migrationsproblems gewählt hat. Im Artikel werden einige Länder als Beispiel genannt, die an ihren Grenzen Zäune hochgezogen haben. Dabei wird Spanien wegen der auf dem afrikanischen Kontinent liegenden Enklaven, Ceuta und Melilla, erwähnt. Als weitere Beispiele aus Europa werden die Grenzzäune an der griechisch-türkischen und an der bulgarisch-türkischen Grenze beschrieben. Als Beispiele außerhalb Europas werden die marokkanisch-algerischen Grenze, die Grenze zwischen den USA und Mexiko und die Mauer zwischen Israel und Palästina genannt.

Man kann also feststellen, dass dieser Artikel eindeutig regierungsunterstützend eingestuft werden muss, weil dabei nur Argumente für eine Grenzsperr vorkommen, in Form von Beispielen anderer Länder, an deren Grenzen Zäune oder Mauern hochgezogen wurden.

In dem Artikel **Magyar Idők2** schaut die Verteilung schon anders aus. Darin werden sechs Mal Argumente für die Grenzsperr genannt, hingegen sieben Mal kommen Argumente gegen die Grenzsperr vor. Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen kamen vier Mal vor, und drei Mal tauchen Argumente auf, die zur Kritik an der Opposition gezählt werden.

Als Argumente für die Grenzsperr werden unter anderem folgende Punkte vorgelegt: mehrere westeuropäische Länder verschärfen die Einwanderungsbestimmungen, warum sollte dann Ungarn anders tun? Ein Zaun ist geeignet, den 'Zustrom' von Flüchtlingen zu stoppen, die Grenzsperr ist notwendig, weil täglich hunderte von Menschen an der südlichen Grenze Ungarns ankommen.

Folgende Gegenargumente werden in diesem Artikel genannt: mehrere Oppositionsparteien halten diese Vorgehensweise der Regierung als inakzeptabel, böswillig und dumm. Die Grenzsperr würde keine systemweite Lösung für das Problem der Einwanderung bedeuten.

Es muss innerhalb der EU eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Die ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen sind in diesem Artikel die folgenden: die Bestimmung von sicheren Transitländern, dass zwischen Einwanderer und Flüchtling unterschieden werden muss und man nur denen helfen sollte, die vor echter Verfolgung und nicht aus wirtschaftlichen Gründen fliehen.

Die Kritikpunkte an der Opposition, die in dem Artikel vorkommen, sind: dass sie nicht an der Seite der Einwanderer stehen sollten und dass die Linken behaupten, dass das Problem der Einwanderung gar nicht behandelt werden sollte. „Schließlich forderte Antal Rogán die liberalen und sozialistischen Abgeordneten auf, nicht aus ideologischen Gründen zu urteilen und "sich nicht auf die Seite der Einwanderer zu stehen".“ „Der Politiker betonte, die Linken behaupten vergeblich, dass dies nicht behandeln werden sollte, tatsächlich muss dringend etwas getan werden.“ Und abschließend möchte ich den Titel des Artikels erwähnen: „Die Opposition greift die Regierung an.“

Alles in allem kann man anhand der angeführten Argumente für und gegen die Grenzsperr nicht eindeutig sagen, ob dieser Artikel eher als regierungsunterstützend oder regierungskritisch zugeordnet werden könnte. Aber wenn man anschaut, dass Kritik an der Opposition öfter vorgekommen ist und dass der Titel des Artikel lautet: 'Die Opposition greift die Regierung an', dann kann es keinen Zweifel geben, dass es sich hierbei um einen regierungsunterstützenden Artikel handelt, auch wenn viele Argumente der Opposition dargestellt wurden.

In dem Artikel **Magyar Idők** kommen wieder nur Argumente für eine Grenzsperr vor; erneut insgesamt sieben Mal. Es kommen dabei weder Argumente dagegen oder ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen oder Kritik an der Regierung oder Opposition, noch mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem vor.

Unter anderem kommen folgende Aussagen vor: In Europa ist eine neue Ära angebrochen und die ansteigende Zahl illegaler Einwanderer bedeutet ein ernstes Problem.

„Die neue Ära ist die Zeit moderner Völkerwanderung, die durch die Globalisierung, den Abbau der europäischen Binnengrenzen, die Finanzkrise, bewaffnete Konflikte in asiatischen und afrikanischen Ländern und viele andere Faktoren hervorgerufen wurde. Ein unaufhaltsamer Zustrom von Menschen begann, aus den ärmsten Regionen der Welt in der Hoffnung auf ein besseres Leben. [...] Heute gibt es in Europa kein Land mehr, in dem die Zahl der Einwanderer in den letzten Jahren keine Rekorde gebrochen hat. Die Einwanderungswelle ist seit Jahren eines der größten Probleme in Europa.“

Weitere Aussagen sind, dass die EU sich hätte schon längst mit diesem Problem beschäftigen

müssen. Es wird auch beschrieben, dass der Bau von Zäunen und Mauern gute Maßnahmen für die Lösung des Problems bedeuten.

„Die Europäische Union hätte sich schon seit Langem mit der Stärkung der Außengrenzen befassen müssen. Nach dem Bau der Sicherheitsmauer an den bulgarisch-türkischen und griechisch-türkischen Grenzabschnitten ist die ungarisch-serbische Grenzsperrung ebenfalls ein guter Schritt zur Lösung dieses Problems.“

In dem Artikel **Magyar Idők3** werden nur Argumente für die Grenzsperrung aufgezählt, im ganzen Artikel kommt kein einziges anderes Argument vor, es ist also ganz eindeutig, dass dieser Artikel als regierungsunterstützend zugeordnet werden muss.

In dem Artikel **Magyar Idők4** überwiegen die Aussagen, die die Opposition kritisieren, von diesen kommen insgesamt fünf vor. Abgesehen von diesen Argumenten taucht nur einmal ein Kritikpunkt an die Regierung auf. Ansonsten kommen keine anderen Punkte vor.

In dem Artikel werden zum Beispiel Kritikpunkte an der Opposition gebracht, dass die Sozialisten sich für illegale Einwanderer einsetzen oder dass sie die Regierung grundlos beschuldigen.

„Während die europäische Bevölkerung wegen der illegalen Einwanderer gärt, versuchen die ungarische Linken weiterhin, das Problem zu vertuschen, und beschuldigen die Regierung der hasserregenden Fremdenfeindlichkeit als auch Propaganda, die zur Vertuschung anderer innenpolitischer Probleme dient.“

In diesem Artikel ist die einzige Aussage, welche nicht die Opposition kritisiert, die Gedanke Csaba Horváths, der Fraktionsvorsitzenden der MSZP in der Hauptstadt, in dem er der Regierung einiges vorwirft: „[...] Bei der »Einwanderungskampagne« der Fidesz-Regierung geht es nur um Hass, Anstiftung, reine Boshaftigkeit und die Ablenkung der Aufmerksamkeit von ihren Korruptionsfällen.“ Aber gleich im nächsten Satz wird ihm vorgeworfen, dass er Migranten in die Hauptstadt eingeladen hat. „Horváth erörtert dann, dass die Hauptstadt vielfältig und "multikulturell" sei und lädt Migranten sogar explizit ein.“

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Artikel **Magyar Idők4**, obwohl darin auch Kritik an der Regierung vorkommt, als eindeutig regierungsunterstützend eingestuft werden kann. Auch wenn keine konkreten Argumente für oder gegen die Grenzsperrung auftauchen, ist er wegen der zahlreichen Kritikpunkte an der Opposition als ein regierungsunterstützender Artikel zuordenbar.

In dem Artikel **Magyar Idők5** tauchen fünf Mal Argumente für eine Grenzsperrung auf. Zwei Mal kommen ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen vor und drei Mal wird Kritik

an der Opposition geübt. Argumente gegen eine Grenzsperr, Kritik an der Regierung oder mögliche alternative Lösungen werden nicht genannt. In diesem Artikel gehören alle Aussagen, die zur Kategorie 'Argumente für die Grenzsperr' gerechnet wurden, wirklich zu dieser Kategorie. Auch nachdem der genaue Kontext analysiert wurde, kann man sie nicht anderswo hinzuzählen. Zum Beispiel werden folgende Argumente genannt: es kommen immer mehr illegale Einwanderer in Ungarn an, der Zaun ist für dieses Problem die einzige Lösung, und wegen des Zauns werden auch Schmuggler andere Route wählen. „Laut neuesten Daten kommen in Ungarn mehr illegale Einwanderer als in Italien an, obwohl die Weltpresse bei letzterem laut sei – sagte der Pressesprecher der Fidesz und betonte, dass, um diesen Prozess stoppen zu können, der Bau von Zäunen die einzig mögliche Lösung sei. [...] Bei der Reaktion auf weitere Fragen betonte der Pressesprecher, dass die Route der Einwanderer von Schleppern und Verbrecherbanden organisiert wird, wegen der physischen Grenzsperr werden sie jedoch nicht mehr die ungarisch-serbische Grenze wählen.“

Zu den ergänzenden Maßnahmen und anderen Bemerkungen werden in diesem Artikel folgende Anmerkungen gerechnet. Dass der Begriff der sicheren Drittstaaten gesetzlich reguliert werden muss und dass Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge verschieden behandelt werden müssen.

Bei der Kritik an der Opposition wird das Verhalten der Sozialisten kritisiert. „Laut Fidesz sehen die Sozialisten das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer.“ Und es wird auch angemerkt, dass PolitikerInnen der MSZP die Fidesz Parteizentrale temporär mit Zäunen verriegelt haben.

Nachdem alle Aussagen untersucht wurden, wird es eindeutig klar, dass es sich hierbei um einen regierungsunterstützenden Artikel handelt. Da im ganzen Artikel Magyar Idök<sup>5</sup> kein einziges Argument vorkommt, das gegen die Grenzsperr wäre oder die Regierung kritisieren würde.

Wenn man alle fünf Artikel von Magyar Idök betrachtet, kann man zur Schlussfolgerung kommen, dass es sich eindeutig um eine regierungsunterstützende Zeitung handelt. Eine Ausnahme bildet nur der Artikel Magyar Idök<sup>2</sup>, wo auch mehrere Argumente gegen die Grenzsperr aufgezählt werden. Aber letztendlich muss diese Zeitung trotzdem als regierungsunterstützend eingestuft werden, weil in den anderen Artikeln überhaupt keine solche Gegenargumente vorkommen. Es kann also am Ende keinen Zweifel daran geben, dass Magyar Idök eine regierungsunterstützende Zeitung ist.

### 3.3 Magyar Nemzet

Die nächste Zeitung, die analysiert wird, ist die Magyar Nemzet. Aus dieser Zeitung werden sechs Artikel zur Analyse herangezogen. In diesen Artikeln kommen 39 Mal Argumente für eine Grenzsperrung, 30 Mal gegen eine Grenzsperrung vor. 13 Mal werden ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen beschrieben, einmal kommt Kritik an der Regierung vor und drei Mal werden mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem genannt. In diesem Fall kann man sehen, dass diese Zeitung nicht so eindeutig dem einen oder anderen Lager zugeordnet werden kann, weil sich die Anzahl der Argumente für oder gegen die Grenzsperrung nur gering unterscheidet. Nur anhand der Anzahl von Argumenten für oder gegen die Grenzsperrung würde man behaupten, dass es sich hierbei um eine regierungsunterstützende Zeitung handelt. Um dieses Problem genauer zu untersuchen, ist es ganz wichtig auch die einzelnen Artikel näher zu analysieren.

Im Einzelnen schaut es dann folgendermaßen aus:

In dem Artikel **Magyar Nemzet1**, kommen, so wie in einigen vorher genannten Artikeln, nur Argumente für die Grenzsperrung vor, insgesamt sechs Mal. Keine anderen Argumente oder Aussagen werden genannt.

Unter anderem kommen folgende Argumente vor: die Regierung hat mit der geplanten Grenzsperrung gut entschieden, es war ein notwendiger Schritt, der Zaun kann binnen Stunden hochgezogen werden, ähnliche Maßnahmen gibt es auch schon anderswo in Europa oder die Aussage, dass Ungarn und die ungarischen Menschen von der Regierung zu beschützen sind. „Laut György Nógrádi kann man den Zaun auf dem gesamten serbisch-ungarischen Grenzabschnitt, welcher 175 Kilometer lang ist, "binnen Stunden hochziehen". [...] Die Aufgabe der ungarischen Regierung ist es, Ungarn und die ungarischen Menschen zu beschützen – betonte der Experte für Sicherheitspolitik.“

Es ist eindeutig, dass der Artikel Magyar Nemzet1 als regierungsunterstützend zugeordnet werden muss, weil in diesem Artikel nur Argumente für die Grenzsperrung und gar keine dagegen vorkommen.

In dem Artikel **Magyar Nemzet2** kommen hingegen nur drei Mal Argumente für die Grenzsperrung, vier Mal Argumente dagegen, zwei Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, einmal Kritik an der Regierung und einmal auch eine mögliche alternative Lösung vor.

In diesem Artikel kommen folgende Argumente für eine Grenzsperrung vor: innerhalb kurzer

Zeit kann der Zaun zwischen Ungarn und Serbien hochgezogen werden (obwohl der Zaun im Artikel als Eiserner Vorhang bezeichnet wird), Lob an die Regierung für die Schritte, die sie unternommen haben (obwohl dieses Lob nur die Erkennung des Problems betrifft). „Es ist auch erfreulich, wenn die Regierung entschlossene Schritte macht für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, und besonders erfreulich, wenn die Führung des Landes in europäischen oder sogar in globalen Maßstäben denken kann, zumindest was die Erkennung des Problems betrifft.“

Und es wird auch argumentiert, dass die EU in Krisensituationen unfähig sei, schnelle und sinnvolle Entscheidungen zu treffen.

Es wurden auch einige Argumente gegen eine Grenzsperrung genannt. Als Erstes habe ich den auch im Titel angeführten Begriff 'Eiserner Vorhang' hier zugeordnet. Weil diese Referenz auf den Eisernen Vorhang, der jahrzehntlang die Grenzen Ungarns abgeschlossen hatte, ist anhand des geplanten Zauns, meiner Meinung nach, eine eindeutige Aussage gegen die Grenzsperrung. Generell wecken die 'kommunistischen Zeiten' (also der Zeitraum zwischen 1947 und 1989) in Ungarn schlechte Erinnerungen. Dazu gehört auch der Eiserner Vorhang, welcher heutzutage auch noch negative Gefühle hervorruft. So die Bezeichnung 'Eiserner Vorhang' wird im Falle des neulich geplanten Grenzzauns eindeutig dazu verwendet durch dieses negative Gedenken die Argumentation gegen die geplante Grenzsperrung zu verstärken.

Als nächstes kommt die Meinung über die Verwirklichung des Plans der Regierung. Obwohl die Regierung zuvor wegen der Erkennung des Problems gelobt wurde, erfolgt die Beschreibung der Verwirklichung in einem ganz anderen Tonfall, und deswegen gehört diese Aussage auch zur Argumentation gegen eine Grenzsperrung. „Obwohl die Regierung mit der nötigen Schnelligkeit und Sensibilität im Fall der Migration auf der Bühne der großen Politik aufgetreten ist, umso ungeschickter und unbarmherziger ist die Verwirklichung.“ Beim nächsten Argument handelt es sich um eine eindeutig gegen die Grenzsperrung gerichtete Meinung. „Der Innenminister behauptete vor einigen Wochen noch, dass sie [Innenministerium samt Polizei] unglaublich effektiv arbeite – die Polizei hielt 97 Prozent aller illegalen Einwanderer fest. Dann wozu der Stacheldraht?“ Das letzte Argument beschäftigt sich mit dem Thema des möglichen moralischen Widerspruchs zwischen dem Bau eines Zauns und christlicher Solidarität. „[Viktor Orbán] zufolge: "ist das ein christliches Land, in unseren Herzen haben wir selbstverständlich Erbarmen, wer verfolgt wird, den muss man helfen." Wie genau? Weil die Grenzsperrung und Barmherzigkeit einander ausschließen – die durch Serbien Ankommenden können laut der Regierung nur Wirtschaftsflüchtlinge sein. Wenn der die südliche Grenze abschließender Zaun wirklich hochgezogen wird, kann sich die

Regierung auf eines nur mehr schwer berufen: auf christliche Solidarität.“ Diese Aussage habe ich zu den Argumenten gegen die Grenzsperrre gezählt, weil sie ganz gut den Zwiespalt zwischen dem von der Regierung behaupteten christlichen Verhalten und dem von ihr geplanten Grenzzaun hervorhebt.

Es gibt in diesem Artikel zwei Argumente, die zur Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen gehören. Die eine ist die Beschreibung des Regierungsbeschlusses, die andere ist, dass zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und politischen Flüchtlingen unterschieden werden muss.

Bei dem einzigen Kritikpunkt an der Regierung handelt es sich um eine Beschuldigung der Regierung, dass sie bei diesem Beschluss bewusst auf den Ängsten der Bevölkerung gespielt haben. „So viel ist sicher, eine eiskalte Entscheidung ist gefallen: die Propagandamaschine der Regierung gab eine innenpolitische Antwort auf die den ganzen Kontinent betreffende globale Frage, um dabei bewusst die begründeten Ängste eines Teils der Gesellschaft zu verstärken.“ Die mögliche alternative Lösung, die in diesem Artikel vorkommt, ist, dass der Grenzzaun mit Hilfe moderner Aufklärungsgeräte ganz zu ersetzen wäre, weil in diesem Fall niemand unbemerkt über die Grenze gehen könnte.

Alles im allen kann man sagen, dass der Artikel Magyar Nemzet<sup>2</sup> als regierungskritisch eingestuft werden kann. Auch wenn die Argumente gegen die Grenzsperrre nur knapp in Mehrheit sind, kann wegen der oben angeführten Argumente dieser Artikel zweifelsfrei dem Lager regierungskritischer Artikel zugeordnet werden.

In dem Artikel **Magyar Nemzet<sup>3</sup>** überwiegen wieder die Argumente für eine Grenzsperrre, die in diesem Artikel zwölf Mal erwähnt werden. Es kommt nur einmal ein Argument gegen eine Grenzsperrre vor, und drei Mal werden ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen beschrieben. Kritiken kommen in diesem Artikel nicht vor, weder an der Regierung noch an der Opposition, so wie auch keine möglichen alternativen Lösungen für das Einwanderungsproblem.

In diesem Artikel gehören alle Aussagen, die zur Kategorie 'Argumente für die Grenzsperrre' gerechnet wurden, wirklich zu dieser Kategorie. Auch nachdem der Kontext dieser Aussagen erforscht wurde, kann man sie nicht zu einer anderen Kategorie zählen.

Das einzige Argument gegen eine Grenzsperrre ist die Reaktion des serbischen Premierministers, Aleksandar Vučić, dass er überrascht und schockiert war von der Nachricht, dass Ungarn an der ungarisch-serbischen Grenze einen Zaun hochzieht. Wenig später hat er diese Herangehensweise auch kritisiert. „Im serbischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sagte der Premierminister am Mittwochabend, er glaube nicht, dass die Lösung darin bestehe,

Mauern zu errichten.“

Die ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen in diesem Artikel sind: die Beschreibung der Entscheidung der Regierung, die notwendige Bestimmung sicherer Länder und die Beschreibung der Kommunikation mit Serbien zum Thema Einwanderung.

Es ist eindeutig, dass der Artikel Magyar Nemzet<sup>3</sup> regierungsunterstützend zugeordnet werden kann, weil kaum Argumente gegen die Grenzsperrung vorkommen, hingegen sehr viele Argumente dafür. Deswegen kann dieser Artikel nicht anders eingeordnet werden.

In dem Artikel **Magyar Nemzet<sup>4</sup>** kommen vier Mal Argumente für eine Grenzsperrung und elf Mal Argumente gegen eine Grenzsperrung vor. Zudem werden noch zwei Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen und einmal eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem beschrieben.

In diesem Artikel werden unter anderem solche Argumente für die Grenzsperrung genannt: die Regierung hat mit dem Plan, eine Grenzsperrung einzurichten, die einzig verantwortliche Entscheidung getroffen, andere Länder unternehmen ebenfalls zunehmend strengere Schritte und die Zahl der illegalen Einwanderer in Ungarn könnte in kurzer Zeit noch höher sein.

Bei den Argumenten gegen die Grenzsperrung werden meistens die Standpunkte der Opposition aufgezählt. Dabei werden die kritischen Meinungen von mehreren Parteien wie MSZP, LMP, Együtt und die ungarische liberale Partei beschrieben. Als weiteres Argument kommt noch vor, dass der Zaun alleine keine Lösung bedeutet, weil die MigrantInnen diesen höchstwahrscheinlich umgehen werden und dass für das Problem eine gemeinsame, europäische Lösung gefunden werden muss. Die liberale Partei schrieb das so: „Wir glauben an eine europäische Lösung, die auf Solidarität und gemeinsamem Handeln beruht. Wir glauben, dass kein beteiligter Staat das Problem allein lösen kann. Eine echte Lösung wird nur möglich sein, wenn wir das Problem an seinen Wurzeln angehen können, und dazu ist nur ein starkes, geeintes Europa fähig.“

Von den zwei zur Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen gehörende Aussagen ist die eine die Beschreibung des Plans der Regierung, die ungarisch-serbische Grenze zu schließen, die andere die Position der Jobbik. Letztere ist ganz interessant, aber gleichzeitig auch schwierig einzuordnen, weil, obwohl die Politiker dieser Partei die Grenzsperrung generell als eine gute Lösung beschreiben, sie die Regierung trotzdem kritisieren und noch strengere Grenzschutzmaßnahmen fordern. „Jobbik begrüßt die von der Regierung angekündigte Grenzsperrung, aber laut der Partei werden, "obwohl dieser Schritt die illegale Einwanderung kurzfristig verlangsamen wird, Migranten mit Hilfe von Menschenhändlerbanden mittel- und langfristig neue Routen und andere Grenzabschnitte

nutzen und dadurch in unserem Heimatstaat eindringen." Dániel Z. Kárpát und Ádám Mirkóczki betonten in der Mitteilung der parlamentarischen Fraktion der Partei: "es ist auch keine Lösung für die durch aus Westeuropa nach Ungarn abgeschobenen Massen verursachten Probleme, ihr Schicksal ist weiter ungewiss."<sup>4</sup>

Die einzig mögliche alternative Lösung, die in dem Artikel genannt wird, stammt von József Tóbiás, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der MSZP, der sagte, dass mit Hilfe moderner Geräte der Schutz der grünen Grenze auch gewährleistet werden könnte.

Zusammenfassend kann man sagen, dass anhand der hohen Anzahl von Argumenten gegen die Grenzsperrung der Artikel Magyar Nemzet<sup>4</sup> als regierungskritisch eingestuft werden kann, auch wenn es einige Argumente für die Grenzsperrung und auch die Meinung von Jobbik vorkommen. Dadurch wird ersichtlich, dass es doch nicht so eindeutig ist, diesen Artikel als regierungskritisch einzustufen. Trotz allem muss dieser Artikel als eher regierungskritisch zugeordnet werden, aber die Zuordnung ist nicht so eindeutig wie man das anhand der Anzahl der Argumente glauben würde.

In dem Artikel **Magyar Nemzet**<sup>5</sup> tauchen sieben Mal Argumente für eine Grenzsperrung auf, hingegen kommen nur drei Mal Argumente gegen eine Grenzsperrung vor. Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen werden vier Mal genannt, und es wird auch eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem geschildert.

Es kommen viele Argumente für eine Grenzsperrung vor, unter anderem wird die ansteigende Zahl illegaler Einwanderer genannt, oder dass Ungarn keine Zeit dafür hat, eine gemeinsame, konsensbasierte Lösung der EU abzuwarten. Weiters wird erwähnt, dass die Regierung mit der Errichtung des Sicherheitszauns das ungarische Volk vor dem Einwanderungsdruck schützen möchte und dass der Grenzschutz in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt und sie selbst entscheiden müssen, welche Maßnahmen sie dafür für notwendig halten, um die eigene Grenzen zu beschützen.

Eines der wenigen Argumente gegen eine Grenzsperrung, die in dem Artikel genannt werden, ist die Reaktion von Nils Muižnieks auf Ungarns Plan, einen Zaun zu bauen. „Ungarns Plan, den Weg von Migranten mit einem Zaun zu blockieren, ist unüberlegt – so reagierte der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, auf die Ankündigung vom Mittwoch in einer kurzen Nachricht, die am Donnerstag in einem Microblog veröffentlicht wurde. Der lettische Politiker war der Ansicht, dass der Schwerpunkt eher auf dem Zugang zu Asyl als auf dessen Behinderung liegen sollte.“ Ein anderes, kritisches Argument kommt von Natasha Bertaud, Pressesprecherin der Europäischen Kommission; sie sagte, dass die Verwendung von Zäunen nicht als die beste Lösung betrachtet wird. Weiters meinte sie: „Wir

haben die Mauern in Europa erst kürzlich abgerissen, wir sollten sie nicht wieder hochziehen – sagte Bertaud.“

Es kommen folgende ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen in dem Artikel vor: man muss zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und politischen Flüchtlingen unterscheiden, die genaue Beschreibung des Regierungsbeschlusses und die Kommunikation der Regierung mit Serbien.

Und die mögliche alternative Lösung: „[...] laut der ungarischen Regierung sollte die Frage außerhalb der EU behandelt werden. Als Beispiel erwähnte er [Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó], dass bei Verhandlungen der EU – über Handelsbegünstigungen, finanzielle Hilfe, Entwicklungsprogramme – mit den Ländern, aus denen eine große Anzahl von Einwanderern kommt, klargestellt werden muss, dass das Geld so ausgegeben wird, dass niemand gezwungen ist, aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen das Land zu verlassen.“

Obwohl auch einige Gegenargumente angeführt werden, überwiegen in dem Artikel Magyar Nemzet<sup>5</sup> die Argumente für eine Grenzsperrung und deswegen kann dieser als regierungsunterstützend zugeordnet werden.

In dem Artikel **Magyar Nemzet**<sup>6</sup> kommen sechs Mal Argumente für und elf Mal gegen eine Grenzsperrung vor. Es werden auch noch zwei Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen beschrieben.

Die Argumente für eine Grenzsperrung beinhalten Aussagen wie, dass Ungarn nichts Besonderes macht, nur internationalen Beispielen folgt. Gleich danach wird die USA als Beispiel genannt, wo sich die Grenzsperrung als äußerst effektiv erwies, und es wird auch eine Rede des ehemaligen Präsidenten George W. Bush kurz zitiert, wobei dafür argumentiert wird, warum die Grenzsperrung eine gute Maßnahme bedeutet. Später wird noch das Argument genannt, dass der Grenzschutz in der Verantwortung der Mitgliedstaaten der EU liegt, aber dabei alle internationalen Rechte respektiert werden müssen.

Viele Argumente gegen eine Grenzsperrung, die in dem Artikel vorkommen, beschreiben die Grenzsperrung als sehr teuer, gefährlich und nutzlos, die möglicherweise nichts wert ist. Weiters wird erwähnt, dass die Grenzsperrung Flüchtlinge dazu ermutigen könnte, eine viel gefährlichere Route zu wählen und dass die Grenzsperrung die Bildung illegaler Lager und möglicherweise eine Ghettoisierung in der Region hervorrufen könnte.

Zu den ergänzenden Maßnahmen und anderen Bemerkungen gehört die Meinung, dass nur die aufgenommen werden, deren Leben in Gefahr ist, und die Nachricht über die Schließung der serbisch-ungarischen Grenze.

Alles in allem kann man sagen, dass, auch wenn einige Argumente für eine Grenzsperrre genannt wurden, die Argumente gegen eine Grenzsperrre überwiegen. Genau wegen der vielen kritischen Aussagen muss dieser Artikel Magyar Nemzet<sup>6</sup> als regierungskritisch zugeordnet werden.

Wenn man alle sechs Artikel aus Magyar Nemzet betrachtet, dann sehen wir ganz unterschiedliche Artikel. Während die Artikel Magyar Nemzet 1, 3 und 5 als regierungsunterstützend eingestuft werden konnten, wurden die Artikel Magyar Nemzet 2, 4 und 6 als regierungskritisch zugeordnet. Diese Zuteilung macht es unmöglich, anhand der untersuchten Artikel diese Zeitung entweder als regierungsunterstützend oder regierungskritisch einzustufen, weil genau die Hälfte die untersuchten Artikel dem einen Lager und die andere Hälfte dem anderen Lager zuteilbar ist. Das zeigt auch, warum es wichtig ist, die einzelnen Artikel zu untersuchen, weil sich dadurch Ergebnisse herausstellen können, die man vorweg gar nicht erwarten würde. Ganz interessant ist es noch, dass in diesen Artikeln kein einziges Mal Kritik an der Opposition vorkommt, aber Kritik an der Regierung auch nur einmal.

### 3.4 Népszabadság

Als nächstes wird die Zeitung Népszabadság analysiert. Von dieser Zeitung wurden ebenfalls fünf Artikeln zur Analyse herangezogen. Bei dieser Zeitung kommen 13 Mal Argumente für eine Grenzsperrre, 32 Mal Argumente gegen eine Grenzsperrre, zehn Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen und acht Mal Kritikpunkte gegen die Regierung vor. Kritik an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem wurden nicht erwähnt. Wenn man auf die Zahlen schaut, ist es eindeutig, dass man hier mit einer regierungskritischen Zeitung zu tun hat. Alleine die Anzahl die Argumente gegen eine Grenzsperrre übertrefft insgesamt die Zahl aller anderen Argumenten. Aber um auch hier ganz sicher gehen zu können, werde ich die einzelnen Artikel untersuchen.

Es schaut dann folgendermaßen aus:

In dem Artikel **Népszabadság1** kommen nur zwei Mal Argumente für eine Grenzsperrre vor, hingegen sieben Mal Argumente dagegen und fünf Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen. Kritiken, ob an der Regierung oder an der Opposition, sowie mögliche alternative Lösungen kommen nicht vor.

Die wenigen Argumente für eine Grenzsperrre die in diesem Artikel vorkommen, beschreiben,

dass der Bau des Zauns nicht gegen internationales Recht verstößt und ähnliche Schritte schon anderswo in Europa gemacht wurden. „Szijjártó betonte, dass die Maßnahme nicht gegen das Völkerrecht verstoße und nicht einzigartig sei: es wurde auch an der griechisch-türkischen und an der bulgarisch-türkischen Grenze ein Zaun errichtet, und auch die nordafrikanischen Städte Spaniens werden so vor dem Zustrom von Einwanderern geschützt.“

Bei den Argumenten gegen eine Grenzsperrung kommen ganz unterschiedliche kritische Aussagen vor. Es werden die Meinungen von Oppositionsparteien erwähnt, zum Beispiel, dass der Stacheldraht kein gutes Mittel für den Grenzschutz ist, die Idee der Regierung unmenschlich ist, die Gesetzesvorlage Teil miesen Regierungspropaganda ist, oder dass der Grenzschutz mit anderen EU-Mitgliedstaaten vereinbart werden sollte. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Bezeichnung selbst, dass die Grenzsperrung als 'Eiserner Vorhang' bezeichnet wird. Bei den ergänzenden Maßnahmen und anderen Bemerkungen werden diverse Punkte behandelt. Dabei taucht die Meinung von Jobbik auf, die genaue Beschreibung der geplanten Grenzsperrung, die Bestimmung einer Liste sicherer Länder und die Aussage von Fidesz-Politikern, dass der Bau einer physischen Grenzsperrung nicht notwendig erscheint. Bei dem letzten Punkt ist interessant, dass diese Aussagen in diesem Artikel als Kritik an der Regierung verwendet werden. „Lajos Kósa, stellvertretender Vorsitzender von Fidesz, sagte noch am Mittwochmorgen auf TV2: der Bau einer physischen Grenzsperrung erscheint nicht notwendig, da die Polizei illegale Einwanderer auch ohne diese aufhalten kann, diese Lösung ist also nur im äußersten Fall vorstellbar. Der äußerste Fall kam jedoch innerhalb weniger Stunden. [...] Antal Rogán, der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion, erwähnte noch in der Debatte die Grenzsperrung nur als den letzten möglichen Schritt, falls die Binnengrenzen der Europäischen Union aufgrund von Flüchtlingen geschlossen werden sollten.“ In anderen Zeitungen, wie zum Beispiel Magyar Hírlap, werden diese Aussagen ganz neutral ohne irgendeine Kritik dargestellt.

In diesem Artikel werden zwei Bilder gezeigt, beide wurden von dem Fotojournalisten Zsolt Reviczky gemacht. Eines davon zeigt eine unbewohnte Landschaft, vermutlich die grüne Grenze zwischen Serbien und Ungarn. Dieses Bild wird folgendermaßen beschriftet: „Name der Sackgasse ist Serbien“. Damit wird darauf reflektiert, dass, nach dem der Zaun hochgezogen wird, Serbien quasi zu einer 'Sackgasse' werde und alle, die in diesem Grenzabschnitt über die Grenze wollen, in einer anderen Richtung ausweichen müssen. Das andere Bild zeigt zwei Flüchtlinge, die am Straßenrand sitzen. Die Bildunterschrift lautet: „Syrische Flüchtlinge bei Ásotthalom“.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Artikel Népszabadság<sup>1</sup> eindeutig regierungskritisch ist. Es kommen fast ausschließlich Argumente vor, die die Grenzsperrung

kritisieren, deswegen ist es in diesem Fall ganz einfach, diesen Artikel als regierungskritisch einzuordnen.

In dem Artikel **Népszabadság**<sup>2</sup> tauchen acht Mal Argumente für eine Grenzsperrung auf, aber gegen eine Grenzsperrung kommen 13 Mal Argumente vor. Weiters werden vier Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen und einmal ein Kritikpunkt an der Regierung beschrieben.

In diesem Artikel kommen wieder mehrere Argumente für eine Grenzsperrung vor. Unter anderem: dass der Grenzzaun nicht einzigartig ist, eine europäische Lösung viel zu lang dauern würde, der Zaun hält Schlepper ab, Menschen auf den Bauernhöfen haben Angst oder hätte Ungarn keinen Schritt gemacht, dann hätte die massenhafte Migration unseren Lebensstandard innerhalb von ein paar Jahren völlig umgewandelt.

Es werden auch viele Argumente gegen einer Grenzsperrung aufgezählt, wie in dem Titel des Artikels, wo der Grenzzaun als der Zaun des Hasses bezeichnet wird oder später, als der Zaun als 'Eiserner Vorhang' beschrieben wird. „Niemand hat gedacht, dass im 21. Jahrhundert ein neuer Eiserner Vorhang in Mitteleuropa gebaut wird und dass gerade der Ministerpräsident von Ungarn an der Spitze der Antimigranten-Politik steht.“ An einer anderen Stelle wird auch angemerkt, dass Papst Franziskus dazu aufgefordert hat, MigrantInnen zu respektieren und die Tür nicht vor Schutzsuchenden zuzumachen. Es wird auch erwähnt, dass der Zaun alleine zu wenig ist, um die 'Flüchtlingswelle' aufzuhalten oder auch alleine keine Lösung bedeutet. Ein weiteres Argument ist, dass wegen des Zauns MigrantInnen möglicherweise einen neuen, gefährlicheren, längeren, teureren Weg suchen werden.

Unter ergänzenden Maßnahmen und anderen Bemerkungen kommen folgende vor: dass eine Liste der sicheren Drittländer erstellt werden muss, die Beschreibung des Plans der Regierung, die Grenze zu schließen, die Meinung von Jobbik, dass der Zaun eine gute Idee ist, aber trotzdem nur eine kurzfristige Lösung bedeutet, und die Aussage, dass die Grenzbarriere nur als das letzte Mittel eingesetzt wird. Diese letzte Aussage wird in diesem Artikel wieder ganz kritisch geschildert, weil führende Politiker von Fidesz kurz vor der Bekanntgabe über den geplanten Grenzzaun noch davon überzeugt waren, dass kein Zaun nötig ist, um die Flüchtlingsfrage lösen zu können.

Der einzige Kritikpunkt an der Regierung ist die Aussage von László Botka über die Fidesz: „Laut Botka ist das eine typische politische Methode der Fidesz: sie erschaffen ein Feindbild und beginnen dagegen zu kämpfen, damit sie die Aufmerksamkeit davon ablenken, dass sie regelmäßig und systematisch das Land berauben.“

In diesem Artikel werden insgesamt fünf Bilder gezeigt. Das Erste ist ein Bild von Stoyan

Nenov, Fotograf von Reuters, und darauf ist der Grenzzaun zwischen Bulgarien und der Türkei im Juli 2014 zu sehen. Im Text, wo das Bild eingefügt wurde, wird die Aussage von Papst Franziskus erläutert, dass man die MigrantInnen respektieren sollte und dass jene um die Gnade Gottes bitten sollten, die die Tür vor den Schutzsuchenden zumachen. Gleich nach dieser Aussage gibt es das Bild mit dem starren Zaun mit paar Grenzpolizisten im Hintergrund; wenn man das Bild anschaut, weiß man also, dass hier die 'Tür' eindeutig zugemacht wurde. Und genau das Gleiche plant auch die ungarische Regierung.

Auf dem zweiten Bild sind kosovarische Kinder zu sehen, die vermutlich mit ihrer Familie gerade auf dem Weg nach Ungarn waren. Dieses Bild wurde im Februar 2015 von László Balogh gemacht. Im Abschnitt davor wurde diskutiert, was alles dafür benötigt wird, ein wirklich wirksames Grenzschutzsystem zu etablieren, und dann kommt dieses Bild von den kleinen, unschuldigen Kindern draußen in der Winterkälte. Hier spielen die Autoren eindeutig auf den Emotionen der LeserInnen; wer könnte für den Zaun stimmen, anstatt diesen Kindern zu helfen?

Auf dem dritten Bild, welches wahrscheinlich auch im Winter gemacht wurde, weil darauf noch Schnee zu sehen ist, sind drei Männer und ein Bub zu sehen, die neben der Straße auf improvisierten Sitzen sitzen, vermutlich ermüdet von dem langen Weg aus ihrer Heimat. Die Inschrift zum Bild lautet: „Es gibt Orte, woher man flüchten kann, aber es wird keine geben wohin“. Diese dramatische Aussage muss man vermutlich so verstehen, dass es keine solchen Länder mehr geben wird, wenn alle so eine Flüchtlingspolitik wie Ungarn führen würden und alle EU-Länder einen solchen Zaun hochziehen würden. Das Bild wurde von dem Fotografen Zoltán Gergely Kelemen gemacht.

Das vierte Bild zeigt zwei Männer in Handschellen die, laut der Beschriftung des Bildes, illegale Grenzgänger sind. Dabei steht auch, dass die Möglichkeit auf Antragstellung niemandem verweigert werden darf. Das ist eine wichtige Aussage, weil im Späteren wird beschrieben, dass durch den Beschluss der Regierung, die sicheren Drittländer zu bestimmen, wozu auch Serbien und Mazedonien gehören, es offiziell gemacht wurde, all jenen die Asylantragstellung zu verweigern, die durch diese sicheren Länder nach Ungarn kommen. Dieses Bild wurde von Árpád Kurucz gemacht.

Das fünfte Bild zeigt zwei junge Männer, die auf der Straße gehen. Man weiß nicht, wo oder wann das Bild gemacht wurde, oder wer die zwei Männer sind. Die Inschrift des Bildes lautet: „Jenseits der Grenze, binnen der Sicherheit“. Vermutlich handelt es sich hier um Migranten, die sicher über die Grenze gekommen sind und ruhig auf dem Weg zu ihrem Ziel sind. Es wird ein seltenes Bild, wenn der Grenzzaun fertiggestellt wird. Es ist ein Bild des Fotojournalisten Zsolt Reviczky.

Auch wenn viele Argumente für eine Grenzsperrung vorkommen, ist trotzdem eindeutig, dass der Artikel *Népszabadság*<sup>2</sup> regierungskritisch ist. Wegen der vielen Gegenargumente wie auch wegen des Titels des Artikels selbst, wo der Grenzzaun als der Zaun des Hasses bezeichnet wird, kann dieser Artikel nur als regierungskritisch eingestuft werden. Und zu den vielen Gegenargumenten kommt auch noch die Kritik an der Regierung, wodurch es noch leichter wird, diesen Artikel als regierungskritisch einzuordnen.

In dem Artikel *Népszabadság*<sup>3</sup> kommen drei Mal Argumente gegen die Grenzsperrung und zwei Mal Kritikpunkte an der Regierung vor. Aber um genau zu sein, in diesem Artikel wird vielmehr der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán selbst kritisiert. Es werden gar keine Argumente für eine Grenzsperrung, ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, Kritikpunkte an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen genannt.

Bei den Argumenten gegen eine Grenzsperrung in diesem Artikel kommt das Anliegen vor, dass vielmehr die bestehenden Barrieren beseitigt als neu aufgebaut werden sollen. Es wird auch der moralische Widerspruch zwischen Zaun und christlicher Solidarität angeschnitten, wobei dieses Argument bis zu einem gewissen Punkt in eine direkte Kritik der Regierung übergeht, als vorgestellt wird, dass Viktor Orbán früher, als oppositioneller Politiker noch gesagt hat, dass man als Gesellschaft auf die Werte menschlicher Solidarität, christlichen Glaubens und Achtung der Menschenwürde bauen muss. Hingegen führt die Regierung eine solche Maßnahme durch: „[...] errichtet die Orbán-Regierung, die sich selbst als politisch rechtsgerichtet, christlich und – vor allem – national nennt, freiwillig, ohne irgendeinen Zwang, einen vier Meter hohen Drahtzaun an einer der Trianon-Grenzen, in einem Gebiet, in dem es nicht einmal vor '89 eine durchgehende Grenzsperrung gab.“ Mit dem letzten Teil des Satzes bezieht sich der Autor auf den Eisernen Vorhang gegen Jugoslawien, wobei man hinzufügen muss, dass es für einige Zeit auch an diesem Grenzabschnitt eine Grenzsperrung existierte. Zwischen 1949 und 1956 wurde der Eiserner Vorhang an der West- sowie an der Südgrenze von Ungarn hochgezogen. Aber ab 1955 werden diese Grenzsperrungen überall weitgehend abgebaut. Nach ca. einem Jahr vor allem wegen der, durch sowjetischen Truppen niedergeschlagene Ungarische Revolution (1956) hervorgerufenen Flüchtlingswelle, wird der Eiserner Vorhang zumindest an der westlichen Grenze (also an der Grenze zu Österreich) wieder hochgezogen, hingegen gab es an der südlichen Grenze (Grenze zu Jugoslawien) keine Grenzsperrung mehr.

Der Regierung wird also vorgeworfen, dass mit dem Bau des Zauns sogar die eigenen Werte verworfen werden.

Ein weiterer Kritikpunkt, der in diesem Artikel auftaucht, ist, dass es vergeblich ist, Folgerichtigkeit in früheren Standpunkten des heutigen Regierungschefs zu suchen. Und der Artikel wird mit diesen Worten beendet: „Wir haben aus der Geschichte gelernt, dass es viel einfacher ist, den Vorhang, der Teile der Nation voneinander trennt, runterzulassen, als ihn später aufzuziehen – andere, so scheint es, lernen daraus nichts.“ Das kann wieder als Kritik an der Regierung oder als Kritik an den PolitikerInnen der Regierungspartei gesehen werden. Alles im allen kommen in dem Artikel Népszabadság<sup>3</sup> nur Argumente gegen eine Grenzsperrre und Kritik an der Regierung vor. Deswegen ist es ganz eindeutig, dass dieser Artikel als regierungskritisch einzuordnen ist.

In dem Artikel Népszabadság<sup>4</sup> tauchen insgesamt nur zwei Mal Argumente gegen die Grenzsperrre und einmal eine Aussage, die zur Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen gehört, auf. Es werden weder Argumente für eine Grenzsperrre, Kritikpunkte an der Regierung oder an der Opposition noch mögliche alternative Lösungen beschrieben. In diesem Artikel wird eigentlich nur der Beschluss der Regierung genau beschrieben, was zur Kategorie ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen gezählt wird. Warum aber dieser Artikel doch interessant ist, zeigt der Titel des Artikels: „Für einen "provisorischen" Eisernen Vorhang geben wir die Milliarden aus“. Dabei kommen gleich beide Argumente gegen die Grenzsperrre vor. Zuerst, dass man sich auf den Zaun als Eisernen Vorhang beruft und dann die kritische Feststellung, dass man dafür Milliarden ausgeben wird. Obwohl in dem Artikel Népszabadság<sup>4</sup> selbst nur die Tatsachen über den Plan der Regierung aufgezählt werden, wird dieser Artikel wegen der im Titel vorkommenden Aussagen trotzdem als regierungskritisch eingestuft.

In dem Artikel Népszabadság<sup>5</sup> kommen drei Mal Argumente für und sieben Mal Argumente gegen eine Grenzsperrre vor. Überdies werden fünf Mal Kritikpunkte an der Regierung genannt. Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, Kritik an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen werden nicht beschrieben.

In diesem Artikel werden unterschiedliche Berichte von ausländischen Zeitungen über den Bau des Grenzzauns an der ungarisch-serbischen Grenze aufgezählt.

Zu den wenigen Argumenten für eine Grenzsperrre, die in diesem Artikel vorkommen, zählen die Aussagen, dass nach Schweden Ungarn am stärksten von der Migrationskrise betroffen war und dass die EU langsam auf ungarische Ideen reagiert beziehungsweise keine einheitliche Reaktion der EU und keine angemessene Lastenteilung in der EU im Thema Migration existiert.

Es werden in diesem Artikel viele Argumente gegen eine Grenzsperrre aufgezhält. Unter anderem, dass der Grenzzaun als der Zaun der Unmenschlichkeit bezeichnet wird oder dass er Erinnerungen an den Eisernen Vorhang weckt. Oder die Aussagen, dass dieser Schritt allein die Probleme des Landes nicht lösen wird und dass die Grenzsperrre Ungarn nicht vor Einwanderern retten wird. Es wird auch die Meinung beschrieben, dass der 'Zustrom' von Einwanderern nicht durch die Bemühungen eines Landes gestoppt werden kann und deswegen die Lösung auf EU-Ebene gesucht werden muss. „Die Tatsache, dass es innerhalb der Europäischen Union keine Grenzen gibt, muss ebenfalls berücksichtigt werden. Deswegen ist es wohl möglich, eine Mauer zwischen Ungarn und Serbien zu bauen, in diesem Fall jedoch werden die Einwanderer über andere Länder, zum Beispiel Rumänien, Bulgarien und Kroatien, ankommen. Infolgedessen kann der Zustrom von Einwanderern nach Europa auf keinem Fall durch die Bemühungen eines Landes gestoppt werden – behauptete der Politikwissenschaftler [Andrei Kortunov].“

In diesem Artikel werden auch einige Kritikpunkte an der Regierung aufgezhält. Etwa die Kritik des Publizisten Ludwig Greven, dessen Kommentar zu diesem Thema in der Zeitung 'Die Zeit' erschien. „[...] die Regierung Viktor Orbáns bereits früher äußerst restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Einwanderung gefordert hat. "Die Schließung der Grenze passt zur Orbán-Politik, die darauf abzielt, das Land von westlichen Werten und Rechtskonzepten abzuschließen, die den Schutz von Asylwerbern einschließen.““ Die spanische Zeitung RTVE meint, dass illegale Einwanderung in Ungarn zu einem innenpolitischen Thema geworden ist, wodurch Fidesz versucht, seine Popularität wiederzugewinnen. Am Ende des Artikels werden die kritischen Gedanken von Andrei Kortunov, Generaldirektor der gemeinnützigen Organisation des Russischen Rates für auswärtige Angelegenheiten, geschildert. „Kortunov sieht den Schritt der ungarischen Regierung als populistische Maßnahme an: "Diese Maßnahme ist für die einfachen Leute verständlich. Wenn sie fragen, was das Land unternimmt, um das Problem zu lösen, dann bitte, kann man im Fernseher zeigen, wie die Mauer gebaut wird. Das heißt, die Regierung sagt den Menschen, dass sie nicht untätig ist. Aber am Ende ist es natürlich ein Eingeständnis der Trägheit, ein Eingeständnis, dass sie mit anderen Methoden dieses Problem nicht lösen kann.““

In diesem Artikel kommen zwei Bilder vor. Das erste zeigt, laut Inschrift, wie ein syrischer Vater mit seinem Kind an der türkischen Grenze wartet. Es ist ein Bild des Reuters Fotografis Umit Bektas und hat, abgesehen davon, dass es die bedauerliche Seite des Flüchtlingslebens vorstellt, nicht konkret mit den in diesem Abschnitt des Artikels diskutierten Themen zu tun. Das zweite Bild zeigt den Moment, als eine Gruppe von Menschen über einen hohen Zaun

klettert, vermutlich in Ceuta oder Melilla. Beim Bild steht, dass auch dieser Zaun die Flüchtlinge nicht aufhalten kann. Und genau das wird in diesem Abschnitt des Artikels beschrieben, dass das Hochziehen von Zäunen das Problem der Migration nicht lösen wird und ist damit ein ganz wichtiges Argument gegen die Errichtung eines Grenzzauns an der Grenze Ungarns.

Dadurch kann man den Artikel Népszabadság<sup>5</sup> ganz einfach Lager regierungskritischer Artikel zuordnen. Die zahlreichen Argumente gegen die Grenzsperrung und die Kritiken an der Regierung lassen keinen Zweifel daran, dass dieser Artikel nur als regierungskritisch eingestuft werden kann.

Wenn man alle fünf Artikel von Népszabadság anschaut, wird es ersichtlich, dass es sich hierbei um eine regierungskritische Zeitung handelt. Bei allen untersuchten Artikeln überwiegen die Argumente gegen die Grenzsperrung und bei einigen Artikeln werden auch Kritikpunkte an der Regierung aufgezählt. Alles im allem ist es ganz eindeutig, dass Népszabadság eine regierungskritische Zeitung ist.

### 3.5 Népszava

Zuletzt wird die Zeitung Népszava analysiert. Dazu wurden, wie auch bei den meisten Zeitungen oben, fünf Artikel zur Analyse herangezogen. Hierbei stellte sich heraus, dass bei dieser Zeitung 15 Mal Argumente für eine Grenzsperrung, 18 Mal Argumente gegen eine Grenzsperrung, sechs Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, 15 Mal Kritik an der Regierung und einmal eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem vorkommen. Kritik an der Opposition wurde nicht erwähnt. Wenn man alleine auf die Argumente für oder gegen die Grenzsperrung schaut, wäre es schwierig zu sagen, wie diese Zeitung einzuordnen ist, aber wenn man die Kritikpunkte mitrechnet, wird ersichtlich, dass es sich hier um eine regierungskritische Zeitung handelt. Aber um das genau bestimmen zu können, werde ich die Artikel dieser Zeitung im Einzelnen anschauen.

Das schaut dann folgendermaßen aus:

In dem Artikel **Népszava1** kommen zwei Mal Argumente gegen eine Grenzsperrung und drei Mal Kritikpunkte an der Regierung vor. Argumente für eine Grenzsperrung, ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, Kritik an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen tauchen in diesem Artikel überhaupt nicht auf.

Beide Argumente gegen eine Grenzsperrung in diesem Artikel sind Aussagen, die den

Grenzzaun an der ungarisch-serbischen Grenze als Eisernen Vorhang bezeichnen.

Bei der Kritik an der Regierung tauchen unter anderem folgende Aussagen auf: die DK (Demokratische Koalition) wirft der Regierung vor, dass sie mit dem Plan der Grenzsperrre "auf dem Höhepunkt der Fremdenfeindlichkeit" angelangt ist. Weiters beschuldigt Zsolt Gréczy, der Pressesprecher der Demokratischen Koalition, die Regierung, dass ihre Kampagne an die Ängste der Menschen appelliert und voller Lügen ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Artikel *Népszava*1 eindeutig regierungskritisch ist, weil in diesem Artikel nur Argumente gegen die Grenzsperrre und Kritik an der Regierung vorkommen.

In dem Artikel *Népszava*2 kommen elf Mal Argumente für und acht Mal Argumente gegen eine Grenzsperrre vor. Daneben werden drei Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen und vier Mal Kritikpunkte an der Regierung erwähnt. Kritik an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen tauchen nicht auf.

Bei den Argumenten für eine Grenzsperrre werden hauptsächlich die Aussagen von Außen- und Handelsminister, Péter Szijjártó, beschrieben, die er auf seiner Pressekonferenz gemacht hat. Dabei hatte er unter anderem folgende Punkte erwähnt: Ungarn verstößt mit dem geplanten Zaun nicht gegen internationale Gesetze oder Verträge, Ungarn ist von den EU-Mitgliedstaaten am stärksten von der Einwanderung betroffen, die Entscheidung der Regierung ist nicht einzigartig, es gibt viele Beispiele dafür, dass europäische Länder mit Zäunen ihre Grenzen schützen, es gibt Hoffnung für eine gemeinsame europäische Lösung, aber Ungarn kann nicht länger darauf warten. Außerdem wird auch die Reaktion von Fidesz auf die Entscheidung der Regierung beschrieben. Dabei kommen noch weitere Argumente für die Grenzsperrre vor. Unter anderem, dass Fidesz die Entscheidung der Regierung begrüßt, dass nur in Italien mehr Menschen ankommen als in Ungarn oder dass immer mehr Mitgliedstaaten der EU wegen der hohen Zahl von Einwanderern ihre eigenen Maßnahmen setzen. „Der Fidesz-Abgeordnete betonte, dass der Druck auf die ungarisch-serbische Grenze immer mehr zunimmt und dass immer mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihr Schicksal in Einwanderungsfragen selbst in die Hände nehmen, die an Italien angrenzenden EU-Mitgliedstaaten haben praktisch die Grenzen geschlossen. Deutschland und Österreich haben deutlich gemacht, dass sie die von hier ankommenden illegalen Grenzgänger nach Ungarn zurückweisen werden.“ Überdies werden noch weitere Argumente genannt, zum Beispiel, dass der Umgang mit Flüchtlingen eine interne Angelegenheit jedes EU-Mitgliedstaats ist oder dass kritische Bereiche der ungarisch-serbischen Grenze innerhalb von Stunden nahezu hermetisch versiegelbar sind.

Die Argumente gegen eine Grenzsperr kommen in diesem Artikel von oppositionellen Parteien wie DK, MSZP und die Liberale Partei und von Mitgliedern der serbischen Regierung. Ferenc Gyurcsány, der Vorsitzende der Demokratischen Koalition, sagt, dass, einen Zaun gegen die ankommenden Flüchtlinge zu bauen, nicht rechtswidrig ist, aber moralisch mehrere Probleme aufwirft. Er erwähnte dabei folgende Argumente: „Einerseits gab es in diesem Teil der Welt, in Mitteleuropa, bereits solche Mauern, den Eisernen Vorhang selbst und die Berliner Mauer. Andererseits behandelt die Regierung sie nicht als Wirtschaftsflüchtlinge, sondern als Kriminelle, was der Vorsitzende der DK ebenfalls für inakzeptabel hält.“ Laut József Tóbiás, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der MSZP, ist die Grenzsperr kein gutes Mittel und zur Lösung dieses Problems sollte eine gemeinsame, europäische Lösung gefunden werden. Nach Ansicht der Ungarischen Liberalen Partei ist der Plan des an der ungarisch-serbischen Grenze geplanten Zauns unmenschlich und sinnlos. Weiters sagen sie, dass sie weiterhin an eine europäische Lösung glauben, die auf Solidarität und gemeinsamem Handeln beruht.

Unter anderem kommen folgende Argumente gegen die Grenzsperr von serbischen PolitikerInnen. Der serbische Innenminister, Nebojša Stefanović, meint, dass es völkerrechtswidrig wäre, wenn Ungarn, um die illegale Einwanderung einzudämmen, seine Grenzen schließen würde. Der serbische Außenminister Ivica Dačić betont, dass das Flüchtlingsproblem auf europäischer Ebene gelöst werden muss.

Als ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen tauchen folgende in diesem Artikel auf: Zuerst wird die genaue Beschreibung der Grenzsperr erwähnt, weiters wird die Notwendigkeit der Definition sicherer Ländern beschrieben, und auch über die Kommunikation mit Serbien über den geplanten Grenzzaun wird berichtet.

Kritik an der Regierung übt die schon oben erwähnte Aussage von Ferenc Gyurcsány, dass die Regierung die Flüchtlinge nicht als Wirtschaftsflüchtlinge, sondern als Kriminelle behandelt. József Tóbiás beschreibt die Entscheidung der Regierung als Ungarns unwürdig, das Europa einmal schon vereint habe. Er bezieht sich dabei auf dem historischen Moment als Ungarn im Jahre 1989 die Grenze für Geflüchtete aus der DDR öffnete und dadurch eine Rolle bei dem Abriss des Eisernen Vorhangs und der Wiedervereinigung von Europa spielte und damit sogsagt 'Europa vereinte'.

Die Ungarische Liberale Partei kritisiert auch die Regierung, weil sie meint, dass die Grenzsperr es unmöglich macht, eine verantwortungsvolle und humane Lösung für das Problem der Einwanderer zu finden. Am Ende des Artikels werden Aussagen von Viktor Orbán aus dem Jahr 2011 vorgestellt, die als Kritik an der Regierung und an von ihr getroffenen Maßnahmen gesehen werden können. „Heute müssen wir in Ungarn noch Mauern

niederreißen, um uns aus der Gefangenschaft der Fehler der Vergangenheit zu befreien und ein erfolgreiches und stolzes Land zu werden.“

In diesem Artikel kommt auch ein Bild vor. Ganz am Anfang des Artikels wurde es eingefügt und darauf sind zwei Hände zu sehen, als jemand über einen Zaun mit Stacheldraht klettern will. Man kann nicht viele Details am Bild erkennen, aber trotzdem macht es den Eindruck, als könnte die Person ihr Ziel wegen des Zauns nicht erreichen, und somit kann das Bild als eine Art Kritik an der Politik der ungarischen Regierung verstanden werden.

Népszava<sup>2</sup> ist ein Artikel, bei dem man nicht gleich auf erstem Blick sagen kann, ob er regierungsunterstützend oder regierungskritisch eingeteilt werden soll. Wenn man nur auf der Anzahl von Argumenten für und gegen die Grenzsperrung schaut, dann würde man sagen, dass dieser Artikel eher regierungsunterstützend einzuordnen ist, denn Argumente, die für die Grenzsperrung sind, kommen ein wenig mehr vor als Argumente dagegen. Aber man darf nicht vergessen, dass in diesem Artikel auch einige Kritiken an der Regierung genannt werden, und um letztendlich sagen zu können, wie dieser Artikel eingestuft werden kann, sollten auch diese Kritikpunkte berücksichtigt werden. Man soll auch beachten, dass die Mehrheit der Argumente für die Grenzsperrung, die in diesem Artikel genannt werden, bei der Beschreibung der Pressekonferenz von Péter Szijjártó oder bei der Darstellung der Reaktion der Fidesz auf der Entscheidung der Regierung auftauchen. Das heißt, sie werden genannt, als die Meinungen und Argumente der Regierungspartei beschrieben werden. Alles in allem ordne ich den Artikel Népszava<sup>2</sup> als regierungskritisch ein, weil neben den Argumenten gegen eine Grenzsperrung auch viele Kritikpunkte an der Regierung genannt werden und diese die Argumente für eine Grenzsperrung überwiegen.

In dem Artikel Népszava<sup>3</sup> kommt nur ein Argument gegen die Grenzsperrung vor. Weiters werden noch drei Mal Kritikpunkte an der Regierung beschrieben. Argumente für eine Grenzsperrung, ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen, Kritik an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen tauchen in diesem Artikel überhaupt nicht auf.

Das Argument gegen eine Grenzsperrung ist die Meinung von PM (Párbeszéd Magyarorszáért – Dialog für Ungarn), dass Ungarn moralische Verpflichtung hat, denjenigen zu helfen, die vor Tod und Folter fliehen.

Die Kritikpunkte an der Regierung, die in diesem Artikel beschrieben werden, schildern die Meinung von PM zum Thema Asyl und dem Umgang der Regierung damit. Es wird geschrieben, dass die Vorlage, die zum Thema Asyl vor dem Parlament liegt, böswillig und dumm ist, und sie wird ihr Ziel nicht einmal erreichen. Weiters forderte die unabhängige Abgeordnete Tímea Szabó die Regierung im Namen der PM auf, ihre "hasserfüllte und völlig

unnötige" Kampagne zu beenden. Außerdem wird die Politik der Regierung sehr stark kritisiert: „Und auf der Grundlage des dem Parlament vorliegenden Änderungsantrags ist klar, dass sich die Regierung seit Jahren darauf vorbereitet, mit Methoden, die Erinnerungen an die "dunkelsten Rákosi-Zeiten wachrufen und eine kommunistischen Planwirtschaft präferieren", für "ihren eigenen Kumpel" billige, fast unentgeltlich arbeitende Arbeiter zu finden.“ Hierbei wird die Regierung offen mit Korruption beschuldigt. Diese betrifft in erster Linie dem neuen öffentlichen Beschäftigungsprogramm, welches laut der PM hunderttausende Ungarn in Armut stürzen wird. Das Vorgehen der Fidesz mit den "dunkelsten Rákosi Zeiten" zu vergleichen ist eine sehr scharfe Kritik der Regierung. Der kommunistische Politiker Mátyás Rákosi herrschte zwischen 1949 und 1956 quasi als Diktator mit nahezu unbegrenzter Macht in Ungarn. Unter seiner autoritären Führung wurde Ungarn nach sowjetischem Vorbild von ihm regiert. Dabei wurden alle (angebliche) Regimegegner von der Staatsschutzbehörde (ÁVH - Államvédelmi Hatóság) inhaftiert und nach Schauprozessen zu Gefängnis verurteilt, in sehr vielen Fällen sogar hingerichtet. Tausende Menschen starben während dieser traurigen Periode der ungarischen Geschichte. Zu diesem Staatsterror kam auch noch eine schwerwiegende Wirtschaftskrise, welche vor allem ein Ergebnis der funktionsuntüchtigen Planwirtschaft war. Wegen dieser sehr eindeutigen Stellungnahme ist es in diesem Fall ganz leicht, diesen Artikel, Népszava<sup>3</sup>, als regierungskritisch einzustufen, weil dabei nur Argumente gegen die Grenzsperrung und Kritik an der Regierung vorkommen.

In dem Artikel **Népszava**<sup>4</sup> kommen zwei Mal Argumente für eine Grenzsperrung und fünf Mal Argumente gegen eine Grenzsperrung vor. Es werden drei Mal ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen und ebenso drei Mal Kritikpunkte an der Regierung beschrieben. Kritik an der Opposition oder mögliche alternative Lösungen tauchen dabei nicht auf.

In diesem Artikel werden nur wenige Argumente für eine Grenzsperrung genannt. Die beschreiben, dass mit dem Bau des Zauns Ungarn keinen internationalen Vertrag verletzt und dass es ohnehin schon andere solche Zäune in Europa gibt.

Von Argumenten, die gegen eine Grenzsperrung gerichtet sind, kommen mehrere vor. Dabei wird unter anderem erwähnt, dass der Stacheldraht nicht europäisch ist und auch deswegen die ungarische Regierung für eine europäische Lösung arbeiten sollte. Es wird auch eine ganz kritische Meinung gegenüber (Grenz)Zäunen formuliert: „[...] wie auch wir schon den Stacheldraht an unserer Westgrenze gesehen haben. Und wir haben auch gesehen, dass bisher nie, nirgendwo, niemand mit Hilfe von Drähten oder Zäunen geschützt wurde.“

Zu den ergänzenden Maßnahmen und anderen Bemerkungen zählen in diesem Artikel die Beschreibung der Vorbereitungen für die Schließung der Grenze, die Erwähnung der

Bestimmung der sicheren Länder und die Aussage, dass die physische Schließung der Grenzen wegen der Flüchtlinge nicht notwendig erscheint. Diese letzte Aussage wird kritisch angemerkt, weil kurz nach dieser Aussage schon die offizielle Vorbereitung auf die Grenzsperrre veröffentlicht wurde.

Als Kritik an der Regierung werden mehrere Punkte genannt. Unter anderem, dass manche Gesetze in Ungarn sinnlos sind (ohne weiter zu bestimmen welche), dass es in diesem Land sein kann, dass führende Politiker der Regierungspartei davon sprechen, dass der Grenzzaun nur "im äußersten Fall" hochgezogen werden kann, und nur kurze Zeit später der Grenzzaun wirklich schon hochgezogen wird, oder die Meinung, dass Viktor Orbán mit der Entscheidung für die Grenzsperrre zu weit ging. „Der ungarische Regierungschef ging, das Parlament (rechtmäßig) ausspielend zu weit, als er nicht nur forderte, dass die Lösung der Flüchtlingsfrage in die Hände der Nationalstaaten zurückgelegt werden sollte, sondern auch mit Stacheldrähten den durch die Plakatkampagne erregten Zorn zur Geltung bringen will.“ Zusammenfassend kann man feststellen, dass der Artikel *Népszava*<sup>4</sup> eindeutig ein regierungskritischer Artikel ist, weil darin nicht nur mehr Argumente gegen die Grenzsperrre vorkommen als dafür, sondern auch weil öfter Kritik an der Regierung formuliert wird.

In dem Artikel *Népszava*<sup>5</sup> kommen zwei Mal Argumente für und auch zwei Mal Argumente gegen eine Grenzsperrre vor. Ebenso zwei Mal werden Kritikpunkte an der Regierung und einmal auch eine mögliche alternative Lösung für das Einwanderungsproblem geschildert. Ergänzende Maßnahmen und andere Bemerkungen und Kritikpunkte an der Opposition kommen nicht vor.

Die Argumente für eine Grenzsperrre, die in diesem Artikel genannt werden, kommen vor, als die Pressekonferenz von Szilárd Németh von Fidesz erörtert wird. Dabei wird erläutert, dass die Balkanroute und damit die ungarisch-serbische Grenze die verkehrsreichste Route für illegale Einwanderer in die Europäische Union geworden ist und deswegen Ungarn handeln muss.

Die Argumente gegen eine Grenzsperrre stammen von der MSZP, als sie auf die Pressekonferenz Szilárd Némeths reagieren. Sie sagen dabei, dass die Sicherheit des ungarischen Volkes in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten gewährleistet werden muss und dass der Stacheldraht ein völlig ungeeignetes Mittel ist. „Und der Stacheldraht ist ein völlig ungeeignetes Mittel, denn in Europa muss man die Zäune nicht hochziehen, sondern abreißen – fügen sie [MSZP] hinzu.“

Die Kritik an der Regierung kommt ebenfalls von der MSZP. Sie sagen, dass die Regierung Panik und Hass schürt und dass sie das Geld der Menschen für unnötige politische Aktionen

verschwenden. „Laut MSZP hatte die Regierung ein halbes Jahr Zeit, um Schritte zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu unternehmen, stattdessen verschwendete sie das Geld der Menschen für ihre Pseudo-Konsultationen und fremdenfeindliche Plakate – reagierte die Oppositionspartei am Freitag auf das, was Szilárd Németh von der Fidesz auf seiner Pressekonferenz sagte.“

Eine mögliche alternative Lösung sieht die MSZP in mehreren Maßnahmen, die gemeinsam den Zaun unnötig machen würden. „Anstatt Panik und Hass zu schüren, brauche die Polizei mehr Geld, mehr Personal und modernere Werkzeuge sowie strengere Maßnahmen gegen Menschenhändler, um das Problem anzugehen – betonen sie. Gleichzeitig fordern sie Innenminister Sándor Pintér auf, bei der Regierungssitzung in der kommenden Woche die Stärkung der Staatsorgane vorzuschlagen, die sich mit Asylwerbern befassen, statt sich mit dem Zaun zu beschäftigen.“

Alles in allem kann man feststellen, dass der Artikel Népszava<sup>5</sup> ein regierungskritischer Artikel ist. Obwohl die Anzahl der Argumente für und gegen die Grenzsperrung gleich ist, zieht man die Kritiken an der Regierung mit ein, wird es eindeutig, dass es sich hierbei nur um einen regierungskritischen Artikel handeln kann.

Wenn man alle fünf Artikel von Népszava anschaut, wird ersichtlich, dass diese Zeitung anhand der untersuchten Artikel als regierungskritisch einzustufen ist. Auch wenn die Anzahl der Argumente für und gegen die Grenzsperrung mehr oder weniger gleich ist, gibt es aber auch fast genauso viele Kritikpunkte an der Regierung in diesen Artikeln. Deswegen sieht man, wenn man die Argumente gegen die Grenzsperrung und die Kritikpunkte an der Regierung gemeinsam betrachtet, genau, dass bei dieser Zeitung kein Zweifel daran besteht, dass sie als regierungskritisch einzuordnen ist.

In diesem Kapitel wurden alle Artikel analysiert, und dadurch stellte es sich heraus, welche Zeitung in welche Gruppe einzuteilen ist.

Bei der Zeitung Magyar Hírlap war die Einteilung nicht ganz eindeutig, weil in zwei Artikeln auch die Meinung der Opposition in der Frage des Zauns und der Migration beschrieben wurde. Aber alles in allem kann es doch keinen Zweifel daran geben, dass diese Zeitung als regierungsunterstützend einzustufen ist.

Bei der Zeitung Magyar Idők stellte sich heraus, dass es sich eindeutig um eine regierungsunterstützende Zeitung handelt. Nur bei einem der fünf untersuchten Artikel kommen überhaupt Argumente der Opposition vor, aber auch dieser Artikel konnte als regierungsunterstützend eingestuft werden.

Wenn man alle sechs untersuchten Artikel der Zeitung Magyar Nemzet anschaut, dann sehen wir ganz unterschiedliche Artikel. Während die Artikel Magyar Nemzet 1, 3 und 5 als regierungsunterstützend eingestuft werden konnten, wurden die Artikel Magyar Nemzet 2, 4 und 6 als regierungskritisch zugeordnet. Diese Zuteilung macht es unmöglich anhand der untersuchten Artikel diese Zeitung entweder als regierungsunterstützend oder oppositionell zuordnen zu können, weil genau die Hälfte der untersuchten Artikel in dem einen Lager und die andere Hälfte in dem anderen Lager zuordenbar ist. Das zeigt auch, warum es wichtig ist, die einzelnen Artikel zu untersuchen, weil sich dadurch Ergebnisse herausstellen können, die man vorweg gar nicht erwarten würde. Ganz interessant ist es noch, dass in diesen Artikeln kein einziges Mal Kritik an der Opposition vorkommt, aber Kritik an der Regierung auch nur einmal. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass diese Zeitung ab Februar 2015 mit einer neuen Redaktion betrieben wurde und dadurch, obwohl sie weiterhin eine konservative Zeitung geblieben ist, trotzdem zu einer oppositionelleren Zeitung 'wurde'. Dadurch kann man vielleicht die ganz unterschiedlichen Artikel erklären.

Wenn man alle fünf Artikel von Népszabadság anschaut, wird ersichtlich, dass es sich hierbei um eine regierungskritische Zeitung handelt. Bei allen untersuchten Artikeln überwiegen die Argumente gegen die Grenzsperrung, und bei einigen Artikeln werden auch Kritikpunkte an der Regierung aufgezählt. Alles in allem ist es ganz eindeutig, dass Népszabadság eine regierungskritische Zeitung ist.

Wenn man alle fünf Artikel von Népszava anschaut, wird ersichtlich, dass diese Zeitung anhand der untersuchten Artikel als regierungskritisch einzustufen ist. Auch wenn die Anzahl der Argumente für und gegen die Grenzsperrung mehr oder weniger gleich ist, gibt es aber auch fast genauso viele Kritikpunkte an der Regierung in diesen Artikeln. Wenn man deswegen die Argumente gegen die Grenzsperrung und die Kritikpunkte an der Regierung gemeinsam betrachtet, sieht man genau, dass bei dieser Zeitung kein Zweifel daran besteht, dass sie regierungskritisch einzuordnen ist.

Mit Hilfe der Analyse stellte sich also heraus, dass zwei von den untersuchten Zeitungen klar als regierungsunterstützend und zwei eindeutig als regierungskritisch einzuordnen sind. Nur die Zeitung Magyar Nemzet konnte nicht in die eine oder andere Gruppe zugeteilt werden.

Generell kann man sagen, dass bei regierungskritischen Zeitungen viel mehr Bilder in den einzelnen Artikeln gezeigt werden. Dies wird noch offensichtlicher, wenn man anschaut, was für Bilder dabei vorkommen. Was die regierungsunterstützenden Zeitungen angeht, werden in der Zeitung Magyar Idők gar keine Bilder gezeigt, so wie in der Zeitung Magyar Nemzet. Dafür liegen in den vier untersuchten Artikeln der Zeitung Magyar Hírlap vier Bilder vor. Auf

zwei davon sind Regierungspolitiker zu sehen und nur die andere zwei beschäftigen sich thematisch mit der Migration. Hingegen werden in den regierungskritischen Zeitungen viel mehr Bilder gezeigt und alle veranschaulichen Aspekte der Migration. Vor allem in der Zeitung Népszabadság kommen viele Bilder vor. In den fünf untersuchten Artikeln werden neun Bilder präsentiert. In den untersuchten Artikeln der Zeitung Népszava taucht nur ein Bild auf. Es ist also eindeutig, dass in diesem Fall die regierungskritischen Zeitungen viel mehr auf der Aussagekraft von Bildern setzen als die regierungsunterstützenden Zeitungen.

#### **4) Erkenntnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse und Interpretation der Ergebnisse**

In diesem Kapitel folgt nun die Darstellung der Erkenntnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse und die Interpretation der Ergebnisse, die sich in Folge der Analyse ergeben hat.

Im vorigen Kapitel habe ich die Aussagen der einzelnen Zeitungen untersucht, um herausfinden zu können, ob die von mir aufgestellte Annahme, dass alle untersuchten Zeitungen einer regierungskritischen oder einer regierungsunterstützenden Gruppe klar zuzuordnen sind, bestätigt oder widerlegt werden kann. Die Ergebnisse sagen, dass vier der fünf untersuchten Zeitungen die Annahme bestätigen, weil die Zeitungen Magyar Hírlap, Magyar Idők, Népszabadság und Népszava eindeutig einem oder dem anderen Lager zugeteilt werden konnten. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők eindeutig regierungsunterstützend einzuordnen sind, hingegen wurden die Zeitungen Népszabadság und Népszava eindeutig als regierungskritisch eingestuft.

Nur die Zeitung Magyar Nemzet stellt eine Ausnahme dar, weil bei dieser genau die Hälfte der Artikel als regierungsunterstützend und die andere Hälfte als regierungskritisch bestimmt werden konnte. Deswegen ist es bei dieser Zeitung, anhand der untersuchten Artikel, unmöglich zu sagen, ob diese regierungsunterstützend oder regierungskritisch eingeordnet werden kann. Dieses unerwartete Ergebnis kann man sehr wahrscheinlich darauf zurückführen, dass diese Zeitung die sich ab der Jahrtausendwende immer mehr an die Fidesz annäherte, Anfang 2015 eine plötzliche Wende in der Berichterstattung erlebte. Diese Wende ist auf den Konflikt zwischen Lajos Simicska, der damals die Zeitung Magyar Nemzet besaß und Viktor Orbán zurückzuführen. Dieser Konflikt führte dazu, dass diese bürgerlich-konservative Zeitung immer mehr auch eine regierungskritische Position eingenommen hat. Und dieser Gegensatz zwischen Konservatismus und Regierungskritik erklärt die äußerst unterschiedlichen Artikel der Zeitung.

Die Zeitung Magyar Nemzet stellt einen ganz speziellen Fall dar. Bei den anderen Zeitungen gibt es hingegen keinen Zweifel daran, in welchem Lager sie einzuteilen sind.

Meine Ausgangsidee am Anfang war, dass ich die Anzahl der Argumente für und gegen die Grenzsperrung in den jeweiligen Zeitungen bestimme und dadurch schon ein klares Bild davon bekomme, ob die jeweilige Zeitung regierungsunterstützend oder regierungskritisch zuordenbar ist. Das brachte, aber nicht immer eindeutige Ergebnisse hervor, da bei der

Zeitung Magyar Nemzet und auch bei der Zeitung Népszava sich nur kleine Unterschiede zwischen der Anzahl von Argumenten für oder gegen die Grenzsperr herausstellten. Hätte ich nur auf der Anzahl von Argumenten für oder gegen die Grenzsperr geschaut, wäre bei den meisten Zeitungen das gleiche Ergebnis herausgekommen. Die Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők wären trotzdem regierungsunterstützend und die Zeitungen Népszabadság und Népszava regierungskritisch zugeordnet werden. Aber bei der Zeitung Magyar Nemzet wäre als Ergebnis herausgekommen, dass diese Zeitung als regierungsunterstützend einzustufen ist, weil dabei mehrere Argumente für die Grenzsperr vorkommen als dagegen. Aber es ist ungenügend, nur anhand der Anzahl der Argumenten zu entscheiden, welche Zeitung wie eingeteilt werden sollte. Dies gilt vor allem in dem Fall der Zeitung Magyar Nemzet. Wenn man die einzelnen Artikel dieser Zeitung untersucht, stellt sich heraus, dass die Hälfte der ausgewählten Artikel klar regierungskritisch einzuordnen ist. Aus diesem Grund wäre es keine richtige Entscheidung gewesen, diese Zeitung gleich als regierungsunterstützend einzustufen. Deswegen habe ich einerseits auch alle einzelnen Artikel angeschaut und die dort vorkommenden Argumente zusammengerechnet, andererseits habe ich nicht nur die Argumente für oder gegen die Grenzsperr berücksichtigt, sondern auch die Kritikpunkte an der Regierung oder an der Opposition. Auf diese Weise habe ich die Kritik an der Regierung zu den Argumenten gegen die Grenzsperr hinzugefügt, weil beide Ansichten Beispiele für eine regierungskritische Haltung sind. Und genauso habe ich die Kritik an der Opposition zu den Argumenten für die Grenzsperr hinzugezählt, weil diese beide eine regierungsunterstützende Haltung andeuten. Dadurch bin ich zur Erkenntnis gekommen, die oben schon beschrieben wurde.

Eine interessante Erkenntnis der Analyse ist, dass beide bei der Migrationsfrage gegenüberstehende Gruppen, also die Regierung und die Opposition, überraschend viel damit beschäftigt sind, den anderen zu kritisieren. Obwohl in den Artikeln selbst überwiegend Argumente für oder gegen die Grenzsperr erwähnt werden, beschäftigen sich beide Seiten sehr oft und sehr tiefgreifend damit, gegenseitig zu kritisieren. Dadurch wird ein schwerwichtiges Problem der (ungarischen) Politik ans Licht gebracht. Nämlich dass beide Seiten beträchtlichen Aufwand treiben, um die andere Seite als unglaubwürdig und inkompetent zu zeigen. Dies geht öfter so weit, dass dabei auf die eigentliche Frage der Migration und des Grenzzauns verzichtet wird. Leitende PolitikerInnen schauen öfter, ohne irgendwelche vernünftige Argumentation, nur darauf, die politischen Gegner zu demütigen.

Durch die Analyse kristallisierte sich die Politik der Regierungspartei Fidesz und der

Opposition gut heraus. In den nächsten Unterkapiteln werde ich diese näher beschreiben, genauso wie die ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen, wobei unter anderem die Situation und die Vorgehensweise der Jobbik erklärt wird. Anschließend werden auch die wenigen möglichen alternativen Lösungen für das Einwanderungsproblem näher beschrieben, die in den Artikeln genannt werden.

#### **4.1 Politik der Fidesz**

Anhand der oben schon beschriebenen Argumente, die für die Grenzsperrung oder als Kritik an der Opposition genannt werden, wird die Politik von Fidesz sehr gut ersichtlich. In dem nächsten Abschnitt werde ich anhand der am meisten vorkommenden Aussagen vorstellen, wie die Kommunikation von Fidesz im Falle des Baus des Grenzzauns ausgeschaut hat, und diese dann auch interpretieren. Ich werde dafür die für die Grenzsperrung genannte Argumente und die Kritik an der Opposition einbeziehen.

Das meist genannte Argument der Regierungspartei in der Frage um die Grenzsperrung ist, dass der Zaun nicht einzigartig sei, weil ähnliche Maßnahmen auch schon anderswo auf der Welt existieren. Damit versuchen die Politiker von Fidesz, ihre Verantwortung für den Bau der Grenzsperrung zu tilgen, weil sie eben nur dem Beispiel anderer Länder gefolgt seien. Dabei wird fast immer nachdrücklich betont, dass auch andere europäische Länder, es werden vor allem Spanien, Griechenland und Bulgarien genannt, Zäune hochgezogen haben, um in dieser Weise ihre Grenzen zu beschützen.

Zum Beispiel: „Ungarn ist nicht der erste und einzige Staat in Europa, der sich an seinen Grenzen mit Zäunen verteidigt. Nach dem Inkrafttreten des Schengener Übereinkommens im Jahr 1995 hat Spanien beschlossen, seine beiden auf dem afrikanischen Kontinent, auf der anderen Seite der Straße von Gibraltar liegenden Enklaven Ceuta und Melilla mit einem Zaun zu umgeben.“ (Magyar Idők<sup>1</sup>) Oder: „[...] die Entscheidung der Regierung ist nicht einzigartig. In diesem Zusammenhang wies er [Péter Szijjártó] darauf hin, dass sowohl an der griechisch-türkischen als auch an der bulgarisch-türkischen Grenze Zäune errichtet worden sind und dass sich auch spanische Städte in Nordafrika so vor dem Einwanderungsdruck schützen.“ (Népszava<sup>2</sup>) Somit bildet diese Aussage einen ganz wichtigen Punkt der Regierungskommunikation in der Frage um die Grenzsperrung.

Ein anderes, oft benutztes Argument von Politikern der Regierungspartei ist zu beschreiben, wie hoch die Zahl der illegalen Einwanderer ist, die in Ungarn ankommen oder in der letzten Zeit angekommen sind. Als Zahl wird dabei meistens täglich Hunderte genannt, aber es wird auch oft behauptet, dass Ungarn unter den europäischen Ländern von der Flüchtlingswelle am

meisten betroffen ist. Manchmal werden auch genaue Zahlen genannt, aber woher diese stammen, wird meistens nicht erwähnt. Und ob diese Zahlen dann wirklich der Realität entsprechen, ist wieder eine andere Frage, die aber auch ganz interessant zu beantworten wäre. Im Folgenden zitiere ich einige Textausschnitte, wo solche Statistiken von Fidesz-Politikern genannt werden:

„Bei der Beantwortung von Fragen sagte er [Bence Tuzson, der Pressesprecher der Fidesz], dass während 2012 kaum mehr als zweitausend illegale Einwanderer in Ungarn angekommen sind, diese Zahl 2013 auf 18.000, 2014 auf 42.000 wuchs, und heuer sind schon mehr als 50.000 gekommen.“ (Magyar Idők5)

„Täglich kommen mehrere hundert Menschen an. Seit Jahresbeginn haben 57.000 Menschen die ungarische Grenze illegal überquert, täglich kommen mehrere hundert Menschen an, darunter eine sehr große Anzahl afghanischer, syrischer und pakistanischer Bürger.“ (Magyar Idők2)

„Ungarn steht im Bereich Asyl unter dem größten Druck, den Daten zufolge sind mehr Einwanderer bei uns registriert worden als in Italien oder Griechenland – sagte der Außen- und Handelsminister im aktuellen Morgenprogramm des Senders M1 am Donnerstagmorgen. [...] Péter Szijjártó erinnerte daran, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres 50.430 Einwanderer nach Ungarn kamen, während in Griechenland achtundvierzigtausend und in Italien siebenundvierzigtausend Einwanderer registriert wurden.“ (Magyar Hírlap2)

Wie die Politiker auf diese Zahlen gekommen sind, wird nicht erklärt. Auf der Webseite der ungarischen Polizei sind die Daten, wie sich die Lage illegaler Migration entwickelte, nur ab den 27. Woche 2016 verfügbar. (Polizei 2017b: s.p.) Zahlen aus dem Jahr 2015 liegen dabei nicht mehr vor. Über Daten von illegalen Grenzübertritten steht folgendes in dem Allgemeinen Tätigkeitsbericht von Frontex, aus dem Jahr 2015: „Es gibt kein EU-System, mit dem die Bewegungen der Menschen in der EU nach einem illegalen Grenzübertritt verfolgt werden können. Daher ist es nicht möglich, die Zahl der Menschen zu beziffern, die illegal über zwei Abschnitte der Außengrenzen der EU eingereist sind.“ (Frontex: 7) Auch wenn tatsächlich viele Menschen in der ersten Hälfte 2015 illegal über die ungarische Grenze gekommen sind, kann man die genauen Zahlen, die von der ungarischen Regierung genannt werden, eher nur als Richtlinie und nicht als festen Beweis annehmen.

Das Argument, dass der Zaun eine gute, notwendige oder die einzige Lösung der Situation bedeutet, kommt auch sehr oft in den Artikeln vor. Selbstverständlich bilden diese Aussagen das Rückgrat der Regierungskommunikation. Sie werden in fast allen Artikeln erwähnt, die als regierungsunterstützend gelten. Es ist leicht zu erkennen, warum solche Aussagen für die Regierung wichtig sind. Sie beschreiben den ganzen Prozess um den Bau der Grenzsperrung als

eine notwendige Maßnahme. Dadurch wird der Eindruck vermittelt, dass die Regierung eine gute Entscheidung getroffen hat, weil, wie es in vielen Artikeln steht, diese eine notwendige oder sogar die einzige Lösung für das Einwanderungsproblem war.

Diese Vorgehensweise kann man gut daran erkennen, wie dies in den Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idök betont wird: „Aber die Maßnahme [Bau des Zauns], sowie die Vorlage des Parlaments, der eine Liste sicherer Länder enthält, sind wichtige und notwendige Schritte zur Lösung der Asylsituation.“ (Magyar Hírlap<sup>4</sup>) „Laut neuesten Daten kommen in Ungarn mehr illegale Einwanderer als in Italien an, obwohl die Weltpresse bei letzterem laut sei – sagte der Pressesprecher der Fidesz und betonte, dass, um diesen Prozess stoppen zu können, der Bau von Zäunen die einzig mögliche Lösung sei.“ (Magyar Idök<sup>5</sup>) Solche Argumente machen es schwierig, erfolgreich mit Gegenargumenten gegen die Grenzsperrung zu debattieren.

Ein Argument, welches bei mehr als der Hälfte aller als regierungsunterstützend eingestuften Artikeln vorkommt, ist, dass die EU handlungsunfähig ist, aber Ungarn keine Zeit hat, deswegen auch alleine handeln muss. Dies ist ein weiteres typisches Beispiel für die Vorgehensweise der Fidesz. Es wird das Bild geschaffen, dass in einer bestimmten Situation niemand Ungarn helfen kann oder will, sodass als einzige Möglichkeit den Menschen bleibt, der Regierung zu vertrauen, ganz gleich, wie sie handelt. In diesem Fall wird der Bürokratie der Europäischen Union vorgeworfen, dass sie viel zu langsam irgendwelche Maßnahme trifft und deswegen Ungarn selbst mit einer eigenen Lösung des Migrationsproblems hervortreten muss. Dieses Argument zu betonen, war eine kluge Entscheidung der Regierung, weil es etliche Beispiele dafür gibt, dass die Entscheidungsapparate der EU nur ganz langsam auf bestimmte Situationen reagieren; und das ist auch der ungarischen Bevölkerung bekannt. Auf diese Weise auf dieses Stereotyp (dass die EU sich langsam für tatsächliche Maßnahmen entscheidet) zu setzen und dies ziemlich oft zu betonen, hat sich auch dazu beigetragen, dass sich viele Menschen mit den Methoden der Regierung einverstanden waren.

„Die [EU-] Mitglieder suchen nach einer Antwort auf diese Herausforderung, aber es wird einige Zeit dauern, bis ein gemeinsamer Weg gefunden ist. Ungarn hingegen kann es sich nicht leisten, länger zu warten. [...] Vor der Regierungssitzung am Mittwoch sagte János Lázár für Hír TV, dass es keine andere Möglichkeit gibt, als die Grenze zu schließen, wenn die Europäische Kommission nicht in diesem Betreff was unternimmt.“ (Magyar Nemzet<sup>3</sup>)

„In Bezug auf den Sicherheitszaun, der an der ungarisch-serbischen Grenze errichtet werden soll, sagte er [Péter Szijjártó], dass die EU nach einer konsensbasierten, gemeinsamen Lösung sucht, aber Ungarn keine Zeit hat.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Wie an den vorigen Zitaten aus einigen Artikeln ersichtlich wird, sagen die Regierungspolitiker durchgehend, dass Ungarn auch an

einer gemeinsamen Lösung interessiert wäre, aber eine solche 'europäische' Lösung lange dauern würde und Ungarn nicht darauf warten kann. Damit werden die Methoden der Regierung gerechtfertigt.

Selbstverständlich gehört zur Kommunikation der Regierung auch die Kritik an der Opposition. Interessanterweise kommen solche Kritikpunkte nur in den Zeitungen vor, die vorher schon als regierungsunterstützend eingestuft wurden, das heißt, nur in den Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők. Abgesehen von zwei Artikeln tauchen solche Kritikpunkte in allen untersuchten Artikeln dieser zwei Zeitungen auf. Es ist bemerkenswert, dass auch in den Artikeln der Zeitung Magyar Nemzet, die als regierungsunterstützend zugeordnet wurden, keine Kritik an der Opposition vorkommt.

Die aussagekräftigste Aussage ist unter anderem jene von Antal Rogán, des Fraktionsvorsitzenden der Fidesz: „Wenn die westlichen Länder ihre Grenzen schließen, dann "wäre es gut, wenn in Ungarn die Sozialisten und die liberalen Parteien sich von ihrer ideologisch motivierten Pro-Einwanderungs-Politik verabschieden würden, denn sie ergibt gar keinen Sinn.““ (Magyar Hírlap1)

„Schließlich forderte Antal Rogán die liberalen und sozialistischen Abgeordneten auf, nicht aus ideologischen Gründen zu urteilen und "nicht an der Seite der Einwanderer zu stehen". Lajos Kósa, der Hauptredner der Fidesz, machte darauf aufmerksam, dass die Zahl der in Ungarn ankommenden illegalen Einwanderer bis Ende des Jahres sogar bei 120.000 liegen könnte. Der Politiker betonte, die Linken behaupteten vergeblich, dass dies nicht behandelt werden sollte, tatsächlich muss dringend etwas getan werden.“ (Magyar Idők2)

„Laut Fidesz sehen die Sozialisten das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer.“ (Magyar Idők5)

Ich könnte noch den ganzen Artikel Magyar Idők4 zitieren, weil dieser fast ausschließlich aus den unterschiedlichen Kritikpunkten an der Opposition besteht. Als Beispiel führe ich nur die ersten Sätze des Artikels an, damit man vorstellen kann, wie dieser Artikel aufgebaut ist.

„Während es in der europäischen Bevölkerung wegen der illegalen Einwanderer gärt, versuchen die ungarischen Linken weiterhin, das Problem zu vertuschen, und beschuldigen die Regierung, der hasserregenden Fremdenfeindlichkeit als auch der Propaganda, die zur Vertuschung anderer innenpolitischer Problemen dient. Unsere Zusammenstellung zeigt, dass die Sozialisten, die sich für illegale Einwanderer einsetzten, [...] während Ungarn nach ihren derzeitigen Aussagen syrische, afghanische oder kosovarische Migranten aufnehmen muss, die illegal, mit der Hilfe von organisierten kriminellen Gruppen unser Land betreten.“

(Magyar Idők4) Man kann sehen, wie die Einstellung der Fidesz in dieser Frage ist: die Einwanderung ist schlecht und so sind auch alle, die den Einwanderern helfen wollen. Weiters

beschuldigt die Regierung die Oppositionsparteien damit, dass sie nichts für die Lösung des Migrationsproblems machen wollen. In dieser Situation war es für die Oppositionsparteien sehr schwierig, ihre Einstellung zu dieser Frage positiv zu zeigen, weil die überwältigende Regierungskommunikation einfach keinen Platz für eine differenzierte Bearbeitung des Themas zugelassen hat, sondern nur die eigene Sicht, dass die Einwanderung schlecht ist und gestoppt werden muss, immer stärker offenbarte.

Ein weiteres Argument, mit dem die Regierung ihre Aktionen an der Grenze rechtfertigen möchte, ist, dass der Grenzschutz in der Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten liegt, wobei aber internationale Rechte respektiert werden müssen. Dieses Argument widerspiegelt die Aussage von Natasha Bertaud, Pressesprecherin der Europäischen Kommission. Sie reagierte so auf die Entscheidung der ungarischen Regierung, dass ein Zaun an der Grenze zwischen Ungarn und Serbien hochgezogen wird. „Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, und die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, welche Maßnahmen sie dafür für notwendig halten, aber das Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte der Ankommenden, muss respektiert werden – betonte die Pressesprecherin der Europäischen Kommission als Reaktion auf die Ankündigung vom Mittwoch, dass Ungarn einen Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze errichtet.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Diese Aussage wurde in der Kommunikation der ungarischen Regierung übernommen und öfter verwendet, wie das auch in den Artikeln Magyar Hírlap<sup>4</sup> und Magyar Nemzet<sup>5</sup> zu lesen ist. Die Regierung interpretierte die Aussage so, dass sie alles tun könne ohne Rücksicht auf die Folgen, solange sie sich an alle internationale Rechte hält. Um das zu betonen, kommt auch die Aussage öfter vor, dass Ungarn mit dem Aufbau des Zauns alle internationalen Rechte respektiert. Ob das wirklich der Fall war und alle Rechte der Ankommenden tatsächlich respektiert wurden, bleibt dahingestellt. Aber mehrere internationale Organisationen haben genau von dem Gegenteil berichtet.

Diese Argumentation wird folgendermaßen in dem Artikel Magyar Nemzet<sup>3</sup> beschrieben: „Der Außen- und Handelsminister [Péter Szijjártó] betonte, dass Ungarn durch die Errichtung des Zauns keine internationalen rechtlichen Verpflichtungen oder internationalen Verträge verletzen werde.“ (Magyar Nemzet<sup>3</sup>) Dies ist eine ganz wichtige Aussage für die Regierung, weil es dadurch äußerst schwer fällt, die Maßnahmen der Regierung zu kritisieren, wenn sie sich dabei jederzeit damit schützen kann, dass sie sich dabei an alle Vorschriften und Rechte gehalten hat.

Andere Argumente, wie die Besorgnisse der Bevölkerung, dass der eigene Staat geschützt werden muss, dass der Zaun schnell hochgezogen werden kann oder dass die Grenzsperrung auch gegen Verbrecher (wie Schmuggler oder Drogenhändler) ein effektives Mittel wäre,

kommen auch, aber eher selten in den Artikeln vor. Das könnte auch daran liegen, dass diese Aussagen nicht gerade eine stabile Grundlage haben. Das sieht man auch in mehreren Artikeln, die als regierungskritisch eingestuft wurden, wo öfter solche Aussagen der Regierung hinterfragt und/ oder widergelegt werden. Anhand der Aussagen, die in mehreren regierungskritischen Artikeln vorkommen, kann man behaupten, dass die Bevölkerung gar nicht so besorgt war wegen der Flüchtlinge, wie es die Regierung darstellen möchte. „Laut László Botka, aus der sozialistischen Partei kommender Bürgermeister von Szeged, haben die Flüchtlinge die BewohnerInnen der Stadt gar nicht gestört.“ (Népszabadság2) Oder, dass es doch nicht so schnell gegangen wäre, die Grenzsperr zu etablieren oder dass der Zaun die Schmuggler maximal für kurze Zeit fernhalten würde, weil sie genauso wie andere, die sich mit illegalen Dingen beschäftigen, schnell einen neuen Weg finden würden, wie das bei einigen anderen Grenzzäunen der Fall war. „Die Schleuser werden einen neuen, gefährlicheren, längeren, und deswegen für die mitgeschleppte Menschen auch teureren Weg suchen.“ (Népszabadság2) Oder, dass der Zaun notwendig ist, um den eigenen Staat zu beschützen. „Und wir haben auch gesehen, dass bisher nie, nirgendwo, niemand mit Hilfe von Drähten oder Zäunen geschützt wurde.“ (Népszava4)

Im Artikel Magyar Idők4 kommt noch ein interessantes Thema vor. Es wird dabei die Volksabstimmung von 2004 über die Doppelstaatsbürgerschaft thematisiert und die damalige Einstellung der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) scharf kritisiert. Damals war die MSZP dagegen, dass eine Doppelstaatsbürgerschaft an die im Ausland lebenden Ungarn gewährleistet wird unter anderem, weil sie befürchtet haben, dass dadurch hunderttausende Menschen nach Ungarn auswandern würden und dadurch die Gesundheits- und Sozialsystem überlasten könnten. In dem Artikel wird es der Partei vorgeworfen, dass sie damals wegen die im Ausland lebenden Ungarn besorgt war, aber während der Migrationskrise dafür einsetzte, dass Ungarn MigrantInnen aufnimmt. Ein so altes Ereignis auszugraben um damit die Opposition unglaubwürdig zu machen, passt auch gut zur politische Strategie der Fidesz.

Zusammenfassend kann man von der Kommunikation der Regierung sagen, dass sie einerseits darauf ausgerichtet ist, dass die Regierung und damit die PolitikerInnen der Regierungspartei selbst, von der Verantwortung befreit werden, welche sie ansonsten wegen der Verordnung der Grenzsperr tragen müssten. Dazu kann man folgende Argumente rechnen: der Zaun ist nicht einzigartig, ähnliche Maßnahmen gibt es auch schon anderswo in Europa; der eigene Staat muss vor dem 'Migrationsdruck' geschützt werden; die Grenzsperr ist die einzige Lösung für dieses Problem; die Grenzsperr funktioniert gut auch gegen Verbrecher (wie Schmuggler, Drogenhändler); der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, aber

internationale Rechte müssen respektiert werden; die EU ist handlungsunfähig, aber Ungarn hat keine Zeit, deswegen muss Ungarn sogar alleine handeln; die Besorgnisse der Bevölkerung wachsen wegen des 'Zustroms' von Einwanderern.

Andererseits werden diese Aussagen mit Zahlen und Statistiken von der ansteigenden Zahl der ankommenden MigrantInnen und mit der Aussage, dass der Grenzzaun schnell hochgezogen werden kann, noch mehr unterstützt und ergänzt. Dazu kommt noch die kontinuierliche Kritik und Demütigung der Opposition und die ständige Initiative seitens der Regierung ihre Gegner als unglaubwürdig und inkompetent zu zeigen. Das alles ergibt kurzgefasst die Kommunikation und das Vorgehen der Regierung in der Frage der Grenzsperr.

## **4.2 Politik der Opposition**

Gleicherweise kann man anhand der Argumente, die gegen die Grenzsperr gerichtet sind, und an der Kritik an der Regierung die Kommunikation von der Opposition entziffern. In dem nächsten Abschnitt werde ich anhand der am meisten vorkommenden Aussagen vorstellen, wie die Kommunikation der Opposition im Falle des Bau des Grenzzauns ausgeschaut hat. Ich werde dafür die genannten Argumente gegen die Grenzsperr und die Kritik an der Regierung anwenden.

Das meist genannte Argument der Opposition in der Frage um die Grenzsperr ist die Auflistung unterschiedlicher Kritikpunkten an dem Bau des Grenzzauns. Solche Argumente kommen in mehr als der Hälfte aller Artikel vor und tauchen bei fast allen Artikeln, die als regierungskritisch eingestuft wurden, auf. Damit bilden diese Aussagen den wichtigsten Teil der regierungskritischen Kommunikation. Dazu gehören meistens die kritischen Aussagen der Oppositionsparteien wie auch internationale Stimmen, die die Grenzsperr kritisieren. Dabei wird am meisten genannt, dass Oppositionsparteien oder einzelne OppositionspolitikerInnen mit den Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden sind, den Zaun nicht als gutes Mittel für die Lösung des Migrationsproblems sehen oder aus mehreren Gründen gegen die Errichtung der Grenzsperr sind. Aber auch die Reaktionen ausländischer PolitikerInnen, die den Bau des Zauns als schockierend und überraschend beschreiben, gehören zu dieser Kategorie.

Wie zum Beispiel: „MSZP, LMP und Együtt wollen keinen Zaun.“ (Magyar Nemzet<sup>4</sup>) Oder: „Gleichzeitig – fügte er [Zsolt Molnár, sozialistischer Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsausschusses des Parlaments] hinzu – ist seine Partei mit dem Schritt nicht einverstanden, weil er "nicht zu Europa passt". So wie das LMP auch gegen die Errichtung

der Grenzsperr Einwände erhebt, weil diese nicht menschlich sei. Bernadett Szél [Fraktionsvorsitzende der Partei] sagt, dass die Grenzsperr überhaupt keine Lösung für das Flüchtlingsproblem bedeutet. [...] Der serbische Premierminister Aleksandar Vučić sagte: Die Nachricht ist überraschend und schockierend. Serbien wird dem ungarischen Beispiel nicht folgen, wird keine Mauern errichten [...]. Der damalige österreichische Bundespräsident Heinz Fischer sagte: Die Grenzsperr ist ein Schritt in die falsche Richtung; diese Art von Politik schafft neue Mauern zwischen den Ländern.“ (Magyar Hírlap<sup>4</sup>) Auch an diesen Zitaten kann man erkennen, dass sehr viele in Ungarn und auch außerhalb des Landes gegen die Grenzsperr Stellung genommen haben. Es werden viele Gründe aufgezählt, warum die jeweiligen Akteure gegen die Maßnahmen der ungarischen Regierung sind. Die vielen Gegenstimmen zeigen, dass der Grenzzaun vielleicht doch nicht eine so gute Lösung war, wie das die Regierung darstellen möchte.

Wie für die Regierungskommunikation, so ist es auch bei der Kommunikation der Opposition ausschlaggebend, den politischen Gegner und seine Aktionen zu kritisieren. In dem vorigen Abschnitt habe ich beschrieben, wie die Regierung die Opposition kritisierte, hier werde ich die wesentlichen Kritikpunkte an der Regierung (Fidesz/ Orbán) interpretieren. Dabei kommen öfter auch die Kritiken der Oppositionsparteien an der Regierung vor. In den Zeitungen Népszabadság und Népszava wird die Regierung öfter kritisiert. Abgesehen von zwei Artikeln kommen in allen Artikeln dieser beiden Zeitungen Kritikpunkte vor.

Interessanterweise tauchen in der Zeitung Magyar Nemzet solche Kritiken fast gar nicht auf, nur ein einziger solcher Punkt wird beschrieben, obwohl die Hälfte der Artikel der Zeitung Magyar Nemzet als regierungskritisch eingestuft werden konnte. Im Folgenden beschreibe ich einige Beispiele dafür, wie die Regierung kritisiert wird.

Obwohl in der Zeitung Magyar Nemzet nur einmal solche Kritik formuliert wird, ist es ein ganz wichtiger Punkt, wobei die Regierung vorgeworfen wird, dass sie bewusst mit den Ängsten der Gesellschaft gespielt hat: „Soviel ist sicher, eine eiskalte Entscheidung ist gefallen: die Propagandamaschine der Regierung gab eine innenpolitische Antwort auf die den ganzen Kontinent betreffende globale Frage, um dabei bewusst die begründeten Ängste eines Teils der Gesellschaft zu verstärken. Früher, vielleicht schon 2002 wurde in der Parteizentrale das Prinzip aufgegeben, dass die Menschen verantwortungsvolle Bürger seien, und sie sind daraufgekommen, dass es kurzfristig besser ist, wenn in bestimmten Fällen mit den Instinkten gespielt wird.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>)

Überraschenderweise kommt auch in einem als regierungsunterstützend eingestuften Artikel Kritik an der Regierung vor. Dabei wird die Regierung mit harten Worten wegen ihres Vorgehens in den Einwanderungsfragen beschuldigt: „Csaba Horváth, der

Fraktionsvorsitzende der MSZP in der Hauptstadt, formulierte kürzlich folgenden Gedanken: "Bei der »Einwanderungskampagne« der Fidesz-Regierung geht es nur um Hass, Anstiftung, reine Boshaftigkeit und die Ablenkung der Aufmerksamkeit von ihren Korruptionsfällen."“  
(Magyar Idők4)

In der Zeitung Népszabadság werden ausführliche Kritiken erläutert. Dabei wird die Regierungspartei und auch Ministerpräsident Viktor Orbán selbst kritisiert. „Laut Botka [aus der sozialistischen Partei kommender Bürgermeister von Szeged] ist das eine typische politische Methode der Fidesz: sie erschaffen ein Feindbild und beginnen dagegen zu kämpfen, damit sie die Aufmerksamkeit davon ablenken, dass sie regelmäßig und systematisch das Land berauben.“ (Népszabadság2)

„Laut dem damals noch oppositionellen Orbán müssen wir in der Demokratie auch auf jene Werte bauen, die wir uns in der Diktatur behalten haben: menschliche Solidarität, christlichen Glaube und Achtung der Menschenwürde. Folgerichtigkeit in den früheren Standpunkten des heutigen Regierungschefs zu finden ist jedoch mindestens so vergeblich wie zu erwarten, dass Stacheldrahtkordons das Gleichgewicht der unruhigen Welt wiederherstellen.“  
(Népszabadság3)

„Obwohl die illegale Einwanderung eine Herausforderung für ganz Europa darstellt, ist sie in Ungarn zu einem innenpolitischen Thema geworden – meint die spanische Zeitung RTVE. Auf diese Weise versucht Fidesz, ihre Popularität wiederzugewinnen, da sie befürchtet, dass viele ihrer Wähler den rechtsextremen Jobbik unterstützen werden. [...] Kortunov [Andrei Kortunov, Generaldirektor der gemeinnützigen Organisation des Russischen Rates für auswärtige Angelegenheiten] sieht den Schritt der ungarischen Regierung als populistische Maßnahme an: "Diese Maßnahme ist für die einfachen Leute verständlich. Wenn sie fragen, was das Land unternimmt, um das Problem zu lösen, dann bitte, kann man im Fernseher zeigen, wie die Mauer gebaut wird. Das heißt, die Regierung sagt den Menschen, dass sie nicht untätig ist. Aber am Ende ist es natürlich ein Eingeständnis der Trägheit, ein Eingeständnis, dass sie mit anderen Methoden dieses Problem nicht lösen kann."“  
(Népszabadság5)

Diese Beispiele beschreiben gut, was für Kritiken an der Regierung in den Artikeln genannt werden. Wie man sieht, wird die Regierung wegen ihrer Aussagen, Vorgehensweisen und Ideologie weitgehend kritisiert.

Eine weitere Erläuterung, die öfter als Argument gegen die Grenzsperrung gebracht wird, ist die Bezeichnung des neuen Grenzzauns als Eiserner Vorhang, Zaun des Hasses oder Zaun der Unmenschlichkeit. Der Begriff Eiserner Vorhang impliziert die alten kommunistischen Zeiten und hat damit eine eindeutig negative Konnotation. Die beiden weiteren Bezeichnungen, Zaun

des Hasses oder Zaun der Unmenschlichkeit sind eindeutig und brauchen auch keine weitere Erklärung. Diese Begriffe tauchen meistens in den Artikeln und Zeitungen auf, die als regierungskritisch eingestuft wurden. Es gibt zwei Ausnahmen, wo solche Bezeichnungen in regierungsunterstützenden Artikeln vorkommen, aber beide diese Ausdrücke kommen in dem Kontext vor, wo die Aussagen der Oppositionsparteien beschrieben werden. Ansonsten kommen die Begriffe Eiserner Vorhang, Zaun des Hasses oder Zaun der Unmenschlichkeit in allen regierungskritischen Zeitungen vor und bilden damit wichtige Argumente gegen die Grenzsperr. Durch folgende Ausschnitte aus den Artikeln wird ersichtlich, wie die jeweiligen Bezeichnungen verwendet wurden.

„Auch wenn nicht in einer Nacht, wie im Jahr 1961, die Berliner Mauer, aber innerhalb kurzer Zeit kann auch der Eiserner Vorhang zwischen Ungarn und Serbien hochgezogen werden.“

(Magyar Nemzet2)

„Die Orbán-Regierung zieht einen Eisernen Vorhang hoch. [...] Laut der Demokratischen Koalition ist die Orbán-Regierung "auf dem Höhepunkt der Fremdenfeindlichkeit" angelangt, sie will die südlichen Grenzen schließen und einen Eisernen Vorhang um das Land ziehen – sagte der Pressesprecher der Partei auf seiner Pressekonferenz in Budapest am Mittwoch.“

(Népszava1)

„Mit 22 Milliarden [Forint] zieht die Orbán-Regierung den Zaun des Hasses hoch. [...] Niemand hat gedacht, dass im 21. Jahrhundert ein neuer Eiserner Vorhang in Mitteleuropa gebaut wird und dass gerade der Ministerpräsident von Ungarn an der Spitze der Antimigranten-Politik steht.“ (Népszabadság2)

„In der internationalen Presse wird die für die ungarisch-serbische Grenze geplante, vier Meter hohe und 175 Kilometer lange physische Grenzsperr auch als der Zaun der Unmenschlichkeit bezeichnet, welche „zur brutalen Politik Viktor Orbáns passt“. Laut mehreren ausländischen Zeitungen weckt die Idee der Orbán-Regierung Erinnerungen an den Kalten Krieg, und löst das Problem nicht.“ (Népszabadság5)

Man kann sehen, dass der Zaun negative Erinnerungen an Zeiten des Kalten Krieges hervorruft und diese werden auch öfter in den regierungskritischen Artikeln ausgenutzt. Dadurch werden die Bezeichnungen Eiserner Vorhang, Zaun des Hasses oder Zaun der Unmenschlichkeit zu Argumente gegen die Grenzsperr.

Ein weiteres Argument, welches die Oppositionsparteien gegen die Grenzsperr und andere Maßnahmen der Regierung hervorbringen ist, dass die EU eine gemeinsame Lösung für das Migrationsproblem finden muss. Wie es für die Regierung ein ganz wichtiger Punkt in ihrer Kommunikation war, dass sie unabhängig von der Europäischen Union eine Lösung für dieses Problem finden könne, so ist es für die Opposition auch ganz wichtig zu betonen, dass eine

gemeinsame, europäische Lösung gefunden und diese Lösung gemeinsam mit Hilfe der EU ausgearbeitet werden muss.

In den Artikeln wird die Meinung mehreren politischen Parteien beschrieben, wie von Együtt, MSZP oder der ungarischen liberalen Partei:

„Die Együtt meint: kein europäisches Land, einschließlich Ungarns, kann allein den erwarteten Zustrom von Flüchtlingen bewältigen, die Union muss eine gemeinsame Lösung finden.“ (Magyar Idők<sup>2</sup>)

„Gleichzeitig lehnt die ungarische liberale Partei den Plan des Zauns ab: Wie die Organisation schrieb, "Wir glauben an eine europäische Lösung, die auf Solidarität und gemeinsamem Handeln beruht. Wir glauben, dass kein beteiligter Staat das Problem allein lösen kann."“ (Magyar Nemzet<sup>4</sup>)

„Laut MSZP-Vorsitzendem József Tóbiás ist der Stacheldraht kein gutes Mittel, der Grenzschutz muss mit anderen EU-Mitgliedstaaten vereinbart werden, [...]“ (Népszabadság<sup>1</sup>)  
Weiter werden auch andere Stimmen vorgestellt, die nicht zu den ungarischen politischen Parteien gehören: „Der serbische Außenminister Ivica Dačić betonte auch, dass das Flüchtlingsproblem von Serbien allein nicht gelöst werden könne, sondern auf europäischer Ebene gelöst werden müsse.“ (Népszava<sup>2</sup>)

„Falls Szijjártó das richtig sieht – und er sieht es richtig –, dass Migration die schwerwiegendste Herausforderung der Union bedeutet, dann sollte die ungarische Regierung mit voller Kraft dafür arbeiten, dass eine europäische Lösung gefunden wird. Der Stacheldraht ist alles, aber nicht europäisch.“ (Népszava<sup>4</sup>)

An diesen Zitaten sieht man, dass es in den regierungskritischen Artikeln ein ganz wichtiges Argument ist, dass für die Lösung des Migrationsproblems eine gemeinsame, europäische Lösung gefunden wird. Die politisch linken Oppositionsparteien und auch andere Akteure fordern eine solche Lösung und positionieren sich damit gegen die Regierung und ihre Maßnahmen.

Ein ähnliches Argument ist, dass der Zaun nicht alleine die Lösung für das Migrationsproblem bedeutet. Es ist ein ganz interessantes Argument, weil dieses auch von der Regierung angesprochen wird und deswegen nicht nur als eine rein regierungskritische Äußerung betrachtet werden kann. Aber wie gleich beschrieben werden wird, ist dieses Argument trotzdem ein wichtiger Punkt für die Opposition.

„Er [Szilárd Németh, Mitglied der Fidesz und stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsausschusses des Parlaments] betonte, dass 99 Prozent der illegalen Grenzgänger über die serbische Grenze ankommen, sie [die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsausschusses] glauben jedoch nicht, dass der Zaun, der einhundertfünfundsiebzig

Kilometer lang und vier Meter hoch sein soll, alleine die Lösung für das Einwanderungsproblem bedeutet.“ (Magyar Hírlap<sup>4</sup>) Wie man sieht, wird auch von der Seite der Regierungspartei angegeben, dass der Zaun alleine keine Lösung bedeutet, aber da ist es wichtig anzumerken, dass die Opposition den Zaun deswegen als nutzlos betrachtet und gegen seinen Bau ist. Hingegen propagiert die Regierung den Zaun als einen ganz wichtigen Schritt für die Lösung des Einwanderungsproblems. Aber was für andere oder weitere Maßnahmen zur endgültigen Lösung des Problems notwendig sind, wird von der Regierungsseite nicht weiter erläutert.

„Ihm [István Pásztor, Präsident der Vajdasági Magyar Szövetség] zufolge werden Migranten, wenn sie auf diesem Weg nicht in die Europäische Union einreisen können, "dieses Gebiet höchstwahrscheinlich umgehen".“ (Magyar Nemzet<sup>4</sup>) Diese Aussage zeigt, warum viele den Zaun für ein ungeeignetes Mittel bei der Lösung des Migrationsproblems halten. Anderswo wird anhand des Grenzzauns zwischen der USA und Mexiko beschrieben, dass der Schmuggel, trotz des Zauns, nicht zurückgedrängt werden konnte, dass also wahrscheinlich die Schlepper auch im Falle des ungarischen Grenzzauns neue Wege finden werden. (Magyar Nemzet<sup>6</sup>)

In dem Artikel Népszabadság<sup>2</sup> werden weitere konkrete Aussagen beschrieben, die zeigen, dass der Zaun alleine keine Lösung für das Migrationsproblem bedeutet. „Péter Tarjányi, Experte für Sicherheitspolitik, meinte, wie auch viele andere ehemalige Grenzpolizisten, dass der Stacheldrahtzaun alleine zu wenig ist, um die Flüchtlingswelle aufzuhalten.“

(Népszabadság<sup>2</sup>) Die gleiche Meinung vertritt auch László Toroczka, der aus der Jobbik-Partei kommende Bürgermeister von Ásotthalom, indem er sagt, dass der Zaun alleine noch keine Lösung bedeutet. (ebd.)

Im Artikel Népszabadság<sup>5</sup> wird die Meinung Andrei Kortunovs beschrieben. Er vertritt die Meinung, dass der Bau des Zauns zwischen Ungarn und Serbien, und generell der Bau von Mauern an Grenzen, nicht hilft. „Laut dem Politikwissenschaftler [Andrei Kortunov, Generaldirektor der gemeinnützigen Organisation des Russischen Rates für auswärtige Angelegenheiten] wird dieser Schritt allein die Probleme des Landes nicht lösen [...]. Der Politikwissenschaftler fügte hinzu, dass die historische Erfahrung gezeigt hat, dass der Bau von Mauern in der Regel nie eine Lösung bedeutete: "Die an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten errichtete Mauer hat auch nicht geholfen" [...].“ (Népszabadság<sup>5</sup>) Ein weiteres wichtiges Argument gegen die Grenzsperrung ist der hohe Preis des Grenzzauns. In mehreren Zeitungen wird eine Summe von 22 Milliarden Forint [ca. 70,5 Millionen Euro] genannt, welche für die Umsetzung der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen ausgegeben wird. „[...] der [Zaun] wird laut Zeitungsinformationen 22 Milliarden Forint

kosten, sagte der Pressesprecher der Demokratische Koalition [Zsolt Gréczy].“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) „Laut unseren Informationen sind für die Umsetzung 22 Milliarden Forint vorgesehen. [...] Nach unserem Wissen plant die Regierung mit einem 22 Milliarden [Forint] Budget für die ganze Einrichtung.“ (Népszabadság<sup>2</sup>)

Andere Artikel versuchen anhand schon existierender Grenzmauern zu schätzen, wie viel die Grenzsperrung für Ungarn kosten könnte. „Es wird sehr teuer sein und die Grenzsperrung ist möglicherweise nichts wert. [...] Die spanische Mauer in Melilla ist 11 Kilometer lang und drei Meter hoch und kostete 33 Millionen Euro. Der an der bulgarisch-türkischen Grenze hochgezogene Zaun ist 85 Kilometer lang, 3 Meter hoch, mit Gesamtbaukosten von 45 Millionen Euro. Der Preis einer Grenzsperrung hängt von vielem ab. Zum Beispiel, wie viele Schichten Stacheldraht installiert werden oder ob nur eine Schranke oder eine komplette Sperrung gebaut wird. Aber aus dem bulgarischen Beispiel folgt, dass die ungarische Grenzsperrung mindestens um die 30 Milliarden HUF kosten wird. [...] Ungarn beispielsweise wird im Zyklus 2014 – 2020 40 Mio. EUR von der EU erhalten, um seine Grenzen zu schützen, aber der Grenzbau ist weder in den Budgetplänen 2007–2013 noch 2014 –2020 enthalten.“ (Magyar Nemzet<sup>6</sup>) Man kann sagen, dass mehrere regierungskritische Zeitungen deswegen besorgt sind, wie viel für die Grenzbarriere ausgegeben werden muss. Wie sich diese Zahlen im Späteren entwickelt haben, beschreibe ich noch genauer im folgenden Kapitel.

Ein weiteres Argument gegen die Grenzsperrung ist die Aussage, dass Ungarns Plan unüberlegt ist. Bei diesem Argument handelt es sich meistens um die Aussage von Nils Muižnieks, dem Menschenrechtskommissar des Europarates, der auf diese Art seine Reaktion auf die Ankündigung formulierte, dass die ungarische Regierung einen Grenzzaun an der Grenze zwischen Ungarn und Serbien errichten wird. „Ungarns Plan, den Weg von Migranten mit einem Zaun zu blockieren, ist unüberlegt – so reagierte der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, auf die Ankündigung vom Mittwoch in einer kurzen Nachricht, die am Donnerstag in einem Microblog veröffentlicht wurde. Der lettische Politiker war der Ansicht, dass der Schwerpunkt eher auf dem Zugang zu Asyl als auf dessen Behinderung liegen sollte.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>) Weitere Zeitungen wie Magyar Nemzet oder Népszabadság (in den Artikeln Magyar Nemzet<sup>5</sup> und Népszabadság<sup>5</sup>) berichten gleichermaßen über diese Reaktion von Nils Muižnieks. Die originale Aussage wird in dem Artikel Népszabadság<sup>5</sup> beschrieben: „Hungary’s plan to build a fence to stop migrants is ill-advised. Focus should be on ensuring access to asylum, not impeding it – Nils Muižnieks (@CommissionerHR) 18. Juni 2015“ (Népszabadság<sup>5</sup>)

Zu diesem Argument kann man auch folgende Gedanken zählen. „Obwohl die Regierung mit

der nötigen Schnelligkeit und Sensibilität im Fall der Migration auf der Bühne der großen Politik aufgetreten ist, umso ungeschickter und unbarmherziger ist die Verwirklichung.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>) Denn aus dem Gedanken, dass Ungarns Plan unüberlegt war, kann folgen, dass die Verwirklichung ungeschickt und erbarmungslos ausgefallen ist.

Ein weiteres Argument gegen die Grenzsperrung ist, dass der Zaun keine Lösung für das Asylproblem bedeutet und dass bei dem Asylverfahren auch einige wichtige Probleme vorkommen. Wie im Artikel Népszabadság<sup>2</sup> gut beschrieben, löst der Zaun das Asylproblem nicht, vielmehr macht er die Situation an der Grenze nur noch komplizierter und schwieriger. „Ein ehemaliger Grenzpolizist deutete darauf hin, dass der Zaun offensichtlich auf ungarischem Territorium hochgezogen wird, wer also von außen zum Zaun hinkommt, würde schon auf ungarischem Territorium stehen. Sofern die ungarischen Behörden nicht bereit sind zuzusehen, wenn ein paar Dutzend Flüchtlinge am Zaun verhungern und verdursten, dann müssen sie etwas tun. [...] Aufgrund des Beschlusses der Regierung wird eine Liste der sicheren Drittländer erstellt – dazu würden auch Serbien und Mazedonien gezählt –, und wer durch diese Länder kommt, dürfte keinen Asylantrag stellen. Aber laut Gyulai sollte die Möglichkeit auf Einreichung eines Antrags niemandem verweigert werden, höchstens könnte der Fall in einem beschleunigten Verfahren, ohne langes Abwägen entschieden werden. Was wiederum die internationalen Normen widersprechen würde, weil jedem/r BewerberIn die Möglichkeit gegeben werden muss, um zu beweisen, dass ein allgemein für sicher gehaltenes Land für den/diejenige doch unsicher war.“ (Népszabadság<sup>2</sup>)

Weiter gibt es auch gewaltige Probleme, wenn der Asylantrag schon gestellt wurde. Wie im Artikel Magyar Hírlap<sup>1</sup> beschrieben wird, bedeutet es ein wichtiges Problem, dass Flüchtlinge das Land verlassen, obwohl ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. „Die Expertin fügte hinzu, wenn jemand als illegaler Einwanderer ankommt, dann wird er/sie von der Polizei an die Asylbehörden übergeben. Dort wird das Asylverfahren gestartet und der Ort bestimmt, wo man für die Dauer des Verfahrens der Behörde zur Verfügung stehen muss. Dieser Standort ist eine offene Empfangsinstitution, 90 Prozent aller illegalen Einwanderer kommen in solche Empfangszentren. Dort dürfen die Betroffenen – nachdem sie Asyl beantragt haben – sich frei bewegen, dürfen die Empfangsinstitution täglich verlassen, nur die Hausordnung muss eingehalten werden. Laut Zsuzsanna Végh nützen die Flüchtlinge diesen Zeitraum, um ihre Reise weiter in Richtung anderer Länder fortzusetzen, obwohl sie während des Asylverfahrens nicht frei in den Staaten der Union reisen dürfen, das dürfen nur anerkannte Flüchtlinge.“ (Magyar Hírlap<sup>1</sup>)

Diese Beschreibungen zeigen was für Probleme das ungarische Asylsystem hat, und diese Probleme werden von dem Grenzzaun auch nicht gelöst werden.

Ein Argument, welches meiner Meinung nach überraschend selten, aber selbstverständlich nur in den regierungskritischen Zeitungen vorkommt, ist der moralischer Widerspruch zwischen dem Bau des Zauns und (christlicher) Solidarität. In dem Artikel Magyar Nemzet<sup>2</sup> wird diese Thematik ganz gut beschrieben. „Der Staatschef sagte, dass wir den Wirtschaftsflüchtlingen keinen Unterhalt leisten können, aber wir müssen die echten politischen Flüchtlingen helfen, weil, wie er sagte: "das ist ein christliches Land, in unseren Herzen haben wir selbstverständlich Erbarmen, wer verfolgt wird, den muss man helfen." Wie genau? Weil die Grenzsperrung und Barmherzigkeit einander ausschließen – die durch Serbien Ankommenden können nach der Interpretation der Regierung nur Wirtschaftsflüchtlinge sein. Wenn der die südliche Grenze abschließender Zaun wirklich hochgezogen wird, kann sich die Regierung auf eines nur mehr schwer berufen: auf christliche Solidarität.“ (Magyar Nemzet<sup>2</sup>) Bevor ich die Frage um den Zaun und Solidarität weiter bearbeite, möchte ich kurz die Aussage erklären warum die Regierung alle durch Serbien Ankommenden als Wirtschaftsflüchtlinge anschaut. Die Erklärung dafür ist ganz einfach. Aus der Sicht der Regierung gilt Serbien als ein sicherer Staat, das heißt alle MigrantInnen die durch Serbien kommen können nur Wirtschaftsflüchtlinge sein, weil die Flüchtlinge die vor dem Tod und Folter fliehen, können ja in Serbien bleiben. Daraus folgt, dass alle die weitergehen wollen, zumindest ist die Logik der Regierung so, können nur Wirtschaftsflüchtlinge sein.

Dass es ein Widerspruch zwischen dem Zaun und Solidarität liegt, ist unzweifelhaft. Durch die Grenzsperrung wird es für die Flüchtlinge erschwert, in einem sicheren Land anzukommen, und gleichzeitig wird von der Regierungspartei die eigene christliche Zugehörigkeit propagiert. Dies zeigt den Zwiespalt in der Kommunikation und den Handlungen der ungarischen Regierung. Während christliche Werte und Barmherzigkeit seitens der Regierungspartei verkündet werden, wurde schon beschlossen, einen Grenzzaun hochzuziehen, dessen einziger Zweck ist, Menschen vom eigenen Staat fernzuhalten. Ein weiteres Beispiel dafür kommt in dem Artikel Népszabadság<sup>3</sup> vor: „Laut dem damals noch oppositionellen Orbán müssen wir in der Demokratie auch auf jene Werte bauen, die wir uns in der Diktatur behalten haben: menschliche Solidarität, christlichen Glaube und Achtung der Menschenwürde.“ (Népszabadság<sup>3</sup>)

Wie es im Artikel Népszabadság<sup>2</sup> beschrieben wird, hatte der Anführer der katholischen Kirche, Papst Franziskus, auch seine Meinung zur Frage der Migrationskrise geäußert: „Papst Franziskus forderte uns gestern auf, MigrantInnen zu respektieren, und sagte: Es sollten jene um die Gnade Gottes bitten, die die Tür vor den Schutzsuchenden zumachen.“

(Népszabadság<sup>2</sup>) Diese Aussage kann man als eine eindeutige Stellungnahme gegen die Grenzsperrung ansehen und auch als eine Kritik an dem Plan der Regierung, einen großen Teil

der ankommenden MigrantInnen an der Grenze aufzuhalten. Wenn der Papst selbst dafür argumentiert, dass den MigrantInnen geholfen werden muss, dann ist die Rechtfertigung der ungarischen Regierung einfach nicht mehr glaubwürdig, dass ihre Aktionen mit den christlichen Werten im Einklang stehen. Auch der ehemalige ungarische Ministerpräsident, Ferenc Gyurcsány, hat gesagt, dass der Zaun moralisch mehrere Probleme aufwirft. „Der Umgang mit ihnen [den Flüchtlingen] ist eine interne Angelegenheit jedes EU-Mitgliedstaats, es könnte sogar ein Zaun gegen sie gebaut werden, wie es an der bulgarisch-türkischen Grenze der Fall war. Aber laut Gyurcsány wirft dies moralisch mehrere Probleme auf. Einerseits gab es in diesem Teil der Welt, in Mitteleuropa, bereits solche Mauern, den Eisernen Vorhang selbst und die Berliner Mauer. Andererseits behandelt die Regierung sie nicht als Wirtschaftsflüchtlinge, sondern als Kriminelle, was der Vorsitzende der DK ebenfalls für inakzeptabel hält.“ (Népszava2)

Auch andere Oppositionsparteien haben den Bau des Zauns und dadurch die Regierung aus moralischen Gründen kritisiert. „Nach der Meinung der Partei Párbeszéd Magyarországért hat Ungarn eine moralische Verpflichtung, denjenigen zu helfen, die vor Tod und Folter fliehen – sagte Tímea Szabó auf ihrer Pressekonferenz am Mittwoch in Budapest.“ (Népszava3) Wie man sieht, ist es ein Mittel in der Kommunikation der Opposition, den moralischen Widerspruch zwischen dem Bau des Zauns und christlicher Solidarität zu beleuchten. Eine Problematik, die von der Regierung gar nicht wahrgenommen oder realisiert wird.

Ein weiteres Argument gegen die Grenzsperrung ist, dass diese Flüchtlinge ermutigt, eine viel gefährlichere Route zu wählen, um dadurch ins Land zu kommen. Dabei ist es öfter nicht die Entscheidung der Flüchtlinge, sondern die von Schleusern, wie das anhand des nächsten Beispiels aus dem Artikel Népszabadság<sup>2</sup> ersichtlich wird. „Die Schleuser werden einen neuen, gefährlicheren, längeren, und deswegen für die mitgeschleppte Menschen auch teureren Weg suchen. Das passierte auch an der griechisch-türkischen Grenze, wo am Anfang des Jahres der Drahtzaun abgebaut wurde, weil dieser die Türken äußerst irritierte, und die Schleuser ihm einfach auswichen, die für die Flüchtlinge viel gefährlichere Meer-Route wählten, um sie in die Union zu bringen.“ (Népszabadság<sup>2</sup>)

Als ein anderes Beispiel wird im Artikel Magyar Nemzet<sup>6</sup> die Grenze zwischen der USA und Mexiko erwähnt. „Im Fall der US-Grenzsperrung wurde auf dem gefährlichsten Abschnitt, der Sonora-Wüste, keine Grenzsperrung errichtet. Infolgedessen haben Migranten begonnen, dieses Gebiet stärker zu "belagern", was wiederum schwere Verluste forderte. Es dauert drei bis fünf Tage, um die erste Autobahn auf dieser Strecke in der enormen Hitze zu erreichen. An der US-Grenze starben in 30 Jahren 5.000 Menschen bei der Überschreitung der Grenze, zwischen 2004 und 2008 registrierte die Grenzpolizei allein in dem Abschnitt in Arizona

1.086 Todesfälle. Es gibt auch ein europäisches Beispiel dafür: Estrella Galán, Generalsekretärin der spanischen Asylorganisation, sagte, die dortige Grenzsperr ermutige Flüchtlinge, die viel gefährlichere Mittelmeerroute zu wählen.“ (Magyar Nemzet<sup>6</sup>) Wie mit Hilfe dieser Beispiele betont, kann eine Grenzsperr dazu beitragen, dass Flüchtlinge eine viel gefährlichere Route wählen müssen, um in einem Land ankommen zu können. Somit gehört dieses Argument zu den Äußerungen der Opposition, die gegen die Grenzsperr gerichtet sind.

Ein weiteres, interessantes Argument gegen die Grenzsperr ist, dass sich wegen des Zauns illegale Lager bilden und die Ghettoisierung in der Region beginnt. Diese Problematik wird nur im Artikel Magyar Nemzet<sup>6</sup> erwähnt, obwohl dies ein ganz interessanter, aber wenig bekannter Nebeneffekt des Baus des Grenzzauns darstellt. „Ein weiterer Effekt des Zauns könnte neben der Umleitung die Bildung illegaler Lager sein. In der Nähe der spanischen Stadt Melilla in Afrika leben Massen von Menschen unter freiem Himmel in den Bergen. Von hier aus probieren sie gruppenweise durchzudringen in der Hoffnung, dass mehr von ihnen durchkommen, wenn sie es in größerer Anzahl versuchen. Solche illegalen Lager sind im nördlichen Teil Serbiens seit langem zu finden, und die Zahl der auf den Straßen lebenden Einwanderer hat seit der Verstärkung der ungarischen Grenze im Winter dramatisch zugenommen. Nicht nur in Subotica, sondern auch in Magyarkanizsa leben Menschen in großer Zahl auf den Straßen. Mit anderen Worten, die Ghettoisierung in der Region hat bereits begonnen – die Frage ist, wohin sich das Phänomen entwickelt.“ (Magyar Nemzet<sup>6</sup>) Diese Gedanken werden nicht weiter ausgeführt und kommen in anderen Artikeln nicht vor, aber sie stellen trotzdem ein bemerkenswertes Argument gegen die Grenzsperr dar.

Von der Kommunikation der Opposition kann man zusammenfassend sagen, dass ihre Aussagen grundsätzlich in zwei große Gruppen einteilen kann. Einerseits besteht sie aus der Kritik an der Regierung (Fidesz/ Orbán) und andererseits aus all den Aussagen, die gegen die Grenzsperr gerichtet sind. Im ersten Fall geht es selbstverständlich darum, wie die Opposition die Aktionen und das Verhalten der Regierungspartei kritisiert, allgemein und besonders ihren Umgang mit den Einwanderungsfragen. Zum Letzteren gehören die unterschiedlichsten Punkte, welche die Opposition gegen die Errichtung der Grenzsperr anführt. Zu diesen Punkten gehören folgende Aussagen: allgemein die kritischen Aussagen, die gegen den Bau des Zauns gerichtet sind; die Bezeichnungen Eiserner Vorhang, Zaun des Hasses und Zaun der Unmenschlichkeit, die in mehreren Artikeln vorkommen; die Bemerkungen, dass die EU eine gemeinsame Lösung finden muss; der Vorbehalt, dass der Zaun alleine nicht die Lösung des Migrationsproblems bedeutet; all die Schätzungen und

gleichzeitige Kritik über den hohen Preis des Zauns; die kritischen Aussagen, dass Ungarns Plan unüberlegt ist; die Kundgebung, dass die Grenzsperre keine Lösung für das Asylproblem bedeutet und die Beschreibung des Asylverfahrens und die dabei vorkommenden Probleme; die Erläuterung des moralischen Widerspruchs zwischen dem Bau des Zauns und (christlicher) Solidarität; die Aussagen, dass die Grenzsperre Flüchtlinge dazu ermutigt, eine viel gefährlichere Route bei ihrer Reise zu wählen; und zuletzt die Vermutung, dass wegen des Zauns, die Bildung illegaler Lager und Ghettoisierung in der Region um die Grenzsperre beginnt.

Das alles ergibt die Kommunikation und das Vorgehen der politisch linken Opposition in der Frage der Grenzsperre.

### **4.3 Die ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen**

Weil es auch weitere wichtige Aussagen in den Artikeln vorkommen, die sich nicht zu den vorigen Bemerkungen dazugerechnet lassen, beschreibe ich diese im nächsten Abschnitt genauer. Zu diesen ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen habe ich alle Bemerkungen einbezogen die weder eindeutig für noch gegen die Grenzsperre zugerechnet werden können.

Dabei ist die meist vorkommende Aussage, dass man zwischen Flüchtlingen und illegalen Einwanderern unterscheiden muss. Diese Feststellung sagt nichts über die Beurteilung der Grenzsperre aus, stellt trotzdem einen wichtigen Punkt in der Kommunikation vor allem seitens der Regierung dar. Dieses Argument kommt nur in den Aussagen der Regierungspartei vor. Wie folgende Ausschnitte aus den Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők zeigen, kommt es öfter vor, dass in regierungsunterstützenden Artikeln betont wird, dass Flüchtlinge und illegale Einwanderer verschieden behandelt werden müssen. „Er [Lajos Kósa, stellvertretender Vorsitzender der Fidesz] fügte hinzu, dass politische Flüchtlinge, die weniger als ein Prozent aller angekommenen Flüchtlinge ausmachen, zugelassen werden müssen, hingegen müssen alle illegalen Einwanderer in die jeweiligen sicheren Drittstaaten abgeschoben werden. Wer tatsächlich ein Flüchtling ist, muss dort bleiben, wo sein Leben nicht mehr in Gefahr ist – teilte er mit.“ (Magyar Hírlap1)

„Ferner teilte er [Bence Tuzson, Pressesprecher der Regierungspartei] mit, dass Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge verschieden behandelt werden müssen.“ (Magyar Hírlap2)

„Ernő Simon, Pressesprecher des ungarischen UNHCR-Büros, sagte im ATV: es muss zwischen Einwanderer und Flüchtling unterschieden werden. Ihm zufolge sollte denjenigen geholfen werden, die wirklich dem Tode entkommen, während Einwanderer, obwohl sie in

Armut leben und aus wirtschaftlichen Gründen aufbrechen, nicht in unmittelbarer Lebensgefahr sind.“ (Magyar Idők2)

Mit solchen Aussagen versucht die ungarische Regierung, ein gutes Licht auf sich selbst zu werfen, nachdem sie beschlossen hat, eine Grenzsperr einzurichten. Durch diese Aussagen und mit Hilfe der Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und illegalen Einwanderern sieht die Regierung ihre Vorstellung bestätigt, dass mit der Errichtung der Grenzsperr nur und ausschließlich die illegalen Einwanderer daran gehindert werden, nach Ungarn zu kommen. Deswegen kommen diese Gedanken öfter in den regierungsunterstützenden Artikeln vor. Eine Mitteilung, die selbstverständlich in sehr vielen Artikeln vorkommt, ist die Erläuterung des Regierungsbeschlusses, welcher veröffentlicht wurde, und die genaue Beschreibung der nächsten Schritte seitens der Regierung in der Migrationsfrage. Diese Beschreibung kommt in vielen Artikeln vor, da diese Nachricht zur Zeit des Erscheinens der Artikel sehr wichtig war. Dies wird sowohl in regierungsunterstützenden als auch in regierungskritischen Artikeln gleichermaßen beschrieben. „Der Beschluss der Regierung über den Sicherheitszaun an der ungarisch-serbischen grünen Grenze wurde veröffentlicht. Nach dem in der neuesten Ausgabe des Magyar Közlöny veröffentlichten Beschluss muss Wirtschaftsminister Mihály Varga bis zum 1. August die notwendigen Ressourcen für die Errichtung des provisorischen Zauns bereitstellen. In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an, um die Durchlässigkeit der grünen Grenze zu beseitigen.“ (Magyar Hírlap2; Népszabadság4)

Wie anhand der Zitate zu erkennen ist, wurde über den Beschluss in regierungsunterstützenden wie auch in regierungskritischen Zeitungen genauso berichtet. Dabei wird der Grenzzaun selbst weder positiv noch negativ erwähnt, deswegen kann man diese Erläuterung nicht zu den Argumenten für oder gegen die Grenzsperr hinzurechnen. Die nächste Aussage, die Definition sicherer Länder, hängt stark mit dem vorigen Abschnitt zusammen. Dabei geht es um das Vorhaben der Regierung, eine Gruppe von Ländern zu bestimmen, aus denen keine Asylsuchenden aufgenommen werden. Auch diese Beschreibung kann nicht als ein Argument für oder gegen die Grenzsperr gesehen werden, deswegen fällt sie in die Kategorie der ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen. Aber trotzdem ist diese Definition sehr wichtig für die Regierung, weil dadurch fast alle Ankommenden rechtmäßig wieder aus dem Land geschoben werden könnten.

„Die dem Parlament vorgelegte Vorlage würde den Begriff der sicheren Drittstaaten definieren. Die aus Griechenland, Mazedonien und Serbien kommenden Einwanderer könnten

auch in diesen Länder Asyl beantragen. Zugleich würde dies bedeuten, dass aus diesen sicheren Drittstaaten keine Asylsuchenden aufgenommen werden, da sie automatisch als Wirtschaftsflüchtlinge betrachtet werden können und sofort von den ungarischen Behörden zurückgeschickt werden könnten – erklärte er [Antal Rogán, Fraktionsvorsitzender der FIDESZ].“ (Magyar Hírlap1)

„Das Parlament hat am Mittwoch Vormittag mit der Verhandlung der Änderung des Asylgesetzes begonnen, die es der Regierung ermöglichen soll, eine Liste von Ländern gesetzlich zu definieren, die als sicher gelten. Ziel ist es, zu erreichen, dass diejenigen, die von diesen Ländern kommen, kein politisches Asyl beantragen könnten.“ (Népszabadság1)  
Wie man anhand der Zitate sieht, wird diese Erläuterung in regierungsunterstützenden ebenso wie in regierungskritischen Artikeln gleichermaßen beschrieben.

Die nächste Aussage, die zu dieser Kategorie gehört ist, dass die physische Schließung der Grenzen nicht notwendig erscheint. Dies wurde von mehreren Politikern der Regierungspartei behauptet, bevor der Beschluss der Regierung zum Bau des Grenzzauns veröffentlicht wurde. Dabei geht es nicht darum, für oder gegen die Grenzsperrung zu agieren, aber umso mehr um die Kommunikation der Regierungspartei.

„Die Regierung beabsichtigt, dass "unsere Gesetze im eigenen Land durchgesetzt werden"; die physische Schließung der Grenzen "scheint nicht notwendig, aber im äußersten Fall kann auch dies getan werden" – sagte Lajos Kósa.“ (Magyar Hírlap1)

„Der stellvertretende Vorsitzende der FIDESZ [Lajos Kósa] sagte noch gestern in der Früh, dass die physische Schließung der Grenzen wegen der Flüchtlinge nicht notwendig erscheint. Aber er war vorsichtig, da er hinzufügte, dass "im äußersten Fall" auch der Stacheldrahtzaun hochgezogen werden kann. Und er wurde wirklich hochgezogen.“ (Népszava4)

„In wenigen Stunden hat sich die Lage an der ungarisch-serbischen Grenze erheblich verschlechtert, wenn wir die Aussagen von Politikern der Regierungspartei als entscheidend betrachten. Lajos Kósa, stellvertretender Vorsitzender von Fidesz, sagte noch am Mittwochmorgen auf TV2: der Bau einer physischen Grenzsperrung erscheint nicht notwendig, da die Polizei illegale Einwanderer auch ohne diese aufhalten kann, diese Lösung ist also nur im äußersten Fall vorstellbar. Der äußerste Fall kam jedoch innerhalb weniger Stunden.“ (Népszabadság1)

„Von den Anführern der FIDESZ, Antal Rogán und Lajos Kósa äußerten sich auch noch am Mittwoch in der Früh, dass die Grenzsperrung nur das letzte Mittel sei.“ (Népszabadság2)  
Interessanterweise kommt diese Aussage in den regierungsunterstützenden Artikeln nur ein einziges Mal vor, hingegen wird sie in regierungskritischen Artikeln öfter kritisch erwähnt. Wie man an den Zitaten erkennt, haben die Politiker der Regierungspartei nach der Aussage,

dass die physische Schließung der Grenzen nicht notwendig erscheint, aber immer betont, dass "im äußersten Fall" auch eine Grenzsperr vorstellbar ist. Wie in einigen regierungskritischen Artikeln zu lesen ist, kamen einige dieser Aussagen sogar nur Stunden bevor der Beschluss über den Bau des Grenzzauns veröffentlicht wurde. Vielleicht auch deswegen kommen diese Aussagen in den regierungskritischen Artikeln öfter vor, weil dadurch gezeigt werden kann, wie schnell sich die Einstellung der Regierung zu bestimmten Fragen ändern kann, oder dass die Regierung bewusst Halbwahrheiten propagiert und damit die Bevölkerung täuscht.

Die nächste Erläuterung ist die Beschreibung der Kommunikation mit Serbien. Hierbei geht es nur um die Benachrichtigung, dass die ungarische Regierung mit der serbischen Regierung über den Grenzzaun kommuniziert. Aber dies ist nur eine einseitige Kommunikation, die serbische Regierung wird nur verständigt, dass ein Zaun an der Grenze gebaut wird. Ein Gipfeltreffen wurde erst geplant, als der Beschluss des Parlaments über den Bau des Grenzzauns schon seit Wochen veröffentlicht war. Auch wenn der serbischen Regierung diese Maßnahme nicht gefällt, kann sie nichts gegen den Plan der Grenzsperr unternehmen.

„Am 1. Juli werden die ungarische und die serbische Regierung ein Gipfeltreffen abhalten, auf dem die serbische Seite ausführlich über die ungarischen Maßnahmen informiert wird – sagte Péter Szijjártó.“ (Magyar Nemzet<sup>3</sup>)

„Am 1. Juli findet ein serbisch-ungarischer Regierungsgipfel statt.“ (Népszava<sup>2</sup>)

„Péter Szijjártó sagte, er habe am Mittwoch telefonisch mit dem serbischen Außenminister gesprochen und werde ihn am kommenden Mittwoch angesichts der Vorlage des Innenministers erneut über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.“ (Magyar Hírlap<sup>2</sup>)

Bei der Beschreibung dieser Ereignisse wird nicht für oder gegen die Grenzsperr agiert, deswegen fällt sie in dieser Kategorie der ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen.

Zur letzten Aussage dieser Kategorie gehört die Beschreibung der Meinung von Jobbik. Diese zeigt einen sehr interessanten Aspekt der ungarischen Politik auf, da Jobbik eine Oppositionspartei ist, aber von den Werten her viel näher bei der Regierungspartei liegt als die anderen Oppositionsparteien. Die Aussagen dieser Partei kann man nicht zu den Argumenten für oder gegen die Grenzsperr zählen, weil sie einerseits mit einigen Maßnahmen der Regierung einverstanden ist, aber andererseits öfter die Regierungspartei und ihre Vorgehensweise kritisiert. So unterscheidet sich ihre Meinung äußerst deutlich von der der anderen Oppositionsparteien, aber auch von den Vorstellungen der Regierungspartei. Deswegen muss man die Meinung der Partei Jobbik in diese Kategorie der ergänzenden Maßnahmen und andere Bemerkungen einbeziehen.

„Jobbik ist der Ansicht, dass gleichzeitig mit dem Bau des Zauns die für illegale Einwanderer offenstehenden, alternativen Wege wie Wasser- und öffentliche Straßen, besser geschützt werden müssen als derzeit, wozu der unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt werden sollte. Die Oppositionspartei fordert Ausgangssperre für alle Flüchtlingsunterkünfte und langfristig deren Umsiedlung außerhalb besiedelter Gebiete.“ (Magyar Hírlap4)

„Jobbik begrüßt die von der Regierung angekündigte Grenzsperr, aber laut der Partei werden, "obwohl dieser Schritt die illegale Einwanderung kurzfristig verlangsamen wird, Migranten mit Hilfe von Menschenhändlerbanden mittel- und langfristig neue Routen und andere Grenzabschnitte nutzen und dadurch in unserem Heimatstaat eindringen." Dániel Z. Kárpát und Ádám Mirkóczki betonten in der Mitteilung der parlamentarischen Fraktion der Partei: "es ist auch keine Lösung für die durch aus Westeuropa nach Ungarn abgeschobenen Massen verursachten Probleme, ihr Schicksal ist weiter ungewiss." Daher sollten laut Z. Kárpát die Flüchtlingslager abgesperrt, der unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt und die gesetzliche Garantie für die Einrichtung der Zurückweisung geschaffen werden.“ (Magyar Nemzet4)

„Jobbik stimmte zu, dass die Regierung „endlich einen relevanten Schritt angekündigt“ habe, aber laut der Partei werden Schlepper neue Wege finden, und die Grenzsperr trägt auch nicht dazu bei, wenn Flüchtlinge aus Westeuropa nach Ungarn zurückgewiesen werden. Die rechtsextreme Partei drängt weiterhin auf die Ausgangssperre für Flüchtlingslager und die Wiederherstellung eines unabhängigen Grenzschutzes, sowie darauf, dass die Behörden die Einwanderer zurückweisen können.“ (Népszabadság1)

Wie man sieht, werden die Aussagen der Partei Jobbik einige Male in den regierungsunterstützenden und manchmal auch in den regierungskritischen Artikeln erläutert.

Man kann also sehen, warum die vorher genannten Aussagen dieser Kategorie angehören. Man kann sich nicht den Argumenten für oder gegen die Grenzsperr zurechnen, es ist aber trotzdem wichtig, sie zu erwähnen, weil sie vieles, unter anderem über das Vorgehen der politischen Parteien, verraten.

#### **4.4 Mögliche alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem**

Die letzte Kategorie, die bei der Inhaltanalyse aufgekommen ist, ist die Beschreibung von möglichen alternativen Lösungen für das Einwanderungsproblem. Diese sind für die Diskussion über die Grenzsperr nur begrenzt relevant, aber trotzdem ist es interessant zu sehen, welche alternativen Lösungen von der Regierung und von der Opposition genannt

werden. Die Regierung würde eine Lösung darin sehen, dass dieses Problem außerhalb der EU gelöst werden könnte (was genau damit gemeint ist, wird nicht beschrieben). „Péter Szijjártó sagte in der TV2-Sendung Mokka auch, dass laut der ungarischen Regierung die Frage außerhalb der EU behandelt werden sollte.“ (Magyar Hírlap2)

Von den Oppositionsparteien hat die MSZP alternative Lösungen vorgeschlagen. Ihrer Meinung nach könnte man anstatt der Grenzsperrung mit Hilfe von moderner Geräten und mit der Stärkung der Staatsorgane genauso gut mit dem 'Migrationsdruck' umgehen.

„Anstatt Panik und Hass zu schüren, brauche die Polizei mehr Geld, mehr Personal und modernere Werkzeuge sowie strengere Maßnahmen gegen Menschenhändler, um das Problem anzugehen – betonen sie. Gleichzeitig fordern sie Innenminister Sándor Pintér auf, bei der Regierungssitzung in der kommenden Woche die Stärkung der Staatsorgane vorzuschlagen, die sich mit Asylwerbern befassen, statt sich mit dem Zaun zu beschäftigen.“ (Népszava5)

„Auf die Frage nach einer Lösung antwortete József Tóbiás [Partei- und Fraktionsvorsitzender der MSZP], der Beschluss der Regierung habe bestätigt, dass dieser Weg aufgrund fehlender Ressourcen der Grenzpolizei und der Strafverfolgungsbehörden oder aus politischen Gründen gewählt werden müsse. Er fügte hinzu: mit Hilfe moderner Geräte könnte der Schutz der grünen Grenze gewährleistet werden.“ (Magyar Nemzet4)

In den Artikeln kommen nicht viele alternative Lösungen vor, was vielleicht auch daran liegen kann, dass es für die Parteien keine Priorität bedeutete, sich mit diesem Thema beschäftigen. Für alle Parteien war wichtiger, den eigenen Standpunkt zum Thema Grenzbarriere zu erläutern und den jeweiligen politischen Gegner und seine Entscheidungen zu kritisieren. Aber es wäre interessant gewesen, wenn die Parteien diese Lösungsmöglichkeiten und deren Verwirklichung ausführlicher beschrieben hätten.

## 5) Conclusio

Mit Hilfe der durchgeführten qualitativen Inhaltsanalyse und der Interpretation der Ergebnisse habe ich zu meiner Schlussfolgerung gelangt. In dieser Arbeit konnte ich meine Forschungsfrage beantworten und auch feststellen ob meine am Anfang aufgestellte Theorie durch die Forschung bewiesen oder widergelegt wurde.

Meine Forschungsfrage lautet: Welche Positionen wurden von verschiedenen ungarischen Tageszeitungen, unmittelbar nach dem Bau des Grenzzauns zwischen Serbien und Ungarn, eingenommen?

Meine Grundannahme für diese Forschung war, dass man ungarische Zeitschriften relativ klar politisch einordnen kann, in ein regierungsunterstützendes oder in ein regierungskritisches Lager, und diese Medien klar voneinander trennen kann. Wie es sich herausstellte kann man die Artikel selbst eindeutig trennen, aber die politische Position der Zeitungen klar zu bestimmen geht wegen der Zeitung Magyar Nemzet nicht.

Weitere Annahmen waren, dass innerhalb der ungarischen Medienlandschaft eine starke Spaltung zwischen diesen zwei Gruppen existiert und dass es bei der Debatte um den Bau des Grenzzauns ganz unterschiedliche Meinungen seitens der regierungsunterstützenden und regierungskritischen Medien gab. Diese beide Annahmen wurden während der Analyse bestätigt.

Zur Analyse habe ich fünf folgende Zeitungen verwendet: Magyar Hírlap (Ungarisches Journal), Magyar Idők (Ungarische Zeiten), Magyar Nemzet (Ungarische Nation), Népszabadság (Volksfreiheit) und Népszava (Volksstimme). In dieser Arbeit konnte ich die unterschiedlichen Positionen von diesen ungarischen Tageszeitungen bekannt machen. Nach der Interpretation der Ergebnisse der Analyse konnte ich behaupten, dass die untersuchten Artikel in zwei klar voneinander trennbare Läger einzuordnen sind. Ein Lager kann man als regierungsunterstützend, den anderen als regierungskritisch einstufen. Zu den Regierungsunterstützenden kann ich den Artikeln aus den Zeitungen Magyar Hírlap, Magyar Idők und Magyar Nemzet und Artikeln aus den Zeitungen Népszabadság, Népszava sowie auch Magyar Nemzet zu den Regierungskritischen zählen. Aber wenn man den Zeitungen selbst betrachtet ist das Bild um einiges komplizierter.

Obwohl die Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők leicht als regierungsunterstützend und die Zeitungen Népszabadság und Népszava als regierungskritisch einstufen kann, ist die Situation mit der Zeitung Magyar Nemzet schwieriger. Weil die untersuchten Artikeln von

Magyar Nemzet völlig unterschiedlich in Hinsicht auf politische Einstufung waren. Die Hälfte der Artikel der Zeitung Magyar Nemzet war vielmehr zu den Zeitungen Magyar Hírlap und Magyar Idők ähnlich, indem sie auch die Politik der Regierungspartei unterstützte. Hingegen kann man die andere Artikel der Zeitung Magyar Nemzet zu dem regierungskritischen Lager zählen, wie den Zeitungen Népszabadság und Népszava, weil diese starke Kritik gegenüber die Regierung und ihren Plan eine Grenzbarriere an der südliche Grenze Ungarns zu bauen, formulierten. So, meine aufgestellte Theorie, dass die Tageszeitungen anhand ihrer Aussagen wirklich in unterschiedliche Lager klar einordnen kann, konnte ich nicht eindeutig beweisen. Vielleicht bei einer größeren Anzahl an Artikel oder bei einer Analyse wo nur die Zeitung Magyar Nemzet herangezogen wird, könnte man zu einem eindeutigen Ergebnis kommen, ob diese Zeitschrift regierungsunterstützend oder regierungskritisch einzuordnen ist.

Neben die politische Einstufung der Artikel und Zeitungen konnte durch die Analyse auch die politische Vorgehensweise der Fidesz und der Opposition in der Frage der Grenzsperr geschildert werden.

Alles in allem kann man von der Kommunikation der Regierung sagen, dass sie darauf ausgerichtet ist, die Regierung und damit die PolitikerInnen der Regierungspartei selbst, von der Verantwortung zu befreien, welche sie ansonsten wegen der Verordnung der Grenzsperr tragen müssten. Weiters werden sehr gerne zur Unterstützung der eigenen Entscheidungen Zahlen und Statistiken von der ansteigenden Zahl der ankommenden MigrantInnen aufgezählt. Dazu kommt noch die kontinuierliche Kritik und Demütigung der Opposition und die ständige Initiative seitens der Regierung ihre Gegner als unglaubwürdig und inkompetent zu zeigen. Das alles ergibt kurzgefasst die Kommunikation und das Vorgehen der Regierung in der Frage der Grenzsperr.

Die Kommunikation der Opposition besteht grundsätzlich aus zwei teilen. Einerseits enthielt sie die Kritik an der Regierung (Fidesz/ Orbán) und andererseits all den Aussagen die gegen die Grenzsperr gerichtet sind. Im ersten Fall geht es darum, wie die Opposition die Pläne und das Vorgehen der Regierungspartei kritisiert, vor allem, aber nicht ausschließlich in Einwanderungsfragen. Zum Letzteren gehören die unterschiedlichsten Punkte, welche die Opposition gegen die Errichtung der Grenzsperr anführt. Das alles ergibt die Kommunikation und das Vorgehen der politisch linken Opposition in der Frage der Grenzsperr.

Es ist ganz wichtig zu erwähnen, dass es auch eine Oppositionspartei gibt deren Meinung von den der anderen Oppositionsparteien unterscheidet. Diese Partei ist die Jobbik. Sie vertritt in dieser Debatte um den Grenzzaun eine ganz interessante Position, weil sie einerseits mit

einigen Maßnahmen der Regierung einverstanden ist, aber andererseits öfter die Regierungspartei und ihre Vorgehensweise kritisiert. Interessanterweise werden die Aussagen der Partei Jobbik einige Male in den regierungsunterstützenden und manchmal auch in den regierungskritischen Artikeln erläutert.

In den Artikeln werden auch wenige alternative Lösungen für das Einwanderungsproblem erwähnt, aber sie werden nie ausführlich beschrieben. Das liegt vielleicht daran, dass es für die Parteien alles in allem nicht so wichtig war mit möglichen alternativen Lösungen zu beschäftigen. Für die meisten Parteien war wichtiger, die eigene Position zum Thema Grenzbarriere zu erläutern und die politische Gegner und seine Entscheidungen zu kritisieren. Aber es wäre interessant gewesen, wenn die Parteien diese wenige Lösungsmöglichkeiten und deren Verwirklichung ausführlicher beschrieben hätten.

In dem untersuchten Zeitraum stellte der Bau des Zauns nicht nur für diese fünf untersuchten Online-Zeitungen ein wichtiges Berichterstattungsthema dar, sondern wurde auch in sehr vielen anderen Medien heiß diskutiert. Aber, weil die ausgewählte Zeitschriften Tageszeitungen sind, konnte die in denen enthaltene Information schnell zu der Bevölkerung gelangen. So könnten die in dieser Arbeit untersuchte Informationen viele Menschen bei der eigenen Meinungsbildung beeinflusst haben.

Auch durch meine Analyse wurde es ersichtlich wie unterschiedlich eine politische Entscheidung dargestellt werden kann. Falls die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung nur einen Artikel lesen würde und anhand dessen die Schlussfolgerungen aus dieser Situation ziehen würde und dadurch den Bau des Zauns einschätzen würde, könnten sie zu solchen Schlussfolgerungen kommen die bei weitem nicht die reale Situation entsprechen würden. Deswegen, obwohl es nicht meine Absicht war, kann man anhand dieser Arbeit feststellen, dass man vor allem bei politische Themen sehr empfehlenswert wäre, Informationen aus mehreren unterschiedlichen Quellen zu ziehen, sonst könnte es passieren, dass man, vielleicht sogar unabsichtlich, politischer Propaganda als die "Wahrheit" wahrnimmt. Welche sogar schwerwiegenden gesellschaftlichen Probleme mit sich bringen kann, wie das in Ungarn in der letzten Dekade zu beobachten ist.

Der geplante Grenzzaun zwischen Ungarn und Serbien wurde im September 2015 fertiggestellt. „Bereits seit Monaten waren ungarische SoldatInnen und Strafhäftlinge damit beschäftigt, einen Zaun an der 175 Kilometer langen Grenze zu Serbien zu errichten. Am Abend des 14.9.2015 wurde das letzte Loch im Zaun - die Bahngleise aus Serbien - mit einem Stacheldraht bewehrten Waggon geschlossen. Auf der serbischen Seite der Grenze, bei

Subotica, steckten daraufhin innerhalb kürzester Zeit tausende Menschen fest, die dort weiterhin mit Bussen ankamen.“ (Bordermonitoring Timeline 2016: s.p.) Später wurde dieser Zaun an der Grenze zwischen Ungarn und Kroatien erweitert. Dieser wurde am 16.10.2015 fertiggestellt, wobei auf dieser Strecke, dank der natürlichen 'Grenzbarrieren' (die Flüsse Mur und Drau), ein viel kürzerer Grenzzaun gebaut werden musste. (Magyar Hírlap 2015: s.p.) Der ursprüngliche Grenzzaun wurde später auch in Richtung Rumänien bis zum Fluss Maros (ca. 30 Kilometer) und darüber hinaus noch für einige Kilometer erweitert. Am 26.08.2016 wurde der Bau einer zweiten Zaunreihe neben dem bisherigen angekündigt und seitdem auch fertiggestellt. Die Erweiterungen des Grenzzauns in Richtung Kroatien und Rumänien sind einzigartig, weil die Grenzen zu Kroatien und Rumänien EU-Binnengrenzen sind (und Schengenraum-Außengrenzen). Somit war Ungarn das erste Land welches eine solche Grenzsperre auf einer EU-Binnengrenze hochgezogen hat. Aber wie es sich später herausstellte nicht das einzige. Bald darauf wurden auf die Grenzabschnitten zwischen Slowenien und Kroatien und Slowenien und Österreich auch Zäune gebaut.

Es ist sogar heute fast unmöglich zu sagen wieviel der gesamte Grenzzaun kostete, weil die Regierung keine Details über diese Zahlen veröffentlicht. Nach den verfügbaren Informationen war ursprünglich ein Budget von 6,5 Milliarden Forint (ca. 20,8 Millionen Euro) für den Bau des Zauns vorgesehen. Diese Summe wurde Ende Juli 2015 mit weiteren 22 Milliarden Forint (ca. 70,5 Millionen Euro) ergänzt. In Oktober wurden erneut 17,5 Milliarden Forint (ca. 56 Millionen Euro) und in Dezember weitere 35 Milliarden Forint (ca. 112 Millionen Euro) für den Zweck der Grenzsicherung ausgegeben. In der zweiten Hälfte von 2017 und im Jahr 2018 wurden weitere 260 Milliarden Forint (ca. 833 Millionen Euro) für Grenzschutz ausgegeben. Im Jahr 2019 (bis August) wurden weitere 40 Milliarden Forint (ca. 128 Millionen Euro) für diesen Zweck ausgezahlt. Im August 2019 wurde von der Regierung mitgeteilt, dass ab 2015 bis zu dieser Zeitpunkt 408 Milliarden Forint (ca. 1,3 Milliarden Euro) für Grenzschutz ausgegeben wurde. (24.hu 2019: s.p.) und (Népszava 2016: s.p.) Wahrscheinlich kann man das nie (oder zumindest nicht in der nahen Zukunft) genau erfahren wieviel die ganze Errichtung kostete. Die regierende Fidesz Partei hat im Jahr 2018 sowie im Jahr 2022 die Parlamentswahlen mit beachtlichen Vorsprung gewonnen, so die auch in dieser Arbeit geschilderte Politik von der Regierungspartei war anscheinend erfolgreich und die Mehrheit der Ungarn muss sich weiterhin mit der 'überwältigenden Kommunikation' der Regierung begnügen und sich dadurch darüber zu informieren was gerade in Ungarn und in der Welt passiert.

## 6) Literaturverzeichnis

Ilker Ataç, Stefanie Kron, Sarah Schilliger, Helge Schwiertz, Maurice Stierl (2015): Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (2). URL: <https://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/01.ata%C3%A7,kron,schilliger,schwiertz,stierl--einleitung.pdf> [letzter Zugriff: 08.09.2021]

ATTAC Magyarország (2005): Beitrag von Tamás Gáspár Miklós über die Zeitung 'Népszava'. [https://web.archive.org/web/20071031122727/http://attac.zpok.hu/cikk.php?id\\_article=77](https://web.archive.org/web/20071031122727/http://attac.zpok.hu/cikk.php?id_article=77) [letzter Zugriff: 28.08.2021]

Bernáth, Gábor und Messing, Vera (2015): Bedarálva. A menekültekkel kapcsolatos kormányzati kampány és a tőle független megszólalás terepei. [„Bedarálva. Mit den Flüchtlingen verknüpfte Regierungskampagne und das davon unabhängige Feld des Redens“]. [http://www.mediakutato.hu/cikk/2015\\_04\\_tel/01\\_menekultek\\_moralis\\_panic.pdf](http://www.mediakutato.hu/cikk/2015_04_tel/01_menekultek_moralis_panic.pdf) [letzter Zugriff: 28.01.2017]

Brand, Alexander (2012): Medien – Diskurs – Weltpolitik. Wie Massenmedien die internationale Politik beeinflussen. Bielefeld: transcript Verlag.

Bordermonitoring (2015): Gesetzesverschärfungen und „nationale Konsultation“ in Ungarn. URL: <https://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/04/gesetzesverschaeerfungen-in-ungarn/> [letzter Zugriff: 06.10.2021]

Bordermonitoring Timeline (2016): Der lange Sommer der Migration auf dem Balkan. [https://cdn.knightlab.com/libs/timeline3/latest/embed/index.html?source=17pL2ySev83Rd90iZNILK9OQ4pCtwkm80tcd\\_5n3-U4k&font=Default&lang=de&initial\\_zoom=2&height=650](https://cdn.knightlab.com/libs/timeline3/latest/embed/index.html?source=17pL2ySev83Rd90iZNILK9OQ4pCtwkm80tcd_5n3-U4k&font=Default&lang=de&initial_zoom=2&height=650) [letzter Zugriff: 28.09.2021]

Caro, Céline-Agathe und Schramm, Lucas (2016): Die Flüchtlings- und Asylpolitik der EU: Eine Bestandsaufnahme. In: Flucht und Migration als Herausforderung für Europa. Internationale und nationale Perspektiven aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, 9-14. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. URL: [https://www.kas.de/documents/252038/253252/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_44292\\_1.pdf/28cfc939](https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_44292_1.pdf/28cfc939)

[-45b0-e86a-106a-854c06da85da?version=1.0&t=1539651196382](#) [letzter Zugriff: 30.09.2021]

Eurostat: Pressemitteilungen von Eurostat:

**Aus dem Jahr 2015:**

- 53/2015 - 20. März 2015 - Asyl in der EU. Zahl der Asylbewerber in der EU im Jahr 2014 sprunghaft auf mehr als 625000 gestiegen. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6751783/3-20032015-BP-DE.pdf> [letzter Zugriff: 01.10.2021]
- 163/2015 – 18. September 2015 - Asyl in der EU. Über 210 000 erstmalige Asylbewerber in der EU im zweiten Quartal 2015. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6996930/3-18092015-BP-DE.pdf/d08b4652-2b94-4da0-9fff-bb2924a09754> [letzter Zugriff: 01.10.2021]
- 217/2015 – 10. Dezember 2015 – Asyl in den EU-Mitgliedstaaten. Über 410 000 erstmalige Asylbewerber im dritten Quartal 2015 registriert. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7105339/3-10122015-AP-DE.pdf/b0b08372-a5ce-411f-b66a-fa09101acb64?t=1449668000000> [letzter Zugriff: 01.10.2021]

**Aus dem Jahr 2016:**

- 44/2016 – 4. März 2016 - Asyl in den EU-Mitgliedstaaten. Rekordzahl von über 1,2 Millionen registrierten erstmaligen Asylbewerbern im Jahr 2015. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7203837/3-04032016-AP-DE.pdf/9fcd72ad-c249-4f85-8c6d-e9fc2614af1b?t=1457019723000> [letzter Zugriff: 01.10.2021]
- 75/2016 – 20. April 2016 - Asylentscheidungen in der EU. EU-Mitgliedstaaten erkannten im Jahr 2015 über 330 000 Asylbewerber als schutzberechtigt an. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7233422/3-20042016-AP-DE.pdf/caf97549-b14d-45f3-bf91-20cfa5e6f072> [letzter Zugriff: 01.10.2021]
- 181/2016 – 22. September 2016 - Asyl in den EU-Mitgliedstaaten. Leichter Anstieg der Zahl der erstmaligen Asylbewerber im zweiten Quartal 2016 auf knapp 306 000. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7662185/3-22092016-AP-DE.pdf/868104a7-2ad4-44fa-b870-d3494d6698ab?t=1474464222000> [letzter Zugriff: 01.10.2021]
- 254/2016 – 15. Dezember 2016 - Asyl in den EU-Mitgliedstaaten. Anstieg der Zahl der erstmaligen Asylbewerber im dritten Quartal 2016 auf nahezu 360 000. URL:

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7773603/3-15122016-BP-DE.pdf/8386880a-a51c-499b-84f5-5d388cc6a960?t=1481725473000> [letzter Zugriff: 01.10.2021]

**Aus dem Jahr 2017:**

- 46/2017 – 16. März 2017 - Asyl in den EU-Mitgliedstaaten. 1,2 Millionen erstmalige Asylbewerber im Jahr 2016 registriert. URL:  
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7921614/3-16032017-BP-DE.pdf/28884e8a-bb55-48bf-85b6-b4157f131c55> [letzter Zugriff: 01.10.2021]

Frontex (2013): Archive of Operations. Neptune.

<https://web.archive.org/web/20170901105839/http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/pglSh3?slug=neptune> [letzter Zugriff: 10.04.2021]

Hickethier, Knut (2010): Einführung in die Medienwissenschaft. Stuttgart: J.B. Metzler.

Jäger, Nadine (2018): Printmedien: Zukunft oder Schnee von gestern?

<https://www.internetx.com/news/printmedien-zukunft-oder-schnee-von-gestern/> [letzter Zugriff: 28.09.2021]

JEP (2017): Journal für Entwicklungspolitik: vol. XXXIII 1-2017. Migrationsmanagement: Praktiken, Intentionen, Interventionen.

[https://www.mattersburgerkreis.at/dl/ukrqJMJKnLmJqx4KooJK/JEP\\_2017-1\\_deJong\\_Messinger\\_Schu\\_tze\\_Valchars\\_Editorial\\_Migrationsmanagement.pdf](https://www.mattersburgerkreis.at/dl/ukrqJMJKnLmJqx4KooJK/JEP_2017-1_deJong_Messinger_Schu_tze_Valchars_Editorial_Migrationsmanagement.pdf) [letzter Zugriff: 08.09.2021]

Kasperek, Bernd und Speer, Marc (2015): Of hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. <https://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/> [letzter Zugriff: 08.09.2021]

Kleppmann, Ulrich (2011): Das neue ungarische Mediengesetz. Hans Seidel Stiftung. Institut für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit. URL:

[https://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/110119\\_SB\\_Ungarn.pdf](https://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/110119_SB_Ungarn.pdf) [letzter Zugriff: 02.10.2021]

Kraler, Albert und Noack, Marion (2014): Migration und Entwicklung: Interessen, Akteure und Arenen eines erfolgreichen Diskurses. In: Ataç, Ilker et al. (Hg.): Migration und

Entwicklung. Neue Perspektiven. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Promediaverlag & Südwind, 23-47.

Kron, Stefanie (2014): „Something had to be done in the South“. Entwicklung, Migration Management und Regionalisierung in den Amerikas. In: Ataç, Ilker et al. (Hg.): Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde, Promediaverlag & Südwind, 49-64.

Ladwig-Tils, Birgit (2011): Neues Mediengesetz und Verfassungsänderung – Ungarn, wohin steuerst Du? Ein Beitrag von Birgit Ladwig-Tils, freie Journalistin. November 2011. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/08826.pdf> [letzter Zugriff: 02.10.2021]

Leonhard, Ralf (2014): Deal unter Verdacht. Ein österreichischer Investor kauft Ungarns linksliberales Traditionsblatt „Népszabadság“. Kritiker befürchten, hinter dem Deal stecke die Fidesz-Partei. <https://taz.de/Pressefreiheit-in-Ungarn!/5049909/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

Leonhard, Ralf (2016): Plötzliches Aus für „Népszabadság“. In Ungarn ist am Samstag die größte noch unabhängige Tageszeitung geschlossen worden. Erscheint sie bald neu, aber auf Regierungslinie? <https://taz.de/Pressefreiheit-in-Ungarn!/5346774/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

Magyar Hírlap (2015): Online-Artikel der ungarischen Zeitschrift Magyar Hírlap: [https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Lezartak\\_a\\_magyarhorvat\\_hatart](https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Lezartak_a_magyarhorvat_hatart) [letzter Zugriff: 12.09.2021]

Mayer, Gregor (2018): Ungarisches Oppositionsblatt "Magyar Nemzet" wird eingestellt. Seit Zerwürfnis mit Orbán wuchs der finanzielle Druck. <https://www.derstandard.at/story/2000077667470/reich-von-medienunternehmer-simicska-bricht-zusammen> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.

Népszabadság (2015): Online-Artikel der ungarischen Zeitschrift Népszabadság: <http://nol.hu/belfold/lehuzzuk-a-vasfuggonyt-1540721> [letzter Zugriff: 08.12.2020]

Népszava (2016): Online-Artikel der ungarischen Zeitschrift Népszava:  
[https://nepszava.hu/1095547\\_rosszul-jartunk-a-100-milliardos-hatarzarral](https://nepszava.hu/1095547_rosszul-jartunk-a-100-milliardos-hatarzarral) [letzter Zugriff: 12.09.2021]

ORF.at (2015): Ungarn plant Plakatkampagne gegen Einwanderung. URL:  
<https://orf.at/v2/stories/2282451> [letzter Zugriff: 06.10.2021]

ORF.at (2019): Eiserner Vorhang. Ungarn als Vorreiter beim Grenzabbau. URL:  
<https://orf.at/stories/3127918/> [letzter Zugriff: 02.10.2021]

Pester Lloyd (2015): Big Brother is asking You: Fragebogen zur Flüchtlingspolitik in Ungarn.  
URL: <http://www.pestierlloyd.net/html/1518zwoelffragen.html> [letzter Zugriff: 06.10.2021]

Polizei (2017a): Statistik der ungarischen Polizei auf ihrer Homepage:  
<http://www.police.hu/hirek-es-informaciok/hatarinfo/elfogott-migransok-szama-lekerdezes?honap%5Bvalue%5D%5Byear%5D=2016&honap%5Bvalue%5D%5Bmonth%5D=8> [letzter Zugriff: 08.01.2017]

Polizei (2017b): Statistik der ungarischen Polizei auf ihrer Homepage:  
[http://www.police.hu/hu/hirek-es-informaciok/hatarinfo/illegalis-migracio-alakulasa?weekly\\_migration\\_created%5Bmin%5D=2016-01-01+00%3A00%3A00&weekly\\_migration\\_created%5Bmax%5D=2017-01-01+00%3A00%3A00](http://www.police.hu/hu/hirek-es-informaciok/hatarinfo/illegalis-migracio-alakulasa?weekly_migration_created%5Bmin%5D=2016-01-01+00%3A00%3A00&weekly_migration_created%5Bmax%5D=2017-01-01+00%3A00%3A00) [letzter Zugriff: 06.10.2021]

Speer, Marc (2016): Gänzlich unerwünscht. Entrechtung, Kriminalisierung und Inhaftierung von Flüchtlingen in Ungarn. [https://bordermonitoring.eu/wp-content/uploads/2016/07/Web\\_Ungarn\\_Bericht-2016.pdf](https://bordermonitoring.eu/wp-content/uploads/2016/07/Web_Ungarn_Bericht-2016.pdf) [letzter Zugriff: 05.09.2021]

Spengler, Frank und Bauer, Bence (2015a): Zur Situation der Flüchtlinge in Ungarn. Publikation im Rahmen der Länderberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung. 27. August 2015. URL: <https://www.kas.de/de/web/ungarn/laenderberichte/detail/-/content/zur-situation-der-fluechtlinge-in-ungarn> [letzter Zugriff: 25.09.2021]

Spengler, Frank und Bauer, Bence (2015b): Grenzziehung und Identität. Eine ungarische Perspektive. Publikation im Rahmen der Länderberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung. 15.

Oktober 2015. URL:

<https://www.kas.de/de/web/ungarn/laenderberichte/detail/-/content/grenzziehung-und-identitaet> [letzter Zugriff: 05.09.2021]

Süddeutsche Zeitung (2015): Orbán droht ein neuer Medienkrieg. URL:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-orban-droht-ein-neuer-medienkrieg-1.2340927>  
[letzter Zugriff: 06.10.2021]

Welt.de (2015): Orbán hetzt auf Plakaten gegen Flüchtlinge. URL:

<https://www.welt.de/politik/ausland/article142264895/Orban-hetzt-auf-Plakaten-gegen-Fluechtlinge.html> [letzter Zugriff: 06.10.2021]

Wordpress: mediator.net.wordpress.com:

<https://mediator.net.wordpress.com/2014/11/30/magyar-hirlap-1968/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

<https://mediator.net.wordpress.com/2015/10/31/magyar-idok-2015/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

<https://mediator.net.wordpress.com/2014/11/30/magyar-nemzet-1938/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

<https://mediator.net.wordpress.com/2014/11/30/nepszabadsag-1956/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

<https://mediator.net.wordpress.com/2014/11/30/nepszava-1877/> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

XXI. század Média (s.a.): <https://xximedia.hu/#kiado> [letzter Zugriff: 28.08.2021]

Zeit.de (2016): Oppositionszeitung "Népszabadság" eingestellt. Ungarn verliert seine größte politische Tageszeitung. Mitarbeiter der "Népszabadság" sprechen von einem Putsch. Die Zeitung hatte zuletzt Regierungsskandale aufgedeckt.

[https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-10/ungarn-pressefreiheit-nepszabadsag-eingestellt-opposition-viktor-orban?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-10/ungarn-pressefreiheit-nepszabadsag-eingestellt-opposition-viktor-orban?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F)  
[letzter Zugriff: 28.08.2021]

24.hu (2019): Online-Artikel der Online Nachrichtendienst 24.hu:

<https://24.hu/belfold/2019/08/17/meg-a-kormanylap-sem-tudja-kideriteni-mennyibe-kerult-a-hatarkerites/> [letzter Zugriff: 12.09.2021]

## 7) Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Anzahl der Artikel in denen die jeweilige Kategorie vorkommt .....	26
Abbildung 2: Anzahl der Artikel mit Kategorie 1 .....	28
Abbildung 3: Anzahl der Artikel mit Kategorie 2 .....	32
Abbildung 4: Anzahl der Artikel mit Kategorie 3 .....	36
Abbildung 5: Anzahl der Artikel mit Kategorie 4 .....	39
Abbildung 6: Anzahl der Artikel mit Kategorie 5 .....	41
Abbildung 7: Anzahl der Artikel mit Kategorie 6 .....	42
Tabelle 1: Zahlenmäßiges Vorkommen der Kategorien in den Artikeln .....	27
Tabelle 2: Anzahl der Artikel pro Kategorie pro Tag .....	27

## 8) Anhang

Im Anhang befindet sich die Auflistung aller zur Analyse verwendeten ungarischen Zeitungen und deren Übersetzung.

### 8.1 Anhang A)

Auflistung und Links aller verwendeten Online- Zeitungsartikel:

#### **Magyar Hírlap – [„Ungarisches Journal“]:**

- Magyar Hírlap1: [http://magyarhirlap.hu/cikk/28004/Vegso\\_megoldas\\_lehet\\_a\\_hatarzar](http://magyarhirlap.hu/cikk/28004/Vegso_megoldas_lehet_a_hatarzar) [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Hírlap2: [https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Szijiarto\\_Peter\\_Magyarorszagra\\_nehezedik\\_a\\_legnagyobb\\_nyomas](https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Szijiarto_Peter_Magyarorszagra_nehezedik_a_legnagyobb_nyomas) [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Hírlap3: [https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Csak\\_azt\\_tesszuk\\_amit\\_a\\_Nyugat\\_is](https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Csak_azt_tesszuk_amit_a_Nyugat_is) [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Hírlap4: [https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Szabvanyos\\_lesz\\_a\\_hatarzar](https://www.magyarhirlap.hu/belfold/Szabvanyos_lesz_a_hatarzar) [letzter Zugriff: 15.10.2021]

#### **Magyar Idők – [„Ungarische Zeiten“]:**

- Magyar Idők1: <https://www.magyaridok.hu/belfold/europa-tobb-allama-keriteseket-epit-487285/> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Idők2: <https://www.magyaridok.hu/belfold/az-ellenzek-a-kormanyt-tamadja-487369/> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Idők3: <https://www.magyaridok.hu/velemenynepvandorlas-487390/> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Idők4: <https://www.magyaridok.hu/belfold/a-bevandorlas-es-a-baloldal-kettos-merceje-487432/> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Idők5: <http://magyaridok.hu/belfold/fidesz-a-szocialistak-meg-mindig-a-bevandorlok-oldalan-allnak-487591/> [letzter Zugriff: 15.10.2021]

#### **Magyar Nemzet – [„Ungarische Nation“]:**

- Magyar Nemzet1: <https://magyarnemzet.hu/belfold-archivum/2015/06/nogradi-jol-dontott-a-kormany-pillanatok-alatt-felhuzhato-a-kerites> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Nemzet2: <https://magyarnemzet.hu/vezercikk/2015/06/vasfuggony-1> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Nemzet3: <https://magyarnemzet.hu/belfold-archivum/2015/06/dontott-a-kormany-jon-a-hatarzar> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Nemzet4: <https://magyarnemzet.hu/belfold-archivum/2015/06/hatarzar-a-liberalisoknak-sok-a-jobbiknak-keves> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Nemzet5: <https://magyarnemzet.hu/belfold-archivum/2015/06/szijasarto-tobb-itt-a-menekult-mint-az-olaszoknal> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Magyar Nemzet6: <https://magyarnemzet.hu/belfold-archivum/2015/06/nagyon-dragalesz-es-lehet-hogy-semmit-sem-er-a-hatarzar> [letzter Zugriff: 15.10.2021]

### **Népszabadság – [„Volksfreiheit“]:**

- Népszabadság1: <http://nol.hu/belfold/mintha-nehany-ora-alatt-dramaian-romlott-volna-a-helyzet-a-hataron-1540633> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszabadság2: <http://nol.hu/belfold/lehuzzuk-a-vasfuggonyt-1540721> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszabadság3: <http://nol.hu/velemen/fuggony-le-1540681> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszabadság4: <http://nol.hu/belfold/magyar-kozlony-ideiglenes-vasfuggonyre-koltjuk-a-milliardokat-1540761> [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszabadság5: <http://nol.hu/kulfold/a-falak-epitese-nem-segit-1540787> [letzter Zugriff: 15.10.2021]

### **Népszava – [„Volksstimme“]:**

- Népszava1: [https://nepszava.hu/1060656\\_vasfuggonyt-huz-az-orban-kormany](https://nepszava.hu/1060656_vasfuggonyt-huz-az-orban-kormany) [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszava2: [https://nepszava.hu/1060657\\_dontottek-utasitottak-pintert-a-hatarzar-elokeszitesere](https://nepszava.hu/1060657_dontottek-utasitottak-pintert-a-hatarzar-elokeszitesere) [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszava3: [https://nepszava.hu/1060662\\_visszatertek-a-legsotetebb-rakosi-idok](https://nepszava.hu/1060662_visszatertek-a-legsotetebb-rakosi-idok) [letzter Zugriff: 15.10.2021]
- Népszava4: [https://adt.arcanum.com/hu/view/Nepszava\\_2015\\_06/?pg=254&layout=s](https://adt.arcanum.com/hu/view/Nepszava_2015_06/?pg=254&layout=s) [letzter Zugriff: 15.10.2021]

- Népszava5: [https://nepszava.hu/1060938\\_menekultek-mszp-panikot-es-gyuloletet-kelt-a-kormany](https://nepszava.hu/1060938_menekultek-mszp-panikot-es-gyuloletet-kelt-a-kormany) [letzter Zugriff: 15.10.2021]

## **Magyar Hírlap1:**

MH/MTI– 2015.06.17. 08:37

### **Végső megoldás lehet a határzár**

#### **Rogán a nyugatiakhoz hasonló lépéseket kér bevándorlás-ügyben**

Ha a nyugati országok lezárják határaikat, nekünk is le kell zárunk a déli határainkat, annak érdekében, hogy ne rekedjen Magyarországon a többszázvezres bevándorlóáradat - jelentette ki Rogán Antal. Éppen ezért a nyugat-európai országokéhoz hasonló fellépésre kéri a Fidesz országgyűlési képviselőcsoportja a kormányt. Kósa Lajos is egyetért abban, hogy meg kell fékezni az áradatot, mielőtt komoly problémával szembesülünk. Végh Zsuzsanna kiemelte: naponta több száz illegális bevándorló érkezik Magyarországra.



"Ha a nyugatiak lezárják a határaikat, akkor nekünk is le kell zárni a déli határt, mert ha ez nem következik be, akkor, ha Ausztria felé nem tudnak továbbmenni, más irányba nem tudnak továbbmenni, az fog történni, hogy ez az idei évben már százezres nagyságrendű bevándorlóáradat Magyarországon fog rekedni" - szögezte le a Fidesz frakcióvezetője az M1 aktuális csatornán.

A végső esetre szóló lépésnek nevezte egy határzár kiépítését, mondván, indokoltabb volna, hogy Törökország bulgáriai határszakasza után görögországi határán is kiépüljön a bevándorlók feltartóztatására hivatott kerítés, de "ha ez nem történik meg, akkor ezt nekünk kell megcsinálni". "Legkésőbb ősze Magyarországnak vissza kell hoznia azokat az intézkedéseket, amelyeket 2012 előtt alkalmaztunk" - vélekedett a politikus, ezek közé sorolva, hogy őrizetbe veszik a határt törvénytelenül átlépőket, mert az Európai Unió által jelenleg tiltott intézkedésnek visszatartó ereje lesz.

Ha a nyugati államok lezárják határaikat, "jó lenne, hogy ha Magyarországon a szocialisták meg a liberális pártok félretennék ezt az ideológiailag motivált bevándorláspárti politikát,

mert ennek semmi értelme nincs. (...) Magyarországon semmire nem megoldás a bevándorlás, Európában sem megoldás semmire, nem tudunk kezdeni semmit ilyen hatalmas mennyiségű gazdasági bevándorlóval" – mondta. A frakcióvezető megjegyezte: a hónap végére meghaladja a 60 ezret a Magyarországra érkezett illegális bevándorlók száma, akiknek 99 százaléka teljesen törvénytelenül lépett be.

A parlament előtt lévő előterjesztés definiálná a biztonságos harmadik ország fogalmát, így a Görögországon, Macedónián, Szerbián keresztül érkező bevándorlók azokban az államokban is kérhetnének menedéket. Ugyanakkor kimondaná, hogy biztonságos harmadik országból nem fogadunk politikai menedékkérőket, az érkezőket automatikusan gazdasági bevándorlónak tekintenék, és így visszafordítanák a magyar hatóságok - ismertette.

Szavai szerint éppen "az eltérő vélemények mutatják, hogy itt nem az Európai Unió a megoldás", hiszen "bekövetkezett az, amitől tartottunk", és egyes tagállamok, megelégedve "a brüsszeli totojázást" és a most kialakult helyzetet, gyakorlatilag lezárták a belső határokat, ezzel részben fel is mondvá a schengeni szerződés egyes elemeit. Németország és Ausztria jelzése szerint a két állam összesen 15 ezer menekültet küldene vissza Magyarországra, miközben déli határainkon folyamatosan áramlanak be az illegális bevándorlók - jelezte Rogán Antal.

### **Kósa Lajos: Nem fogadhatjuk be az össze bevándorlót**

Magyarország nem fogadhajta be a világ összes illegális bevándorlóját - jelentette ki Kósa Lajos. "Ezt az áradatot le kell fékezni, különben nagyon komoly problémánk lesz" - mondta a Fidesz alelnöke, az Országgyűlés rendészeti bizottságának elnöke a TV2 Mokka című műsorában. Hozzátette, hogy az érkezők kevesebb mint egy százalékát jelentő politikai menekülteket be kell engedni, az illegális bevándorlókat viszont vissza kell toloncolni abba a biztonságos harmadik országba, amelyen keresztül ide vezetett az útjuk. Aki valóban menekült, annak ott kell megállnia, ahol már nem fenyegetik az életét - közölte.

"Óriási a nyomás, ötmillióan vannak úton Európába illegálisan, ezeknek töredéke politikai menekült, akit be kell engedni" - fogalmazott a politikus. A kormányszatnak az a szándéka, hogy "saját törvényeinknek érvényt szerezzen saját országunkban"; a fizikai határzár kiépítése "nem látszik szükségesnek, végső esetben ezt is lehet csinálni" - mondta Kósa Lajos.

### **Naponta több száz illegális bevándorló érkezik hazánkba**



Év eleje óta 57 ezren lépték át illegálisan Magyarország határát, naponta több száz ember érkezik, köztük nagyon nagy számban afgán, szír, pakisztáni állampolgárok - hívta fel a figyelmet Végh Zsuzsanna. A Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal (BÁH) főigazgatója a Kossuth Rádió 180 perc című műsorában elmondta, utóbbiak alapvető célja, hogy eljussanak Nyugat-Európa valamely országába, jellemzően Németországba, hiszen ott nagyszámú afgán és szír közösség él. Hozzátette, ezek az emberek nagyon sok áldozatot hoztak, hogy elmeneküljenek a hazájukból, sokat fizettek, fizetnek az embercsempészeknek, így nem tántorítja el őket az az információ sem, hogy a célországból nagy valószínűséggel visszatoloncolják őket.

A szakember hozzátette, ha valaki illegális határátlépőként érkezik, akkor a rendőrség átadja a menekültügyi hatóságnak. Ott menedékjogi eljárást indítanak, és kijelölik azt a kötelező tartózkodási helyet, ahol a hatóság rendelkezésére kell állnia az eljárás lefolytatásának idejére. Ez a tartózkodási hely valamelyik nyitott befogadó intézmény, az illegális menekültek 90 százaléka ilyen befogadó állomásra kerül. Ott azonban az érintett - miután menedékkérelmet indított - már a "területen maradás jogát élvez", így szabadon mozoghat, a befogadó állomást naponta elhagyhatja, csak a házirend szabályait kell betartania. Végh Zsuzsanna szerint ezt az időt használják ki a menekültek, hogy tovább folytassák útjukat más országok felé, azonban a menedékjogi kérelemmel az uniós államok között még nem utazhatnak szabadon, ezt csak az elismert menekültek tehetik meg.

A BÁH főigazgatója szerint a magyarországi befogadó állomások színvonala semmivel sem különbözik más tagállamok intézményeitől, azonban ezek az állomások mára túlszűfoltak lettek, ezért volt szükség sátrak, konténerek telepítésére is. Az ideai statisztikai adatok azt mutatják, hogy sokszorosára nőtt tavalyhoz képest azon kérelmek száma, amelyek Magyarországtól a menedékkérők visszavételét kérték. Az más kérdés, hogy a tagállamoknak is szigorítaniuk kell bizonyos gyakorlatukon azért, hogy megvalósuljanak a visszaadások, hiszen ezek az illegálisan érkező menedékkérők szabadon mozognak a tagállamok között - mondta.

Végh Zsuzsanna elmondta, a biztonságos harmadik országok körének meghatározásával megfordul majd a bizonyítási teher, és a menekülteknek kell igazolniuk, hogy a magyar szabályok által biztonságosnak mondott állam a menedékkérő számára valamiért mégsem volt biztonságos.

## **Magyar Hírlap2:**

## Szijjártó Péter: Magyarországra nehezedik a legnagyobb nyomás

EB: A nemzetközi jogot tiszteletben kell tartani

*Magyarországra nehezedik a legsúlyosabb és legjelentősebb nyomás menekültügyben, az adatok szerint több bevándorlót regisztrálnak nálunk, mint Olaszországban vagy Görögországban - mondta a külgazdasági és külügyminiszter az MI aktuális csatorna csütörtök reggeli műsorában. A téma csütörtökön több szervezet és párt reakcióját is kiváltotta. A határok őrizete tagállami felelősség, és a tagállamoknak kell eldönteniük, hogy ehhez milyen intézkedéseket tartanak szükségesnek, de a nemzetközi jogot, így az érkezők emberi jogait is tiszteletben kell tartani - hangsúlyozta az Európai Bizottság illetékes szóvivője a határzár bejelentésére vonatkozó döntést kommentálva.*

Szijjártó Péter emlékeztetett arra, hogy az év első öt hónapjában Magyarországra 50 430 bevándorló érkezett, míg Görögországban negyvennyolcezer, Olaszországban pedig negyvenhétezer bevándorlót regisztráltak.

### **EB: A határőrizet tagállami felelősség**

A határok őrizete tagállami felelősség, és a tagállamoknak kell eldönteniük, hogy ehhez milyen intézkedéseket tartanak szükségesnek, de a nemzetközi jogot, így az érkezők emberi jogait is tiszteletben kell tartani - hangsúlyozta az Európai Bizottság illetékes szóvivője arra a szerdai bejelentésre reagálva, hogy Magyarország kerítést épít a magyar-szerb határon.

Natasha Bertaud, a migrációs ügyekért felelős szóvivő emellett annyit mondott, hogy a bizottság nem a kerítések alkalmazását tartja a legjobb megoldásnak, inkább más intézkedéseket javasol, de ezeket nem részletezte. "Csak nemrég bontottuk le a falakat Európában, nem kellene ismét felhúzni őket" - mondta Bertaud..

A magyar-szerb határon felállítandó biztonsági kerítésre utalva azt mondta, az unió keresi a konszenzuson alapuló közös megoldást, de Magyarország nem ér rá. Arról beszélt, hogy a nemzetközi médiában inkább csak a Földközi-tengeren érkező bevándorlókat látni, de arról már kevesebbet beszélnek, hogy Magyarország még nagyobb nyomást kénytelen elviselni. Úgy tűnik, az unió nem akar tudomást venni arról, hogy a nyugat-balkáni útvonalon is tízezrével érkeznek Európába bevándorlók - mondta.

A miniszter szerint ebben a helyzetben evidens, hogy a kormány lépéseket tesz Magyarország, a magyar emberek megvédésére a bevándorlási nyomástól, ezért döntöttek a biztonsági kerítés felállításának előkészítéséről.

Arra hívta fel a figyelmet, a kerítést a zöldhatáron állítják fel, hogy megfékezzék az illegális határátlépést, vagyis legálisan továbbra is be lehet majd lépni a határátkelőhelyeken.

Szijjártó Péter elmondta, szerdán telefonon beszélt a szerb külügyminiszterrel, és jövő szerdán, a belügyminiszter előterjesztésének ismeretében újra tájékoztatni fogja őt a fejleményekről.

### **A NATO szabványainak megfelelő kerítést terveznek**

A NATO-szabványoknak megfelelő határvédelmi kerítés építését tervezi a kormány - mondta Németh Szilárd, az Országgyűlés nemzetbiztonsági bizottságának fideszes alelnöke. A testület csütörtöki zárt ülése után valamennyi képviselő azt mondta: egyelőre nem sok részletet tudtak meg a szerdán bejelentett döntésről, amely szerint a kormány egy négy méter magas kerítéssel tervezi a magyar-szerb határ lezárását.

A testület alelnöke és a jobbkos Mirkóczki Ádám az ülés után azt emelte ki, hogy ez nem jelent végső megoldást a menekültügy rendezésére, de fontos és szükséges döntést hozott a kormány.

Szél Bernadett LMP-s képviselő és Molnár Zsolt, a testület szocialista elnöke elítélte a kerítés építését. Molnár Zsolt ugyanakkor elmondta: mind a NATO-ban, mind az Európai Unióban megvannak az előírásai, hogy kell kinéznie egy a határ védelmét szolgáló kerítésnek, és a bizottsági ülésen kapott tájékoztatás szerint a kormány ezeknek megfelelően tervez.

A bevándorlás kérdése várhatóan az uniós külügyminiszterek hétfői luxembourgi tanácskozásán is szóba kerül majd - mondta. Hozzátette: nagyon hangsúlyosan újra fel fogja hívni a figyelmet arra, hogy Európába két útvonalon érkeznek bevándorlók nagy számban. Szijjártó Péter a TV2 Mokka című műsorában azt is mondta, hogy a magyar kormány szerint az unió kívül kell kezelni a kérdést. Példaként említette, hogy amikor az unió tárgyalásokat folytat - kereskedelmi kedvezményről, pénzügyi támogatásról, fejlesztési programokról - azokkal az országokkal, ahonnan a bevándorlók nagy számban érkeznek, akkor világossá kell tenni: a pénzt úgy költse el, hogy ne kényszerítsenek senkit arra, hogy politikai vagy gazdasági okokból el kelljen hagynia az országot.

### **Az ET emberi jogi biztosa szerint meggondolatlan a döntés**

Meggondolatlanság Magyarország terve, hogy kerítéssel állja útját a migránsoknak - így reagált az egyik mikroblogon közzétett rövid üzenetben csütörtökön az Európa Tanács emberi jogi biztosa, Nils Muiznieks a szerdai budapesti bejelentésre. A lett politikus úgy ítélte meg, hogy a menedékkérelmek akadályozása helyett az ahhoz való hozzáférésre kellene helyezni a hangsúlyt.

Arra a kérésre, kommentálja Ferenc pápa mondatát, azt mondta: teljes mértékben egyetért azzal, hogy azokat segíteni kell, akiket otthonuk elhagyására kényszerítenek. Hozzátette: ha az embereknek gazdasági okból kell elhagyniuk otthonukat, akkor az okot kell megszüntetni. Az emberi méltóság megsértését kell megakadályozni, ezeket az országokat segíteni kell abban, hogy egyetlen család se legyen, amelynek gazdasági okból el kell hagynia az otthonát - mondta a miniszter.

Az azonban más kérdés, ha politikai menekültekről van szó, hiszen Magyarország mindig is befogadta őket, mindig menedéket adott azoknak, akiket a diktatúrák elűldöztek - jelentette ki Szijjártó Péter.

### **Eurostat: Száználfelezés kérték menedéket az EU-ban**

Az idei év első három hónapjában száználfelezés új menedékkérőt regisztráltak az Európai Unió tagállamaiban, több mint felük Németországban és Magyarországon folyamodott menekültstátuszért - közölte csütörtökön a friss statisztikai adatokat az unió statisztikai hivatala, az Eurostat.

Németországban 73 120 új menedékkérelmet nyújtottak be, Magyarországon pedig 32 810-et. Berlinnek csaknem harmadával több kérelmet kell elbírálnia, mint a tavalyi év utolsó negyedében, Magyarországon 2014 utolsó hónapjaihoz képest hatodával emelkedett az új menedékkérők száma. A magyar határt átlépő menedékkérők döntő többsége, 22 830 fő Koszovóból érkezett, jóval kevesebb, 4020 menedékkérő jött Afganisztánból és 2415 Szíriából.

### **Megjelent a Közlönyben a kormányhatározat**

Megjelent a kormányhatározat a magyar-szerb zöldhatáron felállítandó biztonsági kerítésről. A Magyar Közlöny legutóbbi számában megjelent határozat szerint Varga Mihály nemzetgazdasági miniszternek augusztus elsejéig kell biztosítani az ideiglenes kerítés felállításához szükséges forrásokat. A "rendkívüli bevándorlási nyomás kezelése érdekében szükséges egyes intézkedésekről" szóló határozatban a kormány elrendelte a mintegy 175 kilométer hosszúságú magyar-szerb határszakaszon (a zöldhatár átjárhatóságának megszüntetése érdekében) egy négy méter magas ideiglenes kerítés felállításának előkészítését. Az egymillió lakosra vetített menedékkérelmek száma viszont messze

Magyarországon a legmagasabb. Míg az unió egészében egymillió emberre 365 menedékkérő jut, Magyarországon 3322. Németországban ez a szám 905, Magyarország után pedig Svédországban és Ausztriában a legmagasabb, valamivel több mint 1100.

Uniós szinten is a legnagyobb csoport a menedékkérők között a Koszovóból érkezők; összesen 48 870 koszovói folyamodott menekültstátusért az unióban. Szíriából 29 095-en, Afganisztánból 12 910-en jöttek. Az unió egészét tekintve a 2014-et záró periódushoz képest nem emelkedett a menedékkérők száma, a tavalyi év elejéhez képest viszont 86 százalékkal emelkedett.

A földközi-tengeri migrációs nyomásnak leginkább kitett Olaszországban közel 28 százalékkal csökkent a januártól március végéig tartó időszakban a menedékkérők száma az előző év utolsó hónapjaihoz képest, 21 285-ről 15 245-re. A hagyományosan szintén sok menedékkérelmet regisztráló Svédországban 20 ezer környékéről 11 és félezerre esett vissza az új menedékkérők száma.

### **Fidesz: A szocialisták még mindig a bevándorlók oldalán állnak**

A Fidesz szerint a szocialisták továbbra sem látják a valós problémát és még mindig a bevándorlók oldalán állnak. Tuzson Bence, a kormánypárt szóvivője fogalmazott így csütörtökön, a Parlamentben tartott sajtótájékoztatóján, arra reagálva, hogy napközben az MSZP több fővárosi politikusa ideiglenesen kerítéssel zárta le.

A legújabb adatok szerint több illegális bevándorló érkezik Magyarországra, mint Olaszországba, holott a világsajtó az utóbbtól hangos - mondta a Fidesz szóvivője, kiemelve, ennek a folyamatnak a megállítására a kerítésépítést tartják az egyetlen lehetséges megoldásnak.

Tuzson emlékeztetett: míg 2012-ben még csak alig több mint kétezer illegális bevándorló érkezett Magyarországra, addig a számuk 2013-ra 18 ezerre, 2014-re 42 ezerre nőtt, idén pedig már több mint 50 ezren jöttek.

Tuzson Bence szerint Magyarország az illegális bevándorlás szempontjából eddig tranzitország volt, de hamarosan célországá válhat, hiszen a kérdésben változik Németország és Ausztria fellépése is.

További kérdésekre reagálva a szóvivő aláhúzta, a bevándorlók útvonalát embercsempész bűnbandák szervezik, a fizikai határzár után azonban ők már nem választják majd a magyar-szerb határt.

Közölte továbbá, hogy a menekülteket és a gazdasági bevándorlókat másképp kell kezelni. A kormányoldal azért szabályozná törvényben a biztonságos harmadik ország fogalmát, hogy az innen érkezőket az utóbbi kategóriába sorolhassák és egy egyszerűsített eljárással visszaküldhessék őket oda - fejtette ki Tuzson Bence.

### **MSZP: A gyűlöletkampányt folytatókat kellene bezárni**

Ideiglenesen kerítéssel zárta le a Fidesz budapesti Lendvai utcai székházát az MSZP több fővárosi politikusa csütörtökön, azt üzenve ezzel, hogy a gyűlöletkampányt folytató politikusoknak "rács mögött" lenne a helyük.

Kunhalmi Ágnes, a szocialisták budapesti elnöke, az akciójuk alatt tartott sajtótájékoztatón fogalmazott így, kiemelve, hogy a vesztébe rohan az az ország, amely falat húz határainál és ezzel "gettóba zárja magát".

Azt mondta, a Fidesz szánalmassá vált korábbi önmagához képest, hiszen míg Orbán Viktor 26 évvel ezelőtt a vasfüggöny lebontásával küzdött a szabadságért, addig most kerítéssel zárna el a "halál elől menekülőket". A Fidesz ezzel végleg elköszönt saját múltjától és egyben "jövőjét is megfojtotta" - fogalmazott.

Magyarország Szent István óta arra törekszik, hogy a szabadság és a nyitottság határozza meg a világot, és ebben példát kell mutatnia más országoknak is - fejtette ki az ellenzéki képviselő, hozzátéve, a bevándorlás egy álprobléma, amit a Fidesz kreált, az igazi gondot ugyanis a magyarok kivándorlása jelenti.

A letelepedést kérők száma ugyanis elenyésző azokhoz képest, akik elhagyták az országot - húzta alá, megjegyezve, nincs olyan magyar család, ahol ne lenne valaki, aki külföldön kényszerül munkát vállalni a kormány rossz politikája miatt.

Kunhalmi Ágnes szerint ezért a magyarok saját bőrükön érzik, milyen külföldön élni és szégyenkezni fognak a magyar-szerb határra tervezett fal miatt. A szocialista politikus szerint ők tudják azt is, hogy amennyiben "ma mi kirekesztünk másokat, akkor holnap őket fogják kirekeszteni" és senki nem lesz, aki megvédi őket.

Az MSZP budapesti elnöke ennek megakadályozására hivatkozva azt üzenté az egész világnak, hogy Magyarország nem gyűlöl, a magyarok pedig nem akarják felépíteni a falat, az csupán a "Fidesz ostoba, beszűkült és végtelenül öncélú politikája".

Horváth Csaba, a Fővárosi Közgyűlés szocialista képviselője mindezt azzal egészítette ki, hogy a kormány költségvetési érzéketlenségét jól mutatja, hogy miközben huszonkét milliárd forintot szánnak a szögesdróra, addig mindössze százmillió forintot a külföldön élő fiatalok hazacsábítására és hat milliárd forintot a lehetetlen körülmények között dolgozó ápolók bérfelzárkóztatására.

A szocialista politikusok a sajtótájékoztató végén elvitték a magukkal hozott drótkerítést, annak egy kis darabját azonban Kunhalmi Ágnes a Fidesz székházának kerítésére erősítette.

### **DK: ki építi a kerítést?**

A Demokratikus Koalíció írásbeli kérdéssel fordul Orbán Viktor miniszterelnökhöz, mert a párt tudni szeretné, hogy ki építheti fel a szerb-magyar határon azt a kerítést, amely lapinformációk szerint 22 milliárd forintba kerül majd - közölte a DK szóvivője.

Gréczy Zsolt azt mondta, a Fidesz évek óta az "oligarchái pénzelésének szolgálatába állította" a politikát, ezért a DK szerint az is lehetséges, hogy Garancsi István, a Videoton FC tulajdonosa vagy Mészáros Lőrinc felcsúti polgármester fogja felhúzni a "vasfüggönyt" a magyar-szerb határra.

A Magyar Közlöny legutóbbi számában megjelent a kormányhatározat a magyar-szerb zöldhatáron felállítandó biztonsági kerítésről. Eszerint Varga Mihály nemzetgazdasági miniszternek augusztus elsejéig kell biztosítania az ideiglenes kerítés felállításához szükséges forrásokat.

A "rendkívüli bevándorlási nyomás kezelése érdekében szükséges egyes intézkedésekről" szóló határozatban a kormány elrendelte a mintegy 175 kilométer hosszúságú magyar-szerb határszakaszon - a zöldhatár átjárhatóságának megszüntetése érdekében - egy négy méter magas ideiglenes kerítés felállításának előkészítését - áll a szövegben.

### **PM: Értelmetlen a huszonkét milliárd forintos kerítés**

A Párbeszéd Magyarorszáért (PM) véleménye szerint a kormány huszonkét milliárd forintért egy olyan kerítést akar húzni a magyar-szerb határon, ami csak a gyűlöletkeltést szolgálja. Barabás Richárd, a párt szakszóvivője csütörtöki sajtótájékoztatóján, amelyet a Kossuth téren tartott úgy fogalmazott, hogy közben a szociális szférában dolgozók bérfelzárkóztatására alig 1,6 milliárdot, az orvosoknak pedig alig hatmilliárdot akar adni a kabinet.

A ZöldFront Ifjúsági Mozgalom társelnöke arra kérte Orbán Viktor miniszterelnököt, hogy fejezze be a "gyűlöletkeltést" és térjen vissza az "ész és a józanság útjára". Szavai szerint nem ér meg még egy ciklust, hogy "évtizedekig tartó sebeket okoz a magyarok lelkén".

Meglátása szerint a menekültprobléma egyáltalán nem olyan súlyos, mint amilyennek a kormány megpróbálja beállítani. Hozzátette, aki azt mondja, hogy "ész nélkül" mindenkit azonnal engedjünk be, az nincs tisztában a valósággal, de ugyanígy nincs tisztában a valósággal, aki kerítést akar húzni a határon. Ki kell alakítani egy olyan európai szintű szabályozást, amely integrálni képes a társadalomba azokat, akik itt szeretnének élni - fogalmazott.

A sajtótájékoztató előtt a PM és a ZöldFront Ifjúsági Mozgalom közel tucatnyi aktivistája kerítésdrótot húzott ki körben a téren és mögé ültek. A dróra többek között "A menekültek 90% nem Európában van.", "Mi lett volna, ha '56-ban az osztrákok is kerítést húznak?" feliratokat és egy Ferenc pápától származó idézetet ragasztottak.

### **Üdvözlí a Csongrád Megyei Közgyűlés elnöke a kormánydöntést**

A kormány az egyetlen felelős döntést hozta meg a zöldhatár lezárásának előkészítésével, hiszen Európa más országai is egyre szigorúbb lépéseket tesznek, ezért Magyarországnak is

cselekednie kellett - nyilatkozta a Csongrád Megyei Közgyűlés elnöke a szegedma.hu-nak. Kakas Béla úgy fogalmazott: Ausztria, Németország és Franciaország lezárja belső határait a bevándorlók előtt, Ausztria és Németország tizenötezer bevándorlót küld vissza Magyarországra, és a hónap végéig a hatvanezret is meghaladhatja a Magyarországra érkező illegális bevándorlók száma. A fideszes politikus hangsúlyozta, az ország nem képes befogadni az illegális bevándorlókat, "nem nézhetjük tétlenül a Magyarországra zúduló bevándorlóáradatot". Kakas Béla kiemelte, a megyét földrajzi fekvéséből adódóan kiemelten érinti az illegális bevándorlás, mely ráadásul már nemcsak a kisebb településeken, hanem a megyeszékhelyen, Szegeden is egyre aggasztóbb méreteket ölt, egyre több kérdést vet fel a lakosságban. Kitért arra is, őt magát, illetve a megyei önkormányzatot is hétről hétre sokan (köztük településvezetők) keresik fel aggodalmaikkal, rámutatva a megélhetési bevándorlók okozta gondokra, jellemzően köztisztasági, közegészségügyi vagy közbiztonsági helyzetre. A bevándorlás témája többször szóba került a megyei közgyűlés ülésén is - mondta Kakas Béla.

### **A Bács-Kiskun Megyei Közgyűlés elnöke elégedett**

Jó módszernek nevezte a jövőben érkező bevándorlók megállítására a magyar-szerb határon megépítendő kerítést a Bács-Kiskun Megyei Közgyűlés elnöke. Rideg László (Fidesz-KDNP) azt mondta, tapasztalataik szerint már csaknem hatvan országból érkeznek az illegális bevándorlók, közöttük nagyon sokan vannak, akik nem polgárháborús körülmények elől, nem az üldöztetés elől menekülnek.

Tájékoztatása szerint naponta mintegy kétszáz ember jelenik meg a zöldhatáron, ami óriási munkát jelent a megyében a határellenőrző szerveknek. Hozzátette: a határ menti települések polgármestereitől is kapott már jelzést arról, hogy az ott élőkben a jelenség félelmet kelt, mert naponta mennek el a kerítésük előtt nagy számban idegenek. A bevándorlók gyakran megbújnak az elhagyatott tanyáknál, a környéken élők pedig a gyümölcsszezon kezdetén féltik a terményeiket.

A közgyűlés elnöke szerint a térségben élők egyfajta megnyugvással fogadták a kerítés megépítéséről szóló híreket, úgy vélik, ez kézzelfogható eredményt jelent. Hozzátette: az is kézzelfogható eredményt jelentett, amikor a koszovói menekülthullámot sikerült megállítani azzal, hogy kiderült: vissza tudják az illegális bevándorlókat vinni a saját hazájukba. Rideg László úgy vélte: a kerítésnek a leginkább a híre lesz a visszatartó erő, mert amikor a bevándorlók megtudják, hogy a határon felállítottak egy ilyet, sokkal kevesebben fognak Magyarországra felé elindulni.

### **Ötszáz határsértőt fogtak el az országban**

Ötszáz határsértőt fogtak el az országban, közülük 379-et Csongrád megye déli részén - közölte a rendőrség csütörtökön. A Csongrád Megyei Rendőr-főkapitányság sajtószolgálatának közleménye szerint a legnagyobb csoportot Ásotthalom külterületén tartóztatták föl: hetvenöt afgán, hat szíriai, egy mianmari, nyolc pakisztáni és két iráni állampolgár lépte át illegálisan a zöldhatárt.

A határrendészet járőrei csütörtökön hajnalban Szegeden, a Petőfi Sándor sugárút és a Móravárosi körút kereszteződésében ugyanarra a kisteherautóra figyeltek fel, amellyel néhány nappal korábban határsértőket szállított két magyar állampolgár. A jármű rakterében ezúttal nyolc szíriai állampolgár utazott. A rendőrök a jármű sofőrjét, a huszonegy éves S. Bencét és társát, a harmincöt éves K. Jánost előállították. A korábbi ügyben már gyanúsítottként kihallgatott Cs. Csabát, a furgon tulajdonosát, szintén előállították, mivel a megalapozott gyanú szerint ő adott megbízást a két férfinak, hogy vigyék el Budapestig a szíreket. Ellenük jogellenes tartózkodás elősegítése vétségének megalapozott gyanúja miatt indult büntetőeljárás.

Időközben egy másik kisteherautót is megállítottak a rendőrök a kereszteződésben, amelynek rakterében három szíriai állampolgár utazott. A sofőrt, az ötvenkét éves K. Antalt és társát, a harminchét éves P. Róbertet embercsempészés büntetnének megalapozott gyanúja miatt fogták el. A határsértők ellen idegenrendészeti eljárást kezdeményezett a rendőrség.

Az Országos Rendőr-főkapitányság kommunikációs szolgálatának tájékoztatása szerint az

országban szerdán összesen 500 határsértőt fogtak el, egy ember ellen közokirat-hamisítás miatt indult büntetőeljárás és hét ellen pedig embercsempészség miatt indult büntetőeljárás.

### **Bevándorlók károkat okoztak a határ menti gazdálkodóknak**

A magyar-szerb zöldhatáron át érkező illegális bevándorlók egy része károkat okoz a határ menti gazdálkodóknak - erről érintettek nyilatkoztak az M1 aktuális csatorna csütörtöki műsorában, ahol több gazdálkodó és falugazdász is megszólalt, akik arról számoltak be, hogy amerre az illegális határátlépők vonulnak, mindenben kárt tesznek. Voltak, akik azt mondták, eddig segítették a bevándorlókat, de azok már annyi kárt okoztak nekik, hogy elfogyott a türelmük.

Vass Antal mórachalmi falugazdász azt mondta, a vonulók fóliasátrakat vágta már föl, kerítéseket és öntözőket rongáltak meg, és a gyümölcsösökben, a vetésekben, a búzatáblákban is kárt tettek.

Ásotthalom jobbikos polgármestere, Toroczkai László szerint a bevándorlók áradata "egészségügyi kockázatot" is jelent az ott élőknek.

Az egyik tompai gazdálkodó arról számolt be, hogy a bevándorlók sokszor egyszerűen beköltöznek az üresen álló házakba. Egy mórachalmi gazdálkodó arról számolt be, hogy nem csak letapossák az útjukba eső gabonátlát, hanem teljesen indokolatlanul is rongálnak: például kerítéseket szaggattak le.

### **Magyar Hírlap3:**

Pindroch Tamás, 2015. Június 19. Péntek. 6:41, Frissítve: 2015. Június 19. Péntek. 9:32

## **„Csak azt tesszük, amit a Nyugat is”**

Felháborító, hogy az ellenzék összemossa az illegális bevándorlókat az unióban munkát vállaló magyarokkal – véli Kósa Lajos

Becslések szerint ötmillió ember van úton Európa felé, akiknek a döntő többsége gazdasági bevándorló, nem politikai menekült. Amíg ez a nyomás nem szűnik meg, csak kényszerintézkedéseket hozhatunk – mondta lapunknak Kósa Lajos, az Országgyűlés rendészeti bizottságának fideszes elnöke a déli határra tervezett határzár kapcsán.



## Magyar Hírlap4:

Kacsoh Dániel, 2015. Június 19. Péntek. 15:43, Frissítve: 2015. Június 19. Péntek. 15:46

### **Szabványos lesz a határzár**

Tisztázták, hogy a rendőrség nem járt el jogtalanul a bevándorlási plakátok rongálóival szemben

*Az Európai Unió előírásainak és a NATO-szabványnak is megfelelő kerítés épülhet a déli határszakaszon – derült ki a nemzetbiztonsági bizottság tegnapi ülésén. A balos ellenzéknek továbbra sem tetszik az intézkedés.*



*Afgán menekültek Ásotthalom közelében (Fotó: Reuters - Szabó Bernadett)*

Olyan határvédelmi kerítés épül a déli határon, amely megfelel a NATO szabványainak – szögezte le tegnap Németh Szilárd, az Országgyűlés nemzetbiztonsági bizottságának fideszes alelnöke a testület zárt ülését követően. Hangsúlyozta, az illegális határátlépők 99 százaléka a szerb határon keresztül érkezik, ugyanakkor nem gondolják, hogy a százhetvenöt kilométeresre és négy méter magasra tervezett kerítés egyben megoldást jelent a bevándorlási problémára. De az intézkedés, valamint a biztonságos országok listáját tartalmazó parlamenti javaslat fontos és szükséges lépés a menekültügy rendezésére.

Az ülést követően a jobbkos Mirkóczki Ádám arról beszélt, olyan információk hangzottak el, amelyek alapján indokoltnak és szükségesnek tartja a szerb–magyar határra tervezett kerítést. Szerinte azonban további intézkedések kellenek. Molnár Zsolt, a bizottság szocialista elnöke elmondta, mind a NATO-ban, mind az Európai Unióban megvannak az előírásai annak, hogyan kell kinéznie egy a határ védelmét szolgáló kerítésnek. Elismerte, a bizottsági ülésen kapott kormányzati tájékoztatás alapján ezeknek megfelelő kerítést terveznek. Ezzel együtt – tette hozzá – pártja nem ért egyet a lépéssel, mivel az „nem való Európába”. Ahogy az LMP is kifogásolja az objektum létrehozását, mondván, az nem humánus, Szél Bernadett szerint egyáltalán nem jelenti a menekültkérdés megoldását.

A bizottság meghallgatta a Belügyminisztérium államtitkárát, Tasnádi Lászlót is, aki arról számolt be, hogy a tárca által felügyelt titkosszolgálatok nem vettek részt a kormány bevándorlásról szóló plakátjainak megromlásával összefüggő ügyekben. Ismert, a

rendőrséget több olyan vád érte, hogy titokban, illetve nyíltan figyelte a plakátokat. Leszögezte, a hatóság a mindenkori törvényeknek megfelelően végzi a munkáját.

Papp Károly országos rendőrfőkapitány az ülésen felidézte, Szigetvári Viktor, az Együtt elnöke, majd párttársa, Juhász Péter is a plakátok megrongálására szólított fel.

Vajnai Attila, az Európai Baloldal nevű párt elnöke pedig még kétezerforintos ellentételezést is ígért érte. A rendőrségnek nincs és nem is volt listája a kihelyezett plakátokról, a rendőrök bejelentésre intézkedtek, ezen túlmenően – a 444.hu portálon közzétett képek alapján – a III. és a XIII. kerületben rendelték el visszatérő közterületi ellenőrzéseket – részletezte. Csak nyílt, jogszerű szolgálatot teljesítettek a rendőrök, titkos információgyűjtést nem végeztek, titkos akciót sem hajtottak végre – szögezte le. Molnár Zsolt kérdésére elmondta, a károk plakátonként húszszertől hetvenezer forintig terjednek.

## **Kormányhatározat**

Megjelent a kormányhatározat a magyar–szerb zöldhatáron felállítandó biztonsági kerítésről. A Magyar Közlönyben közzétett határozat szerint Varga Mihály nemzetgazdasági miniszternek augusztus 1-jéig kell biztosítania az ideiglenes kerítés felállításához szükséges forrásokat. A „rendkívüli bevándorlási nyomás kezelése érdekében szükséges egyes intézkedésekről” szóló határozatban a kormány elrendelte egy négy méter magas ideiglenes kerítés felállításának előkészítését a mintegy 175 kilométeres határszakaszon. A belügyminisztert felhívta arra, hogy – a bevándorlásról és a terrorizmusról zajló nemzeti konzultáció eredményének figyelembevételével – július elsejéig készítsen előterjesztést az illegális bevándorlás elleni hatékony fellépéshez szükséges jogszabály-módosításokról. (GJJ)

Röviden

### **„Magyarország nem ér rá”**

- Magyarországra nehezedik a legsúlyosabb és legjelentősebb nyomás menekültügyben – mondta a külgazdasági és külügyminiszter az M1 reggeli műsorában. Szijjártó Péter emlékeztetett arra, hogy az év első öt hónapjában hazánkba 50 430 bevándorló érkezett, míg Görögországban 48 ezer, Olaszországban 47 ezer bevándorlót regisztráltak. A biztonsági kerítéssel kapcsolatban úgy fogalmazott, az unió keresi a konszenzuson alapuló közös megoldást, de Magyarország nem ér rá.

- Ideiglenesen kerítéssel zárta le a Fidesz budapesti, Lendvay utcai székházát az MSZP több fővárosi politikusa, azt üzenve ezzel, hogy a gyűlöletkampányt folytató politikusoknak „rács mögött” a helyük. Kunhalmi Ágnes, a szocialisták budapesti elnöke azt mondta, hogy a vesztébe rohan az az ország, amely falat húz a határainál, és ezzel „gettóba zárja magát”.

- Az MSZP-s akcióra reagálva Tuzson Bence, a Fidesz szóvivője kijelentette: a szocialisták továbbra sem látják a valós problémát, és még mindig a bevándorlók oldalán állnak. Tuzson szerint Magyarország az illegális bevándorlás szempontjából eddig tranzitország volt, de hamarosan célszággá válhat, hiszen a kérdésben változik Németország és Ausztria fellépése is.

- A Jobbik úgy látja, a kerítés építésével azonos időben az illegális bevándorlók előtt nyitva álló alternatív, például vízi és közúti utakat is a jelenleginél jobban kell védeni, amihez vissza kell állítani az önálló határőrséget. Az ellenzéki párt követeli az összes menekültszálló zárttá tételét és hosszabb távon lakott területen kívülre költöztetését.

- Az összesen 830 menekült elhelyezésére tervezett debreceni befogadóállomáson jelenleg

rekordszámú, 1474 migráns tartózkodik, a táborban kapacitásbővítésre van szükség – mondta Rácz Róbert, Hajdú-Bihar megyei kormány megbízott. A Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal (BÁH) észak-alföldi regionális igazgatósága az év első öt hónapjában 31 327 bevándorló ügyében folytatott eljárást, és mindössze húsz esetben állapította meg a menekültügyi státus jogosságát.

Külföld

### **„Tagállami felelősség”**

Natasha Bertaud, az Európai Bizottság illetékes szóvivője: A határok őrizete tagállami felelősség, a tagállamoknak kell eldönteniük, hogy ehhez milyen intézkedéseket tartanak szükségesnek, de az uniós és a nemzetközi jogot, így az érkezők emberi jogait is tiszteletben kell tartani.

Wprost lengyel hetilap: Európa úgy tesz, mintha nem látná, hogy Magyarország az illegális bevándorlás özönével szembesül, ugyanakkor a még nem létező kerítés a magyar–szerb határon jó ürügy arra, hogy az európai baloldal megint bűnbakká tegye az egyébként is „rossz sajtójú” Magyarországot.

Nils Muiznieks, az Európa Tanács lett emberi jogi biztosa: Meggondolatlan a terv. A menedékkérelmek akadályozása helyett az ahhoz való hozzáférésre kellene helyezni a hangsúlyt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: A Magyarországra bevándorlók száma a „hússzorosára” emelkedett. Ugyanakkor a magyar történelem miatt a határkerítés terve különösen érzékeny.

Corriere della Sera: Új fal épül Európában. A döntés sokkoló, miközben a budapesti bejelentéssel egy időben Ferenc pápa elítélte azokat, akik bezárják a kaput a segítséget kérők előtt.

Aleksandar Vucic szerb miniszterelnök: Meglepő és sokkoló a hír. Szerbia nem követi a magyar példát, nem fog falakat emelni (...) és nem fog Auschwitzban élni.

Il Giornale: A magyar fal következménye az lesz, hogy megnöveli az Olaszország felé áramló migrációt.

A Kronen Zeitung online szavazásán arról kérdezte olvasóit, jó ötletnek tartják-e a kerítést. A válaszok 65 százaléka igen volt.

Alternatíva Németországnak (AfD) ellenzéki párt: A magyarok tudják, mikor kell megnyitni, és mikor kell lezárni a határokat ahhoz, hogy megakadályozzák a jogsértést.

Heinz Fischer osztrák államfő: Rossz irányba tett lépés a határzár, ez a fajta politika új falakat teremt az országok között.

Kolinda Grabar-Kitarovic horvát köztársasági elnök nem kívánta kommentálni a magyarországi terveket, de közölte, Horvátország nem szándékozik hasonló lépéseket tenni.

### **Magyar Idők1:**

Haraszi Gyula, 2015. Június 17. Szerda 19:10

## EURÓPA TÖBB ÁLLAMA KERÍTÉSEKET ÉPÍT

Nem Magyarország az első és egyetlen állam Európában, amely kerítésekkel védekezik a határainál. Spanyolország a schengeni egyezmény 1995-ös hatálybalépését követően határozta el, hogy kerítéssel veszi körül a Gibraltári-szoros túlsó felét, az afrikai kontinensen fekvő, Marokkó területébe beékelődő két enklávét, Ceutát és Melillát. Ceutát már 1993-ban 8,4 kilométer hosszú kerítéssel vették körül, de amikor 1995-ben megindult az afrikai menekültek tömeges beáramlása, meg kellett erősíteni a határvédelmet. A kikötővárost több mint három méter magas, kettős vaskerítéssel vették körül, a rendszer 2001-re készült el. Melillánál 33 millió eurós költséggel harmadik kerítést is felhúztak a két már meglévő mellé a 2005-ös menekültbetörést követően. A több mint 11 kilométer hosszú vaskerítés magasságát meg kellett duplázni. Időközben mozgásérzékelőket, infrakamerákat is felszereltek, ellenőrző pontokat építettek ki. Az Európai Unió támogatta a határvédelem megerősítését. 2013-ban szögesdróttal erősítették meg a biztonsági kerítést. Az egyik legsúlyosabb incidens 2005. szeptember 29-én robbant ki, amikor a kerítésen kívül várakozó migránsok megrohanták a kerítést Melillán, a spanyol határőrök gumilövedékekkel, a marokkói katonák éles puskatüzzel próbálták megakadályozni az illegális bevándorlók bejutását, legalább 13 ember meghalt, több mint ötvenen megsebesültek. 2014. február 6-án Ceután több százán rohamozták meg a több méter magas biztonsági kerítést, ám amikor ezen nem tudták keresztülverekedni magukat, egy kisebb csoport a tenger felől próbálkozott. A spanyol csendőrség gumilövedékekkel és könnygázzal próbálta megakadályozni a rohamot: ennek a konfliktusnak tizenöt áldozata volt.

Hasonló lépésekre szánta el magát Görögország is 2012 tavaszán. Tizenkét és fél kilométer hosszú és három méter magas kerítést építettek a török határszakaszon. A négy méter magas szögesdrótkerítést hőérzékelőkkel és infrakamerákkal is ellátták. A fal elkészülte után az embercsempészek és az illegális határátlépők célpontja Bulgária lett. Ennek hatására a bolgár kormány is lépett: 2013 őszén döntött három méter magas fal építéséről. A szíriai polgárháború kitörése, 2011 márciusa óta ugyanis érezhetően megnőtt az országba érkező menekültek száma. A 32 kilométer hosszú fal 2014 nyarára készült el, az építkezés költségei 10 millió levára (csaknem 1,5 milliárd forintba) rúgtak. A kormány az idei év elején a fal meghosszabbításáról döntött. A 82 kilométer hosszú új szakasz megépítése várhatóan 100 millió levára (közel 15 milliárd forintba) fog kerülni. Az elkészült szakaszon egy év alatt hetedére csökkent az illegális határátlépések száma.

A bevándorlók ellen védő biztonsági kerítések persze nem csak Európában vannak. Az Egyesült Államok és Mexikó több mint 3100 kilométeres határvonalán mintegy 1050 kilométeren húzódik 4-5 méteres acélfalból álló biztonsági kerítés. Az 1600 méteres marokkói–algériai határon egyelőre 100 kilométer hosszúságban zajlik biztonsági fal építése, emellett megkezdődött egy 14 kilométer hosszúságú szakasz tervezése is. Az izraeli kormány a palesztin Ciszjordánia és Izrael közé emelt falat, amely végleges formájában 708 km hosszan fogja elválasztani, helyenként nyolc méter magasan egymástól a zsidó és palesztin lakosságot.

### **Magyar Idők2:**

Bákonyi Ádám– Gabay Dorca, 2015. Június 18., csütörtök 00:00

## AZ ELLENZÉK A KORMÁNYT TÁMADJA

Lehetővé teszik egy törvényjavaslatban a kormánynak, hogy meghatározhassa azon biztonságos tranzitországok körét, ahonnan Magyarország nem fogad

politikai menedékjogot kérőket – jelentette ki a T. Házban Rogán Antal. A Fidesz frakcióvezetője szerint a kormánynak még a nyáron meg kellene tennie a határ lezárásához szükséges intézkedéseket. Az MSZP kivonult, s a többi párt is elfogadhatatlannak minősítette a javaslatot.

Közel százezernyi bevándorló a déli határról, lezáruló nyugati határok, visszatoloncolás a másik oldalról. Ebben a helyzetben a felelős politikusok itt, a parlamentben nem tehetnek mást, mint azonnal mérlegelik, hogy milyen intézkedéseket léptetünk életbe a déli külső határok lezárása érdekében – jelentette ki Rogán Antal a menedékjogi törvény módosításáról szóló expozéjában a parlamentben. A Fidesz frakcióvezetője hangsúlyozta: az elmúlt napokban új helyzet állt be Európában, több ország ugyanis gyakorlatilag felmondta a schengeni szerződést, elkezdődött a belső határok lezárása az Európai Unióban. Szerinte ha Nyugat-Európa lezárja a belső határait a gazdasági bevándorlók előtt, akkor ezek az emberek itt rekednek Magyarországon, akik pedig eddig bejöttek, azokat is vissza fogják toloncolni hozzánk.

– Lehetővé tesszük egy törvényjavaslatban a kormány számára, hogy egy rendeletben meghatározhassa azon biztonságos tranzitországok körét, ahonnan Magyarország nem fogad politikai menedékjogot kérőket – fogalmazott Rogán Antal, aki Görögországot, Szerbiát és Bulgáriát nevezte biztonságos országoknak. A politikus arra kérte az Országgyűlést, minél hamarabb alkossa meg a szabályt, és adják meg a kellő felhatalmazást a kormánynak, hogy még a nyár folyamán megtehesse a határ lezárásához szükséges intézkedéseket. Rogán Antal végül azt kérte a liberális és szocialista képviselőktől, hogy ne ideológiai okok alapján ítéljenek, és „ne legyenek bevándorláspártiak“.

Kósa Lajos, a Fidesz vezérszónoka arra hívta fel a figyelmet, hogy a Magyarországra érkező illegális bevándorlók száma az év végére akár 120 ezer körül is lehet. A politikus hangsúlyozta, a baloldal hiába állítja, hogy ezzel nem kell foglalkozni, igenis sürgősen tenni kell valamit. A KDNP-s Firtl Mátyás a menekültáradat megállítására alkalmasnak nevezte a javaslatot. – Ha Németország, Franciaország szigorít a bevándorlási szabályokon, Magyarország miért ne tenné ezt? – kérdezte.

A szocialisták szerint a kormány nem is akarja kezelni a menekülthullámot, ugyanis a ma hatályos szabályok is előírják, hogy a papírok nélkül érkezőket a menekültügyi eljárás lefolytatásáig őrizetbe kell venni. Harangozó Tamás, a párt vezérszónoka közölte: ha a kormány érdemi javaslatot tesz, arról az MSZP szívesen tárgyal, de nem kívánnak részt venni egy olyan törvényjavaslat vitájában, amely nem több, mint egy propaganda-hadjárat újabb eleme. Az MSZP-frakció képviselői kivonultak az ülésteremből.

*Naponta több száz ember érkezik. Év eleje óta 57 ezren lépték át illegálisan Magyarország határát, naponta több száz ember érkezik, köztük nagyon nagy számban afgán, szír, pakisztáni állampolgárok. Utóbbiak alapvető célja, hogy eljussanak Nyugat-Európa valamely országába, jellemzően Németországba, hiszen ott nagyszámú afgán és szír közösség él – nyilatkozta a Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal (BÁH) főigazgatója. Végh Zsuzsanna a Kossuth rádióban úgy fogalmazott: ezek az emberek nagyon sok áldozatot hoztak, hogy elmeneküljenek a hazájukból. Sokat fizettek, fizetnek az embercsempészeknek, így nem tántorítja el őket az az információ sem, hogy a célországból nagy valószínűséggel visszatoloncolják őket. Sokszorosára nőtt tavalyhoz képest azon kérelmek száma, amelyek Magyarországtól a menedékkérők visszavételét kérték. Hozzátette: a biztonságos harmadik országok körének meghatározásával megfordul majd a bizonyítási teher, és a menekülteknek kell igazolniuk, hogy a*

*magyar szabályok által biztonságosnak mondott állam a menedékkérőnek valamiért mégsem volt biztonságos. Simon Ernő, az ENSZ menekültügyi biztosa az ATV-ben azt mondta: különbséget kell tenni bevándorló és menekült között. Szerinte azokon kell segíteni, akik valóban a halál torkából menekülnek el, míg a bevándorlók, bár nyomorban élnek és gazdasági okokból indulnak el, nincsenek direkt életveszélyben.*

A Jobbik szerint egy határzár nem jelent rendszerszintű megoldást, hosszú távon nem szünteti meg a menekültáradatot. Z. Kárpát Dániel frakcióvezető-helyettes tájékoztatóján azt mondta: pártjuk segítő kezet nyújt minden valódi üldöztetés elől menekülő embernek, de ez nem vonatkozik a gazdasági okokból menekülőkre. Szerinte az ideérkezők elsősorban az európai szociális rendszert célozzák meg. A párt úgy látja, Magyarországon vissza kellene állítani a határőrséget.

A PM-es Szabó Tímea nemcsak rosszindulatúnak és ostobának nevezte a javaslatot, de hangsúlyozta, hogy az még a célját sem fogja elérni, mert szerinte az sem a hazai, sem a nemzetközi jog alapján nem lehetséges. Az Együtt úgy véli: egyetlen európai ország, így Magyarország sem tud egyedül megbirkózni a várható menekültáradattal, az uniónak közös megoldást kell találnia. Szelényi Zsuzsanna közölte: a problémát nem oldja meg az a parlament előtt lévő javaslat, amely határzárakat akar létrehozni a menekültek miatt, és egyúttal biztonságos országgá nyilvánítaná Szerbiát. Az Orbán-kormány csúcsra járattja az idegennyűlölöt, vasfüggönnyet húznak az országra – reagált a Demokratikus Koalíció. Gréczy Zsolt, a párt szóvivője szerint hazugság, hogy a menekültek özönlenének Magyarországra, hogy a szállásuk, ételmezésük és orvosi ellátásuk költségeit az adófizetők állják.

### **Magyar Idők3:**

Kottász Zoltán, 2015. június 18., csütörtök 06:30

## **NÉPVÁNDORLÁS**

### **VEZÉRCIKK**

Új korszakhoz érkezett Európa. Ezt már sokszor és sokan elmondták. Az utóbbi évtizedekben többször is: amikor megalakult az európai integrációt megalapozó Európai Szén- és Acélközösség, amikor összeomlott a Szovjetunió, amikor bevezették az eurót, amikor a kelet-európai országok az Európai Unió tagállamaivá váltak. Mindegyik esemény korszakalkotó a maga nemében. Nem vitathatjuk el, hogy a német–francia kibéküléssel megkezdődött európai integrációnak köszönhetően kontinensünk második világháború utáni történetét a viszonylagos béke, nyugalom és stabilitás jellemezte. Még akkor is, ha volt közben hidegháború, balkáni háború, több olaj- és gazdasági válság. Még akkor is, ha az orosz–ukrán konfliktus újabb hidegháború kialakulásával fenyeget, Görögország államcsődje pedig az eurózóna stabilitását veszélyezteti.

Európa most új, valódi fordulatot jelentő korszakhoz érkezett. Ez az új korszak azonban nem köthető dátumhoz, szerződéshez, konkrét politikushoz, emlékmű-leleplezéshez vagy pénzérme-kibocsátáshoz. Leginkább számokban mérhető. Az új korszak a modern kori népvándorlás időszaka, amelyet a globalizáció, Európa belső határainak lebontása, a pénzügyi válság, az ázsiai és afrikai országokat sújtó fegyveres konfliktusok és számos más tényező idézett elő. Megfőkezhetetlen emberáradat indult útnak a világ legszegényebb tájairól a jobb élet reményében. Eritreai, szíriai, afgán, koszovói és más nemzetiségű polgárok döngöttek Európáig. Ma már nincs olyan ország Európában, ahol az elmúlt években ne döntött

volna rekordokat a bevándorlók száma.

A bevándorlási hullám évek óta Európa egyik legsúlyosabb problémája. Az úgynevezett arab tavasz eseményei és az azt követő nyugati katonai beavatkozások tovább tetézték a gondokat azáltal, hogy a saját hazájukban rendet teremtő autoriter vezetőket megpuccsolták, letartóztatták vagy megölték (netán mindhármat), kaotikus állapotokat teremtve a Közel-Keleten és Észak-Afrikában, megadva a lehetőséget az embercsempészeknek, hogy afrikaiak és ázsiaiak százazreit hajóztassák át a Földközi-tenger túloldalára. Európa vezetői azonban az egyre súlyosbodó problémák, a multikulturális társadalmakban tapasztalható feszültség, az iszlám vallás térnyerésétől való idegenkedés, a hatalmas emberáradat okozta kultúrsokk, az európai országok szociális ellátórendszerére nehezedő nyomás ellenére éveken keresztül nem tettek semmit. A politikailag korrekt beszéd fenntartása érdekében inkább hallgattak, minthogy beismerték volna: baj van.

A Földközi-tengeren történt súlyos hajóbalesetek végre cselekvésre készítetik Európát. Az Olaszország és Görögország partjainál rekedt több tízezer bevándorlónak az uniós tagállamok közötti elosztására vonatkozó brüsszeli javaslat pedig arra világított rá, hogy a nyugat-európai vezetők mégsem annyira toleránsak és befogadóak, mint hittük. Az utóbbi napokban Franciaország és Ausztria is afrikaiakat toloncolt vissza Olaszországba, német és osztrák politikusok a schengeni övezeten belüli határellenőrzés visszaállítását követelték, a választásokra készülő Dániában pedig egymásra licitálva jelentettek be a bevándorlás korlátozásával kapcsolatos terveket a rivális pártok.

A schengeni övezetet azonban hiba lenne felfüggeszteni, hiszen az Európán belüli szabad mozgás az európai integráció egyik nagy vívmánya. Az Európai Uniónak már réges-régen a külső határok megerősítésével kellett volna foglalkoznia. A bolgár-török és a görög-török határszakaszon felépített biztonsági fal után a magyar-szerb határzár is jó lépés e probléma megoldása felé. Új korszak kezdődik Európában. Kérdés, hogy erre Európa rájött-e már.

#### **Magyar Idők4:**

Kis Ferenc, 2015. Június 18., csütörtök 09:07

## **A BEVÁNDORLÁS ÉS A BALOLDAL KETTŐS MÉRCÉJE**

### **A BEVÁNDORLÁS ÉS A BALOLDAL KETTŐS MÉRCÉJE**

Miközben Európa közelelte az illegális bevándorlók miatt forrong, a magyarországi baloldal továbbra is igyekszik elfedni a problémát, és idegenellenes gyűlöletkeltéssel, valamint más belpolitikai ügyek elfedését szolgáló propagandával vádolják a kormányt. Összeállításunkból kiderül, hogy az illegális bevándorlók mellett kiálló szocialisták 2004-ben a kettős állampolgárságról szóló népszavazás kampányában a külhoni magyaroktól féltették az anyaországot, miközben a mostani nyilatkozataik szerint Magyarországnak be kell fogadnia azokat a szír, az afgán vagy a koszovói migránsokat, akik törvénytelen módon, embercsempész szervezett bűnözői csoportok segítségével érkeznek hazánk területére.

A 2004-es népszavazás előtt ugyanez a baloldal mindent elkövetett, hogy a társadalomban félelmet gerjessen a határon túli magyarokkal szemben. Azzal riogattak, hogy több százezer ember telepedik majd át az anyaországba, ezért veszélybe kerülnek a munkahelyek, és elviselhetetlen teher hárul a szociális ellátórendszerre. „Ne fizessünk állásunkkal az olcsó határon túli munkavállalók miatt!“ „Ne fizessünk mások helyett adót, nyugdíjat!“ Ezek voltak a szocialisták kampányszlogenjei.

Hiller István nyilatkozata 2004-ben a kettős állampolgárság kapcsán: „Olyan megoldást várunk, amely biztosítja a magyarság továbbélését és boldogulását a szülőföldön, és amely nem ró terheket a Magyarországon élő magyarokra.“

Semjén Zsolt, a KDNP elnöke a bevándorlásról a hét végén azt mondta: „Abban nincs és nem is lehet vita, hogy az emberiség nevében hozzá kell járulnia minden civilizált országnak ahhoz, hogy akik akár gazdasági, akár politikai okokból kényszerülnek menekülni, azok emberi életet élhessenek a saját szülőföldjükön.“

Horváth Csaba, az MSZP fővárosi frakcióvezetője az alábbi gondolatokat fogalmazta meg a közelmúltban: „A Fidesz-kormány »bevándorláskampánya« semmi másról nem szól, mint gyűlöletről, uszításról, vegytiszta gonoszságról és a korrupciós ügyeikről való figyelemelterelésről“. Horváth ezután azt fejtegeti, hogy a főváros sokszínű, „multikulturális“, sőt kifejezetten invitálja a migránsokat.

Vadai Ágnes a 2004-es népszavazási kampányban még az MSZP színeiben többek között ezzel érvelt a kettős állampolgárság ellen: „A felmérések és a statisztikák egyértelműen bizonyítják, hogy nagyarányú elvándorlás indulna meg a környező országokban, ha többségbe kerülnek az igenek, és kötelező lenne megadni a magyar állampolgárságot a határon túliaknak. Az állampolgárság megadása 540 milliárd forintba kerülne évente az anyaországi adófizetőknek.“

Gyurcsány Ferenc miniszterelnökként 2004-ben úgy fogalmazott: „Amikor azonban elmondjuk, hogy a határon túli fiatalok jelentős része, vagy a közel 800 ezer magyar igazolvánnyal rendelkező határon túli nemzettársunk valószínűleg tartja, hogy áttelepedik Magyarországra, itt venné igénybe az egészségügyi és szociális szolgáltatásokat, itt tartana igényt nyugdíjra, akkor nem riogatunk, hanem tájékoztatunk, és nem alaptalan dolgokat híresztelünk, hanem a tényeket soroljuk.“

Giró-Szász András kommunikációért felelős államtitkár a napokban elmondta: egy bevándorló eltartása naponta ötezer forintjába kerül az adófizetőknek. Ezen felül az államnak pénzt kell áldozni a határőrizet megerősítésére, erre a feladatra extraköltséget kell átcsoportosítani a rendőrségnek.

### **Magyar Idők5:**

MTI, 2015. Június 18. Csütörtök 15:32

### **FIDESZ: A SZOCIALISTÁK MÉG MINDIG A BEVÁNDORLÓK OLDALÁN ÁLLNAK**

A Fidesz szerint a szocialisták továbbra sem látják a valós problémát és még mindig a bevándorlók oldalán állnak.

Tuzson Bence, a kormánypárt szóvivője fogalmazott így csütörtökön, a Parlamentben tartott sajtótájékoztatóján, arra reagálva, hogy napközben az MSZP több fővárosi politikusa ideiglenesen kerítéssel zárta le a Fidesz budapesti Lendvai utcai székházát, azt üzenve ezzel, hogy a gyűlöletkampányt folytató politikusoknak „rács mögött” lenne a helyük. A legújabb adatok szerint több illegális bevándorló érkezik Magyarországra, mint Olaszországba, holott a világsajtó az utóbbi időben hangos – mondta a Fidesz szóvivője, kiemelve, ennek a folyamatnak a megállítására a kerítésépítést tartják az egyetlen lehetséges megoldásnak.

Kérdésekre válaszolva elmondta, míg 2012-ben még csak alig több mint kétezer illegális bevándorló érkezett Magyarországra, addig a számuk 2013-ra 18 ezerre, 2014-re 42 ezerre nőtt, idén pedig már több mint 50 ezren jöttek.

Tuzson Bence szerint Magyarország az illegális bevándorlás szempontjából eddig tranzitország volt, de hamarosan célországá válhat, hiszen a kérdésben változik Németország és Ausztria fellépése is.

További kérdésekre reagálva a szóvivő aláhúzta, a bevándorlók útvonalát embercsempész bűnbandák szervezik, a fizikai határzár után azonban ők már nem választják majd a magyar-szerb határt.

Közölte továbbá, hogy a menekülteket és a gazdasági bevándorlókat másképp kell kezelni. A kormányoldal azért szabályozná törvényben a biztonságos harmadik ország fogalmát, hogy az innen érkezőket az utóbbi kategóriába sorolhassák és egy egyszerűsített eljárással visszaküldhessék őket oda – fejtette ki Tuzson Bence.

## **Magyar Nemzet1:**

MTI, 2015. június 17., szerda 11:54

### **Nógrádi: Jól döntött a kormány, pillanatok alatt felhúzható a kerítés**

Nógrádi György biztonságpolitikai szakértő szükséges lépésnek nevezte a kormány döntését, hogy Pintér Sándor belügyminisztert arra utasította, tegye meg az előkészületeket a szerb–magyar határ négy méter magas kerítéssel való lezárására.

Nógrádi György az M1 csatornának logikusnak nevezte Szijjártó Péter külügyminiszter szerdai bejelentését. A szakértő felidézte, hogy a G7-csúcstalálkozó előtt a németek ideiglenesen lezárták Németország déli és keleti határát, ennek nyomán egy nap alatt lebukott 6600 ember, akinek nem volt semmilyen engedélye a schengeni határokon belüli tartózkodásra, és kábítószercsempészeket is fogtak – fejtette ki.

### **Semmi különös nincs ebben**

Hasonló intézkedéseket hoznak a spanyolok, a bolgárok is – mondta Nógrádi György. Szerinte a magyar kormány szerdai bejelentésében sincs semmi különös. „A lényeg, hogy ezt meg kellett csinálni, mert a menekülés fő útvonala a tengeren Görögország, Olaszország, a szárazföldön Magyarország.” Hozzátette: az albán maffia úgy használta ki Magyarországot, „mintha otthon lenne”, átcsempészt egymillió albánt Nyugat-Európába, és a kábítószerkereskedelem fő iránya lett a Belgrád–Budapest–Pozsony–Prága-útvonal.

A lépés szükséges volt – jegyezte meg, hozzátéve: ebben az esetben a morál és a politika ütközik, de egy kormánynak a politikát kell választania. Be lehet fogadni száz, kétszáz vagy akár ötezer embert, de milliókat lehetetlen. Ezt az emberáradatot fel kell tartóztatni – húzta alá a szakértő.

### **Európának nem kellene**

Ausztriában egy napja bejelentették, hogy nem adnak ki több menekültengedélyt, néhány órája a bajor pénzügyminiszter azt mondta: „Európának nincs szüksége menekültekre”, hajnalban a televíziós hírek arról szóltak, hogy a menekültek miatt a görög szigeteken nem lehet nyaralni – emlékeztetett Nógrádi György.

Azt mondta: a kabinet döntése arról szól, hogy egyeztetünk Szerbiával, amelynek a belügyminisztere is bejelentette korábban, hogy hasonló intézkedést terveznek a szerb–macedón határon.

## **Már csak a macedón határzár kell**

Nógrádi György szerint a jelenlegi technikával ez a fal a teljes szerb–magyar határszakasz 175 kilométeres hosszában „pillanatok alatt felhúzható”. Ettől kezdve a szerbek feladata lesz, hogy a macedón határt lezárva megakadályozzák a menekültek bejutását.

A magyar kormány az a feladata, hogy Magyarországot, a magyar embereket védje – hangsúlyozta a biztonságpolitikai szakértő.

## **Magyar Nemzet2:**

### **Vezércikk**

**Vasfüggöny**, György Zsombor, 2015. június 17., szerda 22:01

Ha nem is egy éjszaka alatt, mint 1961-ben a berlini falat, de rövid időn belül felhúzzák a vasfüggönnyt Magyarország és Szerbia közé. Nem is akármilyet, négy méter magasat, százhetvenöt kilométer hosszúságban. A probléma nem kicsi, előidézői jelentős részben az egykori gyarmattartók és a háborúkat kirobbantó amerikaiak voltak, mi pedig a balkáni országokkal együtt átjáróházzá váltunk miattuk.

A napokban arról érkeztek beszámolók, hogy a franciák lezárták az olasz határt a menekültek előtt. Aztán a hír olvasása közben csak eszünkbe jutott, hogy épp ez a két ország bombázta ki hatalmából Kadhafi líbiai vezetőt, akit ugyan félnótásként ismert a világ, de, mondjuk úgy, biztosan jobb volt 2011 előtt helyi lakosnak és az addig módos arab országban dolgozó vendégmunkásnak lenni, mint most. Irakban és különösen Szíriában hasonló a helyzet; ha a nyugati hatalmak nem kavarnak, most nagyságrendileg kisebb problémát kellene kezelni. Szóval épül a határzár, kíváncsian várjuk, ki lesz a kivitelező...

Annyi bizonyos, jéghideg döntés született: a kormányzati propagandagépezet belpolitikai választ adott az egész kontinenst érintő globális kérdésre, tudatosan ráerősítve a társadalom egy részének jogos félelmére. Régen, talán már 2002-ben feladták a pártközponiban azt az elvet, hogy az emberek felelős polgárok legyenek (lásd polgári Magyarország), s rájöttek, rövid távon kifizetődőbb, ha bizonyos ügyekben az ösztönökre építenek.

Ám ameddig a politika az ország megerősítését hozza magával, nehéz rajta fogást találni. Örvendetes az is, ha a kormányzat határozott lépéseket tesz a közbiztonság erősítéséért, és kifejezetten örömteli, ha az ország vezetősége európai, sőt globális léptékekben is képes gondolkodni, legalábbis ami a probléma felismerését illeti. Az államfő kedvenc témája, a környezetvédelem ilyen ügy, s mindenképpen az a menekültkérdés is, amelyben a miniszterelnök foglalt el markáns álláspontot. Közben ismét bebizonyosodott, hogy az uniós válsághelyzetben képtelen értelmes és gyors döntést hozni. Ennek következtében a tagországok saját, önző eszközeikkel érvényesítik érdekeiket, egymás rovására is. Ám amikor az aktivizmus átcsap demagógiába, a vélt tömegigény kritikátlan kiszolgálásába, akkor muszáj azt mondani, hogy állj, fecseg a felszín! Amennyire kellő érzékenységgel és gyorsasággal lépett fel a kormány a migráció ügyében a nagypolitika színpadára, annyira bumfordi, sőt kegyetlen maga a megvalósítás.

Már csak azért is az, mert léteznek modern felderítő eszközök, amelyekkel helyettesíthető a vasfüggöny, a bácskai éjszakában senki sem láthatatlan. A belügyminiszter néhány hete még azt állította, hogy elképesztően hatékonyan dolgoznak, a határsértők 97 százalékát megfogja a rendőrség. Akkor minek a szögesdrót?

A kormányfő pedig azt emlegette, hogy a gazdasági bevándorlókat nem tudjuk eltartani, de a valódi politikai menekülteken segítenünk kell, hiszen – őt idézve – „ez egy keresztény ország, van a szívünkben irgalom, nyilvánvalóan, aki üldözött, annak segítséget kell nyújtani”.

Hogyan is? Merthogy a teljes határzár és az irgalom kizárja egymást – a Szerbián át érkezők pedig a kormány értelmezése szerint már csakis gazdasági bevándorlók lehetnek.

Ha a déli határt lezáró kerítés valóban megépül, a kormány egy dologra már nehezen hivatkozhat: a keresztény szolidaritásra. Ferenc pápa tegnap délelőtt még Franciaországra utalva azt mondta: „Kérjétek bocsánatot azokért a személyekért és intézményekért, amelyek becsukják az ajtót ezek előtt az emberek előtt, akik családot keresnek, akik védelmet keresnek.” Rajta kívül nincs más nemzetközi szereplő, aki erkölcsi kritikával illethetné a kormányt.

### **Magyar Nemzet3:**

MNO, 2015. június 17., szerda 10:46

## **Döntött a kormány, jön a határzár**

A Magyarország és Szerbia közötti 175 kilométeres szakaszon 4 méter magas kerítés épül.

A külgazdasági és külügyminiszter közölte: a kormány megtárgyalta Pintér Sándor belügyminiszter beszámolóját, aki részt vett az EU-országok belügyi tárcavezetőinek luxembourgi tanácskozásán, ahol a bevándorlásról tárgyaltak a felek.

Jelenleg az EU előtt álló egyik legsúlyosabb kihívásról beszélünk – szögezte le Sziijártó Péter. Hozzátette: a belügyminiszterek tanácskozásán kiderült, Magyarországot érinti a legsúlyosabban a bevándorlás az államok közül. Erre a kihívásra keresik a választ a tagok, a közös út megtalálása azonban időbe telik. Magyarország viszont nem engedheti meg magának, hogy tovább várjon.

Egy 175 kilométeres, 4 méter magas kerítés építéséről van szó. Ennek előkészítésére kapott utasítást a belügyminiszter – hangsúlyozta Sziijártó Péter. A külgazdasági és külügyminiszter kiemelte, Magyarország a kerítés felállításával semmilyen nemzetközi jogi kötelezettséget, semmilyen nemzetközi szerződést nem szeg meg.

Sziijártó Péter kiemelte: a probléma súlyos helyzet elé állítja Magyarországot. A magyar döntés nem egyedülálló. Ezzel kapcsolatban hivatkozott arra, hogy a görög–török, valamint a bolgár–török határon is volt kerítésépítés, és spanyol városok Észak-Afrikában is így védik magukat a bevándorlási nyomással szemben. A miniszter arról is beszélt, hogy a térségben élő gazdák is rendkívül súlyos problémaként említették a bevándorlók vonulását az adott határ menti területeken.

A kabinet arra is utasítást adott – közölte –, hogy el kell végezni azokat a szükséges jogi előkészítő munkálatokat, amelyek nyomán Magyarország az összes EU-s és EU-tagjelölt államot biztonságos országnak minősít.

Július 1-jén a magyar és a szerb kormány csúcstalálkozót tart, amelyen részletesen tájékoztatni fogják a szerb felet a magyar intézkedésekről – közölte Sziijártó Péter.

A kormány elkötelezett aziránt, hogy megvédje Magyarországot és a magyar embereket a bevándorlási nyomással szemben – zárta szavait Sziijártó Péter.

Hasonló intézkedéseket hoznak a spanyolok, a bolgárok is – mondta Nógrádi György. Szerinte a magyar kormány szerdai bejelentésében sincs [semmi különös](#). Hozzátette: az albán maffia úgy használta ki Magyarországot, „mintha otthon lenne”. A lépés szükséges volt – jegyezte meg, hozzátéve: ebben az esetben a morál és a politika ütközik, de egy kormánynak a

politikát kell választania. Be lehet fogadni száz, kétszáz vagy akár ötezer embert, de milliókat lehetetlen. Ezt az [emberáradatot](#) fel kell tartóztatni – húzta alá a szakértő.

A [pártok reakcióit itt](#) olvashatja, a [szerb véleményeket](#) pedig itt.

A [Népszava írt arról szerdán](#), hogy az elmúlt napokban a rendőrség teljes logisztikájával arra készült fel, hogy bármelyik pillanatban a lehető legszorosabb [határzárát léptessék életbe](#) Szerbia irányából. Mint írták, a kormányfő utasítására hazai és nemzetközi jogi kötelezettségeket is megvizsgált a Belügyminisztérium ahhoz, hogy külön törvényi felhatalmazás nélkül, a jelenleg hatályos jogrendben milyen eszközökkel, hogyan érhető el a menekültek határátlépésének megakadályozása.

A szerdai kormányülés előtt Lázár János a [Hír TV-nek azt mondta](#): ha az Európai Bizottság nem lép az ügyben, nincs más lehetőség, mint lezárni a határt. „Az első félévben 53 ezer illegális határátlépő lépte át a határt. Az én választókerületem ebben kiemelten érintett, pontosan látom, hogy a korábbiakhoz mérten sokkal többen jönnek. Véleményem szerint az Európai Bizottsággal tárgyalni kell, megoldásra kell törekedni, és ha nem marad más megoldás, akkor ezt az eszközt alkalmazni kell” – fogalmazott a Miniszterelnökséget vezető miniszter.

Rogán Antal, a Fidesz frakcióvezetője szerda reggel az M1-en arról beszélt, hogy „ha a nyugatiak lezárják a határaikat, akkor nekünk is le kell zárni a déli határt. Ha ez nem következik be, akkor Ausztria, illetve más irányba nem tudnak továbbmenni, így az fog történni, hogy ez az idei évben már százezres nagyságrendű bevándorlóáradat Magyarországon fog rekedni”.

Év eleje óta [57 ezren lépték át illegálisan Magyarország határát](#), naponta több száz ember érkezik, köztük nagyon nagy számban afgán, szír, pakisztáni állampolgárok – közölte a Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal (BÁH) főigazgatója a Kossuth Rádió 180 perc című műsorában szerdán.

Aleksandar Vucic szerb miniszterelnököt szavai szerint meglepte és sokkolta a hír, hogy Magyarország 4 méter magas kerítéssel zárna le a magyar–szerb határ 175 kilométer hosszú szakaszát, és kijelentette: Szerbia nem követi a magyar példát, „nem fog falakat emelni [ ] és nem fog Auschwitzban élni”.

A szerbiai közszolgálati televízió szerda esti híradójában a kormányfő azt mondta, szerinte nem az a megoldás, hogy falakat emelnek. A legtöbb illegális migráns Macedóniából – az uniós Görögországon keresztül – és az EU-tag Bulgáriából érkezik Szerbiába. Bulgária már felhúzott egy 240 kilométer hosszú kerítést a török határon, hogy távol tartsa az illegális bevándorlókat. „Nekünk is falakat kellene emelnünk a macedón és a bolgár határon? Mi nem fogunk falakat emelni, ezt garantálom. Szerbia nem zárja be önmagát, Szerbia nem fog Auschwitzban élni” – fogalmazott a szerb kormányfő.

### **Magyar Nemzet4:**

MTI, 2015. június 17., szerda 14:54

## **Határzár: a liberálisoknak sok, a Jobbiknak kevés**

Az MSZP, az LMP és az Együtt sem akar kerítést. Pásztor István szerint viszont Szerbiának is könnyebbé tehető a lépés.

A Jobbik üdvözli a kormány által bejelentett határozatot, ám a párt szerint „ez a lépés bár rövid távon lassítani fogja az illegális bevándorlást, ám a migránsok az embercsempész bandák segítségével közép- és hosszú távon új útvonalakat, más határszakaszokat fognak igénybe venni és azokon keresztül hazánkba szivárogni.” Z. Kárpát Dániel és Mirkóczki Ádám a párt parlamenti frakciójának közleményében kiemelte: „nem jelent megoldást a Nyugat-Európából hazánkba visszatoloncolt tömegek által okozott problémákra sem, az ő sorsuk továbbra is bizonytalan.” Ezért Z. Kárpát szerint zártnak kell tenni a menekülttáborokat, vissza kell állítani az önálló határőrséget, és meg kell teremteni a visszafordíthatóság intézményének jogi garanciáját. „Ragaszkodunk továbbá ahhoz, hogy a délvidéki magyarság a jövőben se szenvedjen semmilyen hátrányt a jelenlegi határ átlépése során” – közölte a párt frakcióvezető-helyettese és országgyűlési képviselője.

A Magyar Liberális Párt ugyanakkor elutasítja a kerítés tervét: mint a szervezet írta, „mi a szolidaritáson és a közös fellépésen alapuló európai megoldásban hiszünk. Úgy gondoljuk, hogy egyetlen érintett állam sem tudja a kérdést önmaga megoldani. Igazi megoldás csak akkor lesz, ha a gyökereinél tudjuk kezelni a bajt, erre pedig csak egy erős, egységes Európa lehet képes.”

Az MSZP szerint sem jó eszköz a határzár. Tóbiás József elnök-frakcióvezető sajtótájékoztatóján arról beszélt, hogy az európai határok védelméről egyeztetni kell az uniós tagállamokkal, közösen kell megvédeni minden menekültet, és közösen kell megvédeni Magyarország polgárait az illegális bevándorlóktól. Ehhez józan észre és szakmai egyeztetésre van szükség – hangoztatta. A megoldást firtató kérdésre Tóbiás József azt válaszolta, a kormánydöntéssel beismerték, hogy a határrendészeti, rendvédelmi szervek forráshiánya miatt vagy politikai okokból kell ezt az utat választani. Hozzátette: modern eszközök segítségével elvégezhető lenne a zöldhatár védelme.

Az LMP társelnöke, Schiffer András sem örült a kerítésnek. Facebook-oldalára [ezt írta ki](#) a határzár bejelentése után: „Tessék mondani, a szerb határra emelt szögesdrót mennyiben fog különbözni a palesztinokat gettóba záró izraeli faltól?” Az Együtt társelnöke, Szigetvári Viktor is a közösségi oldalon [reagált](#). „25 évvel ezelőtt nem azért bontottuk le a szögesdrótokat, hogy Orbán Viktor most ismét egy 4 méter magas kerítés mögé zárja Magyarországot. Nem erről volt szó. Sem 25 évvel ezelőtt, sem 2010-ben, sem 2014-ben. Ezzel a lépéssel a kormány súlyosan veszélyezteti Magyarország európai pozícióját és érdekeit. Mert azt a kerítést Orbán Viktor valójában nem a déli határszélre, hanem Európa és Magyarország közé húzza fel” – közölte.

Szerbia számára is könnyebbséget jelenthet a magyar–szerb zöldhatár lezárása – mondta el Pásztor István, a Vajdasági Magyar Szövetség (VMSZ) elnöke. Szerinte ha a migránsok ezen az útvonalon nem tudnak bejutni az Európai Unióba, akkor „nagy valószínűséggel meg fogják kerülni ezt a területet”. Pásztor az MTI belgrádi tudósítójának arról is beszélt, hogy a magyarországi határzárral Szerbia számára nem oldódik meg a probléma. „A mi számunkra akkor oldódik meg igazából a probléma, ha a szerb bejövőoldalon is meglesznek ezek az intézkedések” – tette hozzá. Kifejtette, hogy pártja támogatja a szerb kormány azon törekvéseit, amelyek az illegális bevándorlók megfékezésére vonatkoznak.

„A kormány az egyetlen felelős döntést hozta meg ma. Európa más országai is egyre szigorúbb lépéseket tesznek, ezért Magyarországnak is cselekednie kellett. Ausztria, Németország és Franciaország lezárja belső határait a bevándorlók előtt, Ausztria és Németország 15 ezer bevándorló visszaküldéséről döntött Magyarországra, és hazánkba a hónap végéig a 60 ezret is meghaladhatja az illegális bevándorlók száma. Magyarország nem

képes befogadni az illegális bevándorlókat, nem nézhetjük tétlenül a Magyarországra zúduló bevándorlóáradatot” – reagált a Fidesz.

Ismert, Sziijártó Péter a szerdai kormányülés szünetében jelentette be, hogy a kormány utasítást adott a belügyminiszternek: haladéktalanul kezdje meg a magyar–szerb határ lezárásának fizikai előkészületeit. Mint [megírtuk](#), azt szeretné a kormány, hogy ezeket jövő hét szerdáig végezzék el.

## **Magyar Nemzet5:**

MTI, 2015.06.18., 08:10

## **Sziijártó: Több itt a menekült, mint az olaszoknál**

Az ET emberi jogi biztosa szerint meggondolatlan a döntés.

Sziijártó Péter emlékeztetett arra, hogy az év első öt hónapjában Magyarországra 50 430 bevándorló érkezett, míg Görögországban 48 ezer, Olaszországban pedig 47 ezer bevándorlót regisztráltak. A magyar–szerb határon felállítandó biztonsági kerítésre utalva azt mondta, az unió keresi a konszenzuson alapuló közös megoldást, de Magyarország nem ér rá.

Arról beszélt, hogy a nemzetközi médiában inkább csak a Földközi-tengeren érkező bevándorlókat látni, de arról már kevesebbet beszélnek, hogy Magyarország még nagyobb nyomást kénytelen elviselni. Úgy tűnik, az unió nem akar tudomást venni arról, hogy a nyugat-balkáni útvonalon is tízezrrel érkeznek Európába bevándorlók – mondta.

A miniszter szerint ebben a helyzetben evidens, hogy a kormány lépéseket tesz Magyarország, a magyar emberek megvédésére a bevándorlási nyomástól, ezért döntöttek [a biztonsági kerítés felállításának előkészítéséről](#).

Arra hívta fel a figyelmet, a kerítést a zöldhatáron állítják fel, hogy megfékezzék az illegális határátlépést, vagyis legálisan továbbra is be lehet majd lépni a határátkelőhelyeken.

Sziijártó Péter elmondta, szerdán telefonon beszélt a szerb külügyminiszterrel, és jövő szerdán, a belügyminiszter előterjesztésének ismeretében újra tájékoztatni fogja őt a fejleményekről. A bevándorlás kérdése várhatóan az uniós külügyminiszterek hétfői luxembourgi tanácskozásán is szóba kerül majd – mondta. Hozzátette: nagyon hangsúlyosan újra fel fogja hívni a figyelmet arra, hogy Európába két útvonalon érkeznek bevándorlók nagy számban.

Sziijártó Péter a TV2 Mokka című műsorában azt is mondta, hogy a magyar kormány szerint az unió kívül kell kezelni a kérdést. Példaként említette, hogy amikor az unió tárgyalásokat folytat – kereskedelmi kedvezményről, pénzügyi támogatásról, fejlesztési programokról – azokkal az országokkal, ahonnan a bevándorlók nagy számban érkeznek, akkor világossá kell tenni: a pénzt úgy költsek el, hogy ne kényszerítsenek senkit arra, hogy politikai vagy gazdasági okokból el kelljen hagynia az országot.

Arra a kérésre, [kommentálja Ferenc pápa mondatát](#), azt mondta: teljes mértékben egyetért azzal, hogy azokat segíteni kell, akiket otthonuk elhagyására kényszerítenek. Hozzátette: ha az embereknek gazdasági okból kell elhagyniuk otthonukat, akkor az okot kell megszüntetni. Az emberi méltóság megsértését kell megakadályozni, ezeket az országokat segíteni kell abban, hogy egyetlen család se legyen, amelynek gazdasági okból el kell hagynia az otthonát

– mondta a miniszter.

Az azonban más kérdés, ha politikai menekültekről van szó, hiszen Magyarország mindig is befogadta őket, mindig menedéket adott azoknak, akiket a diktatúrák elűldöztek – jelentette ki Szijjártó Péter.

A „rendkívüli bevándorlási nyomás kezelése érdekében szükséges egyes intézkedésekről” szóló határozatban a kormány elrendelte a mintegy 175 kilométer hosszúságú magyar–szerb határszakaszon – a zöldhatár átjárhatóságának megszüntetése érdekében – egy négy méter magas ideiglenes kerítés felállításának előkészítését.

A kormány a határozatban a belügyminisztert arra is felhívta, hogy – a bevándorlásról és a terrorizmusról zajló nemzeti konzultáció eredményének figyelembevételével – július elsejéig készítsen előterjesztést az illegális bevándorlás elleni hatékony fellépés érdekében szükséges jogszabály-módosításokról.

Meggondolatlanság Magyarország terve, hogy kerítéssel állja útját a migránsoknak – így reagált az egyik mikroblogon közzétett rövid üzenetben csütörtökön az Európa Tanács emberi jogi biztosa, Nils Muiznieks a szerdai budapesti bejelentésre. A lett politikus úgy ítélte meg, hogy a menedékkérelem akadályozása helyett az ahhoz való hozzáférésre kellene helyezni a hangsúlyt.

A határok őrizete tagállami felelősség, és a tagállamoknak kell eldönteniük, hogy ehhez milyen intézkedéseket tartanak szükségesnek, de az uniós és a nemzetközi jogot, így az érkezők emberi jogait is tiszteletben kell tartani – hangsúlyozta az Európai Bizottság illetékes szóvivője a magyar döntésre reagálva.

Az emberi jogok mellett Natasha Bertaud külön kiemelte annak az elvnek a tiszteletben tartását, hogy senkit sem szabad olyan országba visszatoloncolni, ahol élete, testi épsége nincs biztonságban.

A migrációs ügyekért felelős szóvivő emellett annyit mondott, hogy a bizottság nem a kerítések alkalmazását tartja a legjobb megoldásnak, inkább más intézkedéseket javasol, de ezeket nem részletezte. „Csak nemrég bontottuk le a falakat Európában, nem kellene ismét felhúzni őket” – mondta Bertaud.

### **Magyar Nemzet6:**

Sarnyai Gábor, 2015.06.18., 17:30

## **Nagyon drága lesz és lehet, hogy semmit sem ér a határzár**

Veszélyes, költséges és haszontalan lehet a szerb határon felhúzendó kerítés vagy fal – ezt mutatják a nemzetközi példák, és így véli a szakértő.

A kormány utasítást adott a belügyminiszternek, hogy kezdje meg az előkészületeket a szerb–magyar határ fizikai lezárására – jelentette be a minap Szijjártó Péter külgazdasági és külügyminiszter. A tárcavezető kijelentette: Magyarország semmi különöset nem tesz, csak nemzetközi példákat követ. Valóban léteznek a görög–török, valamint a bolgár–török határon is kerítés, és az észak-afrikai spanyol területek is így védik magukat a bevándorlási nyomással szemben. De nemcsak Európában védekeznek így az illegális migrációval szemben, a

legnagyobb és a legköltségesebb, de egyben leghatékonyabb rendszer az amerikai–mexikói határon található.

George W. Bush elnök [a fal megépítése mellett érvelő beszédében hangsúlyozta](#): „a nemzetünk a bevándorlók nemzete, de egyben a törvénytisztelet nemzete is vagyunk”. Arra is kitért, hogy az illegális bevándorlók elveszik a kórházi ágyakat, az iskolai helyeket és növelik a bűnözést. Az elnök azzal is érvelt, hogy ezzel a módszerrel megállítható a drogcsempészet és terroristák beáramlása.

A fal megépítése 4,1 milliárd dollárba került. Természetesen ez nem a végösszeg, hiszen a fenntartási költségei is nagyon nagyok. A [Forbes magazin](#) szerint Amerika az elkövetkezendő 25 évben 75-től 100 milliárd dollárig terjedő összeget fog költeni a rendszer fenntartására. Azt is kiszámolták, hogy a határzár ebben az időszakban két és fél millió embert akadályoz meg abban, hogy belépjen az Egyesült Államok területére, vagyis feltartóztatott bevándorlónként a fal 40 ezer dollárba kerül az amerikai adófizetőknek.

Az amerikai határzár igen hatékony: a megépítése után az illegális [bevándorlás a 70-es évek szintjére](#) esett vissza. A határátlépésből fakadó letartóztatások száma – a mexikói szakaszon – 2005 és 2010 között 61 százalékkal csökkent. Azt hozzá kell azonban tenni, hogy az USA-ba bevándorló migránsok jelentős többsége gazdasági bevándorló, így egy kisebb ügyintézés után már vissza is küldhetik őket Mexikóba. Viszont a csempészet nem szorult vissza, több videó is kering az interneten arról, hogy a mexikói bandák milyen leleményes módszerekkel játsszák ki határrendészetet.

A helyzet idehaza egy picit más. Mi történik, akkor ha az emberek átmásznak a falon és átjutnak Magyarországra? A rendőrség megállíthatja őket? Erről kérdeztük Nagy Boldizsár menekültjoggal foglalkozó nemzetközi jogászt, az ELTE oktatóját. Véleménye szerint a megépíteni kívánt kerítés egésze feltehetően Magyarország területén lesz felhúzva, hiszen elég körülményes lenne azt pontosan a szerb–magyar határvonalra építeni; a karbantartása, az ellenőrzése is nehézkes lenne. Így tehát az menekülteknek nem is kell felmászniuk a kerítésre. A nemzetközi jog értelmében – ha kéri a magyarországi menekültstátuszt a helyszínen, akár a kerítés Szerbia felőli oldalán állva – a magyar szerveknek kötelességük az előzetes menekültügyi eljárást elindítaniuk, mert a kerítés túloldala is magyar joghatóság alá tartozik, ott is érvényesek a magyar törvények.

A melillai, spanyol fal 11 kilométer hosszú és három méter magas és 33 millió euróba került. A bolgár–török határon épült pedig 85 kilométer hosszú, 3 méter magas, építési költsége összesen 45 millió euró volt. Egy határzár ára sok mindentől függ. Például, hogy hány réteg szögesdrótot telepítenek, vagy hogy csak gyalogos elterelőt vagy autós blokádot is építenek-e. De ha a bolgár példát vesszük alapul, abból az jön ki, hogy a magyar határzár minimum 30 milliárd forint körüli összegbe fog kerülni. Lázár János a szokásos csütörtöki sajtótájékoztatóján elmondta, hogy még nem lehet tudni, kivel építtetik meg a falat. Felhívta a figyelmet arra is, hogy a magyar kormány továbbra is betart minden nemzetközi egyezményt a menekültekkel kapcsolatban. Mint mondta, Magyarországot nem érheti semmiféle kritika Brüsszelből, de máshonnan sem, mert a délszláv háborúk elől menekülőket is befogadta az ország, és továbbra is így teszünk azokkal, akiknek veszélyben az életük.

Lapunk megkérdezte az Európai Bizottságot, hogy az unió finanszírozza-e ezeket a létesítményeket, esetleg Magyarország kaphat-e uniós forrást az építkezésre. A migrációs és a belügyi biztos sajtóosztálya azt válaszolta, hogy eddig két határzárra kértek pénzt a tagországok, az egyik a görög evroszi, a másik spanyol melillai volt; mind a kettőt elutasították. Azt is elmondták, hogy minden segítséget megadnak a tagállamoknak ahhoz, hogy megvédjék az EU külső határait, természetesen úgy, hogy mindeközben tiszteletben

tartsák a migránsok alapvető jogait és betartsák a vissza nem küldhetőség tilalmát. Magyarország például a 2014–2020-as ciklusban 40 millió eurót kap az uniótól a határok megvédésére, azonban határzárépítés sem a 2007–2013-as, sem a 2014–2020 költségvetésben nem szerepel. Azt is megemlítették, hogy Magyarország Belső Biztonsági Alap (ISF) tervét már véglegesítették, és abban a magyar fél nem említett határzár-építési terveket.

Az amerikai határzár esetében a legveszélyesebb szakaszon, a [Sonora-sivatag](#)ban nem épült határzár. Ennek az lett a következménye, hogy a vándorlók elkezdtek inkább ezt a területet „ostromolni”, ez viszont komoly áldozatokat követel. Az első autót út elérése ezen a szakaszon három-öt napba telik a hatalmas hőségben. Az amerikai határon harminc év alatt 5000 ember halt meg határátlépés, a 2004 és 2008 közötti időszakban [azonban 1086 halálesetet regisztrált a határőrség](#) csak az arizonai szakaszon. Erre van európai példa is: Estrella Galán, a spanyol menekültügyi segítő szervezet [főtitkára szerint](#) az ottani határzár arra sarkallta a menekülteket, hogy a sokkal veszélyesebb földközi-tengeri útvonalat válasszák.

A kerítés másik hatása az elterelés mellett az illegális táborok kialakulása lehet. Az afrikai spanyol város, Melilla melletti hegyekben [emberek tömegei élnek a szabad ég alatt](#). Innen indítják meg a csoportos átkeléseiket abban a reményben, hogy ha nagyobb számban próbálkoznak, akkor többüknek sikerülhet átjutni. Ilyen illegális táborok a Vajdaság északi részén már régóta megtalálhatóak, és a magyar határ téli megerősítése óta az utcákon élő bevándorlók száma drasztikusan megnőtt. Már nemcsak Szabadkán, hanem Magyarkanizsán is tömegesen élnek az utcán az emberek. Vagyis a gettósodás már elkezdődött a térségben – kérdés, hogy merre fejlődik a jelenség.

### **Népszabadság1:**

Bitá Dániel, 2015.06.17., szerda 19:58

## **Előre megírták a nemzeti konzultáció eredményét**

Néhány óra alatt sokat romolhatott a helyzet a magyar–szerb határon, ha kormánypárti politikusok nyilatkozatait tekintjük irányadónak. Kósa Lajos, a Fidesz ügyvezető alelnöke szerdán reggel a TV2-n még azt mondta: fizikai határzár kiépítése nem látszik szükségesnek, mivel a rendőrség e nélkül is képes az illegális bevándorlók feltartóztatására, így ez a megoldás csak végső esetben képzelhető el. A végső eset azonban néhány órán belül előállt.

A kormány utasította Pintér Sándor belügyminisztert, hogy jövő szerdáig készítse elő a magyar–szerb határ lezárását – jelentette be Szijjártó Péter a kormányülés szünetében, kevéssel dél után. Az előkészületek – bár

**az egymilliárdból rendezett bevándorlásügyi nemzeti konzultáció még le sem zárult,**

ráadásul a kérdések között szó sem volt déli vasfüggöny felhúzásáról – már alighanem elkezdődtek, hiszen a külügyminiszter tényként közölte, **négy méter magas kerítést húznak fel** a 175 kilométeres határszakaszon.

Szijjártó hangsúlyozta, hogy az intézkedés nem sérti a nemzetközi jogot, és nem egyedülálló: a görög–török és a bolgár–török határon is épült kerítés, mint ahogyan a Spanyolországhoz tartozó észak-afrikai városok is így védekeznek a bevándorlók áradata ellen.

A Jobbik helyeselte, hogy a kormány „végre érdemi lépést jelentett be”, ám a párt szerint az embercsempészek új útvonalakat fognak találni, és azon sem segít a határzár, ha Nyugat-Európából visszatoloncolják Magyarországra az unió területére itt belépő menekülteket. A szélsőjobboldali párt továbbra is a menekülttáborok zárttá tételét és az önálló határőrség visszaállítását sürgeti, valamint azt, hogy a bevándorlókat visszafordíthassák a hatóságok.



*A zsákutca neve Szerbia, Reviczky Zsolt / Népszabadság*

A baloldali ellenzék tiltakozik. Tóbiás József MSZP-elnök szerint a szögesdrót nem jó eszköz, a határvédelemről egyeztetni kell a többi EU-tagállammal, a kormány döntése pedig méltatlan Magyarországhoz, amely egyszer már egyesítette Európát nyugati határának megnyitásával. Gréczy Zsolt, a DK szóvivője azt kérdezte: mennyibe kerül a szögesdrót felhúzása? Arra is kíváncsi volt, vezetnek-e áramot a kerítésbe, a határt őrzők kapnak-e lőparancsot, illetve hogy a kormány tervezi-e a román és az ukrán határ lezárását is.

Schiffer András, az LMP társelnöke a „palesztinokat gettóba záró izraeli falhoz” hasonlította a szerb határra tervezett kerítést, és embertelennek nevezte a kormány ötletét.



*Szíriai menekültek Ásotthalomnál, Reviczky Zsolt / Népszabadság*

A parlament szerdán délelőtt kezdte tárgyalni a menedékjogi törvény módosítását, amely felhatalmazná a kormányt arra, hogy rendeletben határozza meg a biztonságosnak tekintett országok sorát.

**A cél az, hogy az ezekből érkezők ne igényelhessenek politikai menedékjogot.**

Rogán Antal, a Fidesz frakcióvezetője a vitában még legutolsó lehetséges lépésként hozta csak szóba a határozatot, arra az esetre, ha az Európai Unióban is megkezdődik a belső határok lezárása a menekültek miatt.

Az MSZP kivonult a vitáról. Harangozó Tamás frakcióvezető-helyettes előzőleg azt mondta: a javaslat az ócska kormányzati propaganda része, miközben azt a jelenlegi szabályok is előírják, hogy a papírok nélkül érkezőket a menekültügyi eljárás lefolytatásáig őrizetbe kell venni. Szerinte ennek a hatóságok nem tesznek eleget.

### **Népszabadság2:**

Az írás a Népszabadság 2015. 06. 18. számában jelent meg.

Tanács István - Fekete Gy. Attila - Lencsés Károly - Bitá Dániel

## **Huszonkétmilliárdból építi fel az Orbán-kormány a gyűlölet falát**

Négy méter magas, 175 kilométer hosszú kerítést épít Magyarország a szerb határon. Információnk szerint a megvalósítására 22 milliárd forintot szánnak. Alekszandar Vucsics szerb miniszterelnök felháborodottan közölte, országa nem emel falakat, nem zárja be önmagát, és „nem fog Auschwitzban élni”.

Nem üres fenyegetőzés volt, hogy a kormány a déli határ lezárását fontolgatja. Tegnap az is kiderült, mit jelent ez a valóságban: a 175 kilométeres magyar–szerb határszakaszon négy méter magas kerítés létesül. A belügyminiszter egy hetet kapott az előkészületekre.

### **Szijjártó Péter külügyminiszter azt mondta,**

*Európa keresi a megoldást menekültügyben, de az oda vezető út időigényes, a kormány pedig nem vár tovább.*

A görög–török és a bolgár–török határt záró kerítésre hivatkozva hozzátette, nem példa nélküli az, amire a magyar kabinet készül.

Nebojsa Sztefanovics szerb belügyminiszter néhány napja ezzel szemben úgy foglalt állást: nemzetközi jogszabályokba ütközne, ha Magyarország lezárná a közös határt. Miután csalódnia kellett, a belügyminiszter szerdán arra kérte az Európai Unió országait, hogy segítsenek Szerbia határainak védelmében, azért is, mert országába főként uniós államokból, Görögországból és Bulgáriából érkeznek menekültek. Alekszandar Vucsics szerb miniszterelnök jóval keményebb volt: „Mi nem fogunk falakat emelni. Ezt garantálom. Szerbia nem zárja be önmagát, Szerbia nem fog Auschwitzban élni” – fogalmazott. Csikós László, a szerb kormány államtitkára viszont lapunknak azt mondta, remény van arra, hogy a határzár miatt megcsappan a menedékkérők száma, a migránsok el fogják kerülni a

Délvidéket, és Horvátország felé veszik az irányt. Addig aki teheti, Magyarországra jön.

A Fidesz vezetői közül

*Rogán Antal és Kósa Lajos még szerda reggel is úgy nyilatkozott, a határzár csak végső eszköz. Alig két hete pedig Orbán Viktor kormányfő Helmut Kohl volt német kancellárt méltatta így: „Arra vállalkozott, hogy az utolsó tégláig lebontja az európai népeket egymástól elválasztó falakat.”*

A kormány nem csak az egykori kereszténydemokrata kancellár örökségével találta magát szembe. Ferenc pápa tegnap a bevándorlók tiszteletére szólított fel, és azt mondta: Isten bocsánatát kellene kérniük azoknak, akik bezárják az ajtót a védelmet keresők előtt.



*A bolgár–török határ 2014 júliusában, Stoyan Nenov / Reuters*

A Jobbik helyesli, de rövid távú megoldásnak tartja az ötletet. A baloldal tiltakozott, s a jogvédők is megütköztek. A Magyar Helsinki Bizottság munkatársa, Gyulai Gábor szégyenletesnek tartja, hogy bő huszonöt évvel a vasfüggöny lebontása után bárkinek a határzár jut eszébe. Am hozzáette: a jogi helyzet nem változik, mert a kerítés csak magyar területen épülhet, így aki akár a túloldaláig eljut vagy felkapaszkodik rá, magyar joghatóság alá kerül, s ha menekültkérelmet terjeszt elő, ügyét tisztességesen el kell bírálni. Ugyanez a helyzet a határátkelőkön is.

### **Alagutakat fognak ásni vagy lefizetik a határrendészeket, de lesz-e tűzparancs?**

Az autópályák és főutak mentén felállított úgynevezett vadfogó hálók árából kiindulva a Népszabadság által megkérdezett kereskedők kilométerenként hét-nyolcmillió forintba becsülték a szerb határra tervezett kerítés elkészítésének és telepítésének költségeit. Így a kerítés legkevesebb 1,4 milliárd forintba kerül majd, de ehhez a költséghez jön még a börtönkerítések tetejéről ismert szögesdrótfonat és azoknak az érzékelőknek az ára, amelyek jelzik a szerb határszakaszon szolgáló 1305 rendőrnek, ha valaki felkapaszkodott a kerítésre, vagy akár csak megközelítette azt.

*Úgy tudjuk, a kormány 22 milliárdos keretet szán a létesítményre.*

A lapunk által megkérdezett szakértő szerint ha valóban hatékony határvédelmi rendszert akarnak kialakítani, akkor célszerű legalább két párhuzamos kerítést felállítani, és ezek érzékelőit összekötni a határszakaszon már meglévő térfigyelő, hőkereső és mozgásérzékelő kamerákkal, majd mindezeket bekötni az egyes határrendészeti kirendeltségek ügyeleteire.



*Koszovói gyerekek februárban Ásotthalom mellett a határnál, Balogh László / Reuters*

Tarjányi Péter biztonságpolitikai szakértő több volt határőrhez hasonlóan úgy véli, önmagában a drótkerítés édeskevéssé lesz a menekültáradat tartós feltartóztatására. Főleg akkor, ha nem párosulnak hozzá bizonyos idegenrendészeti intézkedések, mint például az Európai Unió nyomására 2012-ben megszüntetett idegenrendészeti őrizet.

Egy volt határőrségi vezető rámutatott, a kerítést nyilvánvalóan magyar területen állítják majd fel, így aki kívülről bekapaszkodik, már magyar területen áll.

*Hacsak nem lesznek képesek és hajlandók a magyar hatóságok tagjai végignézni, hogy pár tucat menekült a kerítésbe kapaszkodva éhez és szomjazik, esetleg sérülten vagy betegen agonizál, valamit tenniük kell majd.*

És milyen alapon utasítják majd el azoknak a menedékkérelmét, akik a kerítés egyik oldaláról – már magyar területen állva – kérnek menekültstátuszt a másik oldalon járőrözőktől? Ennél valószínűbb azonban, hogy más, határzárt használó országhoz hasonlóan nálunk is alagutakat ásnak majd a kerítés alatt, vagy lefizetik a határőröket (határrendészeket), hogy nézzenek félre, amíg egyes helyeken átvágják a drótkerítést. Szélsőséges esetekben, ha már több száz menekült torlódik fel a kerítés előtt, nálunk is megtörténhet, ami nemrég a török–szír határon, hogy a kétségbeesett menekülők egyszerűen átszakítják a szögesdrót akadályt. Egy kérdés, hogy a szerb határ lezárása azt is jelenti-e majd, hogy a rendőrség tűzparancsot is kap a kerítésen átmászók, illetve a kerítést áttörők megfékezésére? Nyilván a határzár előkészítésére kapott egy hét alatt Pintér Sándor és a Belügyminisztérium erre is megadja majd a választ.

Tarjányi emlékeztetett arra, hogy

*sem a magyar–osztrák határon felállított vasfüggöny, sem a berlini fal nem zárt tökéletesen.*

Tarjányi a rendszerváltás előtt határőrként testközelből nézte végig, amikor a keletnémet menekültek vagy háromezrőzzen nekirontottak a drótkerítésnek és átszakították azt. Hiába voltak ott a géppisztolyos határőrök, esélyük sem volt a karon ülő gyerekekkel menekülőket megfékezni.

Ezzel együtt azt többen elismerték, hogy a kerítés felállítása ideig-óráig távol tarthatja a magyar–szerb határtól az embercsempészeket. Várhatóan a határzár kiépítése után Horvátország, esetleg Románia felé megélénkül majd az embercsempész-forgalom. A csempészek új, veszélyesebb, hosszabb, ezért az általuk szállított emberáru számára drágább útvonalat keresnek majd.



*Van honnan szökni, de nem lesz hová, Kelemen Zoltán Gergely / MTI*

Ez történt a görög–török határon is, ahol az év elején bontották le a drótkerítést, mivel az uniós tagsági terveket dédelgető törököket rendkívüli módon irritálta, az embercsempészek pedig egyszerűen kikerülték, és a menekülők számára veszélyesebb tengeri úton juttatták be az unióba „a szállítmányaikat”.

Diplomáciai források emlékeztettek rá, hogy a szerb hatóságok a minap tartóztattak le 38 szerb rendőrt és határőrt az embercsempészetet is érintő korrupciós vádakkal. Ez a lépés legalább annyira gesztus volt Magyarország felé, jelzés, hogy a korábbi gyakorlattal szakítva Szerbia immár hajlandó a közös rendőri-titkosszolgálati együttműködésre az embercsempészet és a tömeges migráció visszaszorítására, mint jelzés Brüsszelnek, hogy az ország mindent megtesz az uniós csatlakozás feltételeinek teljesítéséért.

### **Mindenképpen fogadni kell a menekülteket**

Mindig azt gondoljuk, hogy már nincs lejjebb, de a magyar–szerb határra tervezett kerítés ötlete azt mutatja, hogy van – kommentálta a kormányzat újabb ötletét a Magyar Helsinki Bizottság menekültügyi programjának vezetője. Gyulai Gábor egyszerűen szégyenletesnek tartja, hogy 25 év után valakinek ez jut az eszébe.

### *A jogi helyzet azonban alapvetően nem változik*

– hangsúlyozta –, mert a vasfüggöny nyilván csak magyar területen épülhet, és ha valaki az ország területén tartózkodik, akár a kerítés külső oldalán is, magyar joghatóság alá kerül, és vele szemben be kell tartani az összes hazai jogszabályt és a nemzetközi, valamint uniós jogokból fakadó kötelezettségeket is. A jogvédő leszögezte:

*aki eljut a kerítésig, vagy felmászik rá, esetleg a drótokat átvágva lép magyar területre, és – akár szóban – menekültstátus iránti kérelmet terjeszt elő, annak ügyét tisztességes eljárásban el kell bírálni.*

Ez azt jelenti, hogy vizsgálni kell legalább a kérelem elfogadhatóságát, amely ellen bírói jogorvoslatra van lehetőség. Szerinte ugyanez a helyzet a határátkelőkön: ha a külföldi jelzi, hogy hazájában üldöztetésnek van kitéve, ezzel az állam a helyzetéről hivatalosan tudomást szerez, és nem kerülheti meg a kötelezettségeit.

A valóságban persze más is történhet, mert Gyulai nehezen tudja elképzelni, hogy a magyar határrendészek tömegesen engednének be beutazásra jogosító papírok nélkül külföldieket. Az ellen pedig nemigen van jogorvoslat – tette hozzá –, ha a hatóság embere nem hallja meg, hogy valaki védelmet remél nálunk.

*Más kérdés, hogy ennek súlyos következményei lehetnek, hiszen Magyarország – miután a menedékkérők nem számíthatnának tisztességes eljárásra – akár el is veszíthetné „biztonságos ország” besorolását.*

Ebből az következhetne, hogy a dublini rendelet alapján senkit sem küldhetnének ide vissza, amit a görögök már elértek, mert náluk olyan rosszul működik a menekültügyi rendszer.



*Illegális határátlépők bilincsben Röszkénél. A kérelem benyújtásának a lehetőségét senkitől nem lehet megtagadni, Kurucz Árpád / Népszabadság/archív*

A kormány döntése alapján elkészítik a biztonságos harmadik országok listáját – ide sorolnák Szerbiát és Macedóniát is –, és aki ezen államokon keresztül jön, nem kérhetne menedékjogot. Gyulai szerint azonban a kérelem benyújtásának lehetőségét senkitől sem lehetne megtagadni, legfeljebb az illető ügyét gyorsított eljárásban, különösebb mérlegelés nélkül döntenék el. Ami megint csak ellentétes lenne a nemzetközi normákkal, mert minden kérelmezőnek lehetőséget kell adni annak bizonyítására, hogy egy általában biztonságosnak tartott állam rá nézve mégsem volt biztonságos.

Szerbia az ENSZ Menekültügyi Főbiztossága és a Kúria szerint sem biztonságos, mert a kérelmezők nem reménykedhetnek tisztességes eljárásban, és a legalapvetőbb elhelyezést és támogatást sem biztosítják a menekülőknek.

*Ha tehát oda küldenek vissza hazájukban valóban üldözött embereket, az a jogvédő szerint megint csak azzal a következménnyel járhat, hogy Magyarországot sem minősítik biztonságosnak.*

Így az elvi lehetősége is elveszne annak, hogy a dublini rendelet alapján visszatoloncolják azokat, akit itt léptek elsőként uniós területre.

## **„Senki sem gondolta volna, hogy a 21. században új vasfüggöny épül Európa közepén”**

Örül a határon épülő drótkerítés hírének Toroczkai László, Ásotthalom jobbikos polgármestere, aki korábban maga is javasolta, hogy építsenek kerítést a magyar-szerb határra. Toroczkai felidézte, hogy a bolgár-török határon is épült hasonló, és szinte azonnal a nullára csökkent azon a szakaszon a migráció. A magyar-szerb határon gyakorlatilag minden akadály nélkül bárki átvonulhatott eddig, ami abszolút abnormális helyzet volt. Toroczkai hozzátette:

*önmagában a kerítés nem megoldás,*

bár ez függ attól is, hogy milyen kerítés épül. Jelentős élőerő-védelemre van szükség a rögzített hőkamerák használata mellett, így jó eséllyel itt is a nullára szorítható a migráció. Ásotthalom polgármestere szerint már önmagában a kerítés építésének bejelentése is visszatartó erőt jelent, hiszen az embercsempészek kénytelenek lesznek más útvonalat keresni.

Móráhalom fideszes polgármesterét, Nógrádi Zoltánt

*meglepte a döntés gyorsasága,*

de ő maga és a helyi lakosság is támogatja. Szerinte ugyanis a télen már elviselhetetlenné vált a menekülthullám, amely a koszovóiak számának csökkenése után ma már ismét a januári mértéket közelíti, ám most szinte kizárólag távoli országokból, Irakból, Szíriából, Afganisztánból, illetve afrikai országokból érkeznek a migránsok.



*A határon túl, a biztonságon innen, Reviczky Zsolt / Népszabadság*

Nógrádi azt mondta: nem történt atrocitás, de ez jelentős mértékben annak köszönhető, hogy a helyiek védekeznek: éjjelente 12 polgárőr van szolgálatban. Így is nagyon zavaró volt, hogy a menekülők tömegesen bementek melegedni az orvosi rendelőbe, a fürdőbe, a könyvtárba, és csak rendőri fellépéssel lehetett kiküldeni őket. A tanyán élő idősök is féltek tőlük, voltak kisebb lopások, és minden vetést letaposnak, amikor naponta több százan mennek át a termőföldeken. Nógrádi szerint a határ lényege, hogy elválasszon dolgokat. Ahol ez megszűnik, ott nincs rend, ahol nincs rend, ott nincs biztonság. Ezért a migrációs hullám kockázatot jelent a helyi lakosságra.

*Támogatja, hogy a politikai menekülteknek adjon menedéket az ország, és ezt kommunikálja is a kormányzat, ám ha nem lépett volna Magyarország, akkor a tömeges migráció néhány év alatt teljesen átalakítaná az életviszonyainkat.*

Ami eddig történt, az is túllépte a helyi lakosság tűrőképességét. Botka László, Szeged MSZP-s polgármestere szerint a város lakosságát egyáltalán nem zavarták a menekültek, nem is találkoztak velük az utcákon, hiszen a migránsoknak nem célországuk Magyarország. Senki sem gondolta volna, hogy a 21. században új vasfüggöny épül Európa közepén, és éppen Magyarország miniszterelnöke áll az antimigráns politika élvonalába. Botka szerint

*ez a Fidesz tipikus politikai módszere:*

ellenségképet kreál, és elkezd harcolni ellene, hogy eltérje a figyelmet arról, hogy rendszeresen és módszeresen szétlopják az országot. Botka biztos abban, hogy a drótkerítés fizikailag sem tartja vissza azt, aki át akar jönni a határon. Angol és osztrák politikusokkal beszélve tapasztalta: nem értik Orbán Viktort, mert a migráció valóságos probléma ugyan, de nem Magyarországon. Sőt, például Angliában, ahová már több százezer magyar költözött ki munkavállalási és letelepedési céllal, Orbán Magyarországa nem a megoldást, hanem a megélhetési bevándorlás forrását jelenti.

### **Népszabadság3:**

Hargitai Miklós, 2015.06.18., csütörtök

## **Függöny le**

Ha volt olyan vívmánya a rendszerváltást követő évtizedeknek, amit világnézeti hovatarozástól függetlenül mindenki elismerhet(ne), az a határokon átívelő nemzetegyesítésnek nevezett folyamat. Egy ország, amely körös-körül önmagával határos, sem erkölcsi, sem praktikus megfontolásokból nem fordíthatja vissza saját határai átjárhatóvá tételének folyamatát: a magyar hazát csak úgy adhatjuk vissza azoknak, akiket a történelem kiszakított belőle, ha a meglévő korlátokat fölszámoljuk, és nem építünk újabbakat helyettük. Ebben nyilvános politikai konszenzus sohasem volt ugyan, ám a társadalom nagyobb része mindig egyetértett abban, hogy aki magyar, azt nem fogjuk mesterséges akadályokkal elválasztani magunktól – és a politika tartotta is magát a többségi véleményhez.

A déli határ hézagossága, amiért most az ötödik éve kormányzó hatalmi elit a nyílt színen háborog, éppen ennek a hallgatóságos megállapodásnak a következménye: a magyar–szerb határszakaszt sem a Gyurcsány-, sem a Bajnai-, sem az Orbán-kormány nem kívánta a schengeni övezet külső határaként üzemeltetni, mert mindannyian tekintettel voltak a Vajdaságban élő mintegy 250 ezernyi (vásárolni, gyógyulni, tanulni, dolgozni, rokont látogatni is rendszeresen átjáró) magyarra.

Hogy valóban nagyságrendekkel többen akarnak-e most abból az irányból „illegálisan” átszökni, mint mondjuk a délszláv válság, az afganisztáni vagy az iraki háború idején, arra nem vennénk mérget, de talán nem is az a lényeg, hogy milyen tényeket állítunk szembe a napi politika elvárásait kiszolgáló idegenellenes érvrendszerrel. Fölidézhetnénk a rendszereket elválasztó vasfüggöny lebontásában semmilyen szerepet nem játszó, de a siker fényében a húszéves évfordulón boldogan sütkérező Orbán Viktor 2009-es szavait arról, hogy milyen tanulságot kell levonnunk a szabadság visszaszerzésének élményéből. Az akkor még ellenzéki Orbán szerint a demokráciában is azokra az értékekre kell építenünk, amelyek a diktatúrában megtartottak bennünket: az emberi szolidaritásra, a keresztény hitre és az emberi méltóság tiszteletben tartására.

A mai kormányfő korábbi álláspontjaiban következetességet találni azonban legalább olyan meddő erőfeszítés, mint szögesdrót kordonoktól várni a felbolydult világ egyensúlyának helyreállítását. Mindezek helyett tehát mindössze annak tudatosítására szorítkozunk: negyedszázaddal azután, hogy a sors kegye folytán visszakaptunk valamit (ti. az egység újraépítésének lehetőségét) abból, amit a magyar nemzet 1920-ban egy igazságtalan nagyhatalmi diktátum nyomán elveszített, a magát jobboldalinak, kereszténynek és – mindenekfölött – nemzetinek nevező Orbán-kormány önként, senkitől sem kényszerítve négyméteres drótkerítést emel az egyik trianoni határon, egy olyan területen, ahol '89 előtt sem volt soha összefüggő műszaki határzár.

Mi azt tanultuk a történelemből, hogy a nemzetrészeket elválasztó függönyt sokkal könnyebb leengedni, mint később fölhúzni – mások, úgy fest, nem tanulnak semmiből.

#### **Népszabadság4:**

MTI, 2015.06.18., csütörtök, 10:45

### **Magyar Közlöny: „Ideiglenes” vasfüggönyre költjük a milliárdokat**

Megjelent a kormányhatározat a magyar–szerb zöldhatáron felállítandó biztonsági kerítésről. A Magyar Közlöny legutóbbi számában megjelent határozat szerint Varga Mihály nemzetgazdasági miniszternek augusztus elsejéig kell biztosítania az ideiglenes kerítés felállításához szükséges forrásokat.

A "rendkívüli bevándorlási nyomás kezelése érdekében szükséges egyes intézkedésekről" szóló határozatban a kormány elrendelte a mintegy 175 kilométer hosszúságú magyar–szerb határszakaszon - a zöldhatár átjárhatóságának megszüntetése érdekében - egy négy méter magas ideiglenes kerítés felállításának előkészítését.

A kormány a határozatban a belügyminisztert arra is felhívta, hogy - a bevándorlásról és a terrorizmusról zajló nemzeti konzultáció eredményének figyelembevételével - július elsejéig készítsen előterjesztést az illegális bevándorlás elleni hatékony fellépés érdekében szükséges jogszabály-módosításokról.

#### **Népszabadság5:**

Népszabadság, 2015.06.18., csütörtök, 13:20

### **„A kerítés illik Orbán Viktor brutális politikájához”**

Az embertelenség kerítésének is nevezik a nemzetközi sajtóban a magyar–szerb határra tervezett négy méter magas és 175 kilométer hosszú fizikai határzárát, amely „illik Orbán Viktor brutális politikájához”. Több külföldi lap szerint az Orbán-kormány ötlete hidegháborús emlékeket idéz, és nem oldja meg a problémát.

Alekszandar Vucsics szerb miniszterelnököt sokkolta a **175 kilométer hosszú kerítés ötlete** – emeli ki a **BBC** a Magyarországról szóló cikkében. A brit médium idézi Nils Muiznieks, az Európai Bizottság emberi jogi biztosának **Twitter-bejegyzését**, melyben azt írja, a kerítésötlet meggondolatlan. A biztos szerint inkább a menedékjog megadására kellene koncentrálni, nem pedig annak akadályozására.

**Hungary’s plan to build a fence to stop migrants is ill-advised. Focus should be on ensuring access to asylum, not impeding it – Nils Muiznieks (@CommissionerHR) 2015. június 18.**

A BBC-hez hasonlóan a **Guardian** is beszámolt a magyar kormány szerdai döntéséről. A brit

lap a kerítés, és a szerb miniszterelnök véleménye mellett az Orbán-kormány bevándorlásellenes plakátkampányáról is beszámol.

Az EU lassan reagál a magyar ötletekre – írja a brit **Telegraph**. A lap kiemeli, hogy a bejelentés a kormány bevándorlásellenes kampányának kellős közepén érkezik. A Telegraph szerint a 175 kilométer hosszú és négy méter magas kerítés a vasfüggönyre emlékeztet.

A **Reuters** tudósításában azt írja, hogy a szerb–magyar határon készülő fizikai határzár valószínűleg bosszantani fogja az Európai Uniót és a jogvédő csoportokat. A lap hozzáteszi, hogy a kerítés hidegháborús időköt és a berlini fal emlékeit idézi.

### Régóta fut a bevándorlás elleni propagandakampány



*Szíriai apa gyermekével várakozik a török határon. Umit Bektas / Reuters*

A **Die Zeit** Az embertelenség kerítése című kommentárjában hangsúlyozza, a kerítés illik Orbán Viktor brutális politikájához, de az EU-hoz is. A cikk szerzője emlékeztet rá, hogy negyed évszázaddal ezelőtt Magyarország is ünnepelte a vasfüggöny leomlását, ezért némileg „ironikus” – írja Ludwig Greven publicista –, hogy a kormány 175 kilométer hosszú drótkerítés felhúzását akarja a Szerbiával közös határszakaszon. A cikk felsorolja az elmúlt hat hónap menekültügyi statisztikáit és elismeri, hogy Európában Svédország után Magyarországot terhelte meg legjobban a migrációs válság ebben az időszakban. Ám hozzáteszi, hogy Orbán Viktor kormánya már korábban is rendkívül korlátozó lépéseket szorgalmazott a bevándorlás megfékezésére. „A határ lezárása beleillik abba az orbáni irányvonalba, mely az országot el akarja zárni a nyugati értékektől és jogi fogalmaktól, melyek magukba foglalják a menedékkérők védelmét” – véli Greven, aki arra is kitér: az orbáni megközelítés nem egyedülálló Európában, aminek az az oka, hogy nincs egységes uniós válasz és arányos teherviselés az Unióban, ami történelmi bukást készít elő.

A **Spiegel Online** száraz tényeket soroló cikkében azt írja: a magyar kormány drasztikus módszerrel akarja megállítani a Szerbia felől érkező menekülteket. „Orbán Viktor jobboldali nacionalista kormányzása alatt már régóta fut a bevándorlás elleni propagandakampány” – jegyzi meg a lap.

Az **osztrák közmédia** is beszámol a kerítésről, s említést tesz a július elejére tervezett szerb–magyar csúcstalálkozóról is, ahol a két ország közös stratégiai kérdésekről fog tárgyalni. Szerbia már korábban is felvetette, hogy a migrációs hullám lassítása érdekében megerősíti határőrségét a magyar és a macedón határszakaszain is. A lap megemlíti, hogy a kerítés nagy

aggodalmat okoz Horvátországban, ugyanis tartani lehet tőle, hogy a Balkán felől érkezők az országon keresztül akarnak majd bejutni az Unióba.



*A spanyol észak-afrikai enklávék, Ceuta és Melilla körül is határzárat kellett elrendelni 2014-ben. A 240 centiméter magas kerítés nem állítja meg a menekülteket. STRINGER / Reuters*

### **A bevándorlás hozta az igazi törést**

Bár az illegális bevándorlás egész Európa számára kihívás, Magyarországon belpolitikai üggyé vált – véli a **RTVE spanyol lap**. A Fidesz így próbálja meg visszaszerezni népszerűségét, mivel attól retteg, hogy számos szavazója a szélsőjobboldali Jobbikhoz pártol.

Az **El País** szerint Orbán Viktor kormánya állandó harcot vív az Európai Unióval, mivel álláspontja a különböző témákban igencsak eltér az Unió értékrendjétől. Az utóbbi időben a bevándorlás hozta meg az igazi törést.

### **A falak építése nem segít**

A határzár nem fogja megmenteni Magyarországot a bevándorlóktól – jelentette ki Andrej Kortunov, az Oroszországi Külügyi Tanács non-profit szervezet főigazgatója a **RIA Novosztyi hírügynökség** rádiójában.

A politológus szerint ez a lépés önmagában nem oldja meg az ország problémáit: „Magyarország számára ez különösen kritikus kérdés. Erős befolyásra tettek szert a jobboldali pártok, amelyek mindig is szkeptikusan, gyanakvóan viszonyultak a bevándorlókhoz. Most, figyelembe véve a magyar gazdasági helyzet nehézségeit – a munkanélküliségi rátát és a Budapest és Brüsszel közötti problémákat –, egyre inkább előtérbe kerül a migráció témája. De Magyarország részéről ez nem csupán retorika, hanem valódi probléma.”

A politológus hozzátette, a történelmi tapasztalat arról tanúskodik, hogy a falak építése jellemzően sosem jelentett megoldást: „Mexikó és az Egyesült Államok határán emelt fal sem segített, a bevándorlók áradata csak akkor kezdett apadni, amikor Mexikó gazdasági helyzete javult, több lett a munkahely, és lassan elkezdtek kiegyenlítődni az életszínvonalbeli különbségek a két ország között. Azt a körülményt is figyelembe kell venni, hogy az Európai Unión belül nincsenek határok. Emiatt lehet ugyan falat emelni Magyarország és Szerbia között, de ebben az esetben a bevándorlók más országokon, például Románián, Bulgárián és Horvátországon keresztül érkeznek majd. Ebből kifolyólag az Európába érkező bevándorló tömeget semmi esetre sem lehet egy ország erőfeszítéseivel megállítani – jelentette ki a

politológus.

Kortunov a magyar kormány lépését populista intézkedésnek véli: „Ez az intézkedés érthető az egyszerű emberek számára. Ha felteszik a kérdést, hogy mit tesz az ország a probléma megoldásáért, akkor tessék, a televízió képernyőjén meg lehet mutatni, hogyan épül a fal. Vagyis a kormány azt mondja a népnek, hogy nem tétlenkedik. De végül is természetesen ez a tehetetlenség beismerése, annak a beismerése, hogy más módszerekkel nem lehet megoldani ezt a problémát. Ez egész Európa gondja, nemcsak a magyar vezetőségé, a megoldást tehát uniós szinten kell keresni, de még így sem lesz egyszerű.”

### **Népszava1:**

Népszava, 2015.06.17, szerda 14:31

## **Vasfüggönyt húz az Orbán-kormány**

A Demokratikus Koalíció véleménye szerint az Orbán-kormány "csúcsra járítja az idegengyűlöletet", le akarják zárni a déli határokat és vasfüggönyt húznak az országra - mondta a párt szóvivője szerdai, budapesti sajtótájékoztatóján.

Gréczy Zsolt arról beszélt, hogy az emberek félelmére apelláló kampány tele van hazugságokkal, mert hazugság, hogy a menekültek özönlenének Magyarországra, hogy a szállásuk, ételmezésük és orvosi ellátásuk költségeit az adófizetők állják. Hangsúlyozta, hogy az EU már 3,5 milliárd forintot utalt át erre a célra, miközben Magyarország saját büdzséjéből kevesebbet költ a problémára, mint a készülő felcsúti kisvasútra.

A Demokratikus Koalíció azt kérdezi Orbán Viktor miniszterelnök és Pintér Sándor belügyminisztertől, mennyibe kerül a "szögesdrót felhúzása", a határon "állomásozó erők" szállása, ételmezése, felfegyverzése - sorolta. Arra is kíváncsi volt, hogy vezetnek-e áramot a drótokba, a határon dolgozók kapnak-e löparancsot, illetve tervezik-e a határzár későbbi kibővítését Románia és Ukrajna irányába is.

### **Népszava2:**

Népszava, 2015.06.17, szerda 14:40, frissítve: 2015.06.17, szerda 19:07

## **Döntöttek - Utasították Pintért a határzár előkészítésére**



Fotó: Thinkstock

Miután a kormány meghallgatta Pintér Sándor jelentését a menekültügy és a keddi luxemburgi belügyminiszteri találkozó kapcsán, felhatalmázták a belügyminisztert, hogy készítse elő a határ fizikai lezárását 175 kilométer hosszan 4 méter magasságban. Erre jövő szerdáig kapott határidőt. Július 1-jén lesz szerb-magyar kormány-csúcstalálkozó. Mindezt Szijjártó Péter külgazdasági és külügyminiszter a kormányülés közben rögtönzött tájékoztatón jelentette be.

Mint mondta, Magyarország a kerítés felállításával semmilyen nemzetközi jogi kötelezettséget, semmilyen nemzetközi szerződést nem szeg meg. Szijjártó Péter elmondta, hogy a belügyminiszterek keddi uniós tanácskozásán kiderült: Magyarországot érinti a legsúlyosabban a bevándorlás a tagállamok közül.

Szerinte a kormány döntése nem egyedülálló. Ezzel kapcsolatban hivatkozott arra, hogy a görög-török, valamint a bolgár-török határon is volt kerítésépítés, és spanyol városok Észak-Afrikában is így védik magukat a bevándorlási nyomással szemben. **A kormány arra is utasítást adott** - közölte -, hogy el kell végezni azokat a szükséges jogi előkészítő munkálatokat, amelyek nyomán Magyarország az összes EU-s és EU-tagjelölt államot biztonságos országnak minősít.

A tárcavezető a jelenleg az EU előtt álló egyik legsúlyosabb kihívásnak nevezte a bevándorlás kérdését, amelyre az uniós országok keresik a választ, de - mint fogalmazott - a közös válaszhoz vezető út egyelőre meglehetősen időigényesnek és hosszúnak tűnik. Ezért - bár "reméljük, hogy lesz közös európai megoldás" - **Magyarország nem engedheti meg magának, hogy tovább várjon** - jelentette ki.

**A menekültügyben szét kell választani egymástól két különböző dolgot – nyilatkozta a Népszavának Gyurcsány Ferenc.** A Demokratikus Koalíció (DK) elnöke szerint azok a menekültek, akik már az úgynevezett schengeni határokon belül vannak, az unió befogadja, az ő elhelyezésükre szolgálna az Európai Bizottság által felvetett kvótajavaslat. Ők nagyjából 100 ezren lehetnek, s a tervezett kvóták alapján Magyarországnak mintegy 1100 menekültet kellene befogadnia, ám ezt a az Orbán-kormány elutasítja.

A menekültek másik csoportja, akik nem schengeni országból érkeznek, hanem Magyarország esetében jellemzően Szerbia felől. A velük való bánásmódot az egyes uniós tagországok belügye, akár kerítést is építhetnek ellenük, ahogy ez a bulgár-török határon történt. Am Gyurcsány szerint ez morálisan több problémát is felvet. Egyrészt a világnak ezen a felén, Közép-Európában már álltak ilyen falak, maga a vasfüggöny, illetve a berlini fal. Másrészt a kormány nem gazdasági menekültként kezeli őket, hanem bűnözőkként, ami a DK elnöke szerint ugyancsak elfogadhatatlan.

### **MSZP: nem jó eszköz a határzár**

Tóbiás József, az MSZP elnök-frakcióvezetője szerdán Budapesten sajtótájékoztatót tartott, ahol elmondta, az európai határok védelméről egyeztetni kell az uniós tagállamokkal, közösen kell megvédeni minden menekültet, és közösen kell megvédeni Magyarország polgárait az illegális bevándorlótól. Ehhez józan észre és szakmai egyeztetésre van szükség – hangoztatta.

Az ellenzéki politikus szerint Európában nem felépíteni kell a szögesdrótot, hanem ahogy 25 évvel ezelőtt is, lebontani azt. A kormány döntése méltatlan ahhoz a Magyarországhoz, amely már egyszer egyesítette Európát - tette hozzá.

### **Liberálisok: a határra épülő kerítés értelmetlen**

A Magyar Liberális Párt (MLP) véleménye szerint a határra tervezett négyméteres kerítés terve embertelen és értelmetlen. Úgy fogalmaznak, hogy az Orbán-kormány szerdán bejelentett határzára ellehetetleníti a bevándorlók ügyének felelős és humánus megoldást. Hangsúlyozzák, hogy az MLP a szolidaritáson és a közös fellépésen alapuló európai megoldásban hisz. Igazi megoldás csak akkor lesz, ha a gyökereinél kezelik a bajt, erre pedig csak egy erős, egységes Európa lehet képes – hangsúlyozták.

### **A Fidesz üdvözli a kormánydöntést**

A Fidesz üdvözli a kormány szerdai döntését - közölte Németh Szilárd, a kormánypárt országgyűlési képviselője. A politikus emlékeztetett, Rogán Antal, a Fidesz frakcióvezetője kérte a kormányt, döntsön a déli határvidék lezárásáról.

A Fidesz-KDNP-frakció szerint a határzár - a menedékjogi törvény módosítása mellett - lehetőség arra, hogy megakadályozzák az illegális bevándorlást Magyarország területére - mondta Németh Szilárd. Kifejtette: a Magyarországra illegálisan lépők leginkább a 175 kilométer hosszú magyar-szerb határt használják, "ez ma Európa második legforgalmasabb illegális bevándorlási szakasza". Ennél csak Olaszországba érkeznek többen - tette hozzá.

A fideszes országgyűlési képviselő kiemelte, egyre nagyobb a nyomás a magyar-szerb határon, és egyre több európai uniós tagállam is a saját kezébe vette a sorsát bevándorlásügyben, az Olaszországgal határos EU-tagállamok gyakorlatilag lezárták a határokat. Németország és Ausztria pedig egyértelművé tette, hogy visszairányítja Magyarországra a hozzájuk innen érkező illegális határátlépőket.

VMSZ: a határzár Szerbia számára is hasznos lehet

Szerbia számára is könnyebbé tehető a határ, ha Magyarország fizikailag lezárja a magyar-szerb zöldhatárt, mert ha a migránsok ezen az útvonalon nem tudnak bejutni az Európai Unióba, akkor "nagy valószínűséggel meg

fogják kerülni ezt a területet" - reagált Pásztor István, a legnagyobb délvidéki magyar párt, a Vajdasági Magyar Szövetség (VMSZ) elnöke Szijjártó Péter külgazdasági és külügyminiszter szerdai bejelentésére.

Megnyugtató közölte, hogy a törvényesen, útlevéllal történő határátkelést nem befolyásolja a zöldhatár lezárása, mert annak elsősorban az a célja, hogy "a Közel-Keletről jövő szociális migránsokat megfognák, illetve visszafordítsák".

**A Népszava már tegnap megírta:** minden személyi, és technikai feltétel készenlétben áll, hogy Magyarország lezárja déli határait, az illetékesek csak a parancsra várnak. Az elmúlt napokban a rendőrség teljes logisztikájával arra készült fel, hogy bármelyik pillanatban a lehető legszorosabb határátkelést léptessék életbe Szerbia irányából. **Mint megtudtuk,** a kormányfő utasítására hazai és nemzetközi jogi kötelezettségeket is megvizsgált a Belügyminisztérium (BM) ahhoz, hogy külön törvényi felhatalmazás nélkül, a jelenleg hatályos jogrendben milyen eszközökkel, hogyan érhető el a menekültek határátlépésének megakadályozása.

**Lapunk úgy tudja,** hogy az erők, és a technika előkészített átcsoportosításával órákon belül szinte hermetikusan zárhatóan tartják a legneuralgikusabb területeket. Egy napon belül pedig a teljes érintett határszakaszt szoros ellenőrzése alá vonhatja a BM. Kedd délutáni értesüléseink szerint a várakozások alapján akár órákon belül, de legkésőbb ezen a héten megérkezhet a parancs. **Egy forrásunk szerint a művelet fedőneve: Norvégia.**

**Mint ismert,** Orbán Viktor pénteken, szokásos közzérádiós beszédében közölte: a kormány szerdán hallgatja meg a belügyminiszter által javasolt megoldásokat és hozza meg döntését a bevándorlással kapcsolatban. Minden lehetőséget végigvesznek, ide értve a teljes fizikai határátkelést is – tette hozzá a kormányfő, aki jelezte azt is: a szerb és a magyar kabinet július elején tart kormány-csúcstalálkozót, ahol számba veszik a tisztázandó kérdéseket.

**Erre reagálva a hétvégén szerb kormányzat több tagja is megszólalt.** Nebojsa Stefanovic belügyminiszter szerint nemzetközi jogszabályokba ütközne, ha az illegális bevándorlás megfékezése érdekében Magyarország lezárná határait, de szerinte Orbán Viktor miniszterelnök nem is konkrét határátkelést beszélt. Ivica Dacic szerb külügyminiszter is azt hangsúlyozta, hogy a menekültproblémát Szerbia egyedül nem tudja megoldani, azt európai szinten kell rendezni. Mint fogalmazott: "ezt a problémát még az Európai Unió sem tudja megoldani, nemhogy Szerbia". Szerinte hosszú távon nem jelentene megoldást, ha Magyarország az illegális bevándorlókat Szerbiába küldené vissza.

Csikós László szerbiai szociális államtitkár múlt kedden arról beszélt, hogy ha Magyarország "hermetikusan, szögesdróttal, betonfallal" zárna le határait, akkor pillanatnyilag 15 ezer migráns rekedne Szerbiában. Amennyiben hozzájuk csatlakozna az a körülbelül 15 ezer menedékkérő, akit Ausztria és Németország szándékozik Magyarországra visszatoloncolni - ahonnan a toloncegyezmény értelmében visszaküldhetők lennének Szerbiába -, akkor **humanitárius katasztrófa fenyegetné az országot.**

### **Orbán Viktor 2011-ben**

„Mi, magyarok erőt akarunk meríteni a példájából. Ma

Magyarországon még falakat kell lebontani ahhoz, hogy kiszabaduljunk a múlt hibáinak fogságából, sikeres és büszke országgá válhassunk” - találta meg a **444** a miniszterelnök négy évvel ezelőtti kijelentését, amikor Ronald Reagant méltatta.

De még két hete is azért méltatta Helmut Kohlt, mert „arra vállalkozott, hogy az utolsó tégláig lebontja az európai népeket egymástól elválasztó falakat”.

### **Népszava3:**

Népszava, 2015.06.17, szerda 15:12

## **Visszatértek a "legsötétebb rákosi idők"?**

A Párbeszéd Magyarországért véleménye szerint Magyarországnak morális kötelezettsége azokon segíteni, akik a halál és a kínzás elől menekülnek - ezt Szabó Tímea mondta szerdai, budapesti sajtótájékoztatóján.

A PM társelnöke nemcsak rosszindulatúnak és ostobának nevezte a menekültügyben a parlament előtt fekvő javaslatot, de hangsúlyozta, hogy az még a célját sem fogja elérni. Az indítvány alapján visszaküldenék Szerbiába az abból az irányból érkező menedékkérőket, de ez sem a hazai sem a nemzetközi jog alapján nem lehetséges - szögezte le. Felhívta a figyelmet, hogy a genfi egyezmény és az uniós szabályok alapján a határon megjelenő menedékkérők előzetes menekültjogi eljárásait Magyarországon kell lefolytatni.

A független képviselő egyúttal a PM nevében felszólította a kormányt, hogy fejezze be a "gyűlöletkeltő és teljesen felesleges" kampányát. Szabó Tímea arra is kitért, hogy ha nemzeti hatáskörbe utaljuk a menekültügyet, akkor a jövőben már nem az EU fogja finanszírozni a határvédelmet.

Másik témára áttérve közölte: a PM álláspontja szerint a közmunkaprogram szegénységbe taszítja a magyar emberek százazreit és tovább növeli a kiszolgáltatottságot. A parlamentnek előtt fekvő módosító javaslat alapján pedig egyértelmű, a kormány évek óta arra készül, hogy a "legsötétebb rákosi időköt idéző kommunista tervgazdálkodást preferáló" módszerekkel a "saját haverjainak" szerezzen olcsó, szinte ingyen dolgozó munkásokat.

A PM úgy ítéli meg, hogy a javaslat alapjogokat is sért, ha elfogadják a jogszabályt, a párt előzetes normakontrollt kér az ombudsmantól és Áder János köztársasági elnökhöz fordul, hogy ne írja alá a törvényt. Egyúttal felajánlotta, hogy akit a jogszabály miatt kár ér, annak pártjuk Strasbourgon is bírósági segítséget nyújt.

### **Népszava4:**

#### **Vélemény**

**Szőgesdrót**, 2015. jún 18. 06:09, Friss Róbert

Biztosan igaza van Kósa Lajosnak: a kormánynak azt a szándékát, hogy érvényt szerezzen a saját törvényeinknek a saját országunkban, nem lehet értelmetlennek nevezni. Kivéve, ha a

törvények maguk értelmetlenek. A Fidesz elnökhelyettese tegnap kora reggel még úgy tartotta, hogy fizikai határára nincs szükség a menekültek ellen. Igaz óvatos volt, mert elmeditált azon, hogy "végső esetben" mégis meg lehet csinálni a szögesdrótkerítést is. És tényleg meg lehet. Mint mindent ebben az országban.

A végső eset 13 óra 15 perckor érkezett. Akkor adta ki az MTI a beszámolót Szijjártó Péter külügyminiszter sajtótájékoztatójáról, hogy a kormány utasította Pintér Sándor belügyminisztert, a jövő szerdáig készítse elő a magyar-szerb határ lezárását egy négy méter magas kerítéssel, 175 kilométer hosszán. Közben terelésként a parlament Rogán Antal és Kósa Lajos törvénymódosítását tárgyalta, hogy melyek is azok az országok, amelyek a magyar kormány szerint biztonságosak, ahonnan nem kell befogadnunk senkit. A szocialisták kivonultak, a kormánypárt pedig komcsizott egyet.

A magyar kormányfő a parlamentet (jogszerűen) megkerülve minden eddiginél messzebb ment, amikor nemcsak követeli, hogy adják vissza a nemzetállamok hatáskörébe a menekültkérdés kezelését, hanem szögesdróttal akar érvényt szerezni a plakátkampány felkorbácsolta indulatoknak. Közjogilag a külügyminiszter a valót mondja: a kerítés felállításával Magyarország semmilyen nemzetközi jogi kötelezettségét, semmilyen nemzetközi szerződést nem szeg meg. Különben is. Áll a görög-török, a bolgár-török határon is kerítés, és a spanyol városok Észak-Afrikában is így védik magukat. És Izrael is épített már falat az arabok ellen. Mint ahogyan láttunk szögesdrótot a mi nyugati határainkon is. És azt is láttuk, hogy soha, sehol, semmit és senkit nem védett meg semmitől semmilyen drót, fal.

Ha Szijjártó jól látja - és jól látja -, hogy az Unió előtt álló egyik legsúlyosabb kihívás a migráció, akkor a magyar kormánynak minden erővel azon kellene lennie, hogy európai megoldás szülessen, ne pedig egy bedrótozott ország. A drótkerítés minden, csak nem európai.

Ha azt látod, hogy egy anya egy patakon át erőlködik a gyerekével a túlpartra, oda nem drótot húzol, hanem hidat építesz. Ezt ez a hatalom soha meg nem fogja érteni.

### **Népszava5:**

Népszava, 2015.06.19, péntek 17:21

## **Menekültek - MSZP: pánikot és gyűlöletet kelt a kormány**

Az MSZP véleménye szerint a kormánynak fél éve volt arra, hogy lépéseket tegyen a menekültkérdés megoldására, de ehelyett álkonzultációra és idegengyűlölő plakátokra pazarolta az emberek pénzét - reagált az ellenzéki párt pénteken a fideszes Németh Szilárd sajtótájékoztatóján elhangzottakra.

Közleményükben azt írják, a valódi probléma valódi megoldását nem a kormány "idegengyűlölő kampánya" és nem a Fidesz pánikkeltése jelenti. A szögesdrót pedig végképp alkalmatlan eszköz, mert Európában nem felépíteni kell a kerítéseket, hanem lebontani – teszik hozzá.

A kormánynak az uniós tagországokkal együttműködésben kell garantálnia a magyar emberek biztonságát - folytatják. Pánik- és gyűlöletkeltés helyett a rendőrségnek több pénzre, több emberre és több modern eszközre, valamint az embercsempészekkel szembeni szigorúbb fellépési lehetőségekre van szüksége a probléma kezeléséhez – hangsúlyozzák. Egyúttal felszólítják Pintér Sándor belügyminisztert, hogy a jövő heti kormányülésen a kerítés helyett a menedékkérőkkel foglalkozó állami szervek megerősítésére tegyen javaslatot.

Németh Szilárd, pénteki budapesti sajtótájékoztatóján arról beszélt, hogy a Fidesz szerint az illegális határátlépésekkel kapcsolatos hírek alapján egyértelmű, hogy Magyarországnak cselekednie kell, ezért döntött a kormány a magyar-szerb határ lezárásáról. A Fidesz országgyűlési képviselője azt mondta, hogy a balkáni útvonal, a magyar-szerb határ lett az Európai Unióba illegálisan bevándorlók legforgalmasabb útvonala.

## 8.2 Anhang B)

Hier befinden sich die Übersetzungen aller Zeitungsartikel.

### Magyar Hírlap1 [„Ungarisches Journal“] :

Magyar Hírlap, keine VerfasserIn genannt, erschien am 17.06.2015 um 08:37.

## Grenzsperre kann die letzte Lösung bedeuten

Rogán fordert bei der Einwanderung ähnliche Schritte wie im Westen

**Wenn westliche Länder ihre Grenzen schließen, müssen auch wir unsere südlichen Grenzen schließen, damit nicht eine Flut von hunderttausenden Einwanderern in Ungarn hängen bleibt - sagte Antal Rogán. Deshalb fordert die parlamentarische Fraktion der FIDESZ die Regierung zur Durchführung ähnlicher Maßnahmen wie in den westeuropäischen Ländern auf. Auch Lajos Kósa ist der Ansicht, dass diese Flut eingedämmt werden muss, ehe ein ernstes Problem entsteht. Zsuzsanna Végh betont, dass täglich mehrere hunderte illegale Einwanderer nach Ungarn kommen.**



"Wenn der Westen seine Grenzen schließt, dann müssen auch wir unsere südliche Grenze schließen, denn wenn das nicht passiert, wenn sie nicht in Richtung Österreich weiter können und es in keine andere Richtung weitergeht, dann wird eine Flut von hunderttausenden Einwanderern in Ungarn festhängen" - stellte der Vorsitzende der Fidesz Fraktion auf der Sender M1 fest.

Er nannte den Bau einer Grenzsperre als ein Schritt für den äußersten Fall, obwohl es begründeter wäre, nach dem Bau des Grenzzauns an der türkischen Grenze zu Bulgarien auch

an der Grenze zu Griechenland einen zum Aufhalten der Einwanderer geeigneten Zaun hochziehen, aber "falls das nicht passieren wird, dann müssen wir es tun". "Spätestens bis Herbst müssen wir in Ungarn die Maßnahmen wiedereinführen, welche wir vor 2012 schon angewendet haben" - meinte der Politiker, dazu zählte er die derzeit von der Europäischen Union verbotene Maßnahme, dass die Menschen, welche die Grenze illegal überschreiten, inhaftiert werden, weil dies eine abschreckende Wirkung haben werde.

Wenn die westlichen Länder ihre Grenzen schließen, dann "wäre es gut, wenn in Ungarn die Sozialisten und die liberale Parteien sich von ihrer ideologisch motivierten Pro-Einwanderungs-Politik verabschieden würden, denn sie ergibt gar keinen Sinn. (...) In Ungarn ist die Einwanderung keine Lösung für irgendetwas, in Europa auch nicht, wir können nichts mit einer so großen Zahl von Wirtschaftsflüchtlings anfangen" – sagte er. Der Fraktionsvorsitzende bemerkte, dass bis Ende des Monats die Zahl der in Ungarn angekommenen illegalen Einwanderer 60.000 übersteigen werde, von denen 99 Prozent die Grenze absolut gesetzwidrig überschritten haben.

Die dem Parlament vorgelegte Vorlage würde den Begriff der sicheren Drittstaaten definieren. Die aus Griechenland, Mazedonien und Serbien kommenden Einwanderer könnten auch in diesen Ländern Asyl beantragen. Zugleich würde dies bedeuten, dass aus diesen sicheren Drittstaaten keine Asylsuchenden aufgenommen werden, da sie automatisch als Wirtschaftsflüchtlinge betrachtet werden können und sofort von den ungarischen Behörden zurückgeschickt werden könnten – erklärte er.

Ihm zufolge zeigen "genau die unterschiedlichen Meinungen, dass die Europäische Union hier keine Lösung hat", denn "es ist das passiert, was wir befürchtet haben", einzelne Mitgliedsstaaten, die die "Entscheidungsunfähigkeit Brüssels" und die gegenwärtig herrschende Situation kritisieren, haben ihre inneren Grenzen praktisch geschlossen und damit das Schengen-Abkommen zum Teil aufgekündigt. Laut Deutschland und Österreich wollen die beiden Länder insgesamt 15.000 Flüchtlinge nach Ungarn zurückführen, während der Zustrom illegaler Einwanderer an der südlichen Grenze anhalten wird - deutete Antal Rogán an.

### **Lajos Kósa : Wir können nicht alle Einwanderer aufnehmen**

Ungarn kann nicht alle illegalen Einwanderer der Welt aufnehmen – stellte Lajos Kósa fest. "Diese Flut muss eingedämmt werden, oder wir werden ein sehr ernstes Problem bekommen" – sagte der stellvertretende FIDESZ Vorsitzende auf TV2 in der Sendung Mokka. Er fügte hinzu, dass politische Flüchtlinge, die weniger als ein Prozent aller angekommenen Flüchtlinge ausmachen, zugelassen werden müssen, hingegen müssen alle illegalen Einwanderer in die jeweiligen sicheren Drittstaaten abgeschoben werden. Wer tatsächlich ein Flüchtling ist, muss dort bleiben, wo sein Leben nicht mehr in Gefahr ist – teilte er mit.

"Es gibt einen großen Druck, fünf Millionen sind illegal auf dem Weg durch Europa, von denen nur ein Bruchteil politische Flüchtlinge sind, die zugelassen werden müssen" – formulierte der Politiker. Die Regierung beabsichtigt, dass "unsere Gesetze im eigenen Land durchgesetzt werden"; die physische Schließung der Grenzen" scheint nicht notwendig, aber im äußersten Fall kann auch dies getan werden" – sagte Lajos Kósa.

### **Jeden Tag kommen hunderte illegaler Einwanderer in unserer Heimat an**



Seit Anfang des Jahres haben 57.000 Menschen die ungarische Grenze illegal überquert, täglich kommen hunderte Menschen, davon in sehr großen Zahlen afghanische, syrische, pakistanische Staatsbürger – sagt Zsuzsanna Végh. Die Generaldirektorin des Amtes für Einwanderung und Staatsbürgerschaft sagte in der Sendung "180 Minuten" des Kossuth-Radios, dass das wirkliche Ziel der letzteren ist, ein Land in Westeuropa zu erreichen, in der Regel Deutschland, da dort eine große Zahl afghanischer und syrischer Gemeinschaften existiert. Sie fügte hinzu, dass diese Menschen sehr vieles geopfert haben, damit sie aus ihrer Heimat flüchten können, sie haben viel gezahlt, sie zahlen viel an Schlepper, und so schreckt sie auch die Information nicht ab, dass sie aus dem Zielland mit großer Wahrscheinlichkeit abgeschoben werden.

Die Expertin fügte hinzu, dass, wenn jemand als illegaler Einwanderer ankommt, er/sie dann von der Polizei an die Asylbehörden übergeben wird. Dort wird das Asylverfahren gestartet und der Ort bestimmt, wo man für die Dauer des Verfahrens der Behörde zur Verfügung stehen muss. Dieser Standort ist eine offene Empfangsinstitution, 90 Prozent aller illegalen Einwanderer kommen in solche Empfangszentren. Dort dürfen die Betroffenen – nachdem sie Asyl beantragt haben – sich frei bewegen, dürfen die Empfangsinstitution täglich verlassen, nur die Hausordnung muss eingehalten werden. Laut Zsuzsanna Végh nützen die Flüchtlinge diesen Zeitraum, um ihre Reise weiter in Richtung anderer Länder fortzusetzen, obwohl sie während des Asylverfahrens nicht frei in den Staaten der Union reisen dürfen, das dürfen nur anerkannte Flüchtlinge.

Laut der Generaldirektorin der BÁH [Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal – Amt für Einwanderung und Staatsbürgerschaft] ist das Niveau der ungarischen Empfangsinstitutionen keineswegs anders als die Institutionen in anderen EU-Mitgliedsstaaten, aber diese Stationen sind derzeit überfüllt. Deshalb war auch der Aufbau von Zelten und Containern notwendig. Die diesjährigen Statistiken zeigen, dass die Zahl der Anträge, die die Rücknahme von Asylwerbern durch Ungarn fordern, im Vergleich zum Vorjahr um ein Vielfaches gestiegen ist. Eine andere Frage ist, dass auch die Mitgliedsstaaten bestimmte Praktiken verschärfen sollten, damit diese Rücknahmen wirklich geschehen, da diese illegal angekommenen Asylwerber sich frei zwischen den Mitgliedsstaaten bewegen – sagte sie.

Zsuzsanna Végh erzählte, dass mit der Bestimmung der sicheren Drittstaaten die Beweislast umgekehrt wird und die Flüchtlinge nachweisen müssen, aus welchem Grund der von den ungarischen Gesetzen für sicher erklärte Staat sich für den Asylwerber als doch nicht als

sicher erwies.

## **Magyar Hírlap2 [„Ungarisches Journal“] :**

MH/MTI, keine VerfasserIn genannt, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 09:49, updated am 18.06.2015 um 14:00

### **Péter Szijjártó: Ungarn steht unter dem größten Druck**

#### **Europäische Kommission: Das Völkerrecht muss respektiert werden**

Ungarn steht im Bereich Asyl unter dem größten Druck, den Daten zufolge sind mehr Einwanderer bei uns registriert worden als in Italien oder Griechenland – sagte der Außen- und Handelsminister im aktuellen Morgenprogramm des Senders M1 am Donnerstagmorgen. Das Thema löste am Donnerstag auch Reaktionen mehrerer Organisationen und Parteien aus. Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, und die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, welche Maßnahmen sie dafür für notwendig halten, aber das Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte der Ankommenden, muss respektiert werden – betonte die Pressesprecherin der Europäischen Kommission als Reaktion auf dem ungarischen Beschluss.

Péter Szijjártó erinnerte daran, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres 50.430 Einwanderer nach Ungarn kamen, während in Griechenland achtundvierzigtausend und in Italien siebenundvierzigtausend Einwanderer registriert wurden.

#### **Europäische Kommission: Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten**

Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, und die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, welche Maßnahmen sie dafür für notwendig halten, aber das Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte der Ankommenden, muss respektiert werden – betonte die Pressesprecherin der Europäischen Kommission als Reaktion auf die Ankündigung vom Mittwoch, dass Ungarn einen Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze errichtet.

Natasha Bertaud, Pressesprecherin für Migration, sagte auch, dass das Komitee die Verwendung von Zäunen nicht als die beste Lösung betrachte, vielmehr andere Maßnahmen vorschlage, diese aber nicht näher erläuterte. „Wir haben die Mauern in Europa erst kürzlich abgerissen, wir sollten sie nicht wieder hochziehen“ – sagte Bertaud.

In Bezug auf den Sicherheitszaun, der an der ungarisch-serbischen Grenze errichtet werden soll, sagte er [Péter Szijjártó], dass die EU nach einer konsensbasierten, gemeinsamen Lösung sucht, aber Ungarn keine Zeit hat.

Er sprach davon, dass in den internationalen Medien eher nur die über das Mittelmeer ankommenden Einwanderer zu sehen sind, es wird weniger davon gesprochen, dass Ungarn gezwungen sei, noch mehr Druck auszuhalten. Die EU scheint die Zehntausenden von Einwanderern, die auf dem westlichen Balkan nach Europa kommen, nicht berücksichtigen zu wollen – sagte er.

Nach Ansicht des Ministers ist es in dieser Situation offensichtlich, dass die Regierung Schritte unternimmt, um Ungarn, das ungarische Volk, vor Einwanderungsdruck zu schützen, deswegen wurde beschlossen, die Errichtung des Sicherheitszauns vorzubereiten.

Er machte darauf aufmerksam, dass der Zaun an der grünen Grenze errichtet wird, um illegale Grenzübergänge einzudämmen, was bedeutet, dass es weiterhin möglich bleibt, legal über die Grenzübergänge ins Land zu kommen.

Péter Szijjártó sagte, er habe am Mittwoch telefonisch mit dem serbischen Außenminister gesprochen und werde ihn am kommenden Mittwoch angesichts der Vorlage des Innenministers erneut über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

### **Es wird ein Zaunentworfen, der den NATO-Standards entspricht**

Die Regierung plant den Bau eines Grenzschutzzauns gemäß den NATO-Standards – sagte Szilárd Németh, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsausschusses des Parlaments. Nach der geheimen Sitzung des Gremiums am Donnerstag sagten alle Mitglieder: sie hätten noch nicht viel über den am Mittwoch angekündigten Beschluss erfahren, nach dem die Regierung beabsichtige, die ungarisch-serbische Grenze mit einem vier Meter hohen Zaun zu schließen.

Nach dem Treffen betonten der stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Ádám Mirkóczki von Jobbik, dass dieser nicht die endgültige Lösung des Asylproblems sei, aber die Regierung hat eine wichtige und notwendige Entscheidung getroffen.

LMP-Abgeordnete Bernadett Szél und Zsolt Molnár, der sozialistische Vorsitzende des Gremiums, verurteilten den Bau des Zauns. Gleichzeitig sagte Zsolt Molnár, dass sowohl die NATO als auch die Europäische Union Vorschriften haben, wie ein Zaun für den Grenzschutz aussehen sollte, und nach den auf der Ausschusssitzung erhaltenen Informationen plant die Regierung, diese einzuhalten.

Das Thema Einwanderung werde voraussichtlich auch bei dem Treffen der EU-Außenminister am Montag in Luxemburg erörtert – sagte er. Er fügte hinzu: er werde erneut sehr stark darauf aufmerksam machen, dass die Einwanderer in großen Zahlen über zwei Wege nach Europa kommen.

Péter Szijjártó sagte in der TV2-Sendung Mokka auch, dass laut der ungarischen Regierung die Frage außerhalb der EU behandeln werden sollte. Als Beispiel erwähnte er, dass bei Verhandlungen der EU – über Handelsbegünstigungen, finanzielle Hilfe, Entwicklungsprogramme – mit den Ländern, aus denen eine große Anzahl von Einwanderern kommt, klargestellt werden muss, dass das Geld so ausgegeben wird, dass niemand gezwungen ist, aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen das Land zu verlassen.

### **Laut dem Menschenrechtskommissar des Europarates ist der Beschluss unüberlegt**

Ungarns Plan, den Weg von Migranten mit einem Zaun zu blockieren, ist unüberlegt – so reagierte der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, auf die Ankündigung vom Mittwoch in einer kurzen Nachricht, die am Donnerstag in einem Microblog veröffentlicht wurde. Der lettische Politiker war der Ansicht, dass der Schwerpunkt eher auf dem Zugang zu Asyl als auf dessen Behinderung liegen sollte.

Auf die Bitte, die Aussage von Papst Franziskus zu kommentieren, erklärte er: er ist damit ganz einverstanden, dass man denen helfen muss, die gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen. Er fügte hinzu: wenn Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ihr Zuhause verlassen müssen, muss der Grund beseitigt werden. Verstöße gegen die Menschenwürde müssen verhindert werden, und diesen Ländern muss geholfen werden, damit es keine einzige Familie gibt, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Zuhause verlassen muss – sagte der Minister.

Es ist jedoch eine andere Frage, wenn es um politische Flüchtlinge geht, da Ungarn sie immer begrüßt hat und denjenigen immer Zuflucht gewährt hat, die von Diktaturen vertrieben wurden – erklärte Péter Szijjártó.

### **Eurostat: einhundertfünfundachtzigtausend Menschen haben in der EU Asyl beantragt**

In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in den EU-Mitgliedstaaten einhundertfünfundachtzigtausend neue Asylwerber registriert, von denen mehr als die Hälfte den Flüchtlingsstatus in Deutschland und Ungarn beantragt haben – teilte das statistische Amt

der Union, Eurostat, die neuen statistischen Daten am Donnerstag mit.

73.120 neue Asylanträge wurden in Deutschland und 32.810 in Ungarn eingereicht. Berlin muss fast ein Drittel mehr Anträge bearbeiten als im letzten Quartal des vergangenen Jahres, die Zahl der neuen Asylwerber in Ungarn ist gegenüber den letzten Monaten des Jahres 2014 um ein Sechstel gestiegen. Die überwiegende Mehrheit der Asylsuchenden, die die ungarische Grenze überquerten, 22.830 Personen, kamen aus dem Kosovo, weit weniger, 4.020, aus Afghanistan und 2.415 aus Syrien.

### **Der Regierungsbeschluss wurde im Amtsblatt veröffentlicht**

Der Beschluss der Regierung über den Sicherheitszaun an der ungarisch-serbischen grünen Grenze wurde veröffentlicht. Nach dem in der neuesten Ausgabe des Magyar Közlöny veröffentlichten Beschluss muss Wirtschaftsminister Mihály Varga bis zum 1. August die notwendigen Ressourcen für die Errichtung des provisorischen Zauns bereitstellen. In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an, um die Durchlässigkeit der grünen Grenze zu beseitigen.

Die Zahl der Asylanträge pro eine Million Einwohner ist jedoch bei weitem in Ungarn die höchste. Während es in der ganzen EU 365 Asylsuchende pro eine Million Einwohner gibt, gibt es in Ungarn 3.322. In Deutschland sind es 905 und nach Ungarn ist die Zahl mit etwas mehr als 1.100 in Schweden und Österreich am höchsten.

Auch auf EU-Ebene kommen die meisten Asylwerber aus dem Kosovo; insgesamt 48.870 Kosovaren beantragten den Flüchtlingsstatus in der EU. 29.095 kamen aus Syrien und 12.910 aus Afghanistan. Für die gesamte EU stieg die Zahl der Asylwerber im Vergleich zu den letzten Monaten von 2014 nicht an, hingegen stieg die Zahl der Asylwerber um 86 Prozent gegenüber Anfang letzten Jahres.

In Italien, das am stärksten dem Migrationsdruck im Mittelmeerraum ausgesetzt ist, ging die Zahl der Asylwerber zwischen Januar und Ende März im Vergleich zu den letzten Monaten des Vorjahres von 21.285 auf 15.245 um fast 28% zurück. In Schweden, das traditionell auch viele Asylanträge registriert, ist die Zahl der neuen Asylwerber von 20.000 auf 11.500 gesunken.

### **FIDESZ: Die Sozialisten stehen noch immer an der Seite der Einwanderer**

Laut Fidesz sehen die Sozialisten das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer. So formulierte es Bence Tuzson, der Pressesprecher der Regierungspartei am Donnerstag, bei der im Parlament abgehaltenen Pressekonferenz, in Reaktion darauf, dass tagsüber mehrere PolitikerInnen der MSZP temporär die Fidesz Parteizentrale in Budapest mit Zäunen verriegelt haben.

Laut neuesten Daten kommen in Ungarn mehr illegale Einwanderer an als in Italien, obwohl die Weltpresse bei Letzerem laut sei – sagte der Pressesprecher der Fidesz, und betonte, dass, um diesen Prozess stoppen zu können, der Bau von Zäunen die einzig mögliche Lösung sei. Tuzson erinnerte daran: während 2012 kaum mehr als zweitausend illegale Einwanderer in Ungarn angekommen sind, wuchs diese Zahl 2013 auf 18.000, 2014 auf 42.000, und heuer sind schon mehr als 50.000 gekommen.

Laut Bence Tuzson war Ungarn bisher aus der Perspektive der illegalen Einwanderung ein Transitland, kann aber auch bald selbst zu einem Zielland werden, da sich in dieser Frage das Verhalten auch von Deutschland und Österreich sich ändert.

Bei der Reaktion auf weitere Fragen betonte der Pressesprecher, dass die Route der Einwanderer von Schleppern und Verbrecherbanden organisiert wird, wegen der physischen Grenzbarriere werden sie aber nicht mehr die ungarisch-serbische Grenze wählen.

Ferner teilte er mit, dass Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge verschieden behandelt werden müssen. Die Regierung würde deswegen den Begriff des sicheren Drittlandes gesetzlich regulieren, damit die von dort Kommenden in die letztere Kategorie eingereiht werden können und durch vereinfachte Verfahren dann dorthin zurückgeschickt werden können – sagte Bence Tuzson.

## **MSZP: all die, die eine Hasskampagne führen, sollten eingesperrt werden**

Mehrere PolitikerInnen der MSZP haben am Donnerstag die Fidesz Parteizentrale in der Lendvay Straße in Budapest temporär mit Zäunen verriegelt, um damit auszurichten, dass die PolitikerInnen, die eine Hasskampagne führen, "hinter Gitter" gehören.

Ágnes Kunhalmi, die Vorsitzende der Sozialisten in Budapest, drückte sich auf der Pressekonferenz während ihrer Aktion so aus und betonte, dass das Land, das an seinen Grenzen eine Mauer aufzieht und sich damit "in einem Ghetto einschließt", Kopf und Kragen riskiert.

Sie sagte, Fidesz sei im Vergleich zu früher erbärmlich, denn während Viktor Orbán vor 26 Jahren durch den Abriss des Eisernen Vorhangs für die Freiheit kämpfte, würde er jetzt die "vor dem Tod Fliehenden" mit einem Zaun wegschließen. Fidesz verabschiedete sich endgültig von seiner eigenen Vergangenheit und "erdrosselte gleichzeitig seine Zukunft" – formulierte sie.

Seit dem Heiligen Stephan [Stephan I. von Ungarn, Patron und Nationalheiliger Ungarns] strebt Ungarn danach, dass Freiheit und Offenheit seine Welt definieren, und darin muss es anderen Ländern ein Beispiel geben – erklärte die Oppositionsabgeordnete und fügte hinzu, dass die Einwanderung ein Scheinproblem ist, das die Fidesz geschaffen hat, weil das eigentliche Problem der Ungarn die Auswanderung ist.

Die Zahl der Personen, die Niederlassungsbewilligung beantragen, sei im Vergleich zu der, die das Land verlassen haben, vernachlässigbar – betonte sie und merkte an, dass es keine ungarische Familie gebe, in der niemand aufgrund der schlechten Politik der Regierung gezwungen sei, im Ausland zu arbeiten.

Laut Ágnes Kunhalmi fühlen die Ungarn daher am eigenen Leib, wie es ist, im Ausland zu leben und schämen sich für die Mauer, die für die ungarisch-serbische Grenze geplant ist. Laut der sozialistischen Politikerin wissen sie auch, dass, wenn "wir heute andere ausschließen, sie selbst morgen ausgeschlossen werden" und es niemanden geben wird, der sie schützt.

Um dies zu verhindern, sandte die Vorsitzende der MSZP in Budapest eine Botschaft an die ganze Welt, dass Ungarn nicht hasst und die Ungarn die Mauer nicht bauen wollen, das sei nur "die dumme, geschränkte und unendlich eigennützige Politik von Fidesz."

Csaba Horváth, der sozialistische Abgeordnete der Budapester Generalversammlung, fügte hinzu, dass die Budgetunempfindlichkeit der Regierung durch die Tatsache deutlich wird, dass 22 Milliarden Forint für den Stacheldraht vorgesehen sind, aber nur einhundert Millionen Forint für die Rückholung junger Menschen aus dem Ausland und sechs Milliarden Forint für die Lohnentwicklung der unter absurden Umständen arbeitenden Krankenpfleger.

Am Ende der Pressekonferenz nahmen die sozialistischen Politiker den mitgebrachten Drahtzaun mit, aber ein kleines Stück davon wurde von Ágnes Kunhalmi am Zaun des Fidesz Parteizentrale befestigt.

## **DK: Wer baut den Zaun?**

Die Demokratische Koalition hat sich mit einer schriftlichen Anfrage an Premierminister Viktor Orbán gewandt, weil die Partei wissen will, wer den Zaun an der serbisch-ungarischen Grenze bauen darf, der laut Zeitungsinformationen 22 Milliarden Forint kosten wird, sagte der Pressesprecher der Demokratische Koalition.

Zsolt Gréczy sagte, Fidesz habe "die Politik jahrelang in den Dienst der Finanzierung seiner Oligarchen gestellt", deshalb ist es laut DK auch möglich, dass István Garancsi, Eigentümer des FC Videoton oder Lőrinc Mészáros, Bürgermeister von Felcsút, die "Eiserne Vorhang" an der ungarisch-serbischen Grenze errichten wird.

In der neuesten Ausgabe des Magyar Közlöny wurde der Beschluss der Regierung über die Errichtung des Sicherheitszauns an der ungarisch-serbischen grünen Grenze veröffentlicht. Demnach muss der Wirtschaftsminister Mihály Varga bis zum 1. August die notwendigen Ressourcen für die Errichtung des provisorischen Zauns bereitstellen.

In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des

außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an, um die Durchlässigkeit von der grünen Grenze zu beseitigen – steht im Text.

### **PM: Der 22-Milliarden-Forint-Zaun ist sinnlos**

Nach der Meinung der Párbeszéd Magyarorszáért (PM) will die Regierung an der ungarisch-serbischen Grenze so einen Zaun für 22 Milliarden Forint bauen, der nur dazu dient, Hass anzuregen.

Richárd Barabás, der Pressesprecher der Partei, formulierte so auf seiner Pressekonferenz am Donnerstag, auf dem Kossuth-Platz, das Kabinett wolle nur knapp 1,6 Milliarden für die Lohnentwicklung der im sozialen Bereich Beschäftigten und nur knapp sechs Milliarden für Ärzte bereitstellen.

Der Ko-Präsident der Jugendbewegung ZöldFront forderte Premierminister Viktor Orbán auf, die "Anstiftung zum Hass" zu beenden und zu den "Weg der Vernunft und Nüchternheit" zurückzukehren. Ihm zufolge ist es keinen weiteren Zyklus wert, "jahrzehntelange Wunden an den Seelen der Ungarn zu verursachen".

Seiner Ansicht nach ist das Flüchtlingsproblem überhaupt nicht so schwerwiegend, wie die Regierung es versucht zu behaupten. Er fügte hinzu, wer sagt, dass jeder "ohne Grund" sofort hereinlassen werden sollte, ist sich der Realität nicht bewusst, aber ebenso ist er sich der Realität nicht bewusst, der einen Zaun an der Grenze errichten will. Es ist eine Regulierung auf europäischer Ebene erforderlich, die diejenigen, die hier leben wollen, in die Gesellschaft integrieren kann – sagte er.

Vor der Pressekonferenz zogen fast ein Dutzend Aktivisten der PM und der ZöldFront Jugendbewegung in einem Kreis um den Platz Zaundraht heraus und setzten sich dahinter. Auf dem Draht wurde unter anderem "90% der Flüchtlinge sind nicht in Europa.", "Wie wäre es gewesen, wenn die Österreicher 1956 auch ein Zaun errichtet hätten?" Inschriften und ein Zitat von Papst Franziskus aufgeklebt.

### **Der Vorsitzende der Bezirksversammlung von Csongrád begrüßt den Regierungsbeschluss**

Die Regierung hat die einzig verantwortliche Entscheidung getroffen, mit der Vorbereitung zu Schließung der grünen Grenze, da auch andere europäische Länder immer strengere Schritte unternehmen, deswegen musste Ungarn ebenfalls Maßnahmen ergreifen – sagte der Vorsitzende der Bezirksversammlung von Csongrád für szegedma.hu. Béla Kakas drückte es so aus: Österreich, Deutschland und Frankreich werden ihre Binnengrenzen für Einwanderer schließen, Österreich und Deutschland werden fünfzehntausend Einwanderer nach Ungarn zurückschicken, und bis Ende des Monats könnte die Zahl der illegalen Einwanderer, die nach Ungarn kommen, sechzigtausend überschreiten. Der Fidesz-Politiker betonte, dass das Land nicht imstande ist illegale Einwanderer aufzunehmen, "wir können dem Zustrom von Einwanderern, die nach Ungarn eilen, nicht untätig gegenüberstehen." Béla Kakas betonte, dass der Bezirk aufgrund seiner geografischen Lage besonders von illegaler Einwanderung betroffen ist, was nicht nur in kleineren Siedlungen, sondern auch in der Bezirkshauptstadt Szeged immer besorgniserregender wird und immer mehr Fragen in der Bevölkerung aufwirft. Er erwähnte auch, dass er selbst, sowie die Bezirksregierung, jede Woche von vielen Menschen (einschließlich Stadtführern) mit ihren Sorgen aufbesucht werden, hinweisend auf die von Subsistenzmigranten verursachte Probleme wie Stadtreinigung, Gesundheitswesen oder öffentliche Sicherheit. Das Thema Einwanderung wurde auch mehrmals bei der Bezirksversammlung erörtert – sagte Béla Kakas.

### **Der Vorsitzende der Bezirksversammlung von Bács-Kiskun ist zufrieden**

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung von Bács-Kiskun bezeichnete den zu errichtenden Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze als eine gute Methode, um zukünftige Einwanderer zu stoppen. László Rideg (Fidesz-KDNP) sagte, dass nach ihrer Erfahrung die illegale Einwanderer schon aus fast sechzig Ländern kommen, viele von denen fliehen nicht vor Bürgerkriegsbedingungen, nicht vor Verfolgung.

Ihm zufolge tauchen jeden Tag ungefähr zweihundert Menschen an der grünen Grenze auf, was für die Grenzpolizei im Bezirk eine riesige Aufgabe bedeutet. Er fügte hinzu: er hat bereits von den Bürgermeister der Grenzsiedlungen Hinweise erhalten, dass das Phänomen bei den dort lebenden Menschen Angst verursache, weil jeden Tag eine große Anzahl von Fremden vor ihrem Zaun vorbeigeht. Einwanderer verstecken sich oft in verlassenem Gehöften, die Bewohner der Region fürchten ihre Ernte zu Beginn der Fruchtsaison. Laut dem Vorsitzenden der Bezirksversammlung erhielten die in der Region lebenden Menschen mit einer gewissen Beruhigung die Nachricht über den Bau des Zauns, sie glauben, dass dies ein greifbares Ergebnis bedeutet. Er fügte hinzu: es bedeutete auch ein greifbares Ergebnis, als die Flüchtlingswelle der Kosovaren gestoppt wurde, indem herausgefunden wurde: sie könnten die illegale Einwanderer in ihre Heimat zurückbringen. László Rideg glaubte: es wird der Ruf des Zauns am Abschreckendsten sein, weil wenn die Einwanderer herausfinden, dass sie einen an der Grenze errichtet haben, werden weit weniger nach Ungarn aufbrechen.

### **Im Land wurden 500 Grenzverletzer festgenommen**

Fünfhundert Grenzverletzer wurden im Land festgenommen, 379 davon im südlichen Teil des Bezirks Csongrád – teilte die Polizei am Donnerstag mit. Laut dem Pressedienst des Polizeipräsidiums des Bezirks Csongrád wurde die größte Gruppe am Stadtrand von Ásotthalom festgenommen: 75 afghanische, sechs syrische, ein myanmarische, acht pakistanische und zwei iranische Staatsbürger überquerten illegal die grüne Grenze. Grenzpatrouillen, am Donnerstag in der Früh in Szeged an der Kreuzung der Petőfi Sándor Allee und der Móravárosi Ringstraße, bemerkten denselben Kleinlastwagen, mit dem zwei ungarische Bürger einige Tage zuvor Grenzverletzer transportiert hatten. Diesmal waren acht syrische Bürger im Laderaum des Fahrzeugs unterwegs. Die Polizei brachte den Fahrer des Fahrzeugs, den einundzwanzigjährigen Bence S., und seinen Begleiter, den fünfunddreißigjährigen János K., ein. Csaba Cs., der Besitzer des Lieferwagens, der bereits im vorherigen Fall als Verdächtiger befragt worden war, wurde ebenfalls vorgeführt, da er nach den begründeten Verdacht, den beiden Männern dazu befohlen haben, die Syrer nach Budapest zu bringen. Gegen sie wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Währenddessen wurde ein weiterer Kleinlastwagen von der Polizei an der Kreuzung angehalten, in deren Laderaum drei syrische Bürger unterwegs waren. Der Fahrer, der zweiundfünfzigjährige Antal K. und sein Komplize, der siebenunddreißigjährige Róbert P., wurden wegen eines begründeten Verdachts auf Menschenhandel festgenommen. Die Polizei leitete eine Einwanderungsklage gegen die Grenzverletzer ein. Nach Angaben des Kommunikationsdienstes des Nationalen Polizeipräsidiums wurden am Mittwoch insgesamt 500 Grenzverletzer im Land festgenommen, eine Person wegen Fälschung und sieben wegen Menschenhandels strafrechtlich verfolgt.

### **Einwanderer haben Bauern an der Grenze Sachschaden angerichtet**

Einige der illegalen Einwanderer, die über die ungarisch-serbische grüne Grenze kommen, richten Sachschaden an den Bauern an der Grenze an – Betroffene äußerten sich darüber im aktuellen Programm des Senders M1 am Donnerstag, in dem mehrere Landwirte und Dorfbauern darüber berichteten, wohin die illegale Grenzgänger gehen, richten überall Schäden an. Es gab Einige, die sagten, sie haben den Einwanderern bisher geholfen, aber sie hatten ihnen bereits so viel Schaden zugefügt, dass ihnen die Geduld ausgegangen war. Antal Vass, ein Dorfbauer aus Mórahalom, sagte, die Migranten hätten bereits Folienzelte zerschnitten, Zäune und Bewässerungssysteme beschädigt sowie Obstgärten, Saat- und Weizenfelder beschädigt.

Laut dem Bürgermeister von Ásotthalom, László Toroczka, stellt die Einwanderungsflut auch ein "Gesundheitsrisiko" für die dort lebenden Menschen dar.

Ein Bauer in Tompa berichtete, dass die Einwanderer oft einfach in leer stehende Häuser einziehen. Ein Bauer in Mórahalom berichtete, dass sie nicht nur das Getreidefeld auf ihrem Weg trampelten, sondern auch völlig ungerechtfertigt beschädigen: zum Beispiel rissen sie

Zäune ab.

### **Magyar Hírlap3 [„Ungarisches Journal“] :**

VerfasserIn Pindroch Tamás, erschien am Freitag 19.06.2015 um 06:41, updated am 19.06.2015 um 09:32

## **„Wir machen einfach nur das, was der Westen auch“**

Es ist empörend, dass die Opposition illegale Einwanderer und in der EU erwerbstätige Ungarn vermischt - meint Lajos Kósa

Schätzungsweise sind fünf Millionen Menschen auf dem Weg nach Europa, von denen die überwiegende Mehrheit Wirtschaftsmigranten und keine politischen Flüchtlinge sind. Bis dieser Druck verschwindet, können wir nur Zwangsmaßnahmen ergreifen – sagte Lajos Kósa, der Vorsitzende des Verteidigungs- und Strafverfolgungsausschusses des Parlaments, unserer Zeitung über die geplante Grenzsperrung an der südlichen Grenze.



### **Magyar Hírlap4 [„Ungarisches Journal“] :**

VerfasserIn: Dániel Kacsóh, erschien am Freitag 19.06.2015 um 15:43, updated am 19.06.2015 um 15:46

## **Die Grenzsperrung wird standardmäßig**

Es wurde klargestellt, dass die Polizei nicht rechtswidrig gegen die Beschädiger von Einwanderungsplakaten vorging

*Am südlichen Grenzabschnitt kann ein Zaun errichtet werden, der sowohl den Vorschriften der Europäischen Union als auch den NATO-Standards entspricht – dies wurde auf der gestrigen Sitzung des Nationalen Sicherheitskomitees bekannt gegeben. Die linke Opposition gefällt die Maßnahme immer noch nicht.*



*Afghanische Flüchtlinge in der Nähe von Ásotthalom (Foto: Reuters - Bernadett Szabó)*

An der südlichen Grenze wird so ein Grenzschutzzaun errichtet, der den NATO-Standards entspricht – erklärte Szilárd Németh, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsausschusses des Parlaments, nach der geschlossenen Sitzung des Gremiums. Er betonte, dass 99 Prozent der illegalen Grenzgänger über die serbische Grenze ankommen, sie glauben jedoch nicht, dass der Zaun, der einhundertfünfundsiebzig Kilometer lang und vier Meter hoch sein soll, alleine die Lösung für das Einwanderungsproblem bedeutet. Aber die Maßnahme, sowie die Vorlage des Parlaments der eine Liste sicherer Länder enthält, sind wichtige und notwendige Schritte zur Lösung der Asylsituation.

Nach der Sitzung sprach Ádám Mirkóczki von Jobbik darüber, dass aufgrund der erhaltenen Informationen, hielt er den geplanten Zaun an der serbisch-ungarischen Grenze für gerechtfertigt und notwendig. Er sagte jedoch, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind. Zsolt Molnár, der sozialistische Vorsitzende des Gremiums, sagte, dass sowohl die NATO als auch die Europäische Union Vorschriften haben, wie ein Zaun zum Schutz der Grenze aussehen sollte. Er gab zu, aufgrund der auf der Ausschusssitzung erhaltenen Informationen, ein der Vorschriften entsprechender Zaun geplant sei. Gleichzeitig – fügte er hinzu – ist seine Partei mit dem Schritt nicht einverstanden, weil er „nicht für Europa passt“. So wie das LMP, die auch gegen die Errichtung der Grenzsperr sind, weil diese nicht menschlich sei. Bernadett Szél sagt, dass die Grenzsperr überhaupt keine Lösung für das Flüchtlingsproblem bedeutet.

Das Gremium erhörte auch László Tasnádi, Staatssekretär des Innenministeriums, der berichtete, dass die vom Ministerium beaufsichtigten Geheimdienste nicht an Fällen beteiligt waren, die mit der Beschädigung der Einwanderungsplakate der Regierung zusammenhängen. Es ist bekannt, dass die Polizei beschuldigt wurde, die Plakate heimlich oder offen beobachtet zu haben. Er erklärte, dass die Behörde ihre Arbeit in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen ausführt.

Der Landespolizeichef Károly Papp erinnerte sich bei der Sitzung, Viktor Szigetvári, der Vorsitzende von Együtt, und später sein Parteipartner Péter Juhász forderten die Beschädigung der Plakate.

Attila Vajnai, der Vorsitzende der Partei namens Europäische Linken, versprach dafür sogar eine Entschädigung von zweitausend Forint. Die Polizei hat und hatte keine Liste der

ausgelegten Plakate, die Polizei ergriff Maßnahmen nach Meldung, zusätzlich – basierend auf den auf dem 444.hu-Portal veröffentlichten Bildern – in dem III. und XIII. Bezirk wurden Inspektionen im öffentlichen Bereich angewiesen – erklärte er. Die Polizei leistete nur offenen, rechtmäßigen Dienst, sie sammelte keine geheimen Informationen, sie führte keine geheimen Aktionen durch – erklärte er. Auf die Frage von Zsolt Molnár erklärte er, dass die Schäden zwischen zwanzigtausend und siebzigtausend Forint pro Plakat liegen.

## **Regierungsbeschluss**

Der Beschluss der Regierung über den Sicherheitszaun an der ungarisch-serbischen grünen Grenze wurde veröffentlicht. Nach dem im Magyar Közlöny veröffentlichten Beschluss muss der Wirtschaftsminister Mihály Varga bis zum 1. August die notwendigen Ressourcen für die Errichtung des provisorischen Zauns bereitstellen. In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an. Er forderte den Innenminister auf, bis zum 1. Juli eine Vorlage für notwendigen Gesetzesänderungen vorzulegen, der die Ergebnisse der nationalen Konsultation zu Einwanderung und Terrorismus berücksichtigt, um wirksame Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung zu ergreifen.

Kurz

### **„Ungarn hat keine Zeit“**

- Ungarn steht im Bereich Asyl unter dem größten Druck – sagte der Außen- und Handelsminister im aktuellen Morgenprogramm des Senders M1. Péter Szijjártó erinnerte daran, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres 50.430 Einwanderer nach Ungarn kamen, während in Griechenland achtundvierzigtausend und in Italien siebenundvierzigtausend Einwanderer registriert wurden.

- Mehre PolitikerInnen der MSZP haben die Fidesz Parteizentrale in der Lendvay Straße, in Budapest temporär mit Zäune verriegelt, um damit auszurichten, dass die PolitikerInnen, die Hasskampagne führen, "hinter Gittern" gehören. Ágnes Kunhalmi, die Vorsitzende der Sozialisten in Budapest, sagte, dass das Land, das an seinen Grenzen eine Mauer aufzieht und sich damit "in einem Ghetto schließt", riskiert Kopf und Kragen.

- Als Reaktion auf der Aktion von MSZP äußerte sich Bence Tuzson, der Pressesprecher der Regierungspartei: die Sozialisten sehen das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer. Laut Tuzson war Ungarn bisher aus der Perspektive der illegalen Einwanderung ein Transitland, kann aber auch bald selbst zu einem Zielland werden, da sich in dieser Frage das Verhalten auch von Deutschland und Österreich sich ändert.

- Jobbik ist der Ansicht, dass gleichzeitig mit dem Bau des Zauns, die für illegale Einwanderer offen stehende, alternative Wege wie Wasser- und öffentliche Straßen, besser geschützt werden müssen als derzeit, wozu die unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt werden sollte. Die Oppositionspartei fordert Ausgangssperre für alle Flüchtlingsunterkünfte und langfristig deren Umsiedlung außerhalb besiedelter Gebiete.

- Das Aufnahmезentrum in Debrecen, in dem insgesamt 830 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, hat derzeit eine Rekordzahl von 1.474 Migranten, im Lager ist eine Kapazitätserweiterung erforderlich – sagte Róbert Rác, Regierungskommissar des Bezirks Hajdú-Bihar. Die Direktion von dem Amt für Einwanderung und Staatsbürgerschaft (BÁH) in der nördlichen Tiefebene hat in den ersten fünf Monaten des Jahres 31 327 Einwanderer strafrechtlich verfolgt, und nur 20 wurden als asylberechtigt eingestuft.

Ausland

### **„Verantwortung der Mitgliedstaaten“**

Natasha Bertaud, die Pressesprecherin der Europäischen Kommission: Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, welche Maßnahmen sie dafür notwendig halten, aber das Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte der Ankommenden, muss jedoch respektiert werden.

Die polnische Wochenzeitung Wprost: Europa macht so, als würde es nicht sehen, dass Ungarn vor der Flut illegaler Einwanderung steht, aber der, derzeit noch nicht existierende, Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze ist ein guter Vorwand für die europäische Linke, Ungarn, der bereits eine „schlechte Presse“ hat, wieder zum Sündenbock zu machen.

Nils Muižnieks, der lettische Menschenrechtskommissar des Europarates: Der Plan ist unüberlegt. Der Schwerpunkt sollte eher auf dem Zugang zu Asyl als auf dessen Verhinderung liegen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Zahl der Einwanderer die nach Ungarn kommen hat sich "um das Zwanzigfache" erhöht. Jedoch ist der Plan der Grenzsperrung aufgrund der ungarischen Geschichte besonders sensibel.

Corriere della Sera: In Europa wird eine neue Mauer gebaut. Der Beschluss ist schockierend, während Papst Franziskus gleichzeitig mit der Ankündigung in Budapest diejenigen verurteilte, die das Tor vor diejenigen schließen, die um Hilfe bitten.

Der serbische Premierminister Aleksandar Vucic: Die Nachricht ist überraschend und schockierend: Serbien wird dem ungarischen Beispiel nicht folgen, wird keine Mauern errichten (...) und wird nicht in Auschwitz leben.

Il Giornale: Die Folge der ungarischen Mauer wird sein, dass die Migration in Richtung Italien erhöht wird.

In einer Online-Umfrage fragte die Kronen Zeitung ihre Leser, ob sie den Zaun für eine gute Idee halten. 65 Prozent der Antworten waren ja.

Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD): Die Ungarn wissen, wann sie die Grenzen öffnen und wann sie schließen müssen, um Rechtsverletzungen zu verhindern.

Österreichischer Bundespräsident Heinz Fischer: Die Grenzsperrung ist ein Schritt in die falsche Richtung; diese Art von Politik schafft neue Mauern zwischen den Ländern.

Die kroatische Bundespräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic wollte sich nicht zu Ungarns Plänen äußern, sagte jedoch, Kroatien habe nicht die Absicht, ähnliche Schritte zu unternehmen.

### **Magyar Idők1 [„Ungarische Zeiten“]:**

Verfasser: Haraszi Gyula, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 19:10

### **Mehrere europäische Staaten bauen Zäune**

Ungarn ist nicht der erste und einzige Staat in Europa, der sich an seinen Grenzen mit Zäunen

verteidigt. Nach dem Inkrafttreten des Schengener Übereinkommens im Jahr 1995 hat Spanien beschlossen, seine beiden auf dem afrikanischen Kontinent, auf der anderen Seite der Straße von Gibraltar liegenden Enklaven Ceuta und Melilla mit Zaun umzugeben. Ceuta war bereits 1993 von einem 8,4 Kilometer langen Zaun umgeben, doch als 1995 der Massenzustrom afrikanischer Asylwerber begann, musste der Grenzschutz verstärkt werden. Die Hafenstadt war von einem mehr als drei Meter hohen doppelten Eisenzaun umgeben, das System wurde bis 2001 fertiggestellt. In Melilla wurde nach dem Einbruch der Flüchtlinge im Jahr 2005, neben den beiden bestehenden, auch ein dritter Zaun errichtet, der 33 Millionen Euro kostete. Die Höhe des mehr als 11 Kilometer langen Eisenzauns musste verdoppelt werden. In der Zwischenzeit wurden Bewegungssensoren, Infrarotkameras installiert und Überwachungsstellen gebaut. Die Europäische Union hat die Stärkung des Grenzschutzes unterstützt. Im Jahr 2013 wurde der Sicherheitszaun mit Stacheldraht verstärkt. Einer der schwerwiegendsten Zwischenfälle passierte am 29. September 2005, als Migranten, die außerhalb des Zauns warteten, den Zaun in Melilla stürmten, die spanische Grenzschutzbeamten versuchten mit Gummigeschossen, marokkanische Soldaten mit scharfem Gewehrfeuer zu verhindern, dass die illegale Einwanderer eindringen, mindestens 13 Menschen starben und mehr als fünfzig Menschen wurden verletzt. Am 6. Februar 2014 haben Hunderte in Ceuta den mehreren Meter hohen Sicherheitszäunen gestürmt, aber als sie sich nicht durchschlagen konnten, versuchte es eine kleine Gruppe vom Meer aus durchzukommen. Die spanische Gendarmerie versuchte den Ansturm mit Gummigeschossen und Tränengas zu verhindern: es gab fünfzehn Opfer bei diesem Konflikt.

Griechenland hat im Frühjahr 2012 beschlossen, ähnliche Schritte zu unternehmen. An der türkischen Grenze wurden zwölfteinhalb Kilometer lange und drei Meter hohe Zäune errichtet. Der vier Meter hohe Stacheldrahtzaun war mit Wärmesensoren und Infrarotkameras ausgestattet. Nach Fertigstellung der Mauer wurde Bulgarien das Ziel von Menschenschmugglern und illegalen Grenzgängern. Infolgedessen unternahm auch die bulgarische Regierung solche Schritte: im Herbst 2013 beschloss sie, eine drei Meter hohe Mauer zu bauen. Seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im März 2011 hat nämlich die Zahl der im Land ankommenden Flüchtlinge erheblich zugenommen. Die 32 Kilometer lange Mauer wurde im Sommer 2014 fertiggestellt, die Baukosten beliefen sich auf 10 Millionen Levs (fast 1,5 Milliarden Forint). Die Regierung hat beschlossen, die Mauer Anfang dieses Jahres zu verlängern. Der Bau des neuen 82 Kilometer langen Abschnitts wird voraussichtlich 100 Millionen Lev (fast 15 Milliarden Forint) kosten. Am fertiggestellten Abschnitt wurde die Anzahl der illegalen Grenzübergänge innerhalb eines Jahres auf ein Siebtel reduziert.

Natürlich sind Sicherheitszäune zum Schutz vor Einwanderern nicht nur in Europa zu finden. An der mehr als 3.100 Kilometer langen Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko befindet sich ein Sicherheitszaun bestehend aus 4 bis 5 Meter hoher Stahlmauer auf etwa 1.050 Kilometern. Derzeit wird an der 1.600 Kilometer langen marokkanisch-algerischen Grenze eine 100 Kilometer lange Sicherheitsmauer errichtet, und es wurde auch mit den Plänen für einen 14 Kilometer langen Abschnitt begonnen. Die israelische Regierung hat eine Mauer zwischen dem palästinensischen Westjordanland und Israel errichtet, die in ihrer endgültigen Form 708 km lang und stellenweise acht Meter hoch die jüdischen und die palästinensischen Bevölkerung trennen wird.

### **Magyar Idők2 [„Ungarische Zeiten“]:**

VerfasserInnen: Ádám Bákonyi – Dorka Gabay, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 00:00

## Die Opposition greift die Regierung an

In einem Gesetzentwurf werden sie es der Regierung ermöglichen, die sicheren Transitländer zu bestimmen, aus denen Ungarn keine politischen Asylwerber aufnehmen wird – erklärte Antal Rogán im Parlament. Laut dem Vorsitzender der Fidesz-Fraktion sollte die Regierung noch im Sommer die notwendigen Maßnahmen ergreifen um die Grenze zu schließen. Die MSZP hat die Sitzung verlassen und die anderen Parteien erklärten die Vorlage ebenfalls für inakzeptabel.

Fast hunderttausend Einwanderer von der Südgrenze, Schließung der Westgrenzen, Zurückweisung von der anderen Seite. In dieser Situation können die verantwortlichen Politiker hier, im Parlament nichts anderes tun, als nur sofort überlegen, welche Maßnahmen wir ergreifen werden, um die südlichen Außengrenzen zu schließen – sagte Antal Rogán in seiner Darstellung zur Änderung des Asylgesetzes im Parlament. Der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion betonte: in Europa ist in den letzten Tagen eine neue Situation eingetreten, mehrere Länder haben das Schengener Abkommen praktisch gekündigt, die Schließung der Binnengrenzen der Europäischen Union hat begonnen. Wenn Westeuropa seine Binnengrenzen vor Wirtschaftsmigranten schließt, werden diese Menschen hier in Ungarn hängen bleiben, und diejenigen, die bisher gekommen sind, werden auch zu uns zurückgewiesen.

– In einem Gesetzentwurf werden wir es der Regierung ermöglichen, in einem Dekret die sicheren Transitländer zu bestimmen, aus denen Ungarn keine politischen Asylwerber aufnehmen wird – sagte Antal Rogán, der Griechenland, Serbien und Bulgarien als sichere Länder bezeichnete. Der Politiker forderte die Nationalversammlung auf, das Gesetz so bald wie möglich auszuarbeiten, und der Regierung die notwendige Befugnis zu erteilen, um noch im Sommer die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können die Grenze zu schließen. Schließlich forderte Antal Rogán die liberalen und sozialistischen Abgeordneten auf, nicht aus ideologischen Gründen zu urteilen und „sich nicht auf die Seite der Einwanderer zu stehen“.

Lajos Kósa, der Hauptredner des Fidesz, machte darauf aufmerksam, dass die Zahl der in Ungarn ankommenden illegalen Einwanderer bis Ende des Jahres sogar bei 120.000 liegen könnte. Der Politiker betonte, die Linken behaupten vergeblich, dass dies nicht behandelt werden sollte, tatsächlich muss dringend etwas getan werden. Mátyás Firtl vom KDNP nannte die Vorlage geeignet, um den Zustrom von Flüchtlingen zu stoppen. – Wenn Deutschland und Frankreich die Einwanderungsbestimmungen verschärfen, warum würde Ungarn das nicht tun? – fragte er.

Laut der Sozialisten will sich die Regierung nicht einmal mit der Flüchtlingswelle umgehen, da auch nach den heute geltenden Regeln diejenigen, die ohne Papiere ankommen, bis zum Abschluss des Asylverfahrens festgehalten werden müssen. Tamás Harangozó, der Hauptredner der Partei, sagte: wenn die Regierung eine werte Vorlage macht, würde die MSZP gerne darüber diskutieren, aber sie wollen nicht an der Debatte über einen Gesetzentwurf teilnehmen, der nichts anderes als ein weiteres Element eines Propagandakampagne sei. Die Abgeordneten der MSZP-Fraktion haben den Plenarsaal verlassen.

Täglich kommen mehrere hunderte von Menschen an. Seit Jahresbeginn haben 57.000 Menschen die ungarische Grenze illegal überquert, täglich kommen mehrere hunderte von Menschen an, darunter eine sehr große Anzahl afghanischer, syrischer und pakistanischer

Bürger. Das Hauptziel des letzteren ist es, ein Land in Westeuropa zu erreichen, typischerweise Deutschland, da dort eine große Zahl afghanischer und syrischer Gemeinschaften existiert – erklärte der Generaldirektorin des Amtes für Einwanderung und Staatsbürgerschaft. Zsuzsanna Végh formulierte im Kossuth-Radio so: diese Menschen haben sehr viele Opfer gebracht, um aus ihrer Heimat zu fliehen. Sie haben viel bezahlt, sie bezahlen viel an Schlepper, so schreckt sie auch die Information nicht ab, dass sie aus dem Zielland mit großer Wahrscheinlichkeit abgeschoben werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Anträge auf Rückübernahme von Asylwerbern vervielfacht. Sie fügte hinzu, mit der Bestimmung der sicheren Drittstaaten die Beweislast umkehren wird, und die Flüchtlinge nachweisen müssen, dass der nach ungarischen Gesetzen für sicher erklärte Staat aus welchem Grund für den Asylwerber sich doch nicht als sicher erwies. Ernő Simon, Pressesprecher des ungarischen UNHCR-Büros, sagte im ATV: es muss zwischen Einwanderer und Flüchtling unterschieden werden. Ihm zufolge sollte denjenigen geholfen werden, die wirklich dem Hals des Todes entkommen, während Einwanderer, obwohl sie in Armut leben und aus wirtschaftlichen Gründen aufbrechen, nicht in unmittelbarer Lebensgefahr sind.

Laut Jobbik bedeutet eine Grenzsperr keine systemweite Lösung, wird den Zustrom von Flüchtlingen langfristig nicht beseitigen. Bei seiner Pressekonferenz sagte Dániel Z. Kárpát, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: ihre Partei hilft allen Menschen, die vor echten Verfolgung fliehen, aber dies gilt nicht für diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen fliehen. Ihm zufolge kommen die Ankommenden hauptsächlich wegen des europäischen Sozialsystems. Die Partei ist der Ansicht, dass der Grenzschutz in Ungarn wiederhergestellt werden sollte.

Tímea Szabó von der PM nannte die Vorlage nicht nur böswillig und dumm, sondern betonte auch, dass er nicht einmal sein Ziel erreichen würde, da es ihrer Meinung nach weder nach nationalem noch nach internationalem Recht möglich sei. Die Együtt meint: kein europäisches Land, einschließlich Ungarn, kann allein den erwarteten Zustrom von Flüchtlingen bewältigen, die Union muss eine gemeinsame Lösung finden. Zsuzsanna Szelényi sagte: das Problem würde durch die Vorlage nicht gelöst werden, der vor dem Parlament liegt und eine Grenzsperr wegen der Flüchtlinge errichten und gleichzeitig Serbien zu einem sicheren Land erklären will. Die Regierung von Orbán appelliert an der Fremdenfeindlichkeit, sie ziehen einen Eiserner Vorhang auf das Land – reagierte die Demokratische Koalition. Laut Zsolt Gréczy, dem Pressesprecher der Partei, ist es eine Lüge, dass Flüchtlinge nach Ungarn strömen würden, damit die Kosten für ihre Unterkunft, Ernährung und medizinische Versorgung von den Steuerzahlern getragen werden müssten.

### **Magyar Idők3 [„Ungarische Zeiten“]:**

VerfasserInnen: Zoltán Kottász, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 06:30

## **Völkerwanderung**

### **Leitartikel**

Europa ist in einer neuen Ära angekommen. Dies wurde schon oft und von vielen gesagt. In den letzten Jahrzehnten sogar noch öfter: als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die den Grundstein für die europäische Integration legte, gegründet wurde, als die Sowjetunion zusammenbrach, als der Euro eingeführt wurde, als die osteuropäische Länder Mitglieder der Europäischen Union wurden. Jedes Ereignis ist epochal in seiner Art. Wir können nicht leugnen, dass die Nachkriegsgeschichte unseres Kontinents dank der

europäischen Integration, die mit der deutsch-französischen Versöhnung begann, von relativem Frieden, Ruhe und Stabilität geprägt war. Selbst wenn es zwischendurch einen Kalten Krieg, einen Balkankrieg, mehrere Öl- und Wirtschaftskrisen gab. Auch wenn der russisch-ukrainische Konflikt mit einem neuen Kalten Krieg und der Staatsbankrott Griechenlands die Stabilität der Eurozone bedroht.

Europa ist jetzt in einer, einen neuen, echten Wendepunkt bedeutenden Ära angekommen. Diese neue Ära kann jedoch nicht an ein Datum, einen Vertrag, einen bestimmten Politiker, die Enthüllung eines Denkmals oder die Ausgabe einer Münze geknüpft werden. Am ehesten ist es in Zahlen messbar. Die neue Ära ist die Zeit moderner Völkerwanderung, die durch die Globalisierung, den Abbau der europäischen Binnengrenzen, die Finanzkrise, bewaffnete Konflikte in asiatischen und afrikanischen Ländern und viele andere Faktoren hervorgerufen wurde. Ein unaufhaltsamer Strom von Menschen brach auf, aus den ärmsten Landschaften der Welt in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Bürger aus Eritrea, Syrien, Afghanistan, dem Kosovo und anderen Nationen klopfen an die Tore Europas. Heute gibt es in Europa kein Land mehr, in dem die Zahl der Einwanderer in den letzten Jahren keine Rekorde gebrochen hat.

Die Einwanderungswelle ist seit Jahren eines der größten Probleme in Europa. Die Ereignisse des sogenannten arabischen Frühlings und der anschließenden militärischen Interventionen des Westens haben die Probleme durch Putsch, Verhaftung oder Tötung (vielleicht aller drei) autoritärer Führer, die in ihren eigenen Ländern für Ordnung gesorgt haben, weiter verschärft und chaotische Bedingungen im Nahen Osten und in Nordafrika geschaffen, damit Gelegenheit für Menschenhändler geschaffen, hunderttausende von Menschen aus Afrika und Asien über das Mittelmeer zu transportieren. Trotz wachsender Probleme, Spannungen in multikulturellen Gesellschaften, Antipathie gegen den Aufstieg der islamischen Religion, durch den massiven Zustrom von Menschen verursachten Kulturschock und Druck auf die Sozialversicherungssysteme der europäischen Länder haben die europäischen Staats- und Regierungschefs jahrelang nichts unternommen. Um die politische Korrektheit aufrechtzuerhalten, schwiegen sie eher, als zugeben zu müssen: es gibt ein Problem.

Schwere Schiffsunfälle im Mittelmeer bemüßigten Europa, endlich zu handeln. Und der Brüsseler Vorschlag, zehntausende Einwanderer die vor den Küsten Italiens und Griechenlands strandeten, unter den EU-Mitgliedstaaten zu verteilen, betonte, dass die westeuropäischen Staats- und Regierungschefs doch nicht so tolerant und aufnahmebereit sind, wie wir dachten. In den letzten Tagen haben sowohl Frankreich als auch Österreich AfrikanerInnen nach Italien zurückgeführt, deutsche und österreichische Politiker haben die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum gefordert, in Dänemark, das sich auf Wahlen vorbereitet, haben rivalisierende Parteien, einander hochlitzierend, Pläne zur Eindämmung der Einwanderung angekündigt.

Es wäre jedoch ein Fehler, den Schengen-Raum zu suspendieren, da die freie Bewegung innerhalb Europas eine der großen Errungenschaften der europäischen Integration ist. Die Europäische Union hätte sich schon seit langem mit der Stärkung der Außengrenzen befassen müssen. Nach dem Bau der Sicherheitsmauer an den bulgarisch-türkischen und griechisch-türkischen Grenzabschnitten ist das ungarisch-serbische Grenzsperre ebenfalls ein guter Schritt zur Lösung dieses Problems. In Europa beginnt eine neue Ära. Die Frage ist, ob Europa dies bereits erkannt hat.

### **Magyar Idők4 [„Ungarische Zeiten“]:**

VerfasserInnen: Ferenc Kis, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 09:07

# Die Doppelmoral der Einwanderung und der Linken

## Die Doppelmoral der Einwanderung und der Linken

Während die europäische Bevölkerung wegen der illegalen Einwanderer gärt, versuchen die ungarische Linken weiterhin, das Problem zu vertuschen, und beschuldigen die Regierung, mit hasserregender Fremdenfeindlichkeit als auch mit Propaganda, die der Vertuschung anderer innenpolitischer Probleme dient. Unsere Zusammenstellung zeigt, dass sich die Sozialisten, die sich für illegale Einwanderer einsetzten, im Jahre 2004 bei der Referendumskampagne über Doppelstaatsbürgerschaft, wegen der Ungarn im Ausland besorgt waren, während Ungarn nach ihren derzeitigen Aussagen syrische, afghanische oder kosovarische Migranten aufnehmen muss, die illegal, mit der Hilfe von organisierten kriminellen Gruppen unser Land betreten.

Vor der Volksabstimmung 2004 unternahmen dieselbe Linken alles, um der Gesellschaft Angst vor Ungarn jenseits der Grenze zu machen. Sie haben damit Angst gemacht, dass hunderttausende von Menschen in das Mutterland umgesiedelt werden, wodurch Arbeitsplätze gefährdet und das Sozialsystem unerträglich belastet werden. „Lasst uns unsere Arbeitsplätze nicht wegen billiger Arbeitskräfte jenseits der Grenze verlieren!“ „Lasst uns keine Steuern, Renten für Andere zahlen!“ Dies waren die Wahlkampflogos der Sozialisten.

Erklärung István Hillers im Jahr 2004 im Zusammenhang mit der Doppelstaatsbürgerschaft: „Wir erwarten eine Lösung, die das Überleben und den Wohlstand der Ungarn in ihrem Heimatland sichert und die in Ungarn lebenden Ungarn nicht belastet.“

Zsolt Semjén, Parteivorsitzender der KDNP, sagte Ende der Woche über die Einwanderung: „Es gibt und kann keine Debatte geben, dass jedes zivilisierte Land im Namen der Menschlichkeit dazu beitragen muss, dass die, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen zur Flucht gezwungen sind, ein menschliches Leben in ihrer eigenen Heimat führen können.“

Csaba Horváth, der Fraktionsvorsitzende der MSZP in der Hauptstadt, formulierte kürzlich folgenden Gedanken: „Bei der »Einwanderungskampagne« der Fidesz-Regierung geht es nur um Hass, Anstiftung, reine Boshaftigkeit und die Ablenkung der Aufmerksamkeit von ihren Korruptionsfällen.“ Horváth erörtert dann, dass die Hauptstadt vielfältig und „multikulturell“ sei und lädt Migranten sogar explizit ein.

In der Referendumskampagne von 2004 sprach sich Ágnes Vadai noch als Mitglied der MSZP gegen die doppelte Staatsbürgerschaft aus: „Die Umfragen und die Statistiken beweisen deutlich, dass eine weiträumige Auswanderung in die umliegenden Länder beginnen würde, wenn die Mehrheit mit Ja stimmen würde und es verbindlich wäre, denjenigen, die jenseits der Grenze leben, die ungarische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Die Gewährung der Staatsbürgerschaft würde die Steuerzahler im Mutterland jährlich 540 Mrd. HUF kosten.“

Als Premierminister sagte Ferenc Gyurcsány im Jahr 2004: „Wenn wir jedoch sagen, dass ein erheblicher Teil der jungen Menschen jenseits der Grenze oder dass fast 800.000 unsere Landsleute jenseits der Grenze mit ungarischen Ausweisen es für wahrscheinlich halten, dass sie nach Ungarn ziehen, hier die Gesundheits- und Sozialdienste in Anspruch nehmen und hier in Rente gehen, machen wir keine Angst, sondern wir informieren und verbreiten keine unbegründete Gerüchte, sondern zählen die Fakten auf.“

Der Staatssekretär für Kommunikation, András Giró-Szász, sagte kürzlich: die Versorgung eines Einwanderers kostet die Steuerzahler fünftausend Forint pro Tag. Darüber hinaus muss der Staat Geld opfern, um den Grenzschutz zu stärken, wofür die Polizei zusätzliche Kosten umorganisieren muss.

### **Magyar Idők5 [„Ungarische Zeiten“]:**

MTI, keine VerfasserIn genannt, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 15:32

#### **FIDESZ: Die Sozialisten stehen noch immer an der Seite der Einwanderer**

Laut Fidesz sehen die Sozialisten das wahre Problem weiterhin nicht und stehen noch immer an der Seite der Einwanderer.

Bence Tuzson, der Pressesprecher der Regierungspartei formulierte es am Donnerstag, bei der im Parlament abgehaltene, Pressekonferenz, in Reaktion darauf, dass tagsüber mehrere PolitikerInnen der MSZP die Fidesz Parteizentrale in der Lendvay Straße, in Budapest temporär mit Zäunen verriegelt haben, um damit auszurichten, dass die PolitikerInnen, die eine Hasskampagne führen, "hinter Gittern" gehören, so.

Laut neuesten Daten kommen in Ungarn mehr illegale Einwanderer als in Italien an, obwohl die Weltpresse bei letzterem laut sei – sagte der Pressesprecher der Fidesz und betonte, dass, um diesen Prozess stoppen zu können, der Bau von Zäunen die einzig mögliche Lösung sei. Bei der Beantwortung von Fragen sagte er, dass während 2012 kaum mehr als zweitausend illegale Einwanderer in Ungarn angekommen sind, diese Zahl 2013 auf 18.000, 2014 auf 42.000 wuchs, und heuer sind schon mehr als 50.000 angekommen.

Laut Bence Tuzson war Ungarn bisher aus der Perspektive der illegalen Einwanderung ein Transitland - kann aber auch bald selbst zu einem Zielland werden, da sich in dieser Frage das Verhalten Deutschlands und Österreichs ändert.

Bei der Reaktion auf weitere Fragen betonte der Pressesprecher, dass die Route der Einwanderer von Schleppern und Verbrecherbanden organisiert wird, wegen der physischen Grenzsperre werden sie jedoch nicht mehr die ungarisch-serbische Grenze wählen.

Ferner teilte er mit, dass Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge verschieden behandelt werden müssen. Die Regierung würde deswegen den Begriff des sicheren Drittlandes gesetzlich regulieren, damit die, die von dort gekommen sind, in die letztere Kategorie gereiht werden können und durch ein vereinfachtes Verfahren dann dorthin zurückgeschickt werden können – sagte Bence Tuzson.

### **Magyar Nemzet1 – [„Ungarische Nation“]:**

MTI, keine VerfasserIn genannt, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 11:54

#### **Nógrádi: Die Regierung hat gut entschieden, Zaun kann binnen Stunden hochgezogen werden**

György Nógrádi Experte für Sicherheitspolitik nannte den Beschluss der Regierung einen notwendigen Schritt, um Innenminister Sándor Pintér zu beauftragen, die Vorbereitungen für die Schließung der ungarisch-serbischen Grenze mit einem vier Meter hohen Zaun zu treffen.

György Nógrádi bezeichnete die Ankündigung Péter Szijjártós, Außen- und Handelsminister, als logisch. Der Experte rief in Erinnerung, dass vor dem G7-Gipfeltreffen die Deutschen ihre östliche und südliche Grenze temporär geschlossen hatten. Dadurch sind an einem Tag 6600 Menschen aufgefliegen, die keine Genehmigung hatten, innerhalb des Schengen- Raums zu

verweilen, und Drogenhändler wurden auch geschnappt – sagte er.

### **Es ist nichts merkwürdiges dabei**

Ähnliche Maßnahmen werden auch von Spanien und Bulgarien getroffen – meinte György Nógrádi.

Laut ihm ist auch die Aussage der ungarischen Regierung nicht merkwürdig. „Der Kernpunkt ist, dass es getan werden musste, weil die Hauptroute der Flüchtlinge am Meer durch Griechenland, Italien, am Land durch Ungarn führte.“ Er fügte hinzu: die albanische Mafia hat Ungarn so ausgenutzt, „als wäre sie hier zu Hause“, sie schmuggelte eine Million Albaner nach Westeuropa, und Belgrad–Budapest–Bratislava–Prag ist zur Hauptroute des Drogenhandels geworden.

Der Schritt war notwendig – merkte er an, und fügte hinzu: in diesem Fall kollidiert Moral und Politik, aber eine Regierung muss die Politik wählen. Man kann hundert, zweihundert oder sogar fünftausend Menschen aufnehmen, aber bei Millionen ist es unmöglich. Diese Flut an Menschen muss aufgehalten werden – betonte der Experte.

### **Europa braucht sie nicht**

In Österreich wurde gestern angekündigt, dass keine Asylanträge mehr gestellt werden können, vor ein paar Stunden hat der bayrische Finanzminister gesagt: „Europa braucht die Flüchtlinge nicht“, in der Früh wurde im Fernsehen berichtet, dass wegen der Flüchtlinge auf griechischen Inseln kein Urlaub mehr gemacht werden kann – erinnert György Nógrádi. Er sagte: der Beschluss des Kabinetts handelt davon, dass wir mit Serbien Gespräche führen, dessen Innenminister schon früher angekündigt hatte, dass es ähnliche Maßnahmen an der serbisch-mazedonische Grenze plane.

### **Man braucht nur mehr die mazedonische Grenzsperr**

Laut György Nógrádi kann man den Zaun auf dem gesamten serbisch-ungarischen Grenzabschnitt, welcher 175 Kilometer lang ist, „binnen Stunden hochziehen“. Ab diesem Zeitpunkt ist es die Aufgabe der Serben, durch die Schließung der mazedonischen Grenze zu verhindern, dass Flüchtlinge durchkommen können. Die Aufgabe der ungarischen Regierung ist es, Ungarn und die ungarischen Menschen zu beschützen – betonte der Experte für Sicherheitspolitik.

### **Magyar Nemzet2 – [„Ungarische Nation“]:**

Magyar Nemzet, Verfasser: Zsombor György, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 22:01

### **Leitartikel**

#### **Eiserner Vorhang**

Auch wenn nicht in einer Nacht, wie im Jahr 1961, die Berliner Mauer, aber innerhalb kurzer Zeit kann auch der Eiserner Vorhang zwischen Ungarn und Serbien hochgezogen werden. Nicht nur irgendeiner, ein vier Meter hoher, 175 Kilometer lang. Das Problem ist kein kleines, die Verursacher waren größtenteils die ehemaligen Kolonialmächte und die kriegstreibenden Amerikaner, und wir sind wegen ihnen, gemeinsam mit den Balkanländern Durchhäuser geworden.

In den letzten Tagen sind Berichte eingetroffen, dass die Franzosen wegen der Flüchtlinge die Grenze gegen Italien geschlossen haben. Dann fällt uns beim Lesen der Bericht ein, dass

genau diese zwei Länder den libyschen Führer Gaddafi aus seiner Macht gebombt haben, der zwar als ein Schwachsinniger in der Welt bekannt war, aber sagen wir so, es war vor 2011 sicher besser, ein einheimischer Bürger oder ein Gastarbeiter gewesen zu sein, als jetzt. Im Irak und besonders in Syrien ist die Situation ähnlich; hätten die westliche Mächte nicht überall mitgeredet, hätte man jetzt eine um Größenordnungen kleineres Problem zu verwalten. So wird der Grenzzaun gebaut, wir warten neugierig darauf, dass er fertiggestellt wird... Soviel ist sicher, eine eiskalte Entscheidung ist gefallen: die Propagandamaschine der Regierung gab eine innenpolitische Antwort auf die den ganzen Kontinent betreffende globale Frage, um dabei bewusst die begründeten Ängste eines Teils der Gesellschaft zu verstärken. Früher, vielleicht schon 2002 wurde in der Parteizentrale das Prinzip aufgegeben, dass die Menschen verantwortungsvolle Bürger seien, und sie sind daraufgekommen, dass es kurzfristig besser ist, wenn in bestimmten Fällen mit den Instinkten gespielt wird. Aber solange die Politik die Verstärkung des Landes mit sich bringt, ist es schwierig, gegen sie zu argumentieren. Es ist auch erfreulich, wenn die Regierung entschlossene Schritte macht für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, und besonders erfreulich, wenn die Führung des Landes in europäischen oder sogar in globalen Maßstäben denken kann, zumindest was die Erkennung des Problems betrifft. Das Lieblingsthema des Staatsschefs – der Umweltschutz – ist so ein Thema, und auf jedem Fall ist die Flüchtlingsfrage genauso eine, bei der der Ministerpräsident eine markante Meinung hat. Nebenbei wurde wieder bestätigt, dass die Union in Krisensituationen unfähig ist, schnelle und sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Deswegen setzen die Mitgliedstaaten mit Hilfe ihrer eigenen eigennützligen Mittel ihre Interessen durch, auch auf Kosten der anderen. Aber wenn Aktivismus in Demagogie, in die unkritisierte Bedienung der vermeintlichen Massennachfrage übergeht, dann muss man "Halt!" sagen. Obwohl die Regierung mit der nötigen Schnelligkeit und Sensibilität im Fall der Migration auf der Bühne der großen Politik aufgetreten ist, umso ungeschickter und erbarmungsloser ist die Verwirklichung. Schon alleine deswegen, weil moderne Aufklärungsgeräte existieren, mit denen der Eiserne Vorhang vertretbar wäre, ist in der Nacht niemand unsichtbar. Der Innenminister behauptete vor einigen Wochen noch, dass sie unglaublich effektiv arbeite – die Polizei hielte 97 Prozent aller illegalen Einwanderer fest. Dann wozu der Stacheldraht? Der Staatsschef sagte, dass wir den Wirtschaftsflüchtlingen keinen Unterhalt leisten können, aber wir müssen die echten politischen Flüchtlingen helfen, weil, wie er sagte: "das ist ein christliches Land, in unseren Herzen haben wir selbstverständlich Erbarmen, wer verfolgt wird, den muss man helfen." Wie genau? Weil die Grenzsperrung und Barmherzigkeit einander ausschließen – die durch Serbien Ankommenden können laut der Regierung nur Wirtschaftsflüchtlinge sein. Wenn der die südliche Grenze abschließender Zaun wirklich hochgezogen wird, kann sich die Regierung auf eines nur mehr schwer berufen: auf christliche Solidarität. Papst Franziskus sagte noch gestern, auf Frankreich gemünzt: "Entschuldigt Euch für die Personen und Institutionen, die die Tür vor diesen Menschen zumachen, die ihre Familie suchen, die Schutz suchen." Neben ihm gibt es keinen anderen internationalen Akteur, der die Regierung moralisch kritisieren könnte.

### **Magyar Nemzet3 – [„Ungarische Nation“]:**

MNO, keine VerfasserIn genannt, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 10:46

## **Die Regierung hat beschlossen, Grenzsperrung kommt**

4 Meter hoher Zaun wird auf der 175 Kilometer langen Strecke zwischen Ungarn und Serbien gebaut.

Der Außen- und Handelsminister kündigte an: die Regierung habe den Bericht des Innenministers Sándor Pintér erörtert, der an einem Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg teilgenommen hat, bei dem die Parteien über Einwanderung diskutierten.

Wir sprechen derzeit über eine der größten Herausforderungen für die EU – sagte Péter Szijjártó. Er fügte hinzu: das Treffen der Innenminister ergab, dass von den Staaten Ungarn am stärksten von der Einwanderung betroffen ist. Die Mitglieder suchen nach einer Antwort auf diese Herausforderung, aber es wird einige Zeit dauern, bis ein gemeinsamer Weg gefunden ist. Ungarn hingegen kann es sich nicht leisten, länger zu warten.

Es geht darum, einen 175 Kilometer langen, 4 Meter hohen Zaun zu bauen. Der Innenminister wurde angewiesen, sich darauf vorzubereiten – betonte Péter Szijjártó. Der Außen- und Handelsminister betonte, dass Ungarn durch die Errichtung des Zauns keine internationalen rechtlichen Verpflichtungen oder internationalen Verträge verletzen werde.

Péter Szijjártó betonte: das Problem stellt eine ernste Situation für Ungarn dar. Die ungarische Entscheidung ist nicht einzigartig. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass an der griechisch-türkischen und auch an der bulgarisch-türkischen Grenze Zäune errichtet wurden und dass sich auch spanische Städte in Nordafrika so vor dem Einwanderungsdruck schützen. Der Minister sprach auch darüber, dass die in der Region lebenden Landwirte die Migration von Einwanderern in die jeweiligen Grenzgebiete als äußerst ernstes Problem bezeichneten.

Das Kabinett gab auch Anweisung – teilte er mit –, dass die notwendigen rechtlichen Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden sollten, wodurch Ungarn alle EU- und EU-Kandidatenländer als sichere Länder einstuft.

Am 1. Juli werden die ungarische und die serbische Regierung ein Gipfeltreffen abhalten, auf dem die serbische Seite ausführlich über die ungarischen Maßnahmen informiert wird – sagte Péter Szijjártó.

Die Regierung ist entschlossen, Ungarn und die ungarischen Menschen vor dem Einwanderungsdruck zu schützen – endete Péter Szijjártó.

Die Spanier und die Bulgaren treffen ähnliche Maßnahmen – sagte György Nógrádi. Ihm zufolge ist die Ankündigung der ungarischen Regierung am Mittwoch nichts Besonderes. Er fügte hinzu, dass die albanische Mafia Ungarn so ausnutzte als wäre sie hier "zu Hause". Der Schritt sei notwendig – merkte er an und fügte hinzu, dass in diesem Fall Moral und Politik kollidieren, eine Regierung aber die Politik wählen müsse. Es wäre möglich, hundert, zweihundert oder sogar fünftausend Menschen aufzunehmen, aber Millionen sind unmöglich. Dieser Zustrom von Menschen muss gestoppt werden – betonte der Experte.

Die Reaktionen der Parteien finden Sie hier und die serbischen Meinungen hier.

Népszava schrieb am Mittwoch, dass man sich in den letzten Tagen mit der vollen Logistik der Polizei darauf vorbereitet habe, jederzeit eine Grenzsperrung gegen Serbien einzurichten. Wie erwähnt, prüfte das Innenministerium auf Anweisung des Premierministers auch die nationalen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen, um zu bestimmen wie und mit welchen Mitteln ohne besondere rechtliche Genehmigung verhindert werden kann, dass die Flüchtlinge die Grenze überschreiten.

Vor der Regierungssitzung am Mittwoch sagte János Lázár für Hír TV, dass es keine andere Möglichkeit gibt, als die Grenze zu schließen, wenn die Europäische Kommission nicht in

diesem Betreff was unternimmt. „In der ersten Jahreshälfte haben 53.000 illegale Grenzgänger die Grenze überschritten. Mein Wahlkreis ist davon besonders betroffen, ich kann genau sehen, dass viel mehr Menschen kommen als zuvor. Meiner Meinung nach muss mit der Europäischen Kommission verhandelt werden, eine Lösung muss gesucht werden, und wenn keine andere Lösung übrigbleibt, dann muss dieses Instrument eingesetzt werden“ – sagte der für das Amt des Premierministers zuständige Minister.

Antal Rogán, der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion, sprach am Mittwochmorgen auf M1 darüber, dass: „Wenn der Westen seine Grenzen schließt, dann müssen auch wir unsere südliche Grenze schließen. Wenn das nicht geschieht, wenn sie nicht in Richtung Österreich weiterkönnen und es in keine andere Richtung weitergeht, dann wird diese Flut von derzeit schon hunderttausenden Einwanderern in Ungarn festhängen.“

Seit Jahresbeginn haben 57.000 Menschen die ungarische Grenze illegal überquert, täglich kommen Hunderte von Menschen an, darunter eine sehr große Anzahl afghanischer, syrischer und pakistanischer Staatsbürger – sagte die Generaldirektorin des Amtes für Einwanderung und Staatsbürgerschaft (BÁH) am Mittwoch in der Sendung "180 Minuten" von Kossuth-Radio.

Der serbische Premierminister Aleksandar Vučić war überrascht und schockiert über die Nachricht, dass Ungarn die 175 Kilometer lange ungarisch-serbischen Grenze mit einem 4 Meter hohen Zaun schließen würde, und erklärte: Serbien wird dem ungarischen Beispiel nicht folgen, „wird nicht Mauern errichten [] und wird nicht in Auschwitz leben“.

Im serbischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sagte der Premierminister am Mittwochabend, er glaube nicht, dass die Lösung darin bestehe, Mauern zu errichten. Die meisten illegalen Migranten kommen aus Mazedonien – über der EU-Staat Griechenland – und aus dem EU-Mitglied Bulgarien nach Serbien. Bulgarien hat bereits einen 240 Kilometer langen Zaun an der türkischen Grenze errichtet, um illegale Einwanderer fernzuhalten. „Sollten wir auch Mauern an der mazedonischen und bulgarischen Grenzen bauen? Wir werden keine Mauern errichten, das garantiere ich. Serbien schließt sich selbst nicht ein, Serbien wird nicht in Auschwitz leben“ – sagte der serbische Premierminister.

### **Magyar Nemzet4 – [„Ungarische Nation“]:**

MTI, keine VerfasserIn genannt, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 14:54

## **Grenzsperre: zu viel für die Liberalen, zu wenig für Jobbik**

MSZP, LMP und Együtt wollen keinen Zaun. Laut István Pásztor könnte der Schritt jedoch auch für Serbien Erleichterung bringen.

Jobbik begrüßt die von der Regierung angekündigte Grenzsperre, aber laut der Partei werden, „obwohl dieser Schritt die illegale Einwanderung kurzfristig verlangsamen wird, Migranten mit Hilfe von Menschenhändlerbanden mittel- und langfristig neue Routen und andere Grenzabschnitte nutzen und dadurch in unserem Heimatstaat eindringen.“ Dániel Z. Kárpát und Ádám Mirkóczki betonten in der Mitteilung der parlamentarischen Fraktion der Partei: „es ist auch keine Lösung für die durch aus Westeuropa nach Ungarn abgeschobenen Massen verursachten Probleme, ihr Schicksal ist weiter ungewiss.“ Daher sollten laut Z. Kárpát die Flüchtlingslager abgesperrt, der unabhängige Grenzschutz wiederhergestellt und die gesetzliche Garantie für die Einrichtung der Zurückweisung geschaffen werden. „Wir

bestehen auch darauf, dass die in Serbien lebenden Ungarn auch in der Zukunft nicht benachteiligt werden, wenn sie die derzeitige Grenze überschreiten“ – sagte der stellvertretende Parteivorsitzende und Abgeordnete.

Gleichzeitig lehnt die ungarische liberale Partei den Plan des Zauns ab: Wie die Organisation schrieb, „Wir glauben an eine europäische Lösung, die auf Solidarität und gemeinsamem Handeln beruht. Wir glauben, dass kein beteiligter Staat das Problem allein lösen kann. Eine echte Lösung wird nur möglich sein, wenn wir das Problem an seinen Wurzeln angehen können, und dazu ist nur ein starkes, geeintes Europa fähig.“

Auch laut MSZP ist die Grenzsperrung kein gutes Mittel. Auf seiner Pressekonferenz sprach der Partei- und Fraktionsvorsitzende József Tóbiás darüber, dass die EU-Mitgliedstaaten zum Schutz der europäischen Grenzen Konsultationen pflegen müssen, gemeinschaftlich müssen alle Flüchtlinge und gemeinschaftlich müssen die ungarischen Bürger vor illegalen Einwanderern geschützt werden. Dies erfordert gesunden Menschenverstand und professionelle Schlichtung – sagte er. Auf die Frage nach einer Lösung antwortete József Tóbiás, der Beschluss der Regierung habe bestätigt, dass dieser Weg aufgrund fehlender Ressourcen der Grenzpolizei und der Strafverfolgungsbehörden oder aus politischen Gründen gewählt werden müsse. Er fügte hinzu: mit Hilfe moderner Geräte könnte der Schutz der grünen Grenze gewährleistet werden.

Auch LMP-Co-Vorsitzender András Schiffer ist über den Zaun nicht erfreut. Er schrieb auf seiner Facebook-Seite, nachdem die Schließung der Grenze angekündigt wurde: „Sagen Sie bitte, wie wird sich der an der serbischen Grenze gezogene Stacheldraht von der israelischen Mauer unterscheiden, die die Palästinenser in ein Ghetto einschließt?“ Der Co-Vorsitzende von Együtt, Viktor Szigetvári, reagierte ebenfalls in dem sozialen Netzwerk. „Wir haben die Stacheldrähte vor 25 Jahren nicht deswegen niedergerissen, damit jetzt Viktor Orbán Ungarn wieder hinter einem 4 Meter hohen Zaun einschließt. Das war nicht der Punkt. Weder vor 25 Jahren noch 2010 noch 2014. Mit diesem Schritt gefährdet die Regierung die europäische Position und die Interessen Ungarns ernsthaft. Weil Viktor Orbán diesen Zaun nicht wirklich an der südlichen Grenze zieht, sondern zwischen Europa und Ungarn“ – teilte er mit.

Für Serbien könnte die Schließung der ungarisch-serbischen grünen Grenze auch eine Erleichterung bringen – sagte István Pásztor, Präsident der Vajdasági Magyar Szövetség (VMSZ) [Ungarische Allianz der Vojvodina]. Ihm zufolge werden Migranten, wenn sie auf diesem Weg nicht in die Europäische Union einreisen können, „dieses Gebiet höchstwahrscheinlich umgehen“. Pásztor teilte dem MTI-Korrespondenten in Belgrad mit, dass die ungarische Grenzsperrung das Problem für Serbien nicht lösen würde. „Für uns wird das Problem dann wirklich gelöst sein, wenn diese Maßnahmen auch auf der anderen Seite Serbiens umgesetzt werden“ – fügte er hinzu. Er erklärte, dass seine Partei die Bemühungen der serbischen Regierung unterstütze, die die Eindämmung illegaler Einwanderer betreffen.

„Die Regierung hat heute die einzig verantwortliche Entscheidung getroffen. Andere Länder in Europa unternehmen ebenfalls zunehmend strengere Schritte, deswegen musste auch Ungarn handeln. Österreich, Deutschland und Frankreich schließen ihre Binnengrenzen für Einwanderer, Österreich und Deutschland haben beschlossen, 15.000 Einwanderer nach Ungarn zurückzuschicken, und die Zahl der illegalen Einwanderer in Ungarn könnte bis Ende des Monats 60.000 überschreiten. Ungarn ist nicht fähig, die illegalen Einwanderer aufzunehmen, wir können nicht untätig dem Zustrom von Einwanderern nach Ungarn zusehen“ – so die Reaktion von Fidesz.

Wie bekannt, gab Péter Szijjártó während der Pause der Regierungssitzung am Mittwoch bekannt, dass die Regierung den Innenminister angewiesen hatte: sofort mit den physischen

Vorbereitungen für die Schließung der ungarisch-serbischen Grenze zu beginnen. Wie wir geschrieben haben, möchte die Regierung, dass dies bis nächsten Mittwoch erledigt wird.

## **Magyar Nemzet5 – [„Ungarische Nation“]:**

MTI, keine VerfasserIn genannt, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 08:10

### **Szijjártó: Hier gibt es mehr Flüchtlinge als bei den Italienern**

Laut dem Menschenrechtskommissar des Europarates ist die Entscheidung unüberlegt.

Péter Szijjártó erinnerte daran, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres 50.430 Einwanderer nach Ungarn kamen, während 48.000 in Griechenland und 47.000 in Italien registriert wurden. In Bezug auf den Sicherheitszaun, der an der ungarisch-serbischen Grenze hochgezogen wird, sagte er, dass die EU nach einer konsensbasierten, gemeinsamen Lösung sucht, aber Ungarn keine Zeit hat.

Er sprach davon, dass in den internationalen Medien eher nur die über das Mittelmeer kommenden Einwanderer zu sehen sind, aber es wird weniger davon gesprochen, dass Ungarn gezwungen sei, noch mehr Druck auszuhalten. Die EU scheint die Zehntausenden von Einwanderern, die auf dem westlichen Balkan nach Europa kommen, nicht berücksichtigen zu wollen – sagte er.

Nach Ansicht des Ministers ist es in dieser Situation offensichtlich, dass die Regierung Schritte unternimmt, um Ungarn, das ungarische Volk, vor dem Einwanderungsdruck zu schützen, deswegen haben sie beschlossen, die Errichtung des Sicherheitszauns vorzubereiten.

Er machte darauf aufmerksam, dass der Zaun an der grünen Grenze errichtet wird, um illegale Grenzübertritte einzudämmen, was bedeutet, dass es weiterhin möglich ist, legal über die Grenzübergänge ins Land zu kommen.

Péter Szijjártó sagte, er habe am Mittwoch telefonisch mit dem serbischen Außenminister gesprochen und werde ihn am kommenden Mittwoch angesichts der Vorlage des Innenministers erneut über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten. Das Thema Einwanderung werde voraussichtlich auch bei dem Treffen der EU-Außenminister am Montag in Luxemburg erörtert – sagte er. Er fügte hinzu: er wird erneut sehr stark darauf aufmerksam machen, dass die Einwanderer in großen Zahlen über zwei Wege nach Europa kommen.

Péter Szijjártó sagte in der TV2-Sendung Mokka auch, dass laut der ungarischen Regierung die Frage außerhalb der EU behandelt werden sollte. Als Beispiel erwähnte er, dass bei Verhandlungen der EU – über Handelsbegünstigungen, finanzielle Hilfe, Entwicklungsprogramme – mit den Ländern, aus denen eine große Anzahl von Einwanderern kommt, klargestellt werden muss, dass das Geld so ausgegeben wird, dass niemand gezwungen ist, aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen das Land zu verlassen.

Auf die Bitte, die Aussage von Papst Franziskus zu kommentieren, erklärte er: er ist damit ganz einverstanden, dass man denen helfen muss, die gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen. Er fügte hinzu: wenn Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ihr Zuhause verlassen müssen, muss der Grund beseitigt werden. Verstöße gegen die Menschenwürde müssen verhindert werden, und diesen Ländern muss geholfen werden, damit es keine einzige

Familie gibt, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Zuhause verlassen muss – sagte der Minister.

Es ist jedoch eine andere Frage, wenn es um politische Flüchtlinge geht, da Ungarn sie immer begrüßt hat und denjenigen immer Zuflucht gewährt hat, die von Diktaturen vertrieben wurden – erklärte Péter Szijjártó.

In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an, um die Durchlässigkeit von der grünen Grenze zu beseitigen.

In dem Beschluss forderte die Regierung den Innenminister außerdem auf, bis zum 1. Juli eine Vorlage für notwendigen Gesetzesänderungen vorzulegen, der die Ergebnisse der nationalen Konsultation zu Einwanderung und Terrorismus berücksichtigt, um wirksame Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung zu ergreifen.

Ungarns Plan, den Weg von Migranten mit einem Zaun zu blockieren, ist unüberlegt – so reagierte der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, auf die Ankündigung vom Mittwoch in einer kurzen Nachricht, die am Donnerstag in einem Microblog veröffentlicht wurde. Der lettische Politiker war der Ansicht, dass der Schwerpunkt eher auf dem Zugang zu Asyl als auf dessen Behinderung liegen sollte.

Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, und die Mitgliedstaaten müssen entscheiden, welche Maßnahmen sie für notwendig halten, aber das EU- und das Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechte der Ankommenden, muss respektiert werden – betonte die Pressesprecherin der Europäischen Kommission als Reaktion auf die ungarische Entscheidung.

Neben den Menschenrechten betonte Natasha Bertaud, wie wichtig es ist, den Grundsatz zu respektieren, dass niemand in ein Land abgeschoben werden sollte, in dem sein Leben und seine körperliche Unversehrtheit nicht sicher sind.

Die Pressesprecherin für Migration sagte auch, dass der Ausschuss die Verwendung von Zäunen nicht als die beste Lösung betrachte, vielmehr andere Maßnahmen vorschlage, sie erläuterte diese jedoch nicht näher. „Wir haben die Mauern in Europa erst kürzlich abgerissen, wir sollten sie nicht wieder hochziehen“ – sagte Bertaud.

### **Magyar Nemzet6 – [„Ungarische Nation“]:**

Verfasser: Gábor Sarnyai, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 17:30

### **Es wird sehr teuer sein und die Grenzsperrung ist möglicherweise nichts wert**

Ein Zaun oder eine Mauer, der oder die an der serbischen Grenze errichtet werden soll, kann gefährlich, kostspielig und nutzlos sein – dies zeigen internationale Beispiele, so der Experte.

Die Regierung hat den Innenminister angewiesen, mit den Vorbereitungen für die physische Schließung der serbisch-ungarischen Grenze zu beginnen – teilte der Außen- und

Handelsminister Péter Szijjártó kürzlich mit. Der Minister erklärte: Ungarn macht nichts Besonderes, es folgt nur internationalen Beispielen. In der Tat gibt es Zäune an der griechisch-türkischen und bulgarisch-türkischen Grenze, und die spanischen Gebiete Nordafrikas schützen sich ebenfalls so vor dem Einwanderungsdruck. Aber nicht nur in Europa kämpfen sie in dieser Weise gegen die illegale Migration, das größte und teuerste, aber auch das effizienteste System befindet sich an der amerikanisch-mexikanischen Grenze.

In seiner Rede zur Unterstützung des Mauerbaus betonte Präsident George W. Bush: „unsere Nation ist eine Nation von Einwanderern, aber wir sind auch eine Nation von Gesetzestreue“. Er wies auch darauf hin, dass illegale Einwanderer Krankenhausbetten und Schulplätze wegnehmen und die Kriminalität erhöhen. Der Präsident argumentierte auch, dass diese Methode den Zustrom von Drogenschmugglern und Terroristen stoppen kann.

Der Bau der Mauer kostete 4,1 Milliarden Dollar. Dies ist natürlich nicht der endgültige Betrag, da auch die Erhaltungskosten sehr hoch sind. Laut der Zeitschrift Forbes wird Amerika in den nächsten 25 Jahren zwischen 75 und 100 Milliarden US-Dollar für die Erhaltung des Systems ausgeben. Es wurde auch berechnet, dass die Grenzsperrung in diesem Zeitraum zweieinhalb Millionen Menschen daran hindern wird, US-Territorium zu betreten, was bedeutet, dass die Mauer die US-Steuerzahler 40.000 USD pro aufgehaltenem Einwanderer kosten wird.

Die US-Grenzsperrung ist äußerst effektiv: nach ihrem Bau fiel die illegale Einwanderung auf das Niveau der 1970er Jahre zurück. Die Zahl der Festnahmen wegen Grenzübertritts – auf dem mexikanischen Grenzabschnitt – ging zwischen 2005 und 2010 um 61 Prozent zurück. Es sollte jedoch hinzugefügt werden, dass die überwiegende Mehrheit der Migranten, die in die USA einwandern, Wirtschaftsmigranten sind, also können sie nach einem kurzen Verfahren gleich nach Mexiko zurückgeschickt werden. Der Schmuggel wurde jedoch nicht zurückgedrängt, im Internet kursieren mehrere Videos darüber, wie einflussreiche mexikanische Banden die Grenzpolizei ausspielen.

Die Situation hier bei uns ist etwas anders. Was passiert, wenn Menschen über die Mauer klettern und nach Ungarn gelangen? Kann die Polizei sie aufhalten? Darüber fragten wir Boldizsár Nagy, internationaler Anwalt für Flüchtlingsrecht und Professor an der Eötvös Loránd Universität. Seiner Meinung nach wird der gesamte zu bauende Zaun vermutlich auf dem Territorium Ungarns errichtet, da es ziemlich schwierig wäre, ihn genau an der serbisch-ungarischen Grenze zu bauen, die Instandhaltung und die Kontrolle wäre auch umständlich. So müssen Flüchtlinge nicht einmal auf den Zaun klettern. Nach internationalem Recht – wenn der ungarische Flüchtlingsstatus vor Ort, sogar auf der serbischen Seite des Zauns beantragt wird – sind die ungarischen Behörden verpflichtet, ein vorläufiges Asylverfahren einzuleiten, da die andere Seite des Zauns ebenfalls der ungarischen Gerichtsbarkeit unterliegt, auch dort gilt das ungarische Recht.

Die spanische Mauer in Melilla ist 11 Kilometer lang und drei Meter hoch und kostete 33 Millionen Euro. Der an der bulgarisch-türkischen Grenze hochgezogene Zaun ist 85 Kilometer lang, 3 Meter hoch, mit Gesamtbaukosten von 45 Millionen Euro. Der Preis einer Grenzsperrung hängt von vielem ab. Zum Beispiel, wie viele Schichten Stacheldraht installiert werden oder ob nur eine Schranke oder eine komplette Sperrung gebaut wird. Aber aus dem bulgarischen Beispiel folgt, dass die ungarische Grenzsperrung mindestens um die 30 Milliarden HUF kosten wird. János Lázár sagte auf seiner üblichen Pressekonferenz am Donnerstag, dass man noch nicht weiß, wer die Mauer hochziehen wird. Er machte auch darauf aufmerksam, dass die ungarische Regierung weiterhin alle internationalen Flüchtlingskonventionen einhält. Wie er sagte, dürfte Ungarn in keiner Weise von Brüssel oder von anderswo kritisiert werden, weil das Land auch die Flüchtlinge aus den südslawischen Kriegen aufgenommen hatte, und

wir tun dies weiterhin mit denen, deren Leben in Gefahr ist.

Unsere Zeitung hat die Europäische Kommission gefragt, ob die EU diese Einrichtungen finanziert oder ob Ungarn EU-Mittel für den Bau erhalten kann. Die Presseabteilung des Kommissars für Migration und Inneres antwortete, dass die Mitgliedstaaten bisher für zwei Grenzsperren um Geld gebeten haben, eine sei die griechische in Evros und die andere die spanische in Melilla; beide wurden abgelehnt. Sie sagten auch, dass die Mitgliedstaaten alle Unterstützung erhalten würden, um die Außengrenzen der EU zu schützen, wobei natürlich die Grundrechte der Migranten und das Verbot der Nichtzurückweisung zu respektieren seien. Ungarn beispielsweise wird im Zyklus 2014 – 2020 40 Mio. EUR von der EU erhalten, um seine Grenzen zu schützen, aber der Grenzbau ist weder in den Budgetplänen 2007–2013 noch 2014 –2020 enthalten. Es wurde auch erwähnt, dass der Plan des Ungarischen Fonds für innere Sicherheit (ISF) bereits abgeschlossen war und die ungarische Seite keine Pläne für den Bau von Grenzsperren erwähnte.

Im Fall der US-Grenzsperre wurde auf dem gefährlichsten Abschnitt, der Sonora-Wüste, keine Grenzsperre errichtet. Infolgedessen haben Migranten begonnen, dieses Gebiet stärker zu "belagern", was wiederum schwere Verluste forderte. Es dauert drei bis fünf Tage, um die erste Autobahn auf dieser Strecke in der enormen Hitze zu erreichen. An der US-Grenze starben in 30 Jahren 5.000 Menschen bei der Überschreitung der Grenze, zwischen 2004 und 2008 registrierte die Grenzpolizei allein in dem Abschnitt in Arizona 1.086 Todesfälle. Es gibt auch ein europäisches Beispiel dafür: Estrella Galán, Generalsekretärin der spanischen Asylorganisation, sagte, die dortige Grenzsperre ermutige Flüchtlinge, die viel gefährlichere Mittelmeerroute zu wählen.

Ein weiterer Effekt des Zauns könnte neben der Umleitung die Bildung illegaler Lager sein. In der Nähe der spanischen Stadt Melilla in Afrika leben Massen von Menschen unter freiem Himmel in den Bergen. Von hier aus probieren sie gruppenweise durchzudringen in der Hoffnung, dass mehr von ihnen durchkommen, wenn sie es in größerer Anzahl versuchen. Solche illegalen Lager sind im nördlichen Teil Serbiens seit langem zu finden, und die Zahl der auf den Straßen lebenden Einwanderer hat seit der Verstärkung der ungarischen Grenze im Winter dramatisch zugenommen. Nicht nur in Subotica, sondern auch in Magyarkanizsa leben Menschen in großer Zahl auf den Straßen. Mit anderen Worten, die Ghettoisierung in der Region hat bereits begonnen – die Frage ist, wohin sich das Phänomen entwickelt.

### **Népszabadság1 – [„Volksfreiheit“]:**

Népszabadság, Verfasser: Dániel Bitá, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 19:58

## **Das Ergebnis der nationalen Konsultation wurde im Voraus verfasst**

In wenigen Stunden hat sich die Lage an der ungarisch-serbischen Grenze erheblich verschlechtert, wenn wir die Aussagen von Politikern der Regierungspartei als entscheidend betrachten. Lajos Kósa, stellvertretender Vorsitzender von Fidesz, sagte noch am Mittwochmorgen auf TV2: der Bau einer physischen Grenzsperre erscheint nicht notwendig, da die Polizei illegale Einwanderer auch ohne diese aufhalten kann, diese Lösung ist also nur im äußersten Fall vorstellbar. Der äußerste Fall kam jedoch innerhalb weniger Stunden.

Die Regierung wies Innenminister Sándor Pintér an, die Schließung der ungarisch-serbischen Grenze bis zum kommenden Mittwoch vorzubereiten – teilte Péter Sziijártó kurz nach Mittag in der Pause der Regierungssitzung mit. Die Vorbereitungen – obwohl die nationale

Konsultation über die Einwanderung, wofür eine Milliarde Forint ausgegeben wurde, noch nicht einmal abgeschlossen ist und die Fragen überhaupt nichts von einem südlichen Eisernen Vorhang beinhalteten – haben wahrscheinlich bereits begonnen, weil der Außenminister schon als Tatsache ankündigte, dass ein vier Meter hoher Zaun in dem 175 Kilometer langen Grenzabschnitt errichtet wird.

Szijjártó betonte, dass die Maßnahme nicht gegen das Völkerrecht verstoße und nicht einzigartig sei: es wurde auch an der griechisch-türkischen und an der bulgarisch-türkischen Grenze ein Zaun errichtet, und auch die nordafrikanischen Städte Spaniens werden so vor dem Zustrom von Einwanderern geschützt.

Jobbik stimmte zu, dass die Regierung „endlich einen relevanten Schritt angekündigt“ habe, aber laut der Partei werden Schlepper neue Wege finden, und die Grenzsperrung trägt auch nicht dazu bei, wenn Flüchtlinge aus Westeuropa nach Ungarn zurückgewiesen werden. Die rechtsextreme Partei drängt weiterhin auf die Ausgangssperre für Flüchtlingslager und die Wiederherstellung eines unabhängigen Grenzschutzes, sowie darauf, dass die Behörden die Einwanderer zurückweisen können.



*Name der Sackgasse ist Serbien, Zsolt Reviczky / Népszabadság*

Die linke Opposition protestiert. Laut MSZP-Vorsitzendem József Tóbiás ist der Stacheldraht kein gutes Mittel, der Grenzschutz muss mit anderen EU-Mitgliedstaaten vereinbart werden, und der Beschluss der Regierung ist unwürdig für Ungarn, das einst Europa schon durch die Öffnung seiner Westgrenze vereinte. Zsolt Gréczy, der Pressesprecher von DK, fragte: Wie viel kostet es, den Stacheldraht anzulegen? Er war auch neugierig, ob Strom in die Drähte eingeleitet wird, ob die Grenzschutzbeamten einen Schießbefehl erhalten würden und ob die Regierung plane, auch die rumänische und die ukrainische Grenze zu schließen.

András Schiffer, der Ko-Vorsitzende des LMP, verglich den geplanten Zaun an der serbischen Grenze mit der „israelischen Mauer, die die Palästinenser in einem Ghetto einschließt“, und bezeichnete die Idee der Regierung als unmenschlich.



*Syrische Flüchtlinge bei Ásotthalom, Zsolt Reviczky / Népszabadság*

Das Parlament hat am Mittwoch Vormittag mit der Verhandlung der Änderung des Asylgesetzes begonnen, die es der Regierung ermöglichen soll, eine Liste von Ländern gesetzlich zu definieren, die als sicher gelten.

Ziel ist es, zu erreichen, dass diejenigen, die von diesen Ländern kommen, kein politisches Asyl beantragen könnten.

Antal Rogán, der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion, erwähnte noch in der Debatte die Grenzsperrung nur als den letzten möglichen Schritt, falls die Binnengrenzen der Europäischen Union aufgrund von Flüchtlingen geschlossen werden sollten.

Die MSZP hat die Debatte verlassen. Tamás Harangozó, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sagte zuvor: die Vorlage sei Teil der miesen Regierungspropaganda, während die aktuellen Regeln auch vorsehen, dass diejenigen, die ohne Papiere ankommen, bis zum Abschluss des Asylverfahrens festgehalten werden müssen. Ihm zufolge halten sich die Behörden nicht daran.

### **Népszabadság2 – [„Volksfreiheit“]:**

Népszabadság, Verfasser: István Tanács - Gy. Attila Fekete - Károly Lencsés - Dániel Bitá, erschien am Donnerstag 18.06.2015

### **Mit 22 Milliarden zieht die Orbán-Regierung den Zaun des Hasses hoch**

Ungarn baut einen vier Meter hohen, 175 Kilometer langen Zaun an der serbischen Grenze. Laut unseren Informationen sind für die Umsetzung 22 Milliarden Forint vorgesehen. Der serbische Ministerpräsident, Aleksandar Vučić, teilte empört mit, sein Land wird keine Zäune hochziehen, wird sich nicht selbst einschließen, und „wird nicht in Auschwitz leben“.

Es war keine leere Phrase, dass die Regierung die Schließung der südlichen Grenze überlege. Gestern stellte sich auch heraus, was das in der Realität bedeutet: es wird ein vier Meter hoher Zaun entlang der 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenze hochgezogen. Der Innenminister hat eine Woche Zeit für die Vorbereitungen bekommen.

Außenminister Péter Szijjártó sagte,

Europa sucht eine Lösung in der Flüchtlingsfrage, aber der Weg dorthin ist zeitaufwändig, doch die Regierung wartet nicht länger.

Er fügte, sich auf die Grenzzäune an den griechisch-türkischen und bulgarisch-türkischen Grenzen berufend, hinzu, es sei nicht einzigartig, worauf sich das ungarische Kabinett vorbereitet.

Nebojša Stefanović, der serbische Innenminister, nahm vor ein paar Tagen in folgender Weise Stellung: es wäre rechtswidrig, wenn Ungarn die gemeinsame Grenze abschließen würde. Nachdem er sich irren musste, bat der Innenminister am Mittwoch die Staaten der Europäischen Union um Hilfe für den Schutz der serbischen Grenzen, auch deswegen, weil Flüchtlinge meistens durch Staaten der Europäischen Union, aus Griechenland und Bulgarien ankommen. Aleksandar Vučić, der serbische Ministerpräsident war um einiges strenger: „Wir werden keine Mauern errichten. Das garantiere ich. Serbien schließt sich selbst nicht ein, Serbien wird nicht in Auschwitz leben“ – formulierte er. László Csikós, Staatssekretär der serbischen Regierung sagte hingegen, es gebe Hoffnung darauf, dass die Zahl der AsylwerberInnen wegen der Grenzsperrung schmilzt, die MigrantInnen werden Nordserbien ausweichen, und in Richtung Kroatien weitergehen. Bis dahin werde, wer das schafft, nach Ungarn kommen.

Von den Anführern der FIDESZ,

Antal Rogán und Lajos Kósa äußerten sich auch noch am Mittwoch in der Früh, dass die Grenzsperrung nur das letzte Mittel sei. Erst vor zwei Wochen würdigte Regierungschef Viktor Orbán den ehemaligen deutschen Kanzler Helmut Kohl folgendermaßen: „Er engagierte sich dafür, dass er die europäischen Völker voneinander trennenden Zäune bis zu ihren letzten Ziegelstein abbaute.“

Die Regierung wird nicht nur mit dem Erbe des früheren christlichdemokratischen Kanzlers konfrontiert. Papst Franziskus forderte uns gestern auf, MigrantInnen zu respektieren, und sagte: Es sollten jene um die Gnade Gottes bitten, die die Tür vor den Schutzsuchenden zumachen.



*Die bulgarisch-türkische Grenze im Juli 2014, Stoyan Nenov / Reuters*

Die Jobbik stimmte zu, aber hält die Idee nur für eine kurzfristige Lösung, die Linke protestierte. Gábor Gyulai, Mitarbeiter des Ungarischen Helsinki-Komitees, hält es für schändlich, dass fünfundzwanzig Jahre nach dem Abbau des Eisernen Vorhangs jemandem eine Grenzsperre einfällt. Doch er fügte hinzu: die Rechtslage ändert sich nicht, weil der Zaun nur auf ungarischem Territorium hochgezogen werden darf: falls jemand es zumindest bis zur anderen Seite schafft oder sich daran festhält, kommt unter ungarische Gerichtsbarkeit, und wenn man Asyl beantragt, muss der Fall gerecht beurteilt werden. Dieselbe Situation besteht auch bei anderen Grenzübergängen.

### **Sie werden Tunnel graben oder die Grenzwächter bestechen, aber wird es einen Schießbefehl geben?**

Die von Népszabadság befragten Fachleute schätzten, dass die Fertigstellung des an der serbischen Grenze geplanten Zauns pro Kilometer sieben-acht Millionen Forint kosten werde. So würde der Zaun mindestens 1,4 Milliarden Forint kosten, aber dazu kommen noch die Kosten des Stacheldrahts und der Sensoren, die signalisieren, wenn jemand auf dem Zaun klettert oder nur in seine Nähe kommt.

Nach unserem Wissen plant die Regierung mit einem 22 Milliarden Budget für die ganze Einrichtung.

Der von uns befragte Experte sagte, wenn sie wirklich ein wirksames Grenzschutzsystem haben wollen, dann wäre es ratsam, mindestens zwei parallel verlaufende Zäune hochzuziehen und ihre Sensoren mit den schon vorhandenen Bewegungsmeldern, Wärmemeldern und Überwachungskameras zu verbinden.



*Kosovarische Kinder im Februar an der Grenze neben Ásotthalom, László Balogh / Reuters*

Péter Tarjányi, Experte für Sicherheitspolitik, meinte, wie auch viele andere ehemalige Grenzpolizisten, dass der Stacheldrahtzaun alleine zu wenig ist, um die Flüchtlingswelle aufzuhalten.

Ein ehemaliger Grenzpolizist deutete darauf hin, dass der Zaun offensichtlich auf ungarischem Territorium hochgezogen wird, wer also von außen zum Zaun hinkommt, würde schon auf ungarischem Territorium stehen.

Sofern die ungarische Behörden nicht bereit sind zuzusehen, wenn ein paar Dutzend Flüchtlinge am Zaun verhungern und verdursten, dann müssen sie etwas tun.

Und wie würden sie die Asylanträge zurückweisen, die durch den Zaun – aber schon von ungarischem Territorium – eingereicht würden?

Aber viel wahrscheinlicher ist es, dass wie bei anderen Staaten mit Grenzsperrern so auch bei uns unter dem Zaun unterirdische Durchgänge gegraben werden, oder die Grenzwächter bestochen werden, bis an einer Stelle der Zaun durchschnitten wird. In extremen Fällen, wenn mehrere hunderte von Flüchtlingen vor dem Zaun ankommen, kann es auch bei uns passieren, was vor kurzem an der türkisch-syrischen Grenze passierte, dass die verzweifelte Geflüchteten einfach die Stacheldrahtsperrre zerreißen. Eine Frage war, ob die Schließung der serbischen Grenze auch bedeuten würde, dass die Polizei einen Schießbefehl gegen diejenigen, die auf den Zaun klettern oder den Zaun durchbrechen wollen, erhalten würde? Offenbar wird Sándor Pintér und das Innenministerium, während der Woche, die sie für die Vorbereitungen bekommen haben, auch darauf eine Antwort geben.

Tarjányi erinnerte daran, dass

weder der auf der ungarisch-österreichischen Grenze hochgezogene Eiserne Vorhang, noch die Berliner Mauer perfekt schloss.

Tarjányi sah vor dem Systemwechsel als Grenzpolizist zu, als ungefähr dreihundert ostdeutsche Flüchtlinge den Stacheldrahtzaun durchbrochen haben. Vergeblich waren dort Grenzpolizisten mit Maschinengewehre, sie hatten keine Chance, die mit kleinen Kindern Flihenden zu stoppen.

Aber trotzdem haben mehrere zugegeben, dass der Bau des Zauns kurzfristig die Schlepper von der ungarisch-serbischen Grenze abhalten werde. Voraussichtlich wird nach der Fertigstellung der Grenzsperrre der Schleuser-Verkehr in Richtung Kroatien, eventuell auch in Richtung Rumänien wachsen. Die Schleuser werden einen neuen, gefährlicheren, längeren, und deswegen für die mitgeschleppte Menschen auch teureren Weg suchen.



*Es gibt Orte, woher man flüchten kann, aber es wird keine geben wohin, Zoltán Gergely Kelemen / MTI*

Das passierte auch an der griechisch-türkischen Grenze, wo am Anfang des Jahres der Drahtzaun abgebaut wurde, weil dieser die Türken äußerst irritierte, und die Schleuser ihm einfach auswichen, die für die Flüchtlinge viel gefährlichere Meer-Route wählten, um sie in die Union zu bringen.

Diplomatische Quellen haben uns daran erinnert, dass die serbischen Behörden in den letzten Tagen 38 serbische Polizisten und Grenzpolizisten verhaftet haben, mit Menschenschmuggel betreffenden Korruptionsanklagen. Dieser Schritt war eine Geste für Ungarn, ein Zeichen dafür, dass Serbien anders als früher, derzeit bereit ist, für die gemeinsame polizeiliche-geheimdienstliche Zusammenarbeit bei der Zurückdrängung von Menschenschmuggel und massenhafter Migration, als auch ein Zeichen für Brüssel, dass das Land alles tut, um die Bedingungen für den EU-Beitritt zu erfüllen.

### **Die Flüchtlinge müssen auf jeden Fall empfangen werden**

Wir denken immer, dass es nicht mehr schlimmer werden kann, aber die Idee des an der ungarisch-serbischen Grenze geplanten Zauns zeigt, dass es nicht so ist – kommentierte Gábor Gyulai, der Anführer des Programms für Migration beim Ungarischen Helsinki-Komitee, die neueste Idee der Regierung. Er hielt es einfach für schändlich, dass nach 25 Jahren jemandem eine solche Idee einfällt.

Die Rechtslage ändert sich aber grundsätzlich nicht

– betonte er – weil der Eiserner Vorhang nur auf ungarischem Territorium hochgezogen werden darf, und wer sich auf dem Territorium des Landes befindet, auch auf der anderen Seite des Zauns, kommt unter ungarische Gerichtsbarkeit, und so müssen alle heimischen und internationalen Gesetze eingehalten werden. Der Experte stellte fest:

wer es zumindest bis zur anderen Seite des Zauns schafft oder sich darauf festhält, eventuell nach dem Durchschneiden der Drähte auf ungarisches Territorium kommt, und – auch mündlich – einen Asylantrag stellt, dessen Fall muss gerecht beurteilt werden.

Das bedeutet, dass zumindest die Annehmbarkeit des Antrags untersucht werden muss, gegen den eine Berufung eingelegt werden kann. Seiner Meinung nach besteht dieselbe Situation auch bei anderen Grenzübergängen: wenn sich ein/e AusländerIn meldet, dass er/sie in ihrem/seinem Heimatland verfolgt wird, nimmt der Staat damit die Situation offiziell zur Kenntnis, und so kann er seine Verpflichtungen nicht entgehen.

In Wirklichkeit kann selbstverständlich auch was anderes passieren, weil Gyulai kann sich nur schwer vorstellen, dass die ungarische Grenzwachter massenhaft AusländerInnen ohne gültige für die Einreise legitimierende Papiere einlassen würden. Und dagegen kann man kaum eine Berufung einlegen – fügte er hinzu –, wenn die Angestellten der Behörde es nicht wahrnehmen wollen, dass jemand bei uns auf Schutz hofft.

Andererseits, kann das massive Konsequenzen mit sich bringen, denn Ungarn – nachdem die Asylsuchenden kein gerechtes Verfahren erwarten könnten – könnte sogar seine Einstufung als „sicheres Land“ verlieren.

Das würde bedeuten, dass aufgrund des Dubliner Abkommens niemand hierher zurückgeschoben werden könnte, das haben die Griechen schon erreicht, weil dort das Migrationssystem so schlecht funktioniert.



*Illegale Grenzgänger in Handschellen bei Röszke. Die Möglichkeit der Antragstellung darf niemandem verweigert werden, Árpád Kurucz / Népszabadság/Archiv*

Aufgrund des Beschlusses der Regierung wird eine Liste der sicheren Drittländer erstellt – dazu würden auch Serbien und Mazedonien gezählt –, und wer durch diese Länder kommt, dürfte keinen Asylantrag stellen. Aber laut Gyulai sollte die Möglichkeit auf Einreichung eines Antrags niemandem verweigert werden, höchstens könnte der Fall in einem beschleunigten Verfahren, ohne langes Abwägen entschieden werden. Was wiederum die internationalen Normen widersprechen würde, weil jedem/r BewerberIn die Möglichkeit gegeben werden muss, um zu beweisen, dass ein allgemein für sicher gehaltenes Land für den/diejenige doch unsicher war.

Serbien ist auch laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und dem ungarischen obersten Gerichtshof nicht sicher, weil die BewerberInnen keine Hoffnung auf ein gerechtes Verfahren haben und nicht einmal die essenziellste Unterkunft und Unterstützung den Flüchtlingen gewährleistet werden.

Wenn somit in ihrer Heimat verfolgte Personen dorthin zurückgeschickt werden, würde daraus resultieren, dass Ungarn auch als unsicher eingestuft werden könnte.

So würde auch die theoretische Möglichkeit verloren gehen, dass diejenigen, die hier zum ersten Mal das Territorium der Union betraten, aufgrund des Dubliner Abkommens zurückgeschoben werden.

**„Niemand hat gedacht, dass im 21. Jahrhundert ein neuer Eiserner Vorhang in Mitteleuropa gebaut wird“**

László Toroczkai, der aus der Jobbik-Partei kommende Bürgermeister von Ásotthalom- der früher auch selbst vorgeschlagen hatte, dass ein Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze hochgezogen werden sollte- freute sich über die Nachricht, dass ein Stacheldrahtzaun gebaut wird. Toroczkai sagte, dass auch an der bulgarisch-türkischen Grenze schon Ähnliches gebaut wurde, und auf dem Abschnitt die Migration beinahe sofort auf Null reduziert wurde. Bisher konnte jeder quasi ohne Hindernisse über die ungarisch-serbische Grenze kommen, was eine absolut abnormale Situation war. Toroczkai fügte hinzu:

der Zaun alleine bedeutet noch keine Lösung,

wobei das auch davon abhängt, was für ein Zaun gebaut wird. Neben der Anwendung von Wärmebildkameras ist es auch notwendig, eine signifikante Zahl an Grenzwächtern einzusetzen, um so die Migration auch hier mit guten Chancen auf Null zu reduzieren. Laut dem Bürgermeister von Ásotthalom könnte selbst die Ankündigung des Baus eine abhaltende Kraft haben, weil die Schlepper gezwungen werden, eine neue Route zu suchen. Zoltán Nógrádi, aus der Fidesz-Partei kommender Bürgermeister von Mórahalom,

war von der schnellen Entscheidung überrascht,

aber auch er selbst und die lokale Bevölkerung unterstützen den Beschluss. Seiner Meinung nach ist die Flüchtlingswelle im Winter schon unerträglich geworden, welche mit der Abnahme der Zahl der Ankommenden aus dem Kosovo sich heute wieder den Werten im Januar annähert, aber die MigrantInnen derzeit kommen ausschließlich aus weit entfernten Ländern wie Irak, Syrien, Afghanistan sowie aus afrikanischen Staaten.



*Jenseits der Grenze, binnen der Sicherheit, Zsolt Reviczky / Népszabadság*

Nógrádi sagte: es gab keine Gewalttaten, aber das kann man hauptsächlich der lokale Bevölkerung danken: nachts sind 12 Personen aus der Bürgerwehr im Dienst. Es war trotzdem störend, dass die Flüchtlinge massenweise in Arztpraxen, Bad, Bibliothek hineingegangen sind, um sich aufzuwärmen, und nur mit Hilfe der Polizei weggeschickt werden konnten. Auch die älteren Menschen auf den Bauernhöfen hatten Angst, es gab kleinere Diebstähle, und die Saat wurde niedergetreten, als täglich Hunderte durch die Felder gegangen sind. Laut Nógrádi ist die Aufgabe einer Grenze, dass sie Dinge auseinanderhält. Wo das wegfällt, dort gibt es keine Ordnung, wo es keine Ordnung gibt, dort gibt es keine Sicherheit. Deswegen bedeutet die Flüchtlingswelle ein Risiko für die lokale Bevölkerung.

Er unterstützt, dass der Staat für politische Flüchtlinge Schutz

gewährleistet, wie das von der Regierung auch kommuniziert wird, aber hätte Ungarn keinen Schritt gemacht, dann hätte die massenhafte Migration unseren Lebensstandard innerhalb von ein paar Jahren völlig umgewandelt.

Was bisher passierte, überschritt auch schon die Geduld der lokalen Bevölkerung. Laut László Botka, aus der sozialistischen Partei kommender Bürgermeister von Szeged, haben die Flüchtlinge die BewohnerInnen der Stadt gar nicht gestört. Sie haben sich auf den Straßen nicht einmal getroffen, weil für MigrantInnen Ungarn kein Zielland ist. Niemand hat gedacht, dass im 21. Jahrhundert ein neuer Eiserner Vorhang in Mitteleuropa gebaut wird und dass gerade der Ministerpräsident von Ungarn an der Spitze der Antimigranten-Politik steht. Laut Botka

ist das eine typische politische Methode der Fidesz:

sie erschaffen ein Feindbild und beginnen dagegen zu kämpfen, damit sie die Aufmerksamkeit davon ablenken, dass sie regelmäßig und systematisch das Land berauben. Botka ist sicher, dass der Drahtzaun die Personen auch physisch nicht zurückhalten kann, die unbedingt die Grenze überqueren möchten. Beim Gespräch mit englischen und österreichischen PolitikerInnen erfuhr er: sie verstehen Viktor Orbán nicht, weil, obwohl die Migration ein echtes Problem ist, aber nicht in Ungarn. Überdies bedeutet, zum Beispiel für England, wohin schon mehrere hunderttausende Ungarn mit dem Ziel, dort zu arbeiten und sich niederzulassen, ausgewandert sind, das von Orbán regierte Ungarn nicht die Lösung, sondern die Quelle der Wirtschaftsmigration.

### **Népszabadság3 – [„Volksfreiheit“]:**

Népszabadság, Verfasser: Miklós Hargitai, erschien am Donnerstag 18.06.2015

## **Vorhang runter**

Wenn es in den Jahrzehnten nach dem Regimewechsel eine Errungenschaft gegeben hat, die jeder, unabhängig von seiner Weltanschauung, anerkennen soll(te), dann ist es der als grenzüberschreitende nationale Vereinigung bezeichnete Prozess. Ein Land, das rundherum an sich selbst grenzt, kann weder aus moralischen, noch aus praktischen Gründen diesen Prozess rückgängig machen, bei dem die eigenen Grenzen geöffnet werden: Wir können die ungarische Heimat nur dann an diejenigen zurückgeben, die von der Geschichte daraus herausgerissen wurden, wenn wir die bestehenden Barrieren beseitigen, und nicht stattdessen neue bauen. Es gab dabei nie einen öffentlichen politischen Konsens, aber die Mehrheit der Gesellschaft war sich immer einig, dass wir diejenigen, die UngarInnen sind, nicht mit künstlichen Barrieren von uns trennen werden – und die Politik hat sich auch an die Mehrheitsmeinung gehalten.

Die Durchlässigkeit der südlichen Grenze, weshalb derzeit die seit fünf Jahren regierende Machtelite öffentlich wütet, ist genau die Folge dieses stillschweigenden Abkommens: weder die Regierung Gyurcsány noch die Regierungen Bajnai oder Orbán wollten den ungarisch-serbischen Grenzabschnitt als Außengrenze des Schengen-Raums betrachten, weil sie alle Rücksicht auf die etwa 250.000 Ungarn genommen haben, die in der Vojvodina leben (die regelmäßig für Einkäufe, medizinische Dienste, Studium, Arbeit, Verwandtenbesuche über die Grenze gehen).

Ob jetzt wirklich mehr Menschen aus dieser Richtung "illegal" überlaufen wollen oder nicht als beispielsweise während der Jugoslawienkrise, des Krieges in Afghanistan oder des

Irakkrieges, darauf würden wir kein Gift nehmen, aber vielleicht geht es nicht einmal darum, welche Fakten wir den Erwartungen des die Tagespolitik bedienenden fremdenfeindlichen Argumentationssystems gegenüberstellen. Wir könnten uns an die Worte Viktor Orbáns, der keinerlei Rolle beim Abriss des systemtrennenden Eisernen Vorhangs spielte, sich aber am zwanzigsten Jahrestag glücklich im Licht des Erfolgs sonnte, aus dem Jahr 2009 erinnern, welche Lehre wir aus dem Erlebnis der Wiedererlangung der Freiheit ziehen werden müssen. Laut dem damals noch oppositionellen Orbán müssen wir in der Demokratie auch auf jene Werte bauen, die wir uns in der Diktatur behalten haben: menschliche Solidarität, christlichen Glaube und Achtung der Menschenwürde.

Folgerichtigkeit in den früheren Standpunkten des heutigen Regierungschefs zu finden ist jedoch mindestens so vergeblich wie zu erwarten, dass Stacheldrahtkordons das Gleichgewicht der unruhigen Welt wiederherstellen. So beschränken wir uns stattdessen auf die Bewusstmachung: ein Vierteljahrhundert nachdem wir durch die Gnade des Schicksals etwas (nämlich die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Einheit) von dem zurückbekommen haben, was die ungarische Nation im Jahre 1920 infolge eines ungerechten Dekrets verloren hat, errichtet die Orbán-Regierung, die sich selbst als politisch rechtsgerichtet, christlich und – vor allem – national nennt, freiwillig, ohne irgendeinen Zwang, einen vier Meter hohen Drahtzaun an einer der Trianon-Grenzen, in einem Gebiet, in dem es nicht einmal vor '89 eine durchgehende Grenzsperrung gab.

Wir haben aus der Geschichte gelernt, dass es viel einfacher ist, den Vorhang, der Teile der Nation voneinander trennt, runterzulassen, als ihn später aufzuziehen – andere, so scheint es, lernen daraus nichts.

#### **Népszabadság4 – [„Volksfreiheit“]:**

MTI, keine VerfasserIn genannt, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 10:45

### **Magyar Közlöny: Für einen „provisorischen“ Eisernen Vorhang geben wir die Milliarden aus**

Der Beschluss der Regierung über den Sicherheitszaun an der ungarisch-serbischen grünen Grenze wurde veröffentlicht. Nach dem in der neuesten Ausgabe des Magyar Közlöny veröffentlichten Beschluss muss Wirtschaftsminister Mihály Varga bis zum 1. August die notwendigen Ressourcen für die Errichtung des provisorischen Zauns bereitstellen.

In dem Beschluss zu "bestimmten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des außerordentlichen Einwanderungsdrucks" ordnete die Regierung die Vorbereitung eines vier Meter hohen provisorischen Zauns auf dem etwa 175 Kilometer langen ungarisch-serbischen Grenzabschnitt an, um die Durchlässigkeit der grünen Grenze zu beseitigen.

In dem Beschluss forderte die Regierung den Innenminister auch auf, bis zum 1. Juli eine Vorlage für notwendige Gesetzesänderungen vorzulegen, der die Ergebnisse der nationalen Konsultation zu Einwanderung und Terrorismus berücksichtigt, um wirksame Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung zu ergreifen.

#### **Népszabadság5 – [„Volksfreiheit“]:**

Népszabadság, keine VerfasserIn genannt, erschien am Donnerstag 18.06.2015 um 13:20

## **„Der Zaun passt zur brutalen Politik Viktor Orbáns“**

In der internationalen Presse wird die für die ungarisch-serbische Grenze geplante, vier Meter hohe und 175 Kilometer lange physische Grenzsperre auch als der Zaun der Unmenschlichkeit bezeichnet, welche „zur brutalen Politik Viktor Orbáns passt“. Laut mehreren ausländischen Zeitungen weckt die Idee der Orbán-Regierung Erinnerungen an den Kalten Krieg, und löst das Problem nicht.

Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić war schockiert über die Idee eines 175 Kilometer langen Zauns – betont die BBC in ihrem Artikel über Ungarn. Das britische Medium zitiert den Twitter-Beitrag von Nils Muižnieks, des Menschenrechtskommissars des Europarates, in dem er schreibt, dass die Idee des Zauns unüberlegt ist. Nach Ansicht des Kommissars sollte man eher auf die Gewährung von Asyl konzentrieren als auf dessen Behinderung.

„Hungary’s plan to build a fence to stop migrants is ill-advised. Focus should be on ensuring access to asylum, not impeding it – Nils Muižnieks (@CommissionerHR) 18. Juni 2015“

Wie die BBC berichtete auch der Guardian über den Beschluss der ungarischen Regierung am Mittwoch. Neben dem Zaun und der Meinung des serbischen Ministerpräsidenten berichtet die britische Zeitung auch über die gegen die Einwanderung gerichtete Plakatkampagne der Regierung Orbán.

Die EU reagiert langsam auf die ungarischen Ideen – schreibt der britische Telegraph. Die Zeitung hebt hervor, dass die Ankündigung mitten in der Einwanderungsbekämpfungskampagne der Regierung erfolgt. Laut dem Telegraph erinnert der 175 Kilometer lange und vier Meter hohe Zaun an den Eisernen Vorhang.

Reuters berichtet, dass die geplante physische Grenzsperre an der serbisch-ungarischen Grenze die Europäische Union und die Menschenrechtsorganisationen wahrscheinlich verärgern wird. Die Agentur fügt hinzu, dass der Zaun Erinnerungen an Zeiten des Kalten Krieges und die Berliner Mauer hervorrufen.

### **Die Propagandakampagne gegen die Einwanderung läuft schon seit Langem**

*Syrischer Vater wartet an der türkischen Grenze mit seinem Kind. Umit Bektas / Reuters*



In ihrem Kommentar "Der Zaun der Unmenschlichkeit" betont Die Zeit, dass der Zaun zur brutalen Politik Viktor Orbáns, aber auch zur EU passt. Der Autor des Artikels erinnert sich, dass Ungarn vor einem Vierteljahrhundert den Fall des Eisernen Vorhangs gefeiert hat, deswegen ist es etwas „ironisch“ – schreibt der Publizist Ludwig Greven –, dass die Regierung einen 175 Kilometer langen Drahtzaun an der Grenze zu Serbien errichten will. Der Artikel listet die Asylstatistik der letzten sechs Monate auf und erkennt an, dass in dieser Zeit in Europa nach Schweden Ungarn am stärksten von der Migrationskrise betroffen war. Aber er fügt hinzu, dass die Regierung Viktor Orbáns bereits früher äußerst restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Einwanderung gefordert hat. „Die Schließung der Grenze passt zur Orbán-Politik, die darauf abzielt, das Land von westlichen Werten und Rechtskonzepten abzuschließen, die den Schutz von Asylwerbern einschließen“ – meint Greven, der auch darauf hinweist: dass der Denkansatz von Orbán in Europa nicht einzigartig ist und dessen Ursache darin liegt, dass es keine einheitliche Reaktion der EU und keine angemessene Lastenteilung in der EU gibt, was den Weg für ein historisches Scheitern vorbereitet.

In dem Artikel von Spiegel Online, in dem trockene Fakten angeführt sind, steht: die ungarische Regierung will die aus Serbien ankommenden Flüchtlinge mit drastischer Methode stoppen. „Unter der rechtsnationalistischen Herrschaft von Viktor Orbán läuft die Propagandakampagne gegen die Einwanderung schon lange“ – heißt es in der Zeitung.

Die österreichischen öffentlichen Medien berichten ebenfalls über den Zaun und erwähnen auch den für Anfang Juli geplanten serbisch-ungarischen Regierungsgipfel, auf dem die beiden Länder gemeinsame strategische Fragen erörtern werden. Serbien hat schon zuvor vorgeschlagen, seinen Grenzschutz auch an den ungarischen und mazedonischen Grenzabschnitten zu verstärken, um die Migrationswelle zu verlangsamen. Die Zeitung erwähnt, dass der Zaun in Kroatien große Besorgnis erregt, da befürchtet werden kann, dass diejenigen, die vom Balkan kommen, über das Land in die EU eintreten wollen.



*Es mussten im Jahr 2014 auch um die spanischen nordafrikanischen Enklaven, Ceuta und Melilla, Grenzsperrnetze angeordnet werden. Der 240 Zentimeter hohe Zaun kann die Flüchtlinge nicht aufhalten. STRINGER / Reuters*

### **Die Einwanderung brachte den wirklichen Bruch**

Obwohl die illegale Einwanderung eine Herausforderung für ganz Europa darstellt, ist sie in Ungarn zu einem innenpolitischen Thema geworden – meint die spanische Zeitung RTVE. Auf diese Weise versucht Fidesz, ihre Popularität wiederzugewinnen, da sie befürchtet, dass viele ihrer Wähler den rechtsextremen Jobbik unterstützen werden.

Laut El País befindet sich die Regierung Viktor Orbáns in ständigem Kampf mit der Europäischen Union, da sich ihre Position zu verschiedenen Themen stark von den Werten der EU unterscheidet. In letzter Zeit hat die Einwanderung den wirklichen Bruch gebracht.

### **Der Bau von Mauern hilft nicht**

Die Grenzsperrnetze werden Ungarn nicht vor Einwanderern retten – behauptete Andrei Kortunov, Generaldirektor der gemeinnützigen Organisation des Russischen Rates für auswärtige Angelegenheiten, im Radio der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Laut dem Politikwissenschaftler wird dieser Schritt allein die Probleme des Landes nicht lösen: „Dies ist ein besonders kritisches Thema für Ungarn. Die rechten Parteien, die immer skeptisch und misstrauisch gegenüber Einwanderern waren haben stark an Einfluss gewonnen. Jetzt, angesichts der Schwierigkeiten der ungarischen Wirtschaftslage – der Arbeitslosenquote und der Probleme zwischen Budapest und Brüssel –, tritt das Thema Migration immer mehr in den Vordergrund. Für Ungarn ist dies jedoch nicht nur Rhetorik, sondern ein echtes Problem.“

Der Politikwissenschaftler fügte hinzu, dass die historische Erfahrung gezeigt hat, dass der Bau von Mauern in der Regel nie eine Lösung bedeutete: „Die an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten errichtete Mauer hat auch nicht geholfen, der Zustrom von Einwanderern ließ erst nach, als sich die wirtschaftliche Lage Mexikos verbesserte, mehr Arbeitsplätze verfügbar wurden und die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den beiden Ländern langsam angefangen haben sich anzugleichen. Die Tatsache, dass es innerhalb der Europäischen Union keine Grenzen gibt, muss ebenfalls berücksichtigt werden. Deswegen ist es wohl möglich, eine Mauer zwischen Ungarn und Serbien zu bauen, in diesem Fall jedoch werden die Einwanderer über andere Länder, zum Beispiel Rumänien, Bulgarien und

Kroatien, ankommen. Infolgedessen kann der Zustrom von Einwanderern nach Europa auf keinem Fall durch die Bemühungen eines Landes gestoppt werden – behauptete der Politikwissenschaftler.

Kortunov sieht den Schritt der ungarischen Regierung als populistische Maßnahme an: „Diese Maßnahme ist für die einfachen Leute verständlich. Wenn sie fragen, was das Land unternimmt, um das Problem zu lösen, dann bitte, kann man im Fernseher zeigen, wie die Mauer gebaut wird. Das heißt, die Regierung sagt den Menschen, dass sie nicht untätig ist. Aber am Ende ist es natürlich ein Eingeständnis der Trägheit, ein Eingeständnis, dass sie mit anderen Methoden dieses Problem nicht lösen kann. Dies ist ein Problem für ganz Europa, nicht nur für die ungarische Staatsführung, daher muss die Lösung auf EU-Ebene gesucht werden, aber selbst dann wird es nicht einfach sein.“

### Népszava1 – [„Volksstimme“]:

Népszava, keine VerfasserIn genannt, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 14:31

## **Die Orbán-Regierung zieht einen Eisernen Vorhang hoch**

Laut der Demokratischen Koalition ist die Orbán-Regierung "auf dem Höhepunkt der Fremdenfeindlichkeit" angelangt, sie will die südlichen Grenzen schließen und einen Eisernen Vorhang um das Land ziehen – sagte der Pressesprecher der Partei auf seiner Pressekonferenz in Budapest am Mittwoch.

Zsolt Gréczy sprach darüber, dass die Kampagne, die an die Ängste der Menschen appelliert, voller Lügen ist, denn es ist eine Lüge, dass Flüchtlinge nach Ungarn strömen würden, dass die Kosten für ihre Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung von den Steuerzahlern getragen werde. Er betonte, dass die EU zu diesem Zweck bereits 3,5 Milliarden Forint überwiesen hat, während Ungarn aus seinem eigenen Budget weniger für das Problem ausgibt als für den bevorstehenden Bau der Feldbahn in Felcsút.

Die Demokratische Koalition fragt Premierminister Viktor Orbán und Innenminister Sándor Pintér, wieviel es kosten werde, "den Stacheldraht zu ziehen", die an der Grenze stationierten "Streitkräfte" unterzubringen, zu ernähren und zu bewaffnen – zählte er auf. Er war auch neugierig, ob Strom in die Drähte eingeleitet wird, ob die an der Grenze Arbeitenden einen Schießbefehl erhalten würden und ob es Pläne gibt, die Grenzsperrung später in Richtung Rumänien und Ukraine auszubauen.

### Népszava2 – [„Volksstimme“]:

Népszava, keine VerfasserIn genannt, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 14:40, updated: 17.06.2015 um 19:07

## **Es wurde beschlossen - Pintér wurde angewiesen, die Grenzsperrung vorzubereiten**



*Foto: Thinkstock*

Nachdem die Regierung am Dienstag den Bericht von Sándor Pintér über Asyl und das Treffen der Innenminister in Luxemburg gehört hatte, wurde der Innenminister ermächtigt, die physische Schließung der Grenze 175 Kilometer lang in einer Höhe von 4 Metern vorzubereiten. Er erhielt eine Frist dafür bis nächsten Mittwoch. Am 1. Juli findet ein serbisch-ungarischer Regierungsgipfel statt. All dies wurde vom Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó auf einer Pressekonferenz während der Regierungssitzung angekündigt.

Wie er sagte, verstößt Ungarn mit der Errichtung des Zauns nicht gegen internationale gesetzliche Verpflichtungen oder internationale Verträge. Péter Szijjártó sagte, dass es auf dem EU-Treffen der Innenminister am Dienstag klar geworden ist: von den Mitgliedstaaten ist Ungarn am stärksten von der Einwanderung betroffen.

Ihm zufolge ist die Entscheidung der Regierung nicht einzigartig. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass sowohl an der griechisch-türkischen als auch an der bulgarisch-türkischen Grenze Zäune errichtet worden sind und dass sich auch spanische Städte in Nordafrika so vor dem Einwanderungsdruck schützen. Die Regierung habe – ihm zufolge – auch angeordnet, die erforderlichen rechtlichen Vorbereitungsarbeiten durchzuführen, wodurch Ungarn alle EU- und EU-Kandidatenländer als sichere Länder einstuft.

Der Minister bezeichnete die Frage der Einwanderung derzeit als eine der größten Herausforderungen für die EU, auf die die EU-Länder eine Antwort suchen, aber – wie er früher formulierte – der Weg zu einer gemeinsamen Antwort scheint vorerst recht lang und zeitaufwändig zu sein. Deswegen – obwohl "wir hoffen, dass es eine gemeinsame europäische Lösung geben wird" – kann es sich Ungarn nicht leisten, länger zu warten – äußerte er.

Beim Thema Asyl müssen zwei verschiedene Sachen voneinander getrennt werden – sagte Ferenc Gyurcsány gegenüber Népszava. Nach Angaben des Vorsitzenden der Demokratischen Koalition (DK) werden die Flüchtlinge, die sich bereits innerhalb der sogenannten Schengen-Grenzen befinden, von der EU aufgenommen, und ihrer Unterbringung würde der von der Europäischen Kommission vorgelegte Quotenvorschlag dienen. Ihre Zahl könnte bei ungefähr 100.000 liegen, und auf der Grundlage der geplanten Quoten sollte Ungarn ungefähr 1.100 Flüchtlinge aufnehmen, aber dies wird von der Orbán-Regierung abgelehnt.

Die andere Gruppe von Flüchtlingen, die nicht aus einem Schengen-Land ankommen, sondern im Falle Ungarns typischerweise aus Serbien. Der Umgang mit ihnen ist eine interne Angelegenheit jedes EU-Mitgliedstaats, es könnte sogar ein Zaun gegen sie gebaut werden, wie es an der bulgarisch-türkischen Grenze der Fall war. Aber laut Gyurcsány wirft dies moralisch mehrere Probleme auf. Einerseits gab es in diesem Teil der Welt, in Mitteleuropa, bereits solche Mauern, den Eisernen Vorhang selbst und die Berliner Mauer. Andererseits behandelt die Regierung sie nicht als Wirtschaftsflüchtlinge, sondern als Kriminelle, was der Vorsitzende der DK ebenfalls für inakzeptabel hält.

### **MSZP: die Grenzsperrre ist kein gutes Mittel**

József Tóbiás, Partei- und Fraktionsvorsitzender der MSZP, sagte auf einer Pressekonferenz am Mittwoch in Budapest, dass zum Schutz der europäischen Grenzen mit den EU-Mitgliedstaaten konsultiert werden muss, alle Flüchtlinge müssen gemeinschaftlich geschützt werden und die ungarischen Bürger müssen gemeinschaftlich vor illegalen Einwanderern geschützt werden. Dies erfordert gesunden Menschenverstand und professionelle Schlichtung – betonte er.

Nach Ansicht des Oppositionspolitikers muss der Stacheldraht in Europa nicht auf-, sondern wie vor 25 Jahren, abgebaut werden. Die Entscheidung der Regierung sei unwürdig für Ungarn, das einmal schon Europa vereint habe – fügte er hinzu.

### **Liberale: Der an der Grenze geplante Zaun ist sinnlos**

Nach Ansicht der Ungarischen Liberalen Partei (MLP) ist der für die Grenze geplante vier Meter hohe Zaun unmenschlich und sinnlos. Sie sagen, dass die von der Orbán-Regierung am Mittwoch angekündigte Grenzsperrre es unmöglich macht, eine verantwortungsvolle und humane Lösung für das Problem der Einwanderer zu finden. Sie betonen, dass die MLP an eine europäische Lösung glaubt, die auf Solidarität und gemeinsamem Handeln beruht. Die einzige echte Lösung werde darin bestehen, das Problem an seinen Wurzeln anzugehen, und nur ein starkes, geeintes Europa könne dies tun – betonten sie.

### **Fidesz begrüßt die Entscheidung der Regierung**

Fidesz begrüßt die Entscheidung der Regierung vom Mittwoch – sagte Szilárd Németh, der Abgeordnete zum Nationalrat der Regierungspartei. Der Politiker erinnerte daran, dass Antal Rogán, der Fraktionsvorsitzende der Fidesz, die Regierung gebeten hatte, über die Schließung der südlichen Grenzregion zu entscheiden.

Laut der Fidesz-KDNP-Fraktion ist die Grenzsperrre – zusätzlich zur Änderung des Asylgesetzes – eine Gelegenheit, die illegale Einwanderung nach Ungarn zu verhindern – sagte Szilárd Németh. Er erklärte: dass diejenigen, die illegal nach Ungarn einreisen, meistens die 175 Kilometer lange ungarisch-serbische Grenze benutzen, "heute ist es der zweitverkehrsreichste Abschnitt Europas für illegale Einwanderung". Nur in Italien kommen mehr Menschen an“ – fügte er hinzu.

Der Fidesz-Abgeordnete betonte, dass der Druck auf die ungarisch-serbische Grenze immer mehr zunimmt und dass immer mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihr Schicksal in Einwanderungsfragen selbst in die Hände nehmen, die an Italien angrenzenden EU-Mitgliedstaaten haben praktisch die Grenzen geschlossen. Deutschland und Österreich haben deutlich gemacht, dass sie die von hier ankommenden illegalen Grenzgänger nach Ungarn zurückweisen werden.

## **VMSZ: Die Grenzsperrre könnte auch für Serbien vorteilhaft werden**

Für Serbien könnte es auch eine Erleichterung bringen, wenn Ungarn die ungarisch-serbische grüne Grenze physisch schließt, denn wenn Migranten auf dieser Route nicht in die Europäische Union einreisen können, werden sie "höchstwahrscheinlich dieses Gebiet umgehen" – reagierte István Pásztor, der Vorsitzende der größten ungarischen Partei der Vojvodina, der Vajdasági Magyar Szövetség (VMSZ) [Ungarische Allianz der Vojvodina], auf die Ankündigung vom Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó am Mittwoch.

Zur Beruhigung teilte er mit, dass das legale Überqueren der Grenze mit einem Pass von der Schließung der grünen Grenze nicht betroffen sei, da der Hauptzweck darin bestehe, "Sozialmigranten aus dem Nahen Osten zu fangen und zurückzuschicken".

Népszava schrieb schon gestern: alle persönlichen und technischen Bedingungen stehen bereit, damit Ungarn seine südlichen Grenzen schließen kann, die Zuständigen warten nur auf den Befehl. In den letzten Tagen bereitete die Polizei mit der vollen Logistik darauf vor, jederzeit eine Grenzsperrre gegen Serbien einzurichten. Wie wir erfahren haben, prüfte das Innenministerium auf Anweisung des Premierministers auch die nationalen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen, um zu bestimmen wie und mit welchen Mitteln ohne besondere rechtliche Genehmigung verhindert werden kann, dass die Flüchtlinge die Grenze überschreiten.

Unsere Zeitung ist bekannt, dass mit der vorbereiteten Umverteilung von Kräften und Technik die neuralgischsten Bereiche innerhalb von Stunden als nahezu hermetisch versiegelbar angesehen werden. Innerhalb eines Tages kann der gesamte betroffene Grenzabschnitt unter der direkten Kontrolle des Innenministeriums stehen. Nach unseren Informationen am Dienstagnachmittag wird erwartet, dass der Befehl innerhalb von Stunden, jedoch spätestens in dieser Woche, eintrifft. Einer unserer Quellen zufolge lautet der Deckname für die Operation: Norwegen.

Wie bekannt teilte Viktor Orbán in seiner üblichen öffentlichen Rundfunkrede am Freitag mit: die Regierung werde die vom Innenminister am Mittwoch vorgeschlagenen Lösungen anhören und eine Entscheidung über die Einwanderung treffen. Sie wird alle Möglichkeiten prüfen, einschließlich der Möglichkeit einer vollständigen physischen Grenzsperrre – fügte der Premierminister hinzu, der auch darauf hinwies: das serbische und das ungarische Kabinett werden Anfang Juli einen Regierungsgipfel abhalten, wobei die zu klärenden Fragen besprochen werden.

Als Reaktion darauf äußerten sich am Wochenende mehrere Mitglieder der serbischen Regierung. Laut Innenminister Nebojša Stefanović wäre es völkerrechtswidrig, wenn Ungarn, um die illegale Einwanderung einzudämmen, seine Grenzen schließen würde, aber laut ihm hat Ministerpräsident Viktor Orbán nicht konkret über eine Grenzsperrre gesprochen. Der serbische Außenminister Ivica Dačić betonte auch, dass das Flüchtlingsproblem von Serbien allein nicht gelöst werden könne, sondern auf europäischer Ebene gelöst werden müsse. Wie er es ausdrückte: "dieses Problem kann selbst die Europäische Union nicht lösen, geschweige denn Serbien." Ihm zufolge wäre es auf lange Sicht keine Lösung, wenn Ungarn die illegalen Einwanderer nach Serbien zurückschicken würde.

Der serbische Staatssekretär für soziale Angelegenheiten, László Csikós, sprach am vergangenen Dienstag davon, dass momentan 15.000 Migranten in Serbien festhängen würden, wenn Ungarn seine Grenzen "hermetisch, mit Stacheldraht, mit Betonmauer" schließen würde. Wenn sich ihnen die rund 15.000 Asylwerber anschließen würden, die

Österreich und Deutschland nach Ungarn zurückweisen wollen – von wo aus sie im Rahmen des Zurückweisungsabkommens nach Serbien zurückgeschickt werden könnten – würde eine humanitäre Katastrophe das Land bedrohen.

### **Viktor Orbán im Jahr 2011**

„Wir Ungarn wollen aus seinem Beispiel Kraft schöpfen. Heute müssen wir in Ungarn noch Mauern niederreißen, um uns aus der Gefangenschaft der Fehler der Vergangenheit zu befreien und ein erfolgreiches und stolzes Land zu werden.“ – [444](#) [444.hu ist ein ungarisches Online-Nachrichtenportal] hat diese Aussage des Ministerpräsidenten von vor vier Jahren aufgefunden, als er Ronald Reagan lobte.

Aber noch vor zwei Wochen lobte er Helmut Kohl dafür, weil er „sich dazu verpflichtet hat, die Mauern, die die Völker von Europa trennen, bis zum letzten Ziegelstein niederzureißen“.

### **Népszava3 – [„Volksstimme“]:**

Népszava, keine VerfasserIn genannt, erschien am Mittwoch 17.06.2015 um 15:12

### **Sind die "dunkelsten Rákosi-Zeiten" zurück?**

Nach der Meinung der Partei Párbeszéd Magyarorszáért hat Ungarn eine moralische Verpflichtung, denjenigen zu helfen, die vor Tod und Folter fliehen – sagte Tímea Szabó auf ihrer Pressekonferenz am Mittwoch in Budapest.

Die Ko-Vorsitzende von PM bezeichnete die Vorlage, die zum Thema Asyl vor dem Parlament liegt, nicht nur als böswillig und dumm, sondern betonte auch, dass die nicht einmal ihr Ziel erreichen wird. Dem Antrag zufolge würden Asylsuchende nach Serbien zurückgeschickt, die aus dieser Richtung ankommen, was jedoch weder nach nationalem, noch nach internationalem Recht möglich sei – erläuterte sie. Sie machte darauf aufmerksam, dass gemäß der Genfer Konvention und den EU-Vorschriften vorläufige Asylverfahren für an der Grenze erscheinende Asylwerber in Ungarn durchgeführt werden müssen.

Die unabhängige Abgeordnete forderte die Regierung im Namen der PM auf, ihre "hasserfüllte und völlig unnötige" Kampagne zu beenden. Tímea Szabó erwähnte auch, dass, wenn wir die Asylfrage in nationale Zuständigkeit übertragen, die EU in der Zukunft den Grenzschutz nicht mehr finanzieren werde.

Auf ein anderes Thema übergehend sagte sie: laut der PM wird das öffentliche Beschäftigungsprogramm hunderttausende Ungarn in Armut stürzen und ihr Ausgeliefertsein weiter erhöhen. Und auf der Grundlage des dem Parlament vorliegenden Änderungsantrags ist klar, dass sich die Regierung seit Jahren darauf vorbereitet, mit Methoden, die Erinnerungen an die "dunkelsten Rákosi-Zeiten wachrufen und eine kommunistischen Planwirtschaft präferieren", für "ihren eigenen Kumpel" billige, fast unentgeltlich arbeitende Arbeiter zu finden.

Die PM ist der Ansicht, dass der Antrag auch Grundrechte verletzt, wenn das Gesetz verabschiedet wird, wird die Partei den Ombudsmann um eine konkrete Normenkontrolle bitten und sich an Staatspräsident János Áder wenden, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Gleichzeitig bot sie an, dass ihre Partei jenen, die durch die Rechtsvorschrift beschädigt werden, auch in Straßburg Rechtshilfe leisten wird.

## **Népszava4 – [„Volksstimme“]:**

Népszava, Verfasser: Róbert Friss, erschien am 18.06.2015 um 06:09

### **Kommentar**

#### **Stacheldraht**

Lajos Kósa hat sicher Recht: die Absicht der Regierung, die eigenen Gesetze im eigenen Land durchsetzen, kann man nicht als sinnlos bezeichnen. Außer wenn die Gesetze selbst sinnlos sind. Der stellvertretende Vorsitzende der FIDESZ sagte noch gestern in der Früh, dass die physische Schließung der Grenzen wegen der Flüchtlinge nicht notwendig erscheint. Aber er war vorsichtig, da er hinzufügte, dass "im äußersten Fall" auch der Stacheldrahtzaun hochgezogen werden kann. Und er wurde wirklich hochgezogen. Das, wie alles andere, kann in diesem Land getan werden.

Der äußerste Fall ist um 13:15 gekommen. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Bericht Außenminister Péter Szijjártós durch den MTI veröffentlicht, dass die Regierung Innenminister Sándor Pintér beauftragte, die Vorbereitungen für die Schließung der ungarisch-serbischen Grenze mit einem vier Meter hohen Zaun bis nächsten Mittwoch zu erledigen. Als Ablenkung wurde die Gesetzesänderung von Antal Rogán und Lajos Kósa im Parlament verhandelt. Dabei ging es um die Bestimmung der sicheren Länder, aus denen wir niemanden aufnehmen müssen. Daraufhin marschierten die Sozialisten ab.

Der ungarische Regierungschef ging, das Parlament (mit rechtlichen Mitteln) ausspielend zu weit, als er nicht nur forderte, dass die Lösung der Flüchtlingsfrage in die Hände der Nationalstaaten zurückgelegt werden sollte, sondern auch mit Stacheldrähten den durch die Plakatkampagne erregten Zorn zur Geltung bringen will. Nach öffentlichem Recht, sagte der Außenminister richtig: mit dem Bau des Zauns verletzt Ungarn keinen internationalen Vertrag. Und es gibt ohnehin schon Zäune an der griechisch-türkischen und bulgarisch-türkischen Grenze, und sogar spanische Städte in Nordafrika schützen sich selbst auch so. Und Israel hat auch Zäune hochgezogen, wie auch wir schon den Stacheldraht an unserer Westgrenze gesehen haben. Und wir haben auch gesehen, dass bisher nie, nirgendwo, niemand mit Hilfe von Drähten oder Zäunen beschützt wurde.

Falls Szijjártó das richtig sieht – und er sieht es richtig –, dass Migration die schwerwiegendste Herausforderung der Union bedeutet, dann sollte die ungarische Regierung mit voller Kraft dafür arbeiten, dass eine europäische Lösung gefunden wird. Der Stacheldraht ist alles, aber nicht europäisch.

Wenn man sieht, dass eine Mutter sich anstrengt, mit ihrem Kind durch einen Bach an das andere Ufer zu kommen, dann zieht man dort keinen Draht, sondern man baut eine Brücke. Das wird diese Regierung nie verstehen.

## **Népszava5 – [„Volksstimme“]:**

Népszava, keine VerfasserIn genannt, erschien am Freitag 19.06.2015 um 17:21

### **Flüchtlinge – MSZP: Die Regierung schürt Panik und Hass**

Laut MSZP hatte die Regierung ein halbes Jahr Zeit, um Schritte zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu unternehmen, stattdessen verschwendete sie das Geld

der Menschen für ihre Pseudo-Konsultationen und fremdenfeindliche Plakate – reagierte die Oppositionspartei am Freitag auf das, was Szilárd Németh von der Fidesz auf seiner Pressekonferenz sagte.

In ihrer Mitteilung schreiben sie, dass die Lösung des wirklichen Problems nicht die "fremdenfeindliche Kampagne" der Regierung und nicht die Panikmache der Fidesz ist. Und der Stacheldraht ist ein völlig ungeeignetes Mittel, denn in Europa muss man die Zäune nicht hochziehen, sondern abreißen – fügen sie hinzu.

Die Regierung muss die Sicherheit des ungarischen Volkes in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten gewährleisten – so setzen sie fort. Anstatt Panik und Hass zu schüren, brauche die Polizei mehr Geld, mehr Personal und modernere Werkzeuge sowie strengere Maßnahmen gegen Menschenhändler, um das Problem anzugehen – betonen sie. Gleichzeitig fordern sie Innenminister Sándor Pintér auf, bei der Regierungssitzung in der kommenden Woche die Stärkung der Staatsorgane vorzuschlagen, die sich mit Asylwerbern befassen, statt sich mit dem Zaun zu beschäftigen.

Bei seiner Pressekonferenz in Budapest am Freitag sprach Szilárd Németh darüber, dass laut Fidesz aufgrund der Nachrichten über illegale Grenzübertritte es eindeutig ist, dass Ungarn handeln muss, deswegen beschloss die Regierung die ungarisch-serbische Grenze zu schließen. Der Fidesz-Abgeordnete sagte, dass die Balkanroute, die ungarisch-serbische Grenze, die verkehrsreichste Route für illegale Einwanderer in die Europäische Union geworden ist.

## **9) Abstract**

### **Abstract Deutsch**

Migration ist und war schon seit Langem eines der wichtigsten Themen innerhalb der europäischen Politik. Im Sommer 2015 war die Migrationswelle eindeutig die wichtigste Thematik in ganz Europa. Genauso war es auch in Ungarn, wo die Regierung beschlossen hatte, sehr harte Maßnahmen gegen dieser "Flut" von MigrantInnen zu setzen. Am 17. Juni 2015 wurde die Entscheidung der ungarischen Regierung veröffentlicht, dass ein 175 Kilometer langer Grenzzaun zwischen Serbien und Ungarn hochgezogen wird, um die MigrantInnen zu stoppen. Selbstverständlich wurde diese kontroverse Entscheidung in den ungarischen, wie auch in den europäischen Medien ganz unterschiedlich beschrieben und dargestellt. In dieser Arbeit werde ich die unterschiedlichen Darstellungen, Kritikpunkten und Positionen untersuchen, die in den ungarischen Medien zu diesen Thema in bestimmten ungarischen Zeitungen vorgekommen sind.

Das Erkenntnisinteresse meiner Arbeit liegt in der Untersuchung von unterschiedlichen Darstellungen von Reaktionen auf den Bau des Grenzzauns durch verschiedene ungarische Zeitschriften. Dadurch möchte ich aufzeichnen, welche Differenzen in der ungarischen Berichterstattung herrschten, welche auch die Vielschichtigkeit und die Gegensätze innerhalb der ganzen ungarischen Medienlandschaft ersichtlich machen können. Zur Analyse selbst wird die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring angewandt.

### **Abstract English**

Migration is and has been lately one of the most important issues in European politics. In the summer of 2015, the migration wave was clearly the most important topic across Europe. It was the same in Hungary, where the government had decided to take very tough measures against this "flood" of migrants. On June 17, 2015, the decision of the Hungarian government was published to build a 175 km long border fence between Serbia and Hungary to stop the migrants. Of course, this controversial decision was described and presented very differently in the Hungarian, as well as in the European media. In this thesis I will examine the different representations, criticisms and positions that have appeared in the Hungarian media on this topic in particular Hungarian newspapers.

The epistemological interest of my work lies in the investigation of different representations of reactions to the construction of the border fence by various Hungarian newspapers. In this way, I would like to record the differences in Hungarian reporting, which can also reveal the complexity and contrasts within the entire Hungarian media landscape. For the analysis itself, the qualitative content analysis according to Mayring is used.